

10 novembre (FAZ)

[Journalisten als Helfer des Hamas-Terrors? AP, Reuters, NYT weichen aus \(faz.net\)](#)

MASSAKER AN ISRAELIS:

## Journalisten als Helfer des Terrors der Hamas?

VON [MICHAEL HANFELD](#)

-AKTUALISIERT AM 10.11.2023-11:34



Gaza-Stadt: Palästinenser fahren auf einem israelischen Militärfahrzeug, das von einem von Hamas-Kämpfern überrannten Armeestützpunkt in der Nähe der Grenze zum Gazastreifen mitgenommen wurde. Bild: dpa

Die Organisation „Honest Reporting“ fragt, wie die Bilder vom Massaker der Hamas am 7. Oktober entstanden. Warum waren Fotografen an der Grenze zwischen Israel und Gaza? AP, Reuters, CNN und die „New York Times“ weichen aus.

Die Organisation „Honest Reporting“ wirft zu dem Massaker [der Hamas](#) vom 7. Oktober, bei dem Terroristen nach Israel eindringen, folterten, vergewaltigten, rund 1400 Zivilisten ermordeten und 240 Menschen entführten, eine Frage auf: Warum gab es von den Untaten nicht nur Bilder, die die Täter selbst aufnahmen, sondern auch - relativ schnell - solche von Fotografen, deren Aufnahmen von internationalen Nachrichtenagenturen verbreitet wurden? Waren sie an diesem Samstagmorgen zufällig an der Grenze zwischen [Israel](#) und Gaza oder aus dem Grund, den Angriff live zu übermitteln?

Was machten sie dort so früh?

„Was machten sie dort so früh an einem normalerweise ruhigen Samstagmorgen? War es mit der Hamas abgestimmt?“, fragt [„Honest Reporting“](#), [eine Organisation, die sich mit der Berichterstattung über Israel beschäftigt](#), und richtet die Frage vor allem an die Agenturen Associated Press (AP) und [Reuters](#). „Billigten die seriösen Nachrichtendienste, die ihre Fotos veröffentlichten, ihre Anwesenheit im feindlichen Gebiet, zusammen mit den terroristischen Eindringlingen? Haben die Fotojournalisten, die freiberuflich für andere Medien wie CNN und die ‚New York Times‘ arbeiten, diese Medien benachrichtigt? Den Bildern von Lynchjustiz, Entführung und Erstürmung eines israelischen Kibbuz nach zu urteilen, scheint es, als sei die Grenze nicht nur physisch, sondern auch journalistisch überschritten worden.“



Selfie: Der Fotograf Esiaiah vor dem brennenden israelischen Panzer :Bild: Honest Reporting

Vier Fotografen benennt „Honest Reporting“, deren Bilder AP verwendet habe: Hassan Esiaiah, Yousef Masoud, Ali Mahmud. Und Hatem Ali. Esiaiah, der auch für [CNN](#) arbeite; der habe die Grenze nach Israel überquert, Fotos von einem brennenden israelischen Panzer aufgenommen, von Männern, die in den Kibbuz Kfar Azza eindrangen, und von einem brennenden Haus im Kibbuz. Ein Video, das er selbst aufnahm, das inzwischen aber gelöscht wurde, zeigt Esiaiah vor dem brennenden Panzer. Ein anderes Bild indes zeigt ihn bei einer anderen Gelegenheit – mit dem Hamas-Führer und Planer des Massakers der Hamas, Yahya Sinwar. Zu sehen ist, wie Sinwar dem Fotografen einen Bruderkuss auf die Wange drückt.

## Bilder misshandelter und entführter Israelis

Der Fotograf Ali Mahmud nahm ein Bild auf, das die Entführer (und potentiellen Mörder) der Deutsch-Israelin Shani Louk zeigt, wie sie auf einem Pick-up mit ihrer menschlichen, fast nackten Beute posieren. Verbreitet wurde das Bild von der Agentur AP. Der Fotograf Hatem Ali wiederum steuerte für AP Bilder misshandelter und entführter Israelis bei.

Für die Agentur Reuters, heißt es weiter bei „Honest Reporting“, hätten die Fotografen Mohammed Fayq Abu Mostafa und Yasser Qudih Aufnahmen beigesteuert. Beide hätten den brennenden israelischen Panzer fotografiert, Abu Mostafa habe überdies den „Lynchmob“ abgelichtet, der sich an der Leiche eines getöteten israelischen Soldaten verging und ihn aus dem Panzer zerrte.



Der Fotograf mit dem Hamas-Führer Yahya Sinwar. :Bild: Honest Reporting

Dass es diese Bilder gibt, so meint „Honest Reporting“, werfe die Frage auf, ob die Fotografen gewissermaßen „embedded“ waren und was die Agenturen bewog, die Bilder ohne Weiteres zu bringen.

„Die Associated Press hatte keine Kenntnis von den Angriffen vom 7. Oktober, bevor sie stattfanden“, sagte eine Sprecherin der Agentur zu den Fragen und Vorwürfen. Die Rolle der AP bestehe „darin, Informationen über Eilmeldungen auf der ganzen Welt zu sammeln, wo auch immer sie stattfinden, selbst wenn diese Ereignisse schrecklich sind und Massenopfer verursachen“. AP verwende Bilder, die von Freiberuflern auf der ganzen Welt aufgenommen würden, so auch in [Gaza](#). Einem Bericht von Ynetnews, einer israelischen Website, die von der Zeitung „Jedi'ot Acharonot“ und dem Portal Ynet betrieben wird, zufolge, hat die Agentur AP indes beschlossen, mit dem Fotografen Esiaiah (der mit dem Hamas-Führer zu sehen war) nicht mehr zu arbeiten. „Wir arbeiten nicht mehr mit Hassan Esiaiah zusammen, der gelegentlich als freier Mitarbeiter für AP und andere internationale Nachrichtenorganisationen in Gaza tätig war“, habe die Agentur erklärt. CNN, heißt es, habe die Zusammenarbeit mit Esiaiah suspendiert, obwohl es „keinen Grund“ gebe, an seiner journalistischen Integrität zu zweifeln.

Die [Agentur Reuters wies ebenfalls zurück, sie habe von dem Angriff der Hamas am 7. Oktober gewusst:](#) „Reuters bestreitet kategorisch, dass es von dem Anschlag gewusst hat oder dass wir Journalisten am 7. Oktober in die Hamas eingeschleust haben.“ Man habe Fotos von zwei in Gaza ansässigen freiberuflichen Fotografen erworben, „die sich am Morgen des 7. Oktober an der Grenze aufhielten“ und zu denen man zuvor keinen Kontakt gehabt habe. Die veröffentlichten Fotos seien „zwei Stunden nach dem Abschuss von Raketen durch die Hamas im Süden Israels und mehr als 45 Minuten nach der israelischen Bekanntgabe aufgenommen“ worden, „dass Bewaffnete die Grenze überschritten hätten“. An den Orten, die „Honest Reporting“ erwähne, seien Reuters-Journalisten nicht gewesen.

In ähnlichem Brustton der Entrüstung äußerte sich die „New York Times“. „Honest Reporting“ habe nur „vage Anschuldigungen gegen mehrere in Gaza tätige freiberufliche Fotojournalisten erhoben“. Der benannte Fotograf Yousef Masoud habe am Tag des Angriffs nicht für die „Times“ gearbeitet. Es gebe „keine Beweise für die Unterstellungen“. „Der Vorwurf, irgendjemand bei der ‚New York Times‘ habe im Voraus Kenntnis von den Hamas-Angriffen gehabt oder Hamas-Terroristen während der Angriffe begleitet,“ sei „unwahr und empörend“. Es sei „leichtsinnig, solche Anschuldigungen zu erheben und unsere Journalisten vor Ort in Israel und Gaza in Gefahr zu bringen“.

„Das sind unglaubliche Vorwürfe von immenser Tragweite“, sagte der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), Mika Beuster, „die umfassend aufgeklärt werden müssen.“ Die Auftraggeber der Freelancer seien hier genauso in der Pflicht wie die Fotografen selbst. Journalisten seien unabhängige Berichterstatter und nicht Kriegsteilnehmer. „Um der Glaubwürdigkeit des Journalismus willen hoffe ich inständig, dass an den Vorwürfen nichts dran ist.“

Das israelische Regierungspresseamt hat die Agenturen AP und Reuters, den Sender CNN und die „New York Times“ aufgefordert, sich zu erklären und etwas in Sachen „Fotografen in Diensten der Hamas“ zu unternehmen. Die Journalisten seien „Komplizen bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gewesen, ihr Handeln habe gegen die Berufsethik von Journalisten verstoßen.

Die Antworten der Agenturen und der „New York Times“ lassen nicht darauf schließen, dass sie sich auf die Frage nach der Berufsethik einlassen und prüfen wollen, ob die Fotografen auf Seiten der Hamas stehen. Sie weisen einen Vorwurf zurück, den „Honest Reporting“ gar nicht erhoben hat – dass sie selbst vom Terrorangriff der Hamas gewusst hätten –, und belassen es dabei.

10 novembre (Le Figaro)

[Immigration, GPA, euthanasie: comment la Cour européenne des droits de l'homme malmène la souveraineté des États \(lefigaro.fr\)](#)

## Immigration, GPA, euthanasie: comment la Cour européenne des droits de l'homme malmène la souveraineté des États

Par [Judith Waintraub](#) et [Guyonne de Montjou](#)



À Strasbourg, le Palais des droits de l'homme a été conçu par l'architecte britannique Richard Rogers. *Sucré Salé / lookphotos*

**ENQUÊTE - Les arrêts de la CEDH condamnent les pays signataires de la convention européenne des droits de l'homme à se soumettre à une conception des libertés individuelles qui prime sur l'intérêt général, tel que les peuples le définissent. Plongée au cœur d'une institution sous influence.**

Selon toutes probabilités, le 28 novembre 2023, la [légalisation de l'euthanasie](#) sera imposée à notre pays comme à toute l'Europe, de jure. Le projet de loi sur l'aide active à mourir promis par [Emmanuel Macron](#), lui, ne sera même pas arrivé sur la table du Conseil des ministres, puisqu'il est prévu pour décembre. Les joutes oratoires qui animeront [le Palais-Bourbon](#) cet hiver, quelle que soit leur issue, n'y changeront rien.

La [Cour européenne des droits de l'homme](#) (CEDH) aura tranché, à la faveur de l'examen de la requête d'un Hongrois de 46 ans atteint d'une maladie neurodégénérative et auquel son gouvernement refuse d'accorder une aide à mourir. Sauf retournement de dernière minute de la doxa dominante à la CEDH, une poignée de juges aura décidé qu'interdire l'euthanasie à la demande de malades incurables viole la convention européenne des droits de l'homme. Ce jugement s'imposera aux 46 États membres du Conseil de l'Europe.

«Les ONG et les juges de la CEDH»

Fondée en 1959, la Cour européenne siège depuis vingt-cinq ans au Palais des droits de l'homme, à Strasbourg, un immeuble à cylindres traversé d'interminables couloirs incurvés, scandés de portes couleur jaune canari, trouées de hublots qui donnent parfois l'impression d'arpenter un sous-marin. «*Brutalement, ces derniers mois, on a vu la Cour accepter cinq ou six affaires sur l'euthanasie*», raconte [Grégor Puppinck](#), docteur en droit et directeur de l'European Centre for Law and Justice (ECLJ), un think tank conservateur. «*Auparavant, le greffe les mettait à la corbeille. Pourquoi ont-elles été soudain jugées recevables?*» s'interroge-t-il en poussant son vélo le long de l'imposant bâtiment qui épouse le cours de l'Ill, la rivière qui traverse la capitale alsacienne. «*En*

*fait, explique-t-il, la Cour a construit pas à pas un édifice jurisprudentiel sur la fin de vie qui a abouti à ouvrir cette brèche juridique.»*

Et ce, dans l'indifférence générale, puisque ce qui est jugé à Strasbourg passe largement sous les radars médiatiques. Sauf que cette fois, pour que nul n'ignore ce que la CEDH considère comme un «progrès», l'audience sur la requête du Hongrois sera publique. Elle se tiendra devant la Chambre à la fin du mois. Puis, les sept juges qui la composent voteront. On peut ensuite s'attendre à une publication rapide de l'arrêt, courant 2024, car cette requête bénéficie d'un traitement en urgence. Ceci fait, tout citoyen européen qui voudra bénéficier de l'aide à mourir parce qu'il est atteint d'une maladie considérée comme «incurable» - y compris s'il souffre de dépression chronique - pourra se retourner contre son État, si celui-ci lui refuse cette assistance.

### **Sur les sujets de société, les juges “progressistes” ont imposé toutes les décisions qu'ils désiraient.**

*Grégor Puppinck*

*«Sur les sujets de société, les droits des LGBT, l'anonymat du don de sperme pour les PMA, le changement de sexe à l'état civil, les juges “progressistes” ont imposé toutes les décisions qu'ils désiraient. Leur agenda a été strictement tenu ces dix dernières années»,* note encore Grégor Puppinck. Le juriste a signé, début 2020, un rapport explosif sur «Les ONG et les juges de la CEDH». Fruit d'un travail de titan, il fait apparaître *«un problème structurel de conflits d'intérêts»* au sein de la Cour: au moins 22 des 100 juges permanents ayant siégé à la Cour entre 2009 et 2019 sont d'anciens responsables ou collaborateurs d'ONG fortement actives auprès de cette Cour. À maintes reprises, ils ont jugé des affaires introduites ou soutenues par leur propre ONG. Douze juges sont directement liés au réseau de l'Open Society Foundations (OSF) de George Soros, le milliardaire américain hostile aux frontières. L'OSF finance les six autres organisations citées dans ce rapport.

### **Service après-GPA**

La jurisprudence de la CEDH sur la gestation pour autrui (GPA), interdite dans notre pays, est un cas d'école en matière de bouleversement des mœurs. En 2014, saisis par des couples dont les hommes avaient eu recours à des mères porteuses américaines, les juges composant la Chambre ont décidé en majorité d'obliger la France à reconnaître la filiation de leurs enfants avec les pères biologiques. À l'époque, l'homme clé de la CEDH était le directeur de cabinet des présidents successifs de la Cour: le magistrat français Patrick Titium, aujourd'hui membre du Conseil supérieur de la magistrature. Il défendait ouvertement une vision libérale et toujours plus individualiste de la société. Sous son mandat, l'équivalence entre les familles «traditionnelles» et les couples homosexuels a été affirmée, ouvrant progressivement le droit de ces derniers aux contrats d'union civile, à adopter des enfants, à avoir recours à la PMA, ou encore à faire établir un lien de filiation avec des enfants conçus par GPA à l'étranger. Depuis, en dépit du fait que la GPA demeure illégale en France, la Cour de cassation suit l'avis de la CEDH qui reconnaît de facto le lien de filiation entre l'enfant né de mère porteuse et son parent biologique. Auparavant, toute reconnaissance de filiation d'un enfant issu d'une GPA était interdite, même avec des parents donnant chacun leurs gamètes pour les faire implanter dans l'utérus d'une mère porteuse.

Chaque jour, entre 500 et 1000 requêtes arrivent au Palais des droits de l'homme, dénonçant de prétendues violations de ceux-ci, dans l'espoir de faire condamner leur État. La première condition de recevabilité est l'épuisement de tous les recours juridiques nationaux ; 89% des requêtes finissent à la corbeille. Les délais de traitement varient entre quelques mois et plusieurs années, selon leur caractère d'urgence. À l'heure actuelle, 78.000 affaires sont «pendantes».

## Souveraineté

Près de 650 personnes travaillent au Palais des droits de l'homme. Le budget annuel de fonctionnement de la Cour avoisine les 77 millions d'euros. Chaque juge est nommé pour neuf ans non renouvelables et rémunéré 18.000 euros par mois, défiscalisés. La CEDH, qui se revendique comme la «*Conscience de l'Europe*» dans un livre publié à l'occasion de ses 50 ans, se veut la gardienne des libertés fondamentales des quelque 800 millions de citoyens des États signataires de la convention européenne des droits de l'homme, adoptée en 1950. Tous les États ne l'ont pas ratifiée dès le départ: le général de Gaulle ne voulait pas abdiquer notre souveraineté juridique. La France a attendu le gouvernement intérimaire d'Alain Poher, en 1974, pour la signer. Dès son élection, en 1981, François Mitterrand a instauré au bénéfice de ses citoyens un droit de recours individuel à la CEDH.

Chaque État désigne trois juges, dont l'un est élu par l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe. La faiblesse de la plupart des États aidant, la tentation naturelle de la Cour à étendre son champ de compétences a porté ses fruits. Au nom de principes juridiques supérieurs de protection des droits individuels, elle peut aujourd'hui entraver l'action des gouvernements et la souveraineté du peuple.

### **C'est un renversement total du modèle républicain français vertical faisant primer l'intérêt général sur les intérêts individuels et communautaires**

*Anne-Marie Le Pourhiet, vice-présidente de l'Association française de droit constitutionnel*

*«C'est un renversement total du modèle républicain français vertical faisant primer l'intérêt général sur les intérêts individuels et communautaires, analyse Anne-Marie Le Pourhiet, vice-présidente de l'Association française de droit constitutionnel. Nous passons sournoisement dans ce que les juristes américains appellent le "droit sans l'État", c'est-à-dire un droit horizontal en réseaux de type anglo-saxon, un "marché du droit". Nous avons en réalité renoncé à l'État de droit tel que le concevaient au XIX<sup>e</sup> siècle les juristes allemands pour lui préférer "des tas de droits" sur le mode du self-service normatif, du "lex-shop" comme le disait Philippe Muray. La vérité est que l'on change de système juridique.»*

## Juges discrets

Les juges qui siègent à la CEDH utiliseraient-ils le langage du droit pour faire de la politique? Impossible de les interroger pour le savoir. *«Les juges ne parlent pas aux journalistes, glisse l'attaché de presse qui arpente toute la journée la moquette verte et bleue des couloirs du Palais. Ils ne veulent pas engager la responsabilité des autres juges. Quant à la couleur politique de chacun, elle n'est pas identifiable.»* Selon lui, *«l'institution a intérêt à rester dans l'équilibre pour garder sa légitimité. L'actuelle présidente irlandaise est vigilante sur ce point.»*

Des observateurs qui n'appartiennent pas à l'institution ont un autre regard. Ils voient des offensives idéologiques à l'œuvre, notamment en ce moment de la part des juges albanais et bulgare. *«Ils semblent pousser leurs pions de façon moins discrète que d'autres, au point de susciter des tensions avec le Polonais ou le Hongrois», s'amuse l'un d'entre eux, en ajoutant: «Mais étant donné l'isolement de Viktor Orbán sur la scène internationale, qui à la CEDH ira défendre ce dernier?»*

L'histoire du juge polonais, prolongé d'un an et demi après la fin de son mandat de neuf ans, illustre la puissance et le sens de l'organisation du camp «progressiste». Son mandat arrivant à échéance, l'Assemblée des parlementaires du Conseil de l'Europe a refusé d'entériner la liste des trois candidats proposés par le gouvernement conservateur sortant, dans l'espoir qu'il perde les législatives. Ils ont préféré attendre qu'une élection à Varsovie installe une équipe plus conforme à leurs ardeurs réformatrices.

### **Sur les 46 juges siégeant au sein de la Cour, une dizaine compte réellement**

*Grégor Puppink*

*«Ils la voulaient centre gauche, mais plus gauche que centre»* comme le confie une magistrate bien au fait. L'élection de Donald Tusk, en octobre, a comblé leurs vœux. Le visage de la Cour n'en sera pas pour autant changé. *«Sur les 46 juges siégeant au sein de la Cour, une dizaine compte réellement. Ce sont les présidents de section ou ceux qui aspirent à le devenir et qui bossent comme Mattias Guyomar, le juge français. D'autres travaillent peu, ils sont appelés les "baby juges" tant leur poids reste insignifiant. Ceux qui bûchent le plus font partie du secrétariat de la Cour, le greffe, qui tient le calendrier et rédige les jugements»* précise Grégor Puppink.

## Mesures d'expulsion

La CEDH est aussi en première ligne sur les questions liées au terrorisme. En septembre 2022, la France a été condamnée pour avoir refusé de rapatrier deux Françaises parties en Syrie s'enrôler dans les rangs de l'État islamique et les enfants qu'elles ont eus sur place. Les parents des deux femmes, internées dans un camp kurde avec leur progéniture, avaient multiplié en vain les actions auprès de la justice française. La CEDH a estimé que notre pays avait violé l'article 3.2 du protocole 4 de la convention européenne des droits de l'homme, en vertu duquel *«nul ne peut être privé du droit d'entrer sur le territoire de l'État dont il est le ressortissant»*. Elle a exigé du gouvernement français qu'il reprenne l'examen des demandes des requérants *«dans les plus brefs délais en l'entourant des garanties appropriées contre l'arbitraire»*.

En août 2022, un mois auparavant, la France avait été condamnée à verser 4500 euros à un Tchétchène pour l'avoir expulsé en Russie après sa condamnation pour participation, sur notre sol, à une *«association de malfaiteurs en vue de la préparation d'un acte terroriste»*. Les juges ont considéré qu'il y avait eu violation de l'article 3 de la convention: *«Nul ne peut être soumis à la torture ni à des peines ou traitements inhumains ou dégradants»*. Cette protection *«présente un caractère absolu»*, ont-ils précisé, *«même lorsque la personne est considérée comme présentant une menace pour la sécurité nationale»* du pays d'accueil et *«y compris dans l'hypothèse où, comme en l'espèce, le requérant a eu des liens avec une organisation terroriste»*, ont-ils ajouté.

**Au départ, il s'agissait de protéger le domicile, la correspondance privée, aujourd'hui cet article sert de cheval de Troie à toutes les requêtes**

*Grégor Puppink*

Les condamnations de ce type sont légion, que ce soit au titre de l'article 3 ou de l'article 8, qui proclame que *«toute personne a droit au respect de sa vie privée et familiale»*. Et chaque meurtre perpétré sur notre territoire par un étranger qui n'aurait pas dû s'y trouver rend cette entrave un peu plus insupportable. *«Au départ, il s'agissait de protéger le domicile, la correspondance privée ou encore de limiter les intrusions d'un État totalitaire, aujourd'hui cet article sert de cheval de Troie à toutes les requêtes»*, estime Grégor Puppink. En novembre 2016, le juge Küris suggérait avec ironie, que l'article 8 s'écrive désormais article ∞ car sa portée était devenue infinie!

## Épée de Damoclès

*«La CEDH n'a bien sûr pas instauré un droit général à ne pas être expulsé, précise Anne-Marie Le Pourhiet, mais elle a considérablement restreint la possibilité d'éloignement des étrangers en situation irrégulière et/ou menaçants pour l'ordre public en opposant aux États l'article 8 de la convention sur le respect de la vie privée et familiale»*. Selon cette ancienne professeur en droit public, *«sa saisine met à chaque fois une épée de Damoclès sur l'État concerné. On ne sait jamais pourquoi elle va condamner l'État dans tel cas et pas dans tel autre, c'est une affaire d'appréciation discrétionnaire, parfaitement subjective.»*

## **Avec les recours systématiques des étrangers et des associations qui les assistent devant nos juridictions, les décisions administratives se trouvent régulièrement paralysées par nos tribunaux**

Anne-Marie Le Pourhiet, ancienne professeur en droit public

«*Mais le plus ennuyeux, ajoute la juriste, c'est que les juges nationaux (relevant du Conseil d'État pour l'ordre administratif et de la Cour de cassation pour l'ordre judiciaire, NDLR) se permettent d'appliquer directement eux-mêmes la jurisprudence de la Cour et même de la faire prévaloir sur la loi nationale. Ils effectuent ce que les juristes appellent un "contrôle de conventionnalité". Autrement dit, ils appliquent la loi française au regard des prescriptions de la CEDH, voire l'écartent lorsqu'elle leur paraît incompatible avec la convention européenne des droits de l'homme. Or, avec les recours systématiques des étrangers et des associations qui les assistent devant nos juridictions, notamment les fameux référés-libertés ou référés-suspensions devant le juge administratif, les décisions administratives se trouvent régulièrement paralysées par nos tribunaux.*»

Pire encore, «*il arrive aussi que le législateur national, sous la pression des associations mais aussi sur injonction de la CEDH relayée par nos propres juges, modifie la loi pour la rendre compatible avec les exigences européennes, rappelle la juriste. Nos codes contiennent ainsi de nombreuses dispositions essentielles qui ont été adoptées pour se conformer à la jurisprudence de la Cour sur le droit à une vie privée et familiale, notamment toutes les entraves au pouvoir d'éloignement des étrangers dits protégés (arrivés en France avant 13 ans, parents d'enfants français, conjoint d'un Français, etc.)*»

«Protéger les français»

Jusqu'à l'assassinat de Dominique Bernard, le 13 octobre à Arras, par un islamiste ingouche, Gérald Darmanin s'indignait haut et fort à chaque fois que la droite ou le Rassemblement national demandaient que la France reconquière sa souveraineté juridique. Le lendemain de la mort de l'enseignant, le ministre de l'Intérieur a changé de discours, annonçant qu'il allait désormais «*assumer*» une position qu'il combattait jusque-là: «*Il vaut mieux être condamné par la CEDH et protéger les Français.*» Il s'est même montré ouvert à la proposition de loi constitutionnelle sur l'immigration déposée par la droite sénatoriale, qui comprend notamment un article pour permettre un référendum sur le sujet et un autre pour déroger au droit européen en matière migratoire. Elle devrait être examinée le 12 décembre. «*Discutons-en*», a-t-il lancé.

Le week-end dernier, les chefs des principaux partis qu'Emmanuel Macron avait conviés aux rencontres de Saint-Denis, le 30 août, ont reçu un courrier du Président leur proposant un nouvel échange vendredi prochain. Au menu des discussions figure l'élargissement du référendum à des questions de société comme la fin de vie. Une main tendue dans l'espoir que Les Républicains volent au secours du projet de loi sur l'immigration, dont l'examen a commencé lundi au Sénat, ou un réel désir que la France retrouve la maîtrise de ses choix? Réponse - peut-être - à l'issue de la rencontre.



10 novembre (The Economist)

[Two new novels showcase the breadth of contemporary French fiction \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Breadth of French air

## Two new novels showcase the breadth of contemporary French fiction

Newly translated works by Marie NDiaye and Mathias Énard are enjoyable reads



NDiaye, one strong woman

image: getty images

Nov 9th 2023

*Vengeance is Mine*. By Marie NDiaye. Translated by Jordan Stump. *Knopf*; 240 pages; \$28. *Quercus*; £12

*The Annual Banquet of the Gravediggers' Guild*. By Mathias Énard. Translated by Frank Wynne. *Fitzcarraldo Editions*; 496 pages; £16.99. *To be published in America by New Directions in December*; \$18.95

When a prospective client turns up at her office, Maître Susane has the stinging, dislocating feeling that she has met him before. She was then a ten-year-old child; he, a teenager. Her mother did the ironing at his family villa. They went to his bedroom; he played a Dire Straits album, dazzled her. “What exactly did that guy do?” her father asks years later. “Nothing, Papa! Don’t you understand?” she retorts. But was that true? And was this new client in search of a defence lawyer really the teenager from all those years ago?

Thus begins the intrigue in Marie NDiaye’s latest novel, “*Vengeance is Mine*”, newly translated from French. The story centres on Maître Susane, a Bordeaux lawyer separated from her former partner and at odds with her parents. When young, she had cut her chestnut mane of hair, and her father briefly froze her out, “as if someone had set out to diminish and humiliate him”. Parental disapproval lingers. As the adult Maître Susane tries to peel back the memory of that afternoon in the bedroom, her mother’s pained confusion about the episode exasperates her father. He asks his daughter not to contact them anymore.

Haunted by the puzzle, Maître Susane emerges as at once troubled and resilient, much like the female characters in Ms NDiaye’s most celebrated novel, [“\*Three Strong Women\*”](#), which won the Prix Goncourt, France’s highest literary prize. Indeed, her latest work dwells as much on two other women linked to the intrigue as it does on the nature of the prospective client. Ms NDiaye has produced a tightly written story about womanhood, family strain and the ambiguity of recollection, into which she injects a consoling warmth.

In contrast to Ms NDiaye’s concise, controlled prose, [Mathias Énard](#) takes the reader on a very different adventure. “*The Annual Banquet of the Gravediggers' Guild*” is an earthy, Rabelaisian riot of a novel, dripping with slime, bugs, gluttony, death and bawdy decay. The novel begins and ends lightly enough.

David Mazon, an anthropologist, steps off the high-speed train from Paris. He has come to research his doctoral thesis in a small village near the marshes of western France.

At times his quest is grimly comical. Repelled by insect life, David sloshes liquid bleach down the shower plughole to exterminate red worms—the “Bashar al-Assad approach”, he notes darkly. He strikes up a friendship with Martial, who doubles as the village mayor and its undertaker. When invited to have an aperitif in the back room of the funeral parlour, after a tour of oak and walnut coffins, David shudders to think that “the huge fridge from which they fetched the ice cubes was probably stocked with things like formalin, antiseptic and other pharmaceuticals used in post mortem surgical procedures.”

The story soon morphs, however, from a first-person diary into the realm of the burlesque. At this point, the reader needs staying power. The village priest, it turns out, has been reincarnated as a wild boar. The red annelids David attacks with bleach in his shower are the souls of murderers sent in the distant past to the guillotine. Martial, meanwhile, is preparing for the annual undertakers’ conference, a moment when death goes on pause.

The conference banquet is an indigestible feast of decadence and gourmandise: of hares, lamb, eels and pike “sautéed, in terrines, in quenelles, in aspic” and “soaring pyramids of egg mimosa”. As the gravediggers, in various states of inebriation, take turns telling lewd tales and toasting death (“the one and only Mistress!”), François Rabelais’s Gargantua is invoked. He hovers over their feasting as he does their evermore fantastical vocabulary. It is a dizzying concoction, which almost topples under its own inventive weight. In the end, though, it is held together by David’s own story which, like Maître Susane’s, carries a surprising tenderness.

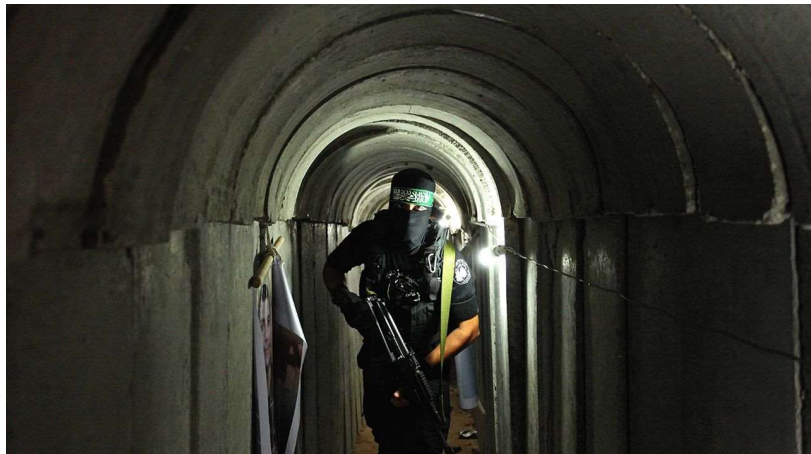
10 novembre (The Economist)

[Israel hopes technology will help it fight in Hamas's tunnels \(economist.com\)](https://www.economist.com)

The war underground

## Israel hopes technology will help it fight in Hamas's tunnels

The "Gaza Metro" presents a big headache for the IDF



Welcome to the Metro

image: ashraf amra /polaris /eyevine

Nov 8th 2023

The "gaza metro" is nothing if not formidable. The network of tunnels built by Hamas beneath the enclave is hundreds of kilometres long. It houses command centres, weapons dumps and stores of food and fuel. It gives Hamas's fighters the ability to ambush Israeli troops, and to shelter from bombs and artillery.

Israel's stated goal is to destroy Hamas. Its troops, which entered Gaza on October 27th, are therefore trying to attack and destroy the tunnels. On November 8th Israel said it had destroyed 130 already. But subterranean fighting is notoriously [hard and lethal](#) work. The Israel Defence Forces (idf) will be using a variety of technology to help its soldiers with the task.

The first job is to find the tunnels. Israel's network of spies in Gaza has dwindled since it withdrew in 2005, says Michael Milshtein, a reservist idf colonel. Surveillance drones are one alternative. They can detect "patterns of life" that give clues as to where the entrances are. Imagine, says Robert Cardillo, a former director of America's National Geospatial-Intelligence Agency, if 20 people enter a small structure and no one comes out for 24 hours.

Satellites are useful, too. Modern satellite radar can detect surface-height variations on the order of millimetres. That is enough to spot the subtle surface disturbances caused by tunnelling—though Joel Roskin, a geomorphologist who analysed tunnel networks during his time in the idf, notes that the rubble produced by Israel's bombardment of Gaza will have made that sort of analysis harder.

Troops can also use ground-penetrating radar, which can detect voids up to 30 metres beneath the surface in ideal conditions. But Gaza's coastal, saline soils are far from ideal. In practice, detection ranges are limited to a handful of metres. The technology, says Dr Roskin, has proved "unreliable" in the past.

Acoustic detection can do better. Amir Avivi, a former deputy commander of the idf's Gaza Division, says vibration sensors can detect the digging of a new tunnel, though they are less useful at finding ones that already exist. Those can be spotted instead with ground-based sonar. Like its maritime counterpart, this involves sending out sound waves (often by hammering on a metal plate) and listening for echoes.

Pinging the underworld in this way, says Carey Rappaport, a computer scientist at Northeastern University in Massachusetts, can reveal tunnels 100 metres down.

Even fancier technologies exist. Buried fibre-optic networks can detect underground vibrations by the “backscatter” they cause in the photons travelling through the cables. Sintela, a British seller of such technology, is mum on the specifics, but its system, branded Onyx, is used on America’s southern border. Tunnels can even be revealed by detecting tiny decreases in gravitational pull caused by their voids. Silicon Microgravity, a British startup, aims to develop, by the end of next year, a gravimeter sensitive enough for the task.

Once a tunnel has been discovered, the next step is to disable or destroy it. With relatively shallow tunnels that can be done from the air, using “bunker-buster” bombs that penetrate the ground before detonating. But Hamas’s tactic of digging tunnels beneath civilian infrastructure means that such strikes can kill many civilian bystanders. The idf, for instance, claims that some of Hamas’s leaders are holed up in a tunnel network beneath the al-Shifa hospital, Gaza’s biggest.

Egypt, which controls Gaza’s southern border, has in the past flooded smuggling tunnels used by Hamas with sewage. Israel has poured concrete into tunnels during earlier conflicts. But hauling in enough is probably impractical in the present war, reckons one American military official.

An Israeli security official says the idf will be making use of “sponge bombs”. These contain chemicals that, when mixed, expand into a dense, hard foam, blocking off the tunnel and buying time for a proper demolition with explosives later on. Sponge bombs are also used in a tactic known as “purple hair”. A smoke grenade is thrown into a tunnel before a sponge bomb seals the entrance. If the trapped smoke wafts out of a nearby building, that suggests it conceals another entrance.

Sometimes, though, soldiers will need to enter the tunnels. Drilling rigs can make new entrances to avoid booby-traps set at existing ones. Elbit Systems, an Israeli firm, has developed an armed quadcopter that uses computer vision to fly in enclosed spaces. Other drones can roll through tunnels and climb stairs.

Both sides are in for a brutal fight. Hamas will be hoping that its tunnels will help it compensate for the idf’s overwhelming advantage in firepower. The Israelis, meanwhile, will hope their technology can transform those same tunnels from a refuge into a trap.

10 novembre (The Economist)

[The deadly missile race in the Middle East \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Iran, Israel and the war

## The deadly missile race in the Middle East

Governments no longer have a monopoly on long-range projectiles



image: reuters

Nov 7th 2023

The ballistic missiles that arced from Yemen to Israel on October 31st set several records. They probably travelled farther than any other ballistic missile fired as an act of aggression, having crossed at least 1,600km. They were intercepted by Israel's Arrow missile-defence system above the Negev desert. It was the first time that Arrow, deployed for 23 years, had taken out a surface-to-surface missile. It was also the first ever combat interception in space, according to two Israeli officials. The incident is a small illustration of how the proliferation of missiles with growing range and precision is changing the military landscape of the Middle East.

Missiles have been part of war in the region for over 50 years. The Soviet Scud, a workhorse of the rocket world, was first fired in the final stages of the Yom Kippur war of 1973 against Israel. Huge numbers of Scuds were fired by Iran and Iraq in the so-called war of the cities in the 1980s. By one estimate, 90% of the 5,000 missiles let loose in combat between 1945 and 2017 were fired in the Middle East. Now the threat is metastasising in two ways. More people have access to more missiles. And the missiles themselves are becoming qualitatively better.

Start with the proliferation. In the 1950s Egypt began building ballistic missiles with the help of Nazi scientists. Israel followed, with French help. From the 1960s to the 1980s Soviet missiles flooded into Egypt, Iraq, Libya, Syria and other states. China supplied Saudi Arabia and Turkey. North Korea helped Iran, Yemen and the United Arab Emirates. Later, America, Britain and France sent advanced missiles of their own. The result is that 11 countries in the region now have ballistic missiles (those which fly in a parabolic arc) or cruise missiles (which use plane-like engines to fly on flatter trajectories) with ranges of more than 250km, estimates Hassan Elbahtimy of King's College London.

Just as important is the fact that states no longer have a monopoly on the technology. Over the past 20 years Iran has supplied drones, rockets and missiles, as well as the know-how to make them, to Hamas in Gaza, the Houthis in Yemen, sundry militia in Iraq and Syria and, most notably, Hizbullah in Lebanon. In 2007 Hamas had several hundred rockets, according to Israeli estimates. That jumped to 10,000 in 2014 and then tripled to 30,000 in 2021. Hizbullah's more sophisticated arsenal went from around 15,000 missiles in 2006, the year it fought a war with Israel, to some 150,000 today. Around 400 of those are long-range missiles which can hit anywhere in Israel.

The result is that armed groups now pose a level of conventional military threat that only states could have done 20 years ago. “The danger of a two-front war for Israel”, argues Bruce Hoffman of the Council on Foreign Relations, “begins to assume existential dimensions.” Larger stockpiles enable larger and longer-lasting salvos. In the first Gulf war, Saddam Hussein’s Iraq fired on average around one Scud a day at Israel for just over a month. Hamas, though armed with punier rockets, went from a peak of 192 launches per day during a war in 2014 to 470 on the first day of a major flare-up in 2021 (that excludes smaller mortars). On October 7th alone it fired at least 2,200.

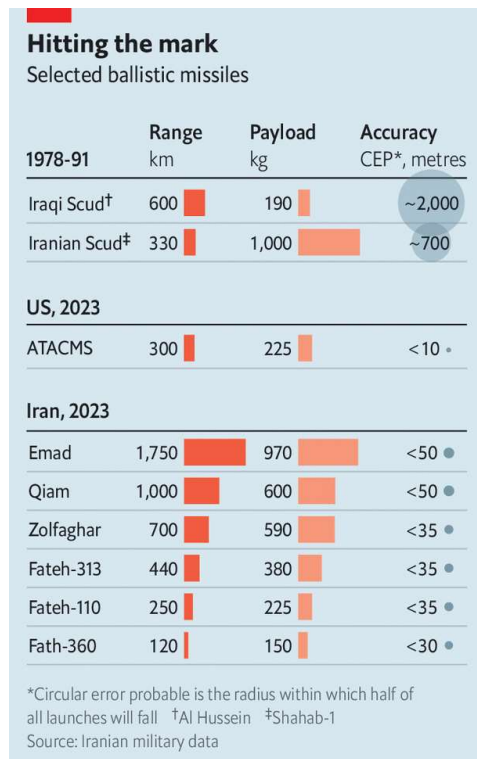


image: the economist

Numbers, though, are not the main problem. Hamas has scored relatively few direct hits on built-up areas. That would suggest Iron Dome, a missile-defence system for short-range rockets (pictured in action), is still intercepting around 90% of its targets, as it did in previous wars with Gaza. Of the 1,400 Israelis killed since October 7th, only four have died as a result of rocket strikes, according to a senior Israel Defence Forces (idf) officer who spoke to *The Economist*. Israel’s missile-defence systems are world-class. Two of those were from heart-failure while rushing to bomb-shelters. The problem is that the missiles are getting better.

Consider Saddam’s Scuds. “You have a system that’s very expensive, very complicated to operate and terribly inaccurate,” says Fabian Hinz of the International Institute for Strategic Studies, a think-tank. Those Scuds had a circular error probable (cep) of more than two kilometres, meaning only half the missiles fired would be expected to land within that distance of the impact point. That made them good for three things, says Mr Hinz: showing off at parades, terrorising cities or delivering nuclear weapons.

In a paper published in 2021, Michael Horowitz, now a senior Pentagon official, and Lauren Kahn of Georgetown University showed that in 1990 just nine countries had “smart” precision-guided bombs, which use a mixture of inertial navigation, laser guidance and satellite signals to find their targets. Even large powers like China and India, and most nato countries, lacked the capability. Then the technology went global: 22 countries had it by 2000, and 56 by 2017.

That included Iran. The Shahab-1 missile, a Scud knock-off, which Iran used to strike Iraq-based militants in the 1990s and early 2000s had a cep of around half a kilometre. Today the Fateh-110, an Iranian-designed family of missiles, is thought to have a cep of well under 35 metres, and perhaps as low as five metres with a reliable satellite signal—good enough to hit a large vehicle. It showed that off in January

2020 when it retaliated for the assassination of an Iranian general by attacking American troops in Iraq and scoring six direct hits on missile hangars. A suspected Iranian drone and cruise-missile attack the previous year on Saudi oil facilities was similarly on-target.

“That strike had huge geopolitical ramifications,” says Mr Hinz. Previously, most states that wanted to hit enemies far away needed an expensive air force; an unguided missile would be useless beyond 1,000km. “Now you have actors without an air force—or with a really terrible air force, like Iran—being able to hit the depth of an adversary,” he says. “That changes the strategic calculus.” The 2019 and 2020 strikes demonstrated that Iran, and its proxies, had a serious conventional deterrent against Israel, America and others.

Greater range also means the ability to attack Israel from a wider range of countries. Short-range missiles launched from Israel’s doorstep in the Levant will always be cheaper and thus affordable in the larger numbers needed for bigger barrages or longer wars. But Yemen is still a useful launchpad. It remains unclear whether the Houthis or their Iranian patrons launched the October 31st attack. That is part of the appeal. Iran’s revolutionary guards can blame strikes on Houthi militants. And if Israel were to retaliate in Yemen, the risk of escalation and political fallout would be lower than that of a war over Lebanon or Iraq.

Finally, precision also poses a profound challenge for missile defences. Iron Dome and other Israeli defences work by calculating where a missile is headed and intercept it only if it is landing somewhere important, like a populated area or military base. In 2006 Hizbullah’s arsenal was almost entirely unguided, so many rockets could be safely ignored. But over the past decade Iran has successfully sent hundreds of guidance kits, which turn regular missiles into precision ones, to Lebanon, say Israel officials, despite sporadic Israeli air strikes in Syria to interdict those supplies.

That means, in a future war—one that Israeli officials reckon is inevitable—a far greater proportion of incoming missiles will have both a specific intended target and a good shot at reaching it. Israel will have to expend far more interceptors in consequence. Each Iron Dome interceptor costs around \$100,000. Those for David’s Sling, a separate system which tackles larger rockets, costs several times that. Israel may have to focus on strategic sites, like headquarters and air bases, rather than cities.

One way to adapt is to conserve interceptors by refining the algorithm which predicts where rockets are likely to land. Another is to use electronic warfare to jam navigation signals, as Israel is already doing—to the confusion of drivers relying on phone apps to get around. A third is to focus on cheaper means of interception. Israel has conducted several tests of a laser-based system known as Iron Beam. Its operational integration into the existing missile-defence batteries will not occur during this war, though, and it has shortcomings, such as cumbersome machinery and limited effectiveness in overcast conditions.

Israel can also call on allies. America has a large X-band radar in Israel’s Negev desert and its warships shot down a barrage from Yemen on October 19th. One missile from that barrage was even intercepted by Saudi Arabia, which does not have diplomatic relations with Israel but shares radar via America. In June last year Israel said it had joined the Middle East Air Defence Alliance (mead), an American-led scheme that includes Arab countries.

“The success of this technology is that it’s been adaptable over the years to a range of different threats coming from different directions,” says Yair Ramati, an Israeli engineer, one of the original developers of Arrow and a former head of the missile-defence directorate at Israel’s defence ministry. “For over 30 years, there’s been an arms-race in which Israel’s enemies have been constantly building up their arsenals and we’ve been developing our defence systems.” That race shows no sign of slowing down.

10 novembre (The Economist)

[Donald Trump looks terrifyingly electable \(economist.com\)](https://www.economist.com)

It can't happen here (again)

## Donald Trump looks terrifyingly electable

If America's presidential election were held tomorrow, he would probably win

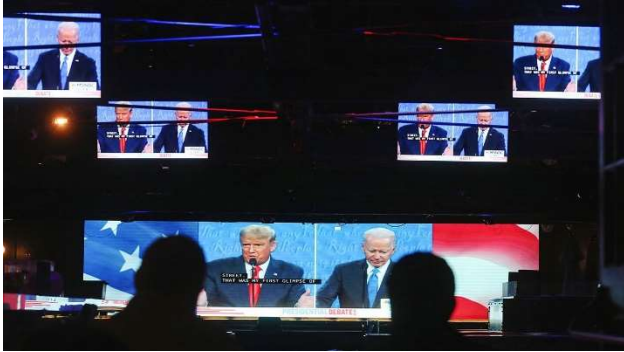


image: getty images

Nov 7th 2023 | WASHINGTON, DC

What mighty armour Donald Trump wears. It is undented by a post-presidential impeachment trial, four ongoing [criminal trials](#) for 91 alleged felonies and all the attacks of the Republican challengers for the party's nomination in 2024. Mr Trump's hold over his party looks ironclad. His challengers appear quixotic as the first ballots of the primary, to be cast in Iowa in January, draw nearer. Shy to criticise the popular former president, his rivals have repeatedly argued that Mr Trump would be unable to defeat President Joe Biden. Democrats, who refused to even entertain the idea of persuading the octogenarian president to stand aside, seemed to share this analysis. Both have gravely underestimated Mr Trump. He has a considerable chance of being elected president—fair and square—in one year's time on the first Tuesday in November 2024. If the election were to be held tomorrow, he would even be considered the favourite.

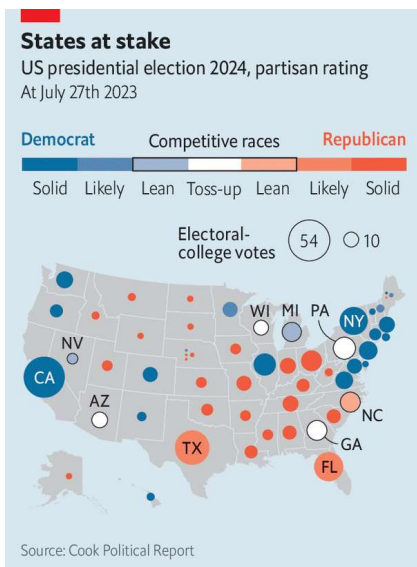


image: the economist

Even among Biden fans, [doubt is creeping in](#). Over the weekend the *New York Times* released a series of polls conducted with Siena College in the six swing states that will almost certainly decide the result of the 2024 elections (see map). To sleepwalking Democrats, who believe that Mr Trump has been rendered unelectable after his shameless attempt to overturn the previous election, the results were like a bucket of cold water in the face.



In Arizona, Georgia, Michigan, Nevada and Pennsylvania they found Mr Trump to be leading among registered voters by a margin of at least four points. They found a lead for Mr Biden only in Wisconsin, by a margin of two points. Below the disappointing toplines, the crosstabs contained more worrying findings. In these critical states 42% of Hispanic and 22% of African-American voters said they would vote for Mr Trump, which, if true, would mark the collapse of the minority support that Democrats had relied on for decades.

Voters also said they trusted Mr Trump to do a better job of handling the economy (59% to 37% for Mr Biden); immigration (53% to 41%); and even the Israeli-Palestinian conflict (50% to 39%). Seven in ten voters said they thought Mr Biden was too old to be an effective president—including a majority of Democrats. The polling was so inauspicious that David Axelrod, the prominent Democratic political strategist who helped elect Barack Obama, gently suggested that Mr Biden should consider standing down.

Should Democrats be in such a panic? They might first try to console themselves by appealing to the vagaries of sampling error. Polling is increasingly difficult because fewer Americans respond to pollsters, making construction of a representative sample of voters very hard. This is especially true for measuring sentiment among demographic subgroups, such as African-American or Hispanic voters, for whom sample sizes are even smaller than the several thousand who might be drawn up in a poll. Yet other head-to-head polls show a tight contest, suggesting that the result is not an outlier.

The better argument for those who defend Mr Biden is that polls are a snapshot in time, and that public opinion drifts. As two political scientists, Christopher Wlezien and Will Jennings, found in their study of decades of elections in scores of countries, head-to-head polls conducted one year ahead are almost useless at predicting the eventual outcome. American presidential contests are usually close, and polls tighten in the months leading up to the election. “Are we living in a world where we should see an eight-point shift?” asks John Sides, a political scientist at Vanderbilt University, pointing out that Mr Biden losing by five points in Michigan would be significantly worse than his victory margin of three points in 2020. “It doesn’t seem plausible to me to assume you’re going to get a swing as large as these polls imply...that’s another reason for some degree of caution.”

Yet this is plainly not where the Biden campaign hoped to be a year away from the election. Rather than being fatally flawed, their likeliest opponent looks eminently electable. And the caveat about public opinion shifting may apply less since Mr Trump and Mr Biden are both former presidents. Most Americans have formed deeply set views about them that will be resistant to change. In a memo distributed on November 2nd, Julie Rodriguez, Mr Biden’s campaign manager, argued that “Team Biden-Harris is well-prepared to defeat whoever emerges from the extreme maga Republicans’ primary field,” citing the \$91m in cash that the campaign already had in hand. But in the past few elections Democrats have enjoyed a sizeable campaign-finance advantage, and it is not at all clear that it has been decisive.



image: the economist

Those who eschew predictions based on early polls and instead place stock in fundamentals—like the president’s approval rating and the state of the economy—should also be concerned. Although he has the benefit of incumbency, Mr Biden’s net-approval rating is -17 points, according to a polling average by FiveThirtyEight, a data-journalism outfit. That is essentially identical to Mr Trump’s standing at this point of his presidency and seven points behind Barack Obama (see chart).

And despite the administration’s attempt to make [Bidenomics](#) a rallying cry rather than a pejorative, 55% of Americans say that the economy is getting worse, according to tracking polls conducted for *The Economist* by YouGov. “Bidenomics has been a complete failure,” wrote Chris LaCivita and Susie Wiles, Mr Trump’s campaign managers, in a memo to supporters released on November 5th. Their campaign plans to hit the current president on the cost of petrol, groceries and housing. Because of inflation, real wages are down by about 1.4% since Mr Biden took office in January 2021 (which is why Mr Biden prefers to talk about wages relative to pre-pandemic levels in January 2020).

Another difficulty is age. Mr Biden, who turns 81 soon, understandably has a weary physiognomy and occasionally mangles his words. Given the direction of time’s arrow outside Martin Amis novels, these will probably become more noticeable. American voters seem little reassured by the presence as vice-president of Kamala Harris, who generally polls as badly if not worse than her boss. None of which is to say that Mr Biden has been a bad president: his administration’s approach to [Israel’s war with Hamas](#) is another reminder of how much the world benefits from having a competent, experienced team in the White House. Yet, come election time, that will not be enough.

Mr Biden appears to have no intention of standing down, and the party appears to have no intention of throwing him over. So what could he do? Some matters, like the health of the man or the health of the economy, are up to a deity (or probability, depending on your creed). Others, like the strength of Mr Biden’s campaign, which will be a billion-dollar operation dedicated to improving his public standing, are within human control.

The president will have to woo working-class voters, both white and non-white, who have been drifting towards the Republican Party. He will have to drum up enthusiasm among progressives who are irritated with the administration’s Israel policy. Young voters will need encouragement to find enthusiasm for their geriatric president. But the best turnout promoter for Mr Biden will be his opponent, whom many Americans have been ignoring. Mr Trump’s reintroduction will hopefully cure them of their nostalgia.

10 novembre (The Economist)

[More welcoming migration policies require borders that are secure \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Open, but orderly

## More welcoming migration policies require borders that are secure

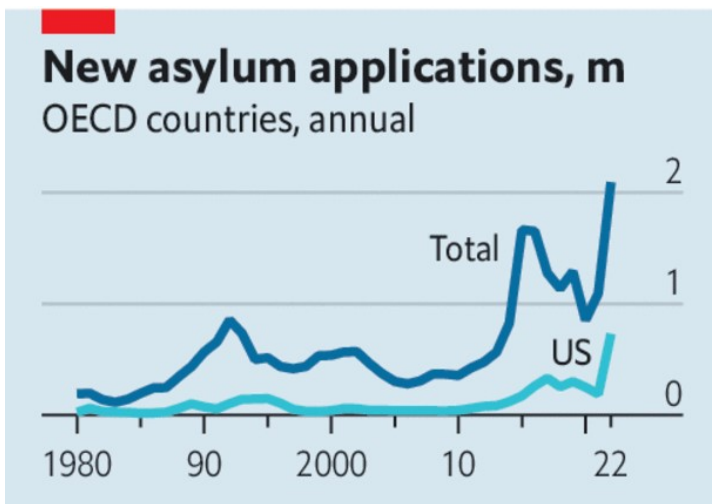
Let more people in legally, swiftly exclude those who come illegally



Nov 9th 2023

Last year rich countries accepted over 6m permanent immigrants, the highest figure on record. They also registered over 2m applications for asylum. Such numbers are neither unmanageable nor unreasonable, adding up to 0.6% of the receiving countries' population. The rich world needs immigrants to fill gaps in its ageing labour markets: nearly three-quarters of permanent migrants work. And migrants benefit hugely from moving—otherwise they would not leave. But there is a whiff of panic on both sides of the Atlantic, as voters fret about the [growing numbers of people](#) crossing their borders without permission, and politicians vow to get tough.

In the United States President Joe Biden is adding to Donald Trump's [border wall](#), and governors are vying to bus irregular migrants to other states. In Europe asylum-seeker numbers are the highest they have been since the crisis of 2015-16, and Italy has just announced a deal with Albania to process asylum claims offshore in a vague arrangement that Albania's prime minister himself said would not work. Under pressure from a resurgent far right, the German government has said it plans to explore something similar, and pledged to slash benefits for asylum-seekers.



The Economist

Rich countries are attractive places: peaceful, orderly and, obviously, rich. Incomes in the European Union are 12 times higher than in sub-Saharan Africa. Small wonder so many people want to move from poor countries to rich ones. In a world of free movement, millions more would arrive than rich-country voters are willing to accept. In the real world, the chance of getting a visa is so remote that many claim asylum instead.

This is not what the asylum system was designed for. Governments in the rich world have struggled to process floods of asylum claims speedily or fairly, and the issue has become politically toxic. Voters detest the notion of disorder on their borders; they want their governments to be in control of who arrives. When they think the borders are secure, however, voters are often more welcoming. In Australia, an island with a fierce deportation policy for people arriving without permission, 29% of the population are foreign-born, compared with 14% in the United States. In Canada (which shares no border with a poor country) the foreign-born share is 23% and, despite a [recent pushback](#), voters are largely pro-immigration.

As Canada and Australia have grown, the eu's working-age population fell by 5m in the decade to 2021. The demographic crunch is less severe in America, but more so in Japan and South Korea. An obvious way to tackle looming shortages of young workers in rich countries would be to let in more immigrants. But for this to be politically feasible, they would need to be admitted through regular, visible channels. That means, for a start, imposing some discipline on the asylum system. Not, as some on the right suggest, by scrapping the Refugee Convention, the international agreement that binds signatories to provide refuge to those fleeing from a credible risk of persecution. Nothing better would replace it. But it is reasonable for governments to discourage abuses of the system.

So they should process claims quickly, and accelerate the removal of those whose applications fail. There is no fundamental reason why claims should not be heard offshore, before the would-be asylum-seeker sets foot in the destination country. Canada takes large numbers of refugees directly from camps in Africa, for example. However, deals like the one Italy is pursuing with Albania, and Britain has attempted with Rwanda, are often badly administered and subject to legal challenge. So rich countries will still have to beef up their domestic asylum systems. They should increase their support for countries that host large numbers of refugees, such as Colombia, Pakistan and Turkey. Countries from which a lot of asylum-seekers come will also need incentives to take them back. All this will require patience and diplomatic agility, which today are often lacking.

As they crack down on those who migrate without permission, governments should widen opportunities for people to move legally. They could expand legal pathways for countries that take back failed asylum-seekers, or use a points system to help with selection. They could focus on specific sectors, such as construction or tech, offer more visas to seasonal workers on farms or in hotels, and attract more students. Scholars disagree as to how much expanding legal migration cuts the illegal sort, but it brings huge benefits for the migrants and big ones for the host country, especially if policies encourage migrants to work.

Migration cannot be managed perfectly, but it can be managed better. By demonstrating that they control their borders, governments may earn themselves political space to open the gates a little wider, without losing elections to those who would slam them tightly shut.

10 novembre (The Economist)

[Why migration is in such a mess once more \(economist.com\)](https://www.economist.com)

New arrivals, old problems

## Why migration is in such a mess once more

Violence and poverty are pushing the desperate towards jobs and safety



Nov 9th 2023 | SAN DIEGO AND WARSAW

Illegal immigration is taxing governments on both sides of the Atlantic. The maritime migration route between west Africa and the Canary Islands, a passage so dangerous it was avoided for years, is back in use: some 30,000 people have attempted the crossing so far in 2023. Countries like Germany, once friendly to asylum-seekers, are slashing benefits and hastening deportations. This year half a million people may traverse the Darién Gap, part of the isthmus that links Colombia to Panama, to reach the United States. That is more than four times as many as attempted the crossing throughout the 2010s.



The Economist

This human drama exists alongside a quieter increase in authorised migration. A recent report from the oecd, a club mainly of rich countries, found that its 38 members accepted a record 6.1m immigrants permanently last year. *The Economist's* own calculations show immigration to rich countries increasing at its fastest pace in the 15-year period for which we have reliable data (see chart 1 ). Across the oecd, around 10% of people live in countries they were not born in.

The statistics derive from a range of factors pushing people to move, and to a host of enticements pulling them towards Western countries. When it comes to the pushes, conflict in parts of Europe, the Middle

East and sub-Saharan Africa is driving millions elsewhere. (Some 4.7m Ukrainians have fled their country, at least temporarily, for Europe.) Grinding poverty also pushes people to move, as does crime and gang violence.



The Economist

Now for the pulls. Most migration, of any sort, takes place within regions, rather than from the poor to rich world. But the relative safety of Western countries is one factor drawing migrants with the means to get to them. Tight labour markets in rich countries are another big attraction. Over 70% of migrants across the oecd's countries are in work, a number that continues to climb. Average wages in the eu are now over 12 times those in sub-Saharan Africa.

The numbers wishing to migrate will only grow in the coming years. Some worry that climate change could spark an exodus. A bigger concern, from the perspective of rich countries, concerns demography: as they grow older they will need more imported labour. For decades net migration in a cluster of rich countries has accounted for a greater share of the total population than do net births (see chart 2). Nearly 15m German residents, 18% of the population, are first-generation immigrants—a higher share than America at its peak in 1890.

## Diverging definitions

Officials overseeing borders are struggling to navigate the situation—let alone the migrants trying to cross them. Part of the problem is that the complexity of people's migratory journeys is blurring a distinction that international law upholds rigidly. It is between refugees—those unable to return to their countries of origin owing to “a well-founded fear of being persecuted” who seek help through asylum systems—and other migrants. The numbers claiming asylum in oecd countries last year reached a record high of 2m people. Tension builds because anyone arriving in a signatory country to the un Refugee Convention of 1951 may lodge an asylum claim. That thwarts governments' efforts to keep newcomer numbers down.

What happens if someone fleeing misery also wants a job? Organised labour-migration schemes are far too small to manage either the supply of migrant labour or the demand for it. That can leave asylum systems as one of the only channels through which migrants may enter countries without risk of immediate deportation. Underfunded and overwhelmed, many are buckling. Rich countries find themselves caught: how to balance the needs of economies beset by demography and tight labour markets with the delicate politics of immigration and asylum?

## Of church and state

All these difficulties are on display in America. A record 2.4m migrants were apprehended at its southern border in the year to September. The country's asylum system is creaking. It sits on a backlog of 2m cases and takes an average of four years to process each one. "We haven't put money into immigration judges, asylum officers, the people who decide whether or not the people you catch can stay," says Theresa Brown, who served in the Department for Homeland Security in the Bush and Obama administrations.

Understanding how the composition of those arriving has changed illuminates the hardships pushing migrants towards the country. Nowadays families who immediately surrender to border officials make up a far higher share of arrivals than in the past. Last month, for the first time, Venezuelans overtook Mexicans as the most-represented nationality among migrants arrested at the border. They are exiles from the autocratic regime of Nicolás Maduro.

One such is José Castillo, who is staying at a church shelter in San Diego. When he and other migrants leave each day to search for work, they pile their belongings in rubbish bags beneath a tent in the garden. A statue of the Virgin Mary stands watch. Mr Castillo left his wife and two young daughters in Falcón state and then waited for months in Monterrey, in north Mexico, to make an asylum appointment with America's Customs and Border Protection via the cbp One phone app.

The app tries to channel migrants into legal pathways, and reduce the numbers of would-be migrants crowding at America's southern border. But numbers are gumming up its administration. Another scheme launched last year, which offered a two-year stay to certain nationalities from Latin America and the Caribbean who had a private sponsor, initially cut border arrivals from those countries. But it, too, has proved inadequate to meet demand.

America's tight labour market—there are 9.6m job vacancies—is an obvious pull for migrants. Mr Castillo, a mechanic, explains that he can earn more in one day in California than he could make in months at home. Wayne Cornelius, a professor emeritus of the University of California at San Diego, reckons there has never been a better time for migrants to seek work in America. In September the Biden administration granted temporary permission to nearly half a million Venezuelan immigrants to stay and work legally.

That was done in part to ease the burden on beleaguered city governments like New York's, which wanted to grant asylum-seekers the right to work so that they could afford housing. But Republicans and Democrats alike have also spotted a chance to plug labour gaps. America's formal employment-migration schemes are not remotely adequate to manage companies' need for workers, highly skilled or otherwise. The us Chamber of Commerce reckons that in 2024 just one person will receive an h-1b skilled work visa for every ten applicants. "The policy debate is being conducted almost entirely without regard to these labour-market realities," reckons Professor Cornelius.

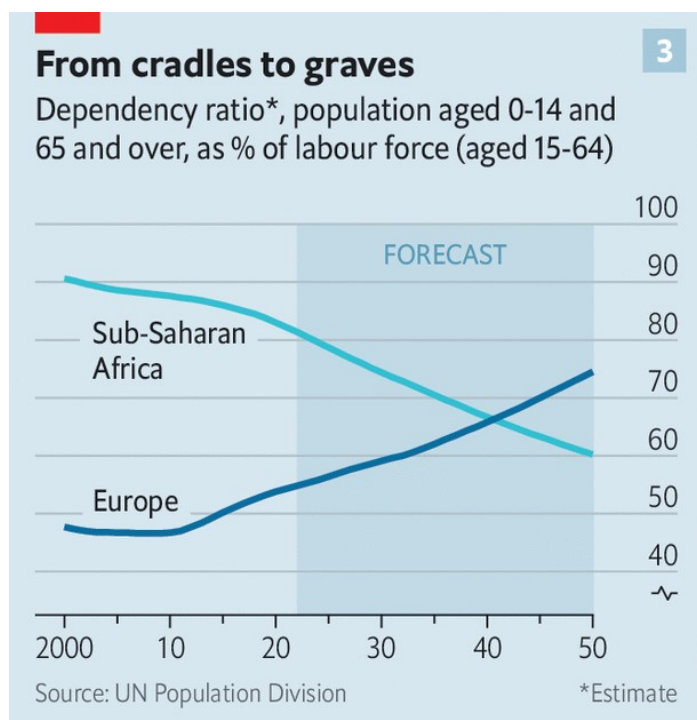
Still, if you think America looks bad, try Europe. Politicians are once again at each other's throats over illegal immigration. Border checks have been reimposed throughout the supposedly passport-free Schengen area. Governments are reviving questionable ideas like offshore processing: this week Italy's right-wing government hailed a deal that would see Albania take in some of its asylum-seekers.

Europe's difficulties run deeper than America's because it is not a unitary authority. However reasonable it might seem to distribute asylum-seekers around member states, one or other government will always refuse. The eu's common asylum system does set common standards, but governments jealously guard their right to make asylum adjudications. Even the much-maligned "Dublin" system, under which asylum-seekers are supposed to be returned to the eu country in which they first registered, is honoured largely in the breach. Last year Germany was able to return to other eu countries only 6% of the asylum-seekers it considered eligible under the Dublin rules.

The difficulty is that Europe, too, is crying out for workers. Varun Kumar Jain's story is revealing. In 2017 he left his native Bihar, a state in eastern India, for Warsaw. Tired of Bihar's heat, he was also drawn by the Polish capital's dearth of competitors in his field: Indian cooking. He was quickly able to parlay his tourist visa into a work permit. After four years simmering and chopping in an Indian restaurant he has just opened his own spot. His children attend a Polish school and he attends the country's only Sikh temple. Despite strident anti-migrant rhetoric, Poland's labour-hungry government has presided over a huge growth in such immigration.

## Back in the old continent

Ageing Europe will need ever more foreign workers for its growing labour-market needs owing to its demography. At 44 its median age is notably higher than America's, at 39. By one estimate the eu would need to import 50m people over the next 25 years just to keep its population stable. As their labour shortages sharpen, rich countries will intensify their competition for immigrants, and not only the highly skilled sort—Europe has huge demand for carers, lorry-drivers and carpenters.



The Economist

Although immigration cannot solve a country's demographic difficulties (because immigrants get old too), it can control the pace of change in the dependency ratio—the multiple of the economically dependent to working-age adults. That is critical for Europe (see chart 3). “If managed well, the people on the move that are being scapegoated today will be eagerly sought after tomorrow,” says Amy Pope, director-general of the International Organisation for Migration, the un's migration arm.

Europe abuts a place where economic and political realities push people to leave. The median age in Africa is 19. Across the continent, only 3m formal jobs are made available for the 10m-12m Africans who enter the workforce each year. Most African emigrants move within the continent, as the parades of jobseekers lining the roads of South Africa testify. A second cohort, especially in east Africa, earns decent incomes in the petrostates of the Gulf, albeit at the cost of many of their civil rights. But a growing number make their way to Europe—and as Africa gets richer, more will acquire the means to do so.

## The journey ahead

Failing to adjudicate properly between claimants undermines public support for all forms of migration, especially when labour migration is channelled through asylum systems. A more rational way forward is possible to imagine. Well-resourced asylum systems are needed alongside tailored labour-migration



schemes which allow newcomers quick entry into labour markets. These should be encompassing enough to change the incentives of people otherwise planning to make unauthorised journeys. But it is hard to conceive that such schemes could ever be big enough to take on everyone who might want to emigrate. “I’ve become sceptical about the big promise that you can reduce irregular migration by increasing legal migration, because we create small legal trickles rather than large legal pathways,” says Victoria Rietig, a migration expert at the German Council on Foreign Relations, a research body in Berlin.

Canada and Australia offer interesting examples. Both these rich countries have maintained public support for extraordinarily high immigration rates (albeit not without trouble). Last year Canada welcomed 1m newcomers, boosting its population by close to 3%. It accounted for fully 42% of global refugee resettlement (which directly transfers vulnerable refugees to rich countries). Australia took a further 15%. But it is difficult to extrapolate from their experience. It is their geography that helps them keep control, which in turn reduces incentives for others to come.

In reality the sheer difficulty of managing migration is leading to official contortions. On one hand, policymakers jumpy about asylum numbers are happy to support potentially illegal policies like pushbacks at sea. On the other, governments are increasingly open to ushering asylum-seekers into the labour market once they arrive. This can take an explicit form: citing the “ever-increasing labour shortage”, some German states have sought to grant asylum-seekers the right to begin work immediately, rather than spend months in language and integration courses.

More often, though, governments offer labour-market integration through neglect. Unable to cope, overwhelmed asylum systems channel their applicants into legal limbo. From there, many will find off-books work and hope for their status to be regularised; few asylum-seekers in America wait the 180 days or more the law may require before they can legally find work, for example. Eventually they will be able to obtain social-security numbers and work permits, formalising their entry into the labour market even before their immigration status is finalised.

Frustration is leading other governments down tough paths. Confronted with unmanageable numbers of so-called spontaneous arrivals, some are increasingly reluctant to accept refugees via formal, often un-organised resettlement. In 1980 America accepted over 200,000 resettled refugees; last year it took in just 25,000.



A welcome of sorts

Some on the political right have suggested rewriting or even tearing up the un’s Refugee Convention. Progressives, meanwhile, worry that the convention’s provisions, not seriously revised for over 50 years, are too narrow to encompass those fleeing violent crime and extreme poverty—in parts of Central America or the Caribbean, for example. Yet it is by no means certain that a better agreement would emerge from the ashes of the old one, notes Elizabeth Collett, a global fellow based in Australia working for the Migration Policy Institute, an American think-tank. Merely to open the discussion could in fact lead to the removal of what protections there are for refugees.

Muddling through with a smarter set of tools is the most practical bet. Governments' main hope of restoring public faith in asylum systems, and of deterring future arrivals, is to show that they are able to deport people with no right to remain in the country. Mr Biden has recently (and not without controversy) resumed deporting Venezuelans. Facing a resurgent far right, Olaf Scholz, Germany's chancellor, has been touring African countries seeking return agreements to fulfil his promise to "deport people more often, and faster". A new eu proposal would see some asylum cases fully adjudicated within 12 weeks, with claimants held near borders. Last year slightly fewer than half of all asylum decisions across the eu were positive (although some appeals are successful). That leaves hundreds of thousands of claimants notionally eligible for deportation.

Securing return deals requires a deft deployment of diplomatic carrots (development aid, formal migration partnerships) and sticks (withdrawals of visa or trade privileges), notes Ms Rietig. In the past readmission agreements on paper rarely translated into movements of people. Big countries with which Europe needs to maintain strategic relationships can be difficult to impress with sweeteners or credibly threaten with sanctions. In 2017 Nigeria rejected eu inducements to take back its people on the grounds that Turkey struck a better deal a year earlier. And agreements with bullying Europeans can prove extremely unpopular.

Unless governments can improve their asylum systems, they will feel obliged to keep striking dodgy deals with neighbouring autocrats that leave them exposed to political racketeering. The eu's €6bn (\$6.4bn) migration agreement with Turkey in 2016 was a desperate, and largely successful, attempt to block a repeat of the 2015 migration crisis, which scarred Europe. Despite supposedly falling through, a recent €1bn deal with Tunisia, a popular departure point for Europe, does seem to have reduced migrant numbers.

In the absence of fully open borders, there will always be inducements for migrants to attempt unauthorised journeys. No policy alone can expect to reduce numbers dramatically. But the right combination might draw the political sting from migration and so create the space for more generous labour-migration and refugee policies alike. "Here's the thing no one wants to hear," says Ms Rietig. "Migration is not a problem to be solved, but a reality we can only hope to manage."

10 novembre (FAZ)

[9. November: Was macht eine DDR-Vergangenheit mit der Psyche? \(faz.net\)](#)

DDR-VERGANGENHEIT:

## Noch lange nicht alles gut



Vor der Wende: Krippenkinder in Wittenberg. Bild: Rudi Meisel/Visum

Vor etwas mehr als 30 Jahren kam es zum Ende der DDR. Die Auswirkungen ihrer Existenz sind bis heute spürbar. Mehrere Forschungsprojekte haben sich deshalb die Frage gestellt: Was macht eine DDR-Vergangenheit mit der Psyche?

VON MERLIN WASSERMANN

-AKTUALISIERT AM 09.11.2023-20:10

Nur mit Mühe kann man am Telefon heraushören, dass Gerhild Spicale aus Sachsen kommt. Das kann daran liegen, dass sie bereits seit über 20 Jahren im Westen Deutschlands lebt, mittlerweile im beschaulichen Mühlthal in Hessen. Geboren ist sie in [Leipzig](#), im Jahr 1973, dort ist sie aufgewachsen, bevor es sie woanders hinzog. „Doch, ich bin froh, dass ich die DDR noch miterlebt habe“, sagt sie.

Spicale ist Teil eines außergewöhnlichen Langzeitprojekts, der Sächsischen Längsschnittstudie. Sie startete 1987 noch zu Zeiten der [DDR](#) in Ostdeutschland und befragt regelmäßig eine Gruppe von rund 400 gleichbleibenden Teilnehmern zu ihrer Lebenssituation, zu ihrer Sicht auf die DDR und mittlerweile auch zu ihrer Sicht auf die Wiedervereinigung. Die Daten aus dieser und auch aus anderen Langzeitstudien auszuwerten, hat sich der 2019 gegründete Forschungsverbund „DDR-Psych“ zur Aufgabe gemacht. 30 Jahre nach dem Mauerfall war das Interesse am verfloßenen Sozialismus wieder groß. „Man sorgte sich in der Bundesregierung über das Erstarken der AfD im Osten und wollte verstehen, wie es dazu kam“, beschreibt Elmar Brähler das Zustandekommen des Forschungsverbundes. Brähler ist Professor für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie am Universitätsklinikum Leipzig und einer der Leiter von DDR-Psych. Er und seine Kollegen aus verschiedenen Teilprojekten bewarben sich auf Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit der Fragestellung: Welche Aspekte einer DDR-Vergangenheit wirken als Risikofaktoren für die psychische Gesundheit einer Person, welche als protektive Faktoren?

Ein Beispiel für solche Faktoren ist die unterschiedliche Sozialisation in der Kindheit. „Ich hatte größtenteils eine unbeschwerte Kindheit“, erzählt Spicale. Zwar hatten sie in der Familie nie viel Geld, denn Spicales leibliche Eltern hatten sich scheiden lassen, als sie anderthalb war. „Wir haben jeden Pfennig dreimal umdrehen müssen und alles wiederverwertet.“ Trotzdem sagt sie: „Mir ging es gut.“

Kinder in der DDR erfuhren weniger physische Gewalt

So auch Thomas Jost, Jahrgang 1972, der in Waldheim zwischen Leipzig und Dresden aufwuchs. Die Kindheit in der DDR sei „nicht so schlimm“ gewesen, „wie sie immer dargestellt wird“, meint er. Er erinnert sich gern an den großen Garten hinterm Haus zurück. Jost war früh mit West-Medien in Kontakt gekommen, seine Eltern hatten Verwandte in Westberlin, die ihnen Geld, Kaffee und einen Fernseher zuschickten. „Es war für mich völlig normal, am Abend die ‚Tagesschau‘ anzugucken“, sagt Jost.

Spicale und Jost sind keine Ausnahmen. Tatsächlich zeigen mehrere Studien, dass Kinder in der DDR seltener Opfer emotionaler Vernachlässigung wurden und weniger sexuelle und physische Gewalt erfuhren als im Westen. Ein Grund hierfür ist die Tatsache, dass in der DDR seit der Staatsgründung 1949 Körperstrafen als Erziehungsmethode verboten waren. In der BRD hingegen waren sie bis in die 1970er-Jahre erlaubt. Eine weitere Rolle spielt, dass in der DDR meist beide Eltern arbeiteten und die Kinder deswegen in verschiedenen staatlichen Institutionen betreut wurden. Sie halfen, Gewalt oder Vernachlässigung früh zu erkennen.

Allerdings ist hierbei nicht alles Gold, was glänzt. Da Spicales Mutter alleinerziehend und berufstätig war, sah sie sich gezwungen, ihre kleine Tochter in die Wochenkrippe zu geben. Von Montag- bis Samstagmorgen verbrachte Spicale ihre Zeit in der Obhut staatlicher Erzieherinnen, fernab von ihrer Mutter. Obwohl sie ihre Kindheit grundsätzlich positiv in Erinnerung hat, war diese Zeit ein dunkles Kapitel für sie: „Das war ein Staatsverbrechen“, sagt Spicale. Sie führt Probleme mit Depressionen und ein teilweise kaltes Verhältnis zu ihrer Mutter auf die Wochenkrippe zurück. Tatsächlich gebe es Befunde, so Forscher Brähler, dass derartige Krippen schädliche psychische Folgen haben konnten.



Jugendliche Anfang des Jahres 1989 vor einem Jugendtreff in Görlitz. :Bild: Daniel Biskup/Laif

Neben diesem „Staatsverbrechen“ beging die DDR bekanntermaßen noch viele weitere. Mario Röllig musste sie erleben. Auf dem Instagram-Kanal des Forschungsverbundes berichtet er über seine Erlebnisse: Mit 20 Jahren beim Versuch zu fliehen erwischt, drei Monate Einzelhaft, Psychoterror, ständige Verhöre. Bis heute hat er mit einer posttraumatischen Belastungsstörung zu kämpfen. Wie viele Menschen durch den Staatsapparat nachhaltig in ihrer psychischen Gesundheit geschädigt wurden, ist schwer zu ermesen.

Doch spielt für die psychische Gesundheit nicht nur das System DDR eine Rolle, sondern auch dessen Ende. An der [Universität Greifswald](#) widmen sich der Sozialpsychologe Holger Mühlhan und seine Kollegen den Auswirkungen dieses Erlebnisses. Es zeige sich „ein heterogenes Bild“, so Mühlhan. Häufig komme es auf die Erfahrungen unmittelbar nach der Wende an. Wurde jemand arbeitslos oder taten sich neue berufliche Chancen auf? Zogen Freunde und Verwandte weg oder doch man selbst? Daten aus der „Study of Health in Pomerania“ oder auch dem seit 1984 in den alten Bundesländern begonnenen und nach der Wende auf die neuen Bundesländer ausgeweiteten Sozioökonomischen Panel zeigen, dass circa ein Viertel der Ostdeutschen nach der Wende eine berufliche und finanzielle Verschlechterung erfuhr.

Aber die Daten zeigen auch: Ein Großteil der Ostdeutschen sieht sich als Gewinner der Wende und assoziiert keine negativen Lebensereignisse mit ihr. Jost und Spicale spiegeln dieses gemischte Bild. Jost war in der Schule „ziemlich faul“ und hatte keinen klaren Lebensplan vor Augen. Nach der Schule startete er eine Ausbildung zum Krankenpfleger, die er abbrach, bevor er nach München ging und dort Beamter beim Bundesamt für Logistik und Mobilität wurde. Dementsprechend war für ihn die Wende vor allem eine „spannende und interessante Zeit“. Er sah die Möglichkeit, Initiative zu ergreifen und im Westen sein eigenes Glück zu suchen.

### Alle zogen weg, das macht einsam

Spicale wiederum war während der Schule in einer Förderklasse. Sie schrieb gute Noten, wollte studieren und war nach dem Unterricht in Vereinen aktiv. Die Wende habe sie „erwischt“: „Wir hingen zwischen Baum und Borke, unser vorgegebener Lebensweg war weg.“ Es habe sich angefühlt, als sei sie „in ein Loch gefallen“. Dennoch nutzte sie ihre neuen Freiheiten, wechselte erst die Schule, machte ihr Abitur und schrieb sich dann zum Jura-Studium in Leipzig ein. Allerdings gestaltete sich das Leben im Osten gegen Ende der 1990er-Jahre zunehmend schwierig: „Die Jobs waren schlecht, die Löhne Mist, alles war teurer.“ Sie ging nach Hannover. Viele aus ihrem Bekanntenkreis waren ohnehin bereits in den Westen abgewandert.

„Seit 1990 ist knapp ein Viertel der Bevölkerung der neuen Bundesländer weggezogen“, sagt Elmar Brähler. Auch wenn das Binnenmigrationssaldo mittlerweile deutlich besser sei, hätten „die neuen Bundesländer das Bevölkerungsniveau von 1910“. Das Ergebnis: Etwa seit dem Jahr 2000 lässt sich messen, dass Menschen im Osten einsamer sind als die im Westen. Nicht nur befinden sich insgesamt weniger Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, auch ist deren Fluktuation höher, was es erschwert, soziale Netze aufzubauen.

Darüber hinaus hat laut Brähler Binnenmigration selbst einen komplexen Einfluss auf die psychische Gesundheit. Allgemein scheinen Menschen, die vom Osten in den Westen migriert sind, unter höherem psychischen Distress zu leiden als die, die im Osten geblieben sind. Und es gibt Hinweise darauf, dass auch West-Ost-Migranten stärker psychisch belastet sind. Dabei ist der Zeitpunkt der Migration entscheidend. Für eine Person, die aus der DDR floh, bedeutete dies einen massiven Einschnitt. Ein Umzug nach der Wende war hingegen für viele mit mehr Vorteilen als Nachteilen verbunden.



Neue Zeiten: November 1989 - für viele DDR-Bürger hieß das auch ein Aufbruch in eine ungewisse Zukunft. :Bild: Jens Röttsch/Oostkreuz

Leicht wird es den „Ossis“ im Westen in keinem Fall gemacht. „Insbesondere junge Menschen merken oft zum ersten Mal, dass sie Ostdeutsche sind, wenn sie in den Westen kommen“, so Brähler. Stigmatisierung und ein Gefühl der Abwertung seien immer noch verbreitet.

Doch nicht nur auf individueller Ebene spielt die gesellschaftliche Geringschätzung des Ostens eine Rolle. Die allgemeine Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern ist niedriger als im Westen, auch wenn sich die Werte seit der Wiedervereinigung angenähert haben und es Studien gibt, die darauf hindeuten, dass Ängstlichkeit und Depressivität im Westen häufiger vorkommen als im Osten. Dass die Menschen dort dennoch unzufriedener sind, hängt zu großen Teilen mit der materiellen Situation zusammen, wie Theresa Entringer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung weiß. Sie leitet eines der Teilprojekte von DDR-Psych und sagt: „Soziodemographische Faktoren wie Einkommen, Rente und Vermögen erklären mehr als die Herkunft.“ Und auch Lebensziele spielen eine Rolle, die mit psychischer Gesundheit korrelieren.

Zu diesen forscht Entringers Kollegin Laura Buchinger. „Im Westen wollen die Menschen gegenüber dem Osten deutlich mehr reisen und öfter ein Eigenheim besitzen“, sagt sie. „Im Osten ist es den Menschen wichtiger, Kinder zu kriegen, Karriere zu machen und sich selbst zu verwirklichen.“ Diese Unterschiede sind nicht trivial. Insbesondere Selbstverwirklichung, die positiv mit psychischer Gesundheit korreliert, sei in Ostdeutschland deutlich stärker ausgeprägt als im Westen.

Was die Unzufriedenheit im Osten aber antreibt: „Die Erzählung über die Treuhand ist im Osten stark“, so Elmar Brähler. Die Anstalt des öffentlichen Rechts überführte Staatsvermögen in Privateigentum, wobei es nicht immer mit rechten Dingen zugeht. Doch selbst wenn man Korruption und Wirtschaftskriminalität ausklammert, empfanden viele Ostdeutsche die Aktivitäten der Treuhand als Ausverkauf an und Raub durch westliche Eliten. Gerhild Spicale sieht noch weitere Schwierigkeiten. Hinter viele DDR-Erregenschaften – Gleichberechtigung, das Schulsystem – sei man in der BRD zurückgefallen. Heute lebe man im Osten wie in einem Land zweiter Klasse, die Ellenbogenmentalität habe sich ausgebreitet. Spicale ist deswegen nicht überrascht über den Unmut in ihrer alten Heimat und sorgt sich über den Aufstieg „gewisser Parteien“. Thomas Jost hingegen fällt es schwer, das Denken vieler frustrierter Ostdeutscher nachzuvollziehen. Wenn er in der Heimat zu Besuch ist, höre er nur Klagen und sehe keine Initiative. Wenn es im Osten keine Arbeit gebe, müsse man sich woanders umschaun. Besonders kritisch sieht er das Erstarken der AfD: „Wir leben doch in einer super Demokratie“, sagt er. Brähler verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass rechtsextreme Einstellungen in den letzten 20 Jahren nicht gestiegen sind. Allerdings wählten die Menschen mit diesen Einstellungen nun die AfD.

Was bedeuten diese Ergebnisse für die Gesellschaft? Holger Mühlen von der Universität Greifswald verweist darauf, dass die „gesundheitlichen Auswirkungen großer sozio-politischer Veränderungen zu berücksichtigen“ sind und „entsprechende Unterstützungsprogramme“ wie etwa Arbeitsmarkt- oder Qualifizierungsprogramme nötig machen, um die psychosoziale Gesundheit im Osten zu verbessern. Die Anpassung der Lebenszufriedenheit zwischen Ost und West hängt stark mit der Anpassung der Lebensumstände zusammen. „Die Wiedervereinigung ist im Hinblick auf das Wohlbefinden noch nicht abgeschlossen“, kommentiert Theresa Entringer. In der Sächsischen Längsschnittstudie wird in jeder Befragungsrunde gefragt, wie lange es bis zum Abschluss der Wiedervereinigung wohl noch dauern wird. „Nach der Wende meinte ich: ‚In ein paar Jahren‘“, so Spicale, „Heute denke ich: ‚Nie.‘“

9 novembre (The Economist)

[All parties are blaming each other for the dire situation in Gaza \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Gaza's civilians

## All parties are blaming each other for the dire situation in Gaza

Aid deliveries work out at 29ml of water per person a day



Another season of suffering image: afp

Nov 8th 2023 | DUBAI

Life in Gaza, for many, is now all about walking and waiting. People walk to water trucks and wells, to bakeries, to wherever someone has some food to distribute. Then they wait, often for hours; sometimes they go home empty-handed. At night they wait for dawn, which usually brings a lull in Israel's bombardment, and a chance to catch a few hours of sleep.

The 2.2m people in [Gaza](#) have now endured more than a month of war and near-total siege. Some are also nearing a month of displacement. Since October 13th Israel has repeatedly told the 1.1m inhabitants of northern Gaza to flee south. About three-quarters are thought to have heeded the warning. There are fewer [Israeli](#) strikes in the south, but it is hardly safe: on November 7th, for example, one Palestinian was killed and nine others injured in a strike on a school in Khan Younis, the first city south of the evacuation line.

Most of those displaced are sheltering in un facilities, hospitals and other public buildings—all of them bursting at the seams. At a vocational-training centre in Khan Younis, the most crowded un shelter, each resident has less than two square metres of personal space and each toilet is shared by at least 600 people.

Before the war the average person in Gaza received 80 litres of water a day. In emergencies, the un says a minimum of 15 litres is needed for drinking, cooking and hygiene. The typical daily allotment now is just three litres, much of it dirty stuff that comes from agricultural wells. Bathing has become an unimaginable luxury for many Gazans, and dehydration is a common complaint. Health workers say there have been thousands of cases of diarrhoea caused by poor sanitation.

Food is scarce too. Shoppers struggle to find basics like eggs, rice and cooking oil. They queue overnight at the handful of bakeries still operating to secure a few loaves of flatbread. A typical meal is ready-to-eat staples and a few vegetables: canned tuna and raw onions, perhaps with a bit of bread. Some mothers are using contaminated water to prepare baby formula.

On November 7th the Israeli army denied that there was a shortage of food, water and other basic supplies in Gaza. It said that 665 lorries carrying 3,000 tonnes of food and 1.15m litres of water had entered the enclave since October 21st, when Israel lifted its veto on aid deliveries. The numbers sound

impressive—until you divide them among 2.2m people over 18 days. The shipments work out to just 76 grams of food and 29ml of water per person a day.

The situation is worse in northern Gaza, where an estimated 300,000 people either could not or did not heed Israel's evacuation order. Aid agencies have struggled to deliver supplies to the area, which is now cut off from the south by Israeli troops. The un says there are no bakeries still operating in the north. Some Palestinians who have tried belatedly to flee from the area have found the journey perilous: there have been numerous reports of civilians being shelled or bombed while making the walk.

At a press conference on November 8th, Hamas officials blamed the un for failing to provide enough aid to Gaza. They made no mention of their own role in starting the war, nor their responsibility for governing the enclave. Their indifference to the misery in Gaza has sparked a few displays of defiance. When Iyad al-Buzm, a spokesman for the interior ministry, held a press conference outside al-Shifa hospital earlier this month, a man walked in front of the cameras and shouted criticism of Hamas. Such displays are rare: critics have been tortured and killed before.

At least 34 Palestinian media workers have been killed by Israeli strikes since the war began, according to the Committee to Protect Journalists, a non-profit organisation in New York. Journalists in Gaza also say they have received threats from Hamas not to report anything that might be unflattering to the group. If Israel does not kill them, some grumble, Hamas will.

Most people, though, have no time for politics. They are simply trying to survive—and waiting for a ceasefire that seems a long way away.



9 novembre (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/11/09/face-aux-conflits-russo-ukrainien-ou-israel-hamas-le-constat-est-le-meme-il-n-y-a-pas-de-communauté-internationale-susceptible-d-imposer-un-reglement\\_6199059\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/11/09/face-aux-conflits-russo-ukrainien-ou-israel-hamas-le-constat-est-le-meme-il-n-y-a-pas-de-communauté-internationale-susceptible-d-imposer-un-reglement_6199059_3232.html)

« Face aux conflits russo-ukrainien ou Israël-Hamas, le constat est le même : il n’y a pas de “communauté internationale” susceptible d’imposer un règlement »

[Chronique](#)

[Alain Frachon, éditorialiste au « Monde »](#)

Washington étant sur la défensive, la Chine et la Russie se faisant les chantres d’un ordre mondial anti-américain, le Conseil de sécurité de l’ONU se retrouve paralysé, constate, dans sa chronique, Alain Frachon, éditorialiste au « Monde ».

Publié aujourd’hui à 04h00 Temps de Lecture 3 min.

Les guerres de l’époque sont le miroir d’une scène internationale morcelée, divisée, antagoniste – et donc largement impuissante. Qu’il s’agisse du conflit russo-ukrainien ou de celui qui oppose Israël au mouvement palestinien Hamas, le constat est le même : il n’y a pas de « communauté internationale » susceptible de favoriser ou d’imposer un règlement.

Les massacres perpétrés le 7 octobre dans le sud d’Israël auraient dû être unanimement dénoncés, du sud au nord, d’est en ouest. On aurait pu s’attendre à un front uni dans la condamnation de la part de grandes puissances qui, toutes, entretiennent les meilleures relations avec l’Etat hébreu. Du moins si l’on accepte que l’événement relève d’un traumatisme comparable à celui provoqué par les attentats du 11 septembre 2001 aux Etats-Unis. Cette dernière lecture a été celle des pays occidentaux qui ont condamné l’opération du Hamas.

Ailleurs – Asie, Afrique, Amérique latine –, l’interprétation a souvent été différente. Dans une atmosphère de relativisme absolu, le 7 octobre a été relégué au rang du terrorisme dont le Moyen-Orient est coutumier : comme chacun sait, les terroristes des uns sont les résistants des autres... Puis est venue la riposte israélienne, sur fond d’embargo sur l’eau, l’électricité, le fuel et sans porte de sortie pour les Gazaouis. La férocité des bombardements et les victimes civiles par milliers ont vite occulté ou minoré la spécificité des événements du 7 octobre.

Mais avant même l’intervention israélienne, la Chine de Xi Jinping et la Russie de Vladimir Poutine n’ont pas explicitement dénoncé l’attaque du Hamas. Ces deux pays ont de très bonnes relations avec l’Etat hébreu, mais aussi avec l’ensemble du monde arabe et avec l’Iran.

« Niveau de haine inégalé »

A plus d’un titre, Chinois et Russes étaient bien placés pour exercer une forme de médiation. Leur choix a été autre : solidarité affichée avec les Palestiniens et critique des Israéliens, enfin dénonciation de la politique des Etats-Unis dans la région. Impossible de s’entendre sur un point de départ commun, en l’espèce, une condamnation. La seule menace du veto de l’un ou des autres a paralysé le Conseil de sécurité de l’ONU. Pourquoi ?

Signataires d’une déclaration d’« *amitié sans limites* », conclue le 4 février 2022 à Pékin, quelques semaines avant l’assaut russe sur Kiev, Chinois et Russes entretiennent un dessein politico-idéologique commun : dénoncer l’« hégémonie » américaine (ou occidentale) sur le système international hérité de 1945. L’ambition est d’affaiblir les Etats-Unis et d’infléchir ledit système dans un sens plus favorable aux intérêts de Moscou et de Pékin.

Washington est sur la défensive. Pour avoir collé inconditionnellement à la guerre menée par le gouvernement de Benyamin Nétanyahou à Gaza, les Etats-Unis sont de plus en plus isolés. Les gouvernants européens réclament une pause humanitaire dans les combats – façon de se distinguer de Washington. En Afrique, en Asie et en Amérique latine, tout comme dans une bonne partie des opinions occidentales, la solidarité exprimée au bout d'un mois de bombardements sur Gaza va aux Palestiniens. Dans le monde arabe, « *on arrive, même chez les esprits les plus indépendants, à un niveau de haine inégalé* » à l'encontre d'Israël, nous confie une experte de la région du Golfe.

La Chine et la Russie en profitent, qui se font les chantres d'un ordre mondial anti-américain. L'objectif est de rallier contre les Etats-Unis une bonne partie de ce collectif informel et vague qu'est le Sud global – Afrique, Asie, Amérique latine. Russes et Chinois s'y emploient.

Le *New York Times* du 3 novembre relève que Moscou, Téhéran et, dans une moindre mesure, Pékin déversent, par médias officiels et sites en ligne interposés, un « *déluge de propagande en faveur du Hamas et à l'encontre du principal allié d'Israël, les Etats-Unis* ». « *Cela est suivi par des centaines de millions de personnes de par le monde* », dit un expert cité par le journal.

La République islamique d'Iran est un allié de poids que Poutine et Xi cultivent au plus près. Pas de statut de paria pour ce régime qui martyrise volontiers les femmes et arme le Hamas. Parrainé par Moscou et Pékin, l'Iran a été accueilli au sein des BRICS, le groupe des économies émergentes du Sud, et choisi pour présider, les 2 et 3 novembre, le forum annuel du Conseil des droits de l'homme de l'ONU (décrédibilisant les Nations unies). Téhéran vend des armes à la Russie pour la guerre de Poutine en Ukraine et, à prix cassés, des hydrocarbures à la Chine.

### Les limites de la logique des blocs

En privé, Joe Biden a tenté de modérer l'offensive israélienne sur Gaza. Mais son peu de succès apparent confirme un autre trait de la scène internationale : la relativisation de la puissance des superpuissances, que traduit, en l'espèce, l'autonomie acquise par Israël dans sa relation avec son protecteur américain.

Moscou et Pékin marquent des points aux dépens des Etats-Unis ou des Occidentaux en général dans les pays dits « du Sud global ». Une partie de l'Afrique et du monde arabe, l'Inde et aussi le Brésil ont été réticents à condamner la Russie dans l'affaire ukrainienne.

Pour autant, parler d'un bloc Chine-Russie-pays émergents est erroné, qu'il s'agisse de la guerre en Ukraine ou au Proche-Orient. [L'Inde, membre fondateur des BRICS, défend Israël](#) et lutte en Asie contre l'expansionnisme chinois. La Turquie de Recep Tayyip Erdogan ne veut surtout pas quitter l'OTAN mais [prend le parti du Hamas à Gaza](#). Financier des islamistes palestiniens, le Qatar abrite une des plus grandes bases américaines au Moyen-Orient. La logique des blocs a ses limites. Consolation : s'ils cherchent partout à affaiblir les Etats-Unis, Chinois et Russes ne souhaitent pas que la tragédie gazaouie dégénère en conflit régional.

9 novembre (NYT)

[Opinion | Israel Is In Real Danger For Three Reasons - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

OPINION

THOMAS L. FRIEDMAN

## I Have Never Been to This Israel Before

Nov. 9, 2023



Credit...Amir Levy/Getty Images

By [Thomas L. Friedman](#)

Opinion Columnist, reporting from Israel

**Sign up for the Opinion Today newsletter** Get expert analysis of the news and a guide to the big ideas shaping the world every weekday morning. [Get it sent to your inbox.](#)

People warned me before I came to Tel Aviv a few days ago that the Israel of Oct. 7 is an Israel that I've never been to before. They were right. It is a place in which Israelis have never lived before, a nation that Israeli generals have never had to protect before, an ally that America has never had to defend before — certainly not with the urgency and resolve that would lead a U.S. president to fly over and buck up the whole nation.

After traveling around Israel and the West Bank, I now understand why so much has changed. It is crystal clear to me that Israel is in real danger — more danger than at any other time since its War of Independence in 1948. And it's for three key reasons:

First, Israel is facing threats from a set of enemies who combine medieval theocratic worldviews with 21st-century weaponry — and are no longer organized as small bands of militiamen but as modern armies with brigades, battalions, cybercapabilities, long-range rockets, drones and technical support. I am speaking about Iranian-backed Hamas, Hezbollah, Islamic militias in Iraq and the Houthis in Yemen — and now even the openly [Hamas-embracing](#) Vladimir Putin. These foes have long been there, but all of them seemed to surface together like dragons during this conflict, threatening Israel with a 360-degree war all at once.

How does a modern democracy live with such a threat? This is exactly the question these demonic forces wanted to instill in the mind of every Israeli. They are not seeking a territorial compromise with the Jewish state. Their goal is to collapse the confidence of Israelis that their defense and intelligence services can protect them from surprise attacks across their borders — so Israelis will, first, move away from the border regions and then they will move out of the country altogether.

I am stunned by how many Israelis now feel this danger personally, no matter where they live — starting with a friend who lives in Jerusalem telling me that she and her husband just got gun licenses to have pistols at home. No one is going to snatch their children and take them into a tunnel. Hamas, alas, has tunneled fear into many, many Israeli heads far from the Gaza border.

The second danger I see is that the only conceivable way that Israel can generate the legitimacy, resources, time and allies to fight such a difficult war with so many enemies is if it has unwavering partners abroad, led by the United States. President Biden, quite heroically, has been trying to help Israel with its immediate and legitimate goal of dismantling Hamas's messianic terrorist regime in Gaza — which is as much a threat to the future of Israel as it is to Palestinians longing for a decent state of their own in Gaza or the West Bank.

But Israel's war against Hamas in Gaza entails urban, house-to-house fighting that creates thousands of civilian casualties — innocent men, women and children — among whom Hamas deliberately embedded itself to force Israel to have to kill those innocents in order to kill the Hamas leadership and uproot its miles of attack tunnels.

But Biden can sustainably generate the support Israel needs only if Israel is ready to engage in some kind of a wartime diplomatic initiative directed at the Palestinians in the West Bank — and hopefully in a post-Hamas Gaza — that indicates Israel will discuss some kind of two-state solutions if Palestinian officials can get their political house unified and in order.

This leads directly to my third, deep concern.

Israel has the worst leader in its history — maybe in all of Jewish history — who has no will or ability to produce such an initiative.

Worse, I am stunned by the degree to which that leader, Prime Minister Benjamin Netanyahu, continues to put the interests of holding on to the support of his far-right base — and pre-emptively blaming Israel's security and intelligence services for the war — ahead of maintaining national solidarity or doing some of the basic things that Biden needs in order to get Israel the resources, allies, time and legitimacy it needs to defeat Hamas.

Biden cannot help Israel build a coalition of U.S., European and moderate Arab partners to defeat Hamas if Netanyahu's message to the world remains, in effect: "Help us defeat Hamas in Gaza while we work to expand settlements, annex the West Bank and build a Jewish supremacist state there."

Let's drill down on these dangers.

Last Saturday night, a retired Israeli Army commander stopped by my hotel in Tel Aviv to share his perspective on the war. I took him to the 18th-floor executive lounge for our chat, and when we got into the elevator to go up, we joined a family of four — two parents, a toddler and a baby in a stroller. The Israeli general asked them where they were from. "Kiryat Shmona," the father answered.

As we stepped out, I joked with the general that he could dispense with his briefing. It took just 18 floors and those two words — "Kiryat Shmona" — to describe Israel's wickedly complex new strategic dilemma created by the surprise Hamas attack of Oct. 7.

Kiryat Shmona is one of the most important Israeli towns on the border with Lebanon. That father said his family had fled the northern fence line with thousands of other Israeli families after the pro-Iranian Hezbollah militia and Palestinian militias in southern Lebanon began lobbing rockets and artillery and making incursions in solidarity with Hamas.

When might they go back? They had no idea. Like more than 200,000 other Israelis, they have taken refuge with friends or in hotels all across this small country of nine million people. And it has taken only a few weeks for Israelis to begin driving up real estate prices in seemingly safer central

Israeli towns. For Hezbollah, that alone is mission accomplished, without even invading like Hamas. Together, Hezbollah and Hamas are managing to shrink Israel.

On Sunday I drove down to a hotel on the Dead Sea to meet some of the hundreds of surviving members of Kibbutz Be'eri, which had some 1,200 residents, including 360 children. It was one of the communities hardest hit by the Hamas onslaught — suffering more than 130 murders in addition to scores of injured and multiple kidnappings of children and elderly. The Israeli government has moved most survivors of the kibbutz across the country to the Dead Sea, where they are now starting their own schools in a hotel ballroom.

I asked Liat Admati, 35, a survivor of the Hamas attack who ran a clinic for facial cosmetics for 11 years in Be'eri, what would make it possible for her to go back to her Gaza border home, where she was raised.

“The main thing for me to go back is to feel safe,” she said. “Before this situation, I felt I have trust in the army. Now I feel the trust is broken. I don't want to feel that we are covering ourselves in walls and shelters all the time while behind this fence there are people who can one day do this again. I really don't know at this point what the solution is.”

Before Oct. 7, she and her neighbors thought the threat was rockets, she said, so they built safe rooms, but now that Hamas gunmen came over and burned parents and kids in their safe rooms, who knows what is safe? “The safe room was designed to keep you safe from rockets, not from another human who would come and kill you for who you are,” she said. What is most dispiriting, she concluded, is that it appears that some Gazans who worked on the kibbutz gave Hamas maps of the layout.

There are a lot of Israelis who listened to the recording, [published by The Times of Israel](#), of a Hamas gunman who took part in the Oct. 7 onslaught, identified by his father as Mahmoud, calling his parents from the phone of a Jewish woman he'd just murdered and imploring them to check his WhatsApp messages to see the pictures he took of some of the 10 Jews he alone killed in Mefalsim, a kibbutz near the Gaza border.

“Look how many I killed with my own hands! Your son killed Jews,” he says, according to an English translation. “Mom, your son is a hero,” he adds. His parents can be heard seemingly rejoicing.

This kind of chilling exuberance — Israel was built so that such a thing could never happen — explains the homemade sign I saw on a sidewalk while driving through the French Hill Jewish neighborhood of Jerusalem the other day: “It's either us or them.”

The euphoric rampage of Oct. 7 that killed some 1,400 soldiers and civilians has not only hardened Israeli hearts toward the suffering of Gaza civilians. It has also inflicted a deep sense of humiliation and guilt on the Israeli Army and defense establishment, for having failed in their most basic mission of protecting the country's borders.

As a result, there is a conviction in the army that it must demonstrate to the entire neighborhood — to Hezbollah in Lebanon, to the Houthis in Yemen, to the Islamic militias in Iraq to the Hamas and other fighters in the West Bank — that it will stop at nothing to re-establish the security of the borders. While the army insists that it is hewing to the laws of war, it wants to show that [no one can outcrazy Israel](#) to drive its people from this region — even if the Israeli military has to defy the U.S. and even if it does not have any solid plan for governing Gaza the morning after the war.

As Israel's defense minister, Yoav Gallant, [told reporters](#) on Wednesday: “Israel cannot accept such an active threat on its borders. The whole idea of people living side by side in the Middle East was jeopardized by Hamas.”

This conflict is now back to its most biblical and primordial roots. This seems to be a time of eyes for eyes and teeth for teeth. The morning-after policy thinking will have to wait for the *mourning after*.

Which is why I so worry about the leadership here today. I was traveling around the West Bank on Tuesday when I heard that Netanyahu had just [told](#) ABC News that Israel plans to retain “overall security responsibility” in Gaza “for an indefinite period” after its war with Hamas.

Really? Consider this context: “[According](#) to Israel’s official Central Bureau of Statistics, at the end of 2021, 9.449 million people live in Israel (including Israelis in West Bank settlements), the Times of Israel [reported](#) last year. “Of those, 6.982 million (74 percent) are Jewish, 1.99 million (21 percent) are Arab, and 472,000 (5 percent) are neither. The Palestinian Bureau of Statistics puts the West Bank Palestinian population at a little over three million and the Gaza population at just over two million.”

So Netanyahu is saying that seven million Jews are going to indefinitely control the lives of five million Palestinians in the West Bank and Gaza — while offering them no political horizon, nothing, by way of statehood one day on any demilitarized conditions.

Early on the morning of Oct. 29, as the Israeli Army was just moving into Gaza, Netanyahu posted and then deleted a message on social media in which he blamed Israel’s defense and intelligence establishment for failing to anticipate Hamas’s surprise attack. (Netanyahu somehow forgot how often the Israeli military and intelligence leaders had warned him that his totally unnecessary coup against the country’s judicial system was fracturing the army and Israel’s enemies were all noticing its vulnerability.)

After being slammed by the public for digitally stabbing his army and intelligence chiefs in the back in the middle of a war, Netanyahu published a new post. “I was wrong,” he wrote, [adding that](#) “the things I said following the press conference should not have been said, and I apologize for that. I fully support the heads of [Israel’s] security services.”

But the damage was done. How much do you suppose those military leaders trust what Netanyahu will say if the Gaza campaign stalls? What real leader would behave that way at the start of a war of survival?

Let me not mince words, because the hour is dark and Israel, as I said, is in real danger. Netanyahu and his far-right zealots have taken Israel on multiple flights of fancy in the last year: dividing the country and the army over the fraudulent judicial reform, bankrupting its future with massive investments in religious schools that teach no math and in West Bank Jewish settlements that teach no pluralism — while building up Hamas, which would never be a partner for peace, and tearing down the Palestinian Authority, the only possible partner for peace.

The sooner Israel replaces Netanyahu and his far-right allies with a true center-left-center-right national unity government, the better chance it has to hold together during what is going to be a hellish war and aftermath. And the better chance that Biden — who may be down in the polls in America but could get elected here in a landslide for the empathy and steel he showed at Israel’s hour of need — will not have hitched his credibility and ours to a Netanyahu Israel that will never be able to fully help us to help it.

This society is so much better than its leader. It is too bad it took a war to drive that home. Ron Scherf is a retired member of Israel’s most elite special forces unit and a founder of Brothers in Arms, the Israeli activist coalition that mobilized veterans and reservists to oppose Netanyahu’s judicial coup. Immediately after the Hamas invasion, Brothers in Arms pivoted to organizing reservists and aid workers to get to the front — left, right, religious, secular, it didn’t matter — many hours before this incompetent government did.

It’s a remarkable story of grass-roots mobilization that showed how much solidarity is still buried in this place and could be unlocked by a different prime minister, one who was a uniter, not a divider. Or as Scherf put it to me, “When you go to the front, you are overwhelmed by the power of what we lost.”

Thomas L. Friedman is the foreign affairs Opinion columnist. He joined the paper in 1981 and has won three Pulitzer Prizes. He is the author of seven books, including "From Beirut to Jerusalem," which won the National Book Award.

9 novembre (FAZ)

[Grüner Wohnungsbau in Paris stößt auf Widerstand der Investoren \(faz.net\)](#)

ZWANG ZU SOZIALWOHNUNGEN:

## Wie Paris Investoren vergrault

VON [NIKLAS ZÁBOJL](#), PARIS

-AKTUALISIERT AM 08.11.2023-09:16



Teures, aber schönes Wohnen: „All diese Zwänge bergen die Gefahr, dass Eigentümer und Investoren gar nichts mehr an den Gebäuden tun.“ Bild: dpa

Die sozialistische Pariser Bürgermeisterin will die Stadt grüner machen und mehr Wohnraum schaffen. Die Vorgehensweise treibt Investoren auf die Barrikaden.

Mehr Grünflächen, mehr Sozialwohnungen – der vor bald einem Jahr vorgestellte Pariser Stadtentwicklungsplan PLU bioclimatique liest sich auf den ersten Blick unverfänglich. Es scheint, als liefere die sozialistische Bürgermeisterin Anne Hidalgo die richtigen Antworten auf die Herausforderungen, vor denen Frankreichs Hauptstadt steht. Paris hat wenig Bäume, ist dicht besiedelt und voller Geschäftstätigkeit, und mit voranschreitendem Klimawandel werden die Sommer immer schwerer erträglich.

Vor allem aber ist [Paris](#) teuer. Auch wenn der heiß gelaufene Immobilienmarkt zuletzt etwas abgekühlt ist: Warmmieten von durchschnittlich mehr als 35 Euro je Quadratmeter treiben immer mehr Menschen in Vororte oder gleich ganz raus aus der Metropolregion. Die Corona-Pandemie hat die Parisflucht noch einmal beschleunigt. Zu kaufen kommt für große Teile der Bevölkerung angesichts von durchschnittlich rund 10.000 Euro je Quadratmeter schon gar nicht in Betracht.

Dennoch regt sich großer Widerstand gegen den neuen Entwicklungsplan, der den alten aus dem Jahr 2006 ablösen und Anfang 2025 in Kraft treten soll. Architekten, Bauherren, Unternehmen, Investoren – von allen Seiten hagelt es Kritik. Sie entzündet sich daran, dass das Rathaus zur Schaffung von Wohnraum tiefe Eingriffe in das Eigentumsrecht plant.

### Gehobener Pariser Westen steht im Fokus

So sieht der neue Entwicklungsplan vor, dass in mehr als der Hälfte des Stadtgebiets kein Neubau mit mehr als 4500 Quadratmeter Fläche mehr rein zu Bürozwecken genutzt werden darf, sondern er zu mindestens 11 Prozent aus Wohnraum bestehen muss. Auch bei größeren Umbauten greift diese Pflicht – unabhängig von der Frage, wie das Gebäude zuvor genutzt wurde. „Größer“ meint dabei Maßnahmen, die einer Baugenehmigung bedürfen und bei denen die „Elemente, die die Festigkeit und Steifigkeit des



Gebäude bestimmen, um mindestens 15 Prozent beseitigt oder in einen neuen Zustand versetzt werden“.

Im Fokus steht vor allem der gehobene Pariser Westen vom Quartier de l'Opéra über den Boulevard Haussmann bis zum Triumphbogen und den Avenuen ringsum. Dort gibt es traditionell besonders viele Büros, dort will die Stadt vor allem neuen Wohnraum schaffen.

Weitere Auflagen kommen dazu. So ist je nach Standort für die 11 Prozent an **Wohnraum** auch noch eine Mindestquote an Sozialwohnungen obligatorisch. Das gilt überall dort, wo die Verwaltung ein „Sozialwohnungsdefizit“ diagnostiziert hat. Das ist sogar in rund drei Vierteln des Stadtgebiets der Fall. Die Mindestquote an Sozialwohnungen beträgt 35 Prozent, sie kann aber auch 50 Prozent betragen, wenn ein „extremes Sozialwohnungsdefizit“ festgestellt worden ist. Das ist in weiten Teilen des Westens und anderen teuren Ecken wie den Arrondissements 5 und 6 rund um Panthéon, Sorbonne und Saint-Germain-des-Prés der Fall.

## Damit ist noch immer nicht genug

Auch für den Neubau reiner Wohngebäude oder beim größeren Umbau eines bestehenden Wohngebäudes ist in diesen Teilen der Stadt eine Mindestquote an **Sozialwohnungen** geplant. Schon heute gibt es in Paris Zonen, in denen die Verwaltung beim Bau von Gebäuden mit mehr als 800 Quadratmeter Wohnfläche mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen vorschreibt. Der neue Entwicklungsplan senkt diese Schwelle auf 500 Quadratmeter und erhöht die Sozialwohnungsquote auf 35 Prozent. Und auch hier gibt es Zonen, in denen sogar 50 Prozent verpflichtend sind.

Doch damit noch immer nicht genug. So hat das Rathaus Hunderte Grundstücke bestimmt, die bei einem Neubau oder größeren Umbau reine Wohngebäude werden sollen. Weit überwiegend sind das aktuell Bürogebäude. Die betroffenen Grundstücke sind öffentlich einsehbar.

Das Ziel von Bürgermeisterin Hidalgo für das Jahr 2035 lautet: Mehr Wohnraum und davon 30 Prozent Sozialwohnungen, die in Frankreich ähnlich wie in Deutschland staatlich an Geringverdiener zugeteilt werden – mit der hier wie dort verbreiteten Problematik, dass aus manchem Geringverdiener über die Jahre ein Gutverdiener wird, er dank nachlässiger Kontrolle der Behörden aus seiner günstigen Wohnung aber nicht auszieht.

Der Entwicklungsplan droht die Investitionstätigkeit stark zu beeinträchtigen. Aufseiten der Immobilienwirtschaft ist die Nervosität groß. „Deutsche Investoren sind entsetzt“, sagt Silke Nadolni, auf Immobilienrecht spezialisierte Anwältin bei der Kanzlei LPA-CGR. „Stellen Sie sich vor, Sie sind Eigentümer eines Bürogebäudes und plötzlich heißt es, Sie müssen es anderweitig nutzen.“ Hinzu komme: Als privater Investor dürfe man in Frankreich keine Sozialwohnungen vermieten. Man sei also gezwungen, den betroffenen Teil zu verkaufen. Und was die Auswahl der Grundstücke betreffe, die in Wohngebäude umgewandelt werden sollen, habe man „absurde“ Fälle erlebt und auf der ursprünglichen Liste selbst denkmalgeschützte Gebäude gefunden.

## „Aber die Frage ist, wie man es richtig umsetzt“

Als der Plan im vergangenen Jahr präsentiert wurde, seien alle fast vom Stuhl gefallen, pflichtet ihr Anne Richier von der Kanzlei Bryan Cave Leighton Paisner bei. Auf Investorensseite sei man schockiert und verunsichert – auch, weil unklar bleibe, wann genau man bei Baumaßnahmen künftig zur (Teil-)Umwandlung in Wohnraum verpflichtet ist. Schon heute habe sie Klienten, die Arbeiten auf das Nötigste beschränkten. Dabei brauche es ja eigentlich Investitionen in die Energieeffizienz und Anpassungen an den Klimawandel. „All diese Zwänge bergen die Gefahr, dass Eigentümer und Investoren gar nichts mehr an den Gebäuden tun“, sagt Richier.

Für den Pariser Architekten Axel Schönert ist klar, dass es sozialen Wohnungsbau braucht. „Aber die Frage ist, wie man es richtig umsetzt“, sagt er. Auch Schönert meint: Mit dem neuen Entwicklungsplan

werden Investitionen aufgeschoben, und vieles daran sei unausgegoren. Unklar bleibe etwa, woher die verschuldete Stadt das Geld nehmen will, jene Grundstücke, die in Wohngebäude umgewandelt werden sollen, zum Marktwert zu kaufen. Dieses Abtretungsrecht sollen Eigentümer haben.

Schon im bisherigen Entwicklungsplan hat die Stadt rund 300 Grundstücke definiert, die in Wohngebäude umgewandelt werden sollen, und Eigentümern ein Abtretungsrecht eingeräumt. Im neuen Plan sind es mit knapp 900 deutlich mehr. Die Vorschrift von 11 Prozent Wohnraum für neue oder umgebaute Immobilien mit mehr als 4500 Quadratmeter Fläche ist dagegen völlig neu – und auch deshalb so umstritten, weil es hier kein Abtretungsrecht und somit keine Kompensation für Eigentümer geben soll. „Das ist eine echte rechtliche Schwachstelle“, sagt die Juristin Richier.

### Einige Investoren unverhältnismäßig stark betroffen

Die Fronten sind verhärtet. Im sozialistisch regierten Rathaus ist man der Meinung, dass in der Banlieue doch viel Fläche für Büros zur Verfügung stehe. Doch für viele Kanzleien und Konzerne ist die Präsenz in Paris unverhandelbar. Das Wirtschaftsmagazin „Challenges“ sprach unlängst schon von einem „Krieg“ zwischen Investoren und Bauträgern auf der einen und der Stadt auf der anderen Seite.

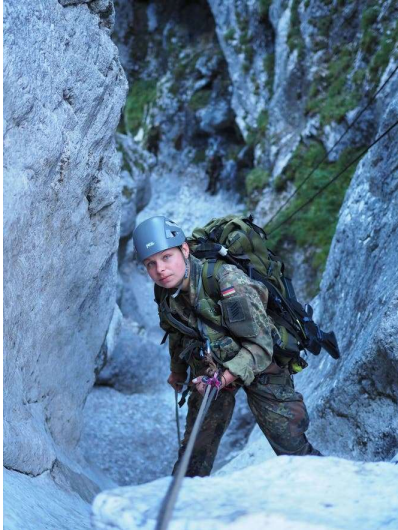
Einige Investoren seien unverhältnismäßig stark betroffen, indem bis zu zehn oder mehr Gebäude auf der Liste der Grundstücke stehen, die umgewandelt werden sollen, schreibt David Bourla von der Immobilienagentur Knight Frank France. Die Auswirkungen auf den Wert der Gebäude, der an Adressen wie den Avenues Kléber oder Hoche schon mal mehr als 20.000 Euro je Quadratmeter betrage, sei riesig. Im Juni wurde der Entwicklungsplan vom Stadtrat angenommen, nun läuft die öffentliche Anhörung.

9 novembre (NZZ)

[Personalmangel der Bundeswehr gefährdet Verteidigungsfähigkeit am stärksten \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Eine Schlafwagentruppe, in der keiner dienen will? Noch ist die deutsche Bundeswehr das nicht, aber sie steuert darauf zu

Nicht die Ausrüstungslücken der Streitkräfte gefährden mittelfristig am stärksten die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, sondern der Personalmangel. Ein Besuch bei den Gebirgsjägern zeigt allerdings, dass das nicht überall gilt.



Marco Seliger, Mittenwald

09.11.2023, 05.30 Uhr 7 min

Die Soldaten ächzen und keuchen unter der Last, Rucksack, Helm, Waffe, alles zusammen gut 30 Kilogramm schwer, und in der Hand den Griff einer Trage, darauf ein Soldat mit gebrochenem Bein und Schulterfraktur. Unten im Tal liegt Mittenwald, einer der deutschen Gebirgsjäger-Standorte kurz vor der Grenze zu Österreich, umgeben von saftigen Wiesen mit Heuschobern, die wie hingewürfelt aussehen.

Da müssen die Soldaten jetzt hin, stundenlang erkräftigender Weg 500 Höhenmeter hinab durch eine Rinne mit Stufen und Kurven und glitschigem Untergrund. Uli, eine 28-jährige Oberstabsgefreite, sagt, diese extreme körperliche Belastung, der Wille, hier durchzuhalten, das sei es, was ihr Spass mache. «Ich wollte immer eine Kämpferin sein.»

Uli ist der Spitzname der ersten Soldatin Deutschlands, die es geschafft hat, in den Hochgebirgszug aufgenommen zu werden. Ihr voller Name soll hier aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden, eine Regel, gegen die die Bundeswehr selbst verstösst, da sie die Soldatin auf ihrer Webseite mit vollem Namen abbildet. Dabei ist Uli ein Beispiel gegen den Trend. Die Bewerberzahlen schrumpfen, der Personalmangel wächst. Die Bundeswehr läuft in ein gewaltiges Problem, nur im Bereich der Kampftruppen nicht. Dazu gehören etwa die Gebirgs- und Fallschirmjäger, Jäger (zusammen: Infanterie), Panzergrenadiere und Panzertruppen.

### **Doppelt so viele Bewerber als benötigt**

Er könne für die Infanterie doppelt so viele Leute einstellen wie benötigt, so gross sei das Interesse, sagte der Chef des deutschen Heeres, Alfons Mais, vor einigen Monaten. Härten, Entbehrungen,

Anstrengungen, die mit einem Dienst in diesen Einheiten verbunden sind, reizen viele Interessenten offenkundig stärker als andere Aufgaben in der Armee. Man kann die Soldaten dabei begleiten, wie sie den Verwundeten den Berg hinunterschleppen, um einen Eindruck zu bekommen, warum das so ist. Man kann aber auch noch ein bisschen oben warten und mit Uli darüber sprechen, was den Dienst im Militär ihrer Ansicht nach ausmacht. «Hier lernst du was fürs Leben», sagt sie.

Vor neun Jahren sei sie aus ihrem Heimatort in Sachsen zur Bundeswehr nach Bayern gekommen, eine abgeschlossene Lehre zur Bankkauffrau im Gepäck. «Das war mein Backup, falls es beim Bund nicht klappt», sagt sie, eine reflektierte Mannschaftssoldatin, die mit ihren vielleicht 1 Meter 65 nicht übermässig kräftig, aber auch nicht zierlich wirkt, die braunen Haare zum Zopf gebunden. Anfangs sei sie unsicher gewesen, ob sie sich bei den hartgesottenen Gebirgsjägern durchsetzen könne. Doch sie habe zeigen wollen, dass sie genauso viel tragen könne wie ein Mann, dass sie genauso fit sei und schnell die Berge hinauf komme.

Der Auswahlprozess für den Hochgebirgszug ist hart. Im Sommer haben die Anwärter sechs Kilometer über 750 Höhenmeter in Uniform und Bergstiefeln mit 15 Kilogramm Gepäck in einer Stunde zu laufen, im Winter müssen sie 500 Höhenmeter auf Skiern mit Waffen und Rucksack bewältigen. Vor Uli hat das keine Frau geschafft, inzwischen sind sie zu dritt. Wenn man darüber mit ihrem Zugführer spricht, dann schwingt da eine grosse Selbstverständlichkeit mit.

### **Junge Leute suchen den Zusammenhalt der Gruppe**

Im Berg seien die Soldaten nicht Mann oder Frau, sondern Kamerad, sagt er. Damit meint er einerseits, dass keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern gemacht werden. Die hohen Anforderungen würden für alle gleich gelten. Andererseits dürfte er mit seiner Aussage so ziemlich auf den Punkt bringen, weshalb die Kampfeinheiten der Bundeswehr offenbar gegen den Trend arbeiten: Wer Härten und Gefahren durchleben will, ist auf den Zusammenhalt in der Gruppe angewiesen. Im Militär nennen sie das Kameradschaft.

Wie es scheint, gibt es noch immer viele junge Leute, die diese Kameradschaft suchen. Das belegen die Zahlen, die die NZZ auf Anfrage von der Bundeswehr bekommen hat. Der Personalbedarf der Infanterie von 1270 Soldaten, heisst es darin, habe im vergangenen Jahr vollumfänglich für alle Laufbahnen gedeckt werden können.

Das sieht in vielen Bereichen der Armee ganz anders aus. Das vom Verteidigungsministerium vor fünf Jahren ausgegebene Ziel lautet, den Personalumfang bis zum Jahr 2031 auf 203 000 Soldaten (einschliesslich 5000 Reservisten) zu erhöhen. Doch das erweist sich unter den derzeitigen Bedingungen als illusorisch. Seit längerem dümpelt die Bundeswehr bei etwa 180 000 Soldaten, Tendenz abnehmend. Das zeigen die Zahlen aus dem vergangenen Jahr. Bei rund 44 000 Bewerbern traten 18 800 Soldaten ihren Dienst an, während zugleich 20 000 aus der Bundeswehr ausschieden. Das macht ein Minus von 1200 Soldaten.

Aussicht auf Besserung besteht kaum. Als Verteidigungsminister Boris Pistorius [Anfang August ein Karrierecenter in Stuttgart besuchte](#), sagte er, bis 2035 werde es sieben Millionen weniger Erwerbstätige in den Altersjahrgängen geben, die «wir bei der Bundeswehr brauchen». Das ist eine zurückhaltende Formulierung für ein Problem, das die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und damit die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands noch massiver gefährdet als der

Ausrüstungsmangel. [Demografischer und gesellschaftlicher Wandel](#) und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sorgen dafür, dass die Bundeswehr mittelfristig eher noch stärker schrumpft als wächst.

### **Pistorius will Sinn der Armee deutlicher machen**

Dieser Trend ist seit Jahren bekannt. Auch die bisher angekündigten Massnahmen des Verteidigungsministeriums klingen wenig innovativ. Die Bundeswehr sei nicht irgendeine Schlafwagentruppe, die irgendwas mache, sondern sie Sorge für Frieden und Sicherheit in Europa, sagte Pistorius in Stuttgart. Diese Sinnstiftung müsse potenziellen Bewerbern deutlicher aufgezeigt werden. Zudem müssten die Anstrengungen erhöht werden, Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund für die Streitkräfte zu gewinnen.

Doch davon, den Sinn und Zweck der Bundeswehr herauszustreichen und bisherige Randgruppen stärker zu rekrutieren, sprachen auch schon seine Vorgänger. So gibt es seit mehreren Jahren eine Werbekampagne unter dem Motto «Wir schützen Deutschland». Doch seit der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg im Jahr 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt hat, kämpft die Bundeswehr mehr als je zuvor mit Unternehmen und Behörden um den Nachwuchs.

### **Aussetzung der Wehrpflicht war ein Fehler**

Amtsinhaber Pistorius nennt die Entscheidung des christlichsozialen Freiherrn aus Bayern [heute zwar einen Fehler](#). Immerhin konnte die Bundeswehr früher einen Grossteil ihrer Längerdienere aus dem Pool der Wehrpflichtigen gewinnen. Doch mehr als die Ankündigung, die Zielgrösse von 203 000 in seinem Ministerium überprüfen zu lassen, ist Pistorius bisher auch nicht eingefallen.

Darin liegt allerdings eine weitere Merkwürdigkeit in der Debatte um den Bewerbermangel der Bundeswehr. 203 000 sei eine Zahl, die deutlich vor seinem Amtsantritt erarbeitet worden sei, sagte Pistorius im August. Er habe daher angeordnet, zu prüfen, wie sie begründet werde und wie sie mit dem neuen Fähigkeitsprofil der Bundeswehr übereinstimme. Die Frage ist, wovon der Minister da spricht? Das aktuelle Fähigkeitsprofil stammt aus dem Jahr 2018, ein neues gibt es nicht.

Auch in den Antworten der Bundeswehr an die NZZ gibt es Merkwürdigkeiten. Kommandeure und Flottillenchefs der Marine berichteten immer wieder von Schiffen und Booten, die im Hafen bleiben mussten, weil Personal fehlte. Bis heute sei es nur durch «Heldenklau» möglich, Fregatten für Einsätze oder Nato-Zertifizierungen vollständig zu bemannen. Dazu werden Soldaten anderer Besatzungen «ausgeliehen».

### **Die Marine parkt Soldaten, um sie vom Markt zu nehmen**

Dieses Problem räumt die Bundeswehr indirekt durchaus ein. Personelle Defizite bestünden derzeit unter anderem in den Bereichen Operations- und Verpflegungsdienst, Schiffstechnik, Transport und Minentaucher, teilt sie mit. Das sind Spezialisten mit langen Ausbildungszeiten. Der Mangel erkläre sich aber dadurch, dass in den vergangenen Jahren mehr Dienstposten geschaffen worden seien. Die personelle Regeneration inklusive der erforderlichen Ausbildung gehe jedoch deutlich langsamer vonstatten als neue Stellen zu schaffen.

Marineoffiziere, mit denen die NZZ sprach, zeigen sich über diese Aussagen irritiert. Was nütze es, neue Dienstposten zu schaffen, wenn nicht einmal die bisherigen vollständig besetzt werden könnten, fragen sie und berichten, bei den Unteroffizieren würden derzeit allenfalls 60 Prozent der nötigen

Einstellungsquote erreicht. Die Personallage sei so schlecht, dass die Karrierecenter jeden nähmen, der zur Marine wolle und dafür die Bildungs- und Gesundheitsvoraussetzungen erfülle.

Erstaunlich ist, dass nicht nur die Marine mit ihren Kriegsschiffen und U-Booten einen eklatanten Bewerbermangel zu verzeichnen hat, sondern auch die Luftwaffe mit ihrem fliegenden Hightechgerät. Von den 44 000 Bewerbern im vergangenen Jahr interessierten sich der Bundeswehr zufolge nur sieben Prozent für eine Laufbahn bei der Marine und zwölf Prozent für eine solche in der Luftwaffe, jedoch 79 Prozent für eine Karriere im Heer.

Der Bewerbermangel führt dazu, dass die Bundeswehr ihr Personal nun länger binden will. Dazu schüttet sie mitunter fünfstellige Prämien aus, um Soldaten zur Verlängerung ihrer Dienstzeit um ein paar Jahre zu bewegen. Im vergangenen Jahr waren das 7120 Männer und Frauen. Diese «Weiterverpflichtungen» helfen, den Schrumpfungsprozess zu verlangsamen. Zugleich wird die Truppe dadurch aber älter. Das aktuelle Durchschnittsalter der Soldaten liegt bei 33,5 Jahren.

### **Wer sich im Militär behauptet, tut das auch im Zivilen**

Uli, die Oberstabsgefreite aus Mittenwald, ist mit ihren 28 Jahren deutlich jünger als die meisten Angehörigen der Bundeswehr. Neun Jahre lang ist sie schon bei den Gebirgsjägern, war zweimal im Einsatz in Mali, hat Soldaten in der Mongolei trainiert und ist in der Ausbildung in Norwegen mit voller Montur in ein Eisloch gesprungen. In der Bundeswehr habe sie gelernt, im Gebirge und in der Arktis zu kämpfen und zu überleben, vor allem aber mit Menschen umzugehen. «Wenn man sich hier behauptet, dann behauptet man sich später auch im Zivilen», sagt sie.

Das hört sich nach Abschied an. Sie wolle nicht zu den Soldaten gehören, die den Absprung verpassten, sagt Uli. Ab einem bestimmten Alter schaffe man den Weg aus der Bundeswehr in den zivilen Arbeitsmarkt nicht mehr. Bei den Gebirgsjägern habe sie gelernt, ihren Körper so zu trimmen, dass er mit 35 Kilogramm schwerer Ausrüstung den Berg hinauf kommt. Nun wolle sie als Osteopathin dabei helfen, dass andere Menschen ihren Körper besser verstehen lernten. Im nächsten Jahr werde sie die Bundeswehr verlassen.

Dann überprüft Uli ihren Hüftgurt, schultert ihren Rucksack, hakt ihre Karabiner in die Seile ein, stemmt die Füße gegen den Fels und lässt sich in die Schlucht hinab. Unten ächzen und keuchen die Soldaten an der Trage mit dem Verwundeten. Oben fragt der Zugführer, ob es was Schöneres geben könne, als in dieser Umgebung zu arbeiten. Zur Antwort schüttelt er den Kopf.

9 novembre (FAZ)

[Tierhaltung und Nachhaltigkeit: Warum Fleisch nicht per se ein Klimakiller ist \(faz.net\)](#)

NUTZTIERE UND NACHHALTIGKEIT:

## Warum Fleisch nicht per se ein „Klimakiller“ ist

VON [ANNE KOKENBRINK](#)

-AKTUALISIERT AM 08.11.2023-12:21



Allein zu Haus: Was wird aus Bullen, wenn keiner mehr Fleisch isst? Bild: Frank Röth

Fleisch steht als Klimasünder in der Kritik. Also einfach den Konsum senken oder lieber zu Biofleisch greifen? So simpel ist es nicht. Die Nutztierhaltung als klimaschädlich abzustempeln verkürzt die Diskussion um einige Aspekte.

- MERKEN
- 24
- 
- 

- 
- 
- 
- 

7 Min.

Der Streit ums Fleisch ist in der öffentlichen Diskussion präsent wie nie. Der bayerische Ministerpräsident [Markus Söder](#) (CSU) wandte sich im Wahlkampf gegen eine „Zwangsveganisierung“, Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) warnte davor, den Fleischkonsum zum Kulturkampf zu machen. Doch das Thema steht auf der Agenda. So werden die Ernährungsstrategie, die die Bundesregierung derzeit erarbeitet, und auch die neuen Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung voraussichtlich unter dem Motto stehen: Weniger Fleisch, mehr Pflanzliches. Ein Grund: Umwelt und Klima sollen stärker berücksichtigt werden.

Würden die Bürger weniger Fleisch essen, stünde mehr Fläche für den Anbau pflanzlicher Nahrungsmittel zur Verfügung, lautet ein Argument. „Die frei werdenden Flächen könnten auch der Natur zugute kommen“, sagt Martin Qaim, Leiter des Zentrums für Entwicklungsforschung an der Universität Bonn. Während vielfach die „Proteinwende“ oder die „pflanzliche Ernährungsrevolution“ ausgerufen wird, betont die Welternährungsorganisation FAO, dass die wachsende Weltbevölkerung ohne tierisches Eiweiß nicht ernährt werden kann. Doch gilt der Ruf des Klimasünders für Fleisch uneingeschränkt? Wer genauer hinsieht, stellt fest: nicht in allen Punkten.

### Deutschlands Tierhaltung im internationalen Vergleich

Kritiker sehen die Nutztierhaltung als Hauptverursacher der Erderwärmung. Sie können sich dazu auch auf einen Bericht der FAO aus dem Jahr 2006 berufen. Doch die Organisation hat die Studie revidiert und den Anteil der Nutztierhaltung an den Treibhausgasemissionen um 20 Prozent reduziert.

Der Anteil der gesamten Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen in Deutschland liegt bei etwa 8 Prozent. Auf der Welt ist der Anteil mit 15 Prozent höher. In Deutschland gehen laut [Umweltbundesamt](#) auf das Konto der Tierhaltung 69 Prozent der Emissionen der Landwirtschaft oder 5 Prozent der Gesamtemissionen in Deutschland. Doch sticht Deutschland hervor, da die Emissionen in der hiesigen Landwirtschaft seit 1990 um 25 Prozent gesunken sind, während sie auf der Welt steigen. Dabei kommt den Emissionen der Tierhaltung zugute, dass sie Teil eines überwiegend natürlichen Kohlenstoffkreislaufs sind, etwa durch Photosynthese oder Humusbindung im Boden.

Im internationalen Vergleich steht Deutschlands Tierhaltung insgesamt nicht allzu schlecht da: Je Kilogramm Fleisch verursacht sie weniger Emissionen als etwa Brasilien. Das liegt vor allem an den Haltungsformen der Tiere, sagt Agrarökonom Qaim. Besonders die Weidehaltung verursache hohe Methanemissionen. „Intensive Fütterung mit Kraftfutter in geschlossenen Systemen ist nicht besser für das Tierwohl, aber für das Klima“, sagt er.

## Kritik am Methanausstoß von Rindern berechtigt?

Besonders am Pranger stehen Rinder. Denn die Methanemissionen machen mit 61,9 Prozent den Hauptanteil der Treibhausgasemissionen in der deutschen Landwirtschaft aus. Methan hat ein 28-faches „global warming potential“ im Vergleich zu CO<sub>2</sub>. Doch Agrarwissenschaftler Wilhelm Windisch von der [Technischen Universität München](#) weist auf einen wesentlichen Unterschied hin: „Methan ist ein kurzlebiges Treibhausgas mit einer Lebensdauer von zwölf Jahren. Das Methan, das die Nutztiere dieser Welt vor dem Jahr 2010 ausgeschieden haben, trägt heute nicht mehr zum Klimawandel bei“, sagt er.

Das Methan, das Wiederkäuer ausstoßen, wird in der Atmosphäre zu CO<sub>2</sub> abgebaut. Da es aber vorher vom Futter aus der Atmosphäre aufgenommen wurde, ist es klimaneutral, wie etwa Forscher der [Universität Oxford](#) betonen. Der Weltklimarat IPCC räumt ein, dass die Methanemissionen in der Landwirtschaft bislang um das Drei- bis Vierfache überbewertet worden sein könnten. Und solange Methanemissionen konstant bleiben, findet keine zusätzliche Erwärmung statt. Das zeigt der FAO-Report „Methane Emissions in Livestock and Rice Systems“.

In Deutschland ist die Zahl der Wiederkäuer ohnehin unter das Niveau der vorindustriellen Zeit gesunken – Tendenz weiter sinkend. Steigende Tierzahlen wie in Brasilien hingegen hätten einen gewaltigen Klimaeffekt, sagt Windisch. Das sei nicht zu unterschätzen. Laut FAO lässt sich der Methanausstoß durch eine effizientere Fütterung oder Verbesserungen in der Tierzucht senken. Pläne wie in Irland, Hunderttausende Kühe „zugunsten des Klimas“ zu keulen, hält Windisch nur für eine Scheinlösung auf dem Papier.

## Nahrungskonkurrenz zwischen Mensch und Tier

Neben Methan ist der nächste Punkt der hohe CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch die Tierhaltung. Die Futterproduktion ist laut Agrarökonom Qaim eine „riesige Quelle von Treibhausgasemissionen“, vor allem von [CO<sub>2</sub>](#). Tatsächlich werden zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf der Welt für die Tierhaltung genutzt. Davon sind etwa die Hälfte Grünland, die andere Hälfte Ackerland.

Große Mengen an Getreide, Mais, Soja und anderen essbaren Ernteprodukten werden an Nutztiere verfüttert. Wilhelm Windisch räumt ein: „[Landwirtschaft](#) kann sehr wohl große Mengen an CO<sub>2</sub> freisetzen, etwa durch gerodete Wälder oder trockengelegte Moore. Entscheidend ist die Umwandlung zum Acker.“ Werde dann auf dem Acker in großem Stil Futter für Nutztiere anbaut, trage das natürlich auch zur CO<sub>2</sub>-Emission bei.



Er plädiert dafür, nur „nichtessbare Biomasse“ an Tiere zu füttern, also die Nahrungskonkurrenz zwischen Mensch und Tier zu vermeiden. Dann würde sich die tierische Produktion drastisch reduzieren. Rinder sieht er dabei weniger als Problem, vielmehr Geflügel und Schweine – auch wenn die in der Klimabilanz deutlich besser abschneiden. „Derzeit verbraucht die Geflügelproduktion große Mengen an Futtermitteln, die teils vom Menschen essbar wären. Das gilt in abgeschwächter Form auch für Schweine“, sagt er.

## Nutztiere in der Kreislaufwirtschaft unerlässlich

Hühner oder Schweine müssten also deutlich weniger hochwertige Futtermittel fressen. Dennoch hält er sie für äußerst effiziente und wichtige Verwerter von Futter. In der Kreislaufwirtschaft werde es immer auch Pflanzen geben, die etwa wegen schlechter Qualität nicht für den Menschen nutzbar sind. Laut FAO sind ohnehin 86 Prozent der Trockenmasse aus Futtermitteln, die Nutztiere aufnehmen, für den Menschen ungenießbar. Auch können auf dem Acker nicht jedes Jahr nur pflanzliche Nahrungsmittel angebaut werden.

Und für sie braucht es ebenfalls Tiere im Kreislauf. „Insgesamt fallen bei uns für ein Kilogramm **vegane** Lebensmittel mindestens vier Kilogramm nicht essbare Biomasse an, die oft nur über Tiere verwertet werden kann“, sagt Windisch. So lande letztlich nur ein Drittel der Weizenpflanze im Weizenmehl.

Agrarökonom Qaim ergänzt, dass sich längst nicht auf allen Flächen ertragreich Soja oder Kichererbsen für den Menschen anbauen lassen. Und: „Wenn wir alle vegan leben würden, wären bestimmte Grasflächen nicht mehr genutzt.“ Nutztiere, besonders Wiederkäuer, können Grünland in hochwertige Lebensmittel verwandeln. Damit sei die Umweltwirkung der Nutztierhaltung anders zu beurteilen, sagt Wilhelm Windisch. „In Bezug auf die Emissionen macht es keinen Unterschied, ob die nichtessbare Biomasse einfach nur verrottet, über Biogasanlagen verwertet wird oder in die Nutztierfütterung gelangt – was natürlich viel effizienter ist.“ Unter der Bedingung der Kreislaufwirtschaft seien CO<sub>2</sub>-Äquivalente von **Milch** und Rindfleisch wesentlich geringer als die „allgemein unterstellten“ Werte, sagt er.

Mit Blick auf den Kreislauf dienen tierische Nebenprodukte außerdem als Grundlage für eine Vielzahl von Produkten des Alltags. Neben Fleisch fallen etwa Felle, Blut, Fette und Talg an. Sie sind Rohstoffe für pharmazeutische, kosmetische oder industrielle Produkte.

## Biofleisch ist nicht gleich klimafreundlicher

Eine weitere These: Wenn schon Fleisch, dann sollte es Biofleisch sein, um das Klima zu schonen. Doch bei allen Vorteilen der Biolandwirtschaft kann Agrarökonom Qaim dessen Klimabilanz kein gutes Zeugnis ausstellen. „Biofleisch ist je Kilogramm nicht klimafreundlicher, im Gegenteil, es hat einen größeren Klimafußabdruck“, sagt er. Das liege etwa am Weidegang, dem höheren Flächenbedarf und der längeren Lebensdauer der Tiere. All das Sorge für höhere Emissionen.

Diese und viele weitere Beispiele zeigen, dass die Diskussion in vielen Punkten verkürzt geführt wird. Das betont auch der Ernährungswissenschaftler und Autor Malte Rubach. Für sein Buch „Die Ökobilanz auf dem Teller: Wie wir mit unserem Essen das Klima schützen können“ hat er sich intensiv mit den Emissionen im Lebensmittelsystem befasst. Er sieht in erster Linie zwei Aspekte miteinander vermischt: Welche Lebensmittel in Deutschland konsumiert – und welche hierzulande produziert werden. Mit dem Verzicht auf Steaks allein könne man keine Handelsströme verändern. Ein Verzicht in Deutschland würde lediglich Produktionskapazitäten für den Export in andere Weltregionen freisetzen.

Auch Wilhelm Windisch sieht den Fleischkonsum erst als einen späteren Schritt. Man müsse zuerst bei der Produktion ansetzen. Diese Argumente lässt Matin Qaim nicht gelten. Deutschland müsse Vorbild sein und mit dem sinkenden Fleischkonsum ein Zeichen setzen. Dennoch befürwortet Malte Rubach wie viele andere Wissenschaftler auch, den Fleischkonsum zu senken. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung rät dazu, den Fleischkonsum in etwa zu halbieren.

Der Konsum in Deutschland sinkt auch schon, doch liegt er noch immer bei 52 Kilogramm je Person und Jahr. Vor zehn Jahren waren es 61 Kilogramm. „Würden alle Menschen so viel Fleisch essen wie die Europäer oder Nordamerikaner, würden wir die Klimaziele weit verfehlen und viele Ökosysteme zusammenbrechen“, ist sich Agrarökonom Qaim sicher.

## Debatte nicht nur auf Fleisch beschränken

Welche positiven Effekte eine Halbierung des Fleischkonsums auf das Klima haben könnte, haben Studien versucht zu modellieren. Dabei gibt es laut Malte Rubach eine Kehrseite: Mit einer stärker pflanzlichen Ernährung würde der Import steigen, da etwa Hülsenfrüchte und Nüsse kaum aus heimischem Anbau stammen. Ziel müssten daher „möglichst regional verfügbare Lebensmittel in einem nährstoffdeckenden Verhältnis“ sein. Er kritisiert, dass die Debatte oft allein auf Fleisch reduziert wird. Aus seiner Sicht sollte der Diskurs hin zu einer ausgewogeneren Ernährung gehen, die das gesamte Lebensmittelsystem einbezieht. Ähnlich sieht das die Deutsche Gesellschaft für Ernährung: Ihr Präsident Bernhard Watzl sagt, man wolle in den Empfehlungen weder Fleisch oder Fisch ausschließen.

Und wie steht es um Fleischalternativen? Um „Fleischfanatiker“ von Fleisch abzubringen, sind sie eine gute Lösung, findet Martin Qaim. Hinsichtlich der Klimabilanz schneiden sie auf den ersten Blick besser ab. Ernährungswissenschaftler Rubach bemängelt allerdings, dass sich solche Vergleiche oft nur auf die Emissionen pro Kilogramm Lebensmittel beziehen. Die hohe Nährstoffdichte von Fleisch finde dabei kaum Beachtung, kritisiert er. Auch laut Atze Jan van der Groot, Professor für Proteinstruktur und Nachhaltigkeit an der Universität Wageningen, ist der hohe Verarbeitungsgrad von Ersatzprodukten selten nachhaltig. „Wir sollten aufhören, die ernährungsphysiologischen Vorteile von Fleisch und Milch nachzuahmen und uns auf natürliche pflanzliche Produkte konzentrieren“, sagt er.

All das gilt es zu beachten. Ob der Fleischkonsum tatsächlich so stark wie gefordert sinken wird, lässt sich nicht sagen. Auf der Welt ist der Trend eindeutig und geht anders als in Deutschland nach oben.

9 novembre (FAZ)

[Der Nahost-Konflikt im historischen Überblick: Friedlich blieb es selten \(faz.net\)](#)

GESCHICHTE DES NAHOSTKONFLIKTS:

## In heiligen Angelegenheiten kann niemand nachgeben

VON RAINER HERMANN

-AKTUALISIERT AM 08.11.2023-08:10



Ein Anschlag im jüdischen Geschäftsviertel von Jerusalem am 22. Februar 1948 mit 27 Toten. Bild: [Picture Alliance](#)

Schon Herodot kannte eine Region namens „Palästina“, heute gehört der größte Teil davon zu Israel. Friedlich blieb es in all den Jahrhunderten nur selten.

Seine Aussage vor dem UN-Sicherheitsrat hat António Guterres viel Kritik eingetragen. Sie trifft aber den Kern des Nahostkonflikts. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte gesagt, auch die jüngste Welle der Gewalt im Nahen Osten finde „nicht im luftleeren Raum“ statt. Denn der Konflikt hat eine Geschichte, und die reicht weit zurück. Weiter zurück als zur Ausrufung des Staates [Israel](#) am 14. Mai 1948, weiter als zu den blutigen Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Bauern und jüdischen Siedlern während des britischen Mandats, in dem sich von 1920 an der Konflikt zuspitzte und außer Kontrolle geriet.

Die Geschichte geht zurück zum Beginn des Alten Testaments und dem 4. Buch Mose, wo der Herr zu Mose sprach und den Weg nach Kanaan wies. Dann war es Josua, der Nachfolger von Mose, der das Volk Israel ins Gelobte Land führte (Josua 11, 23). Und es war der Hirtenjunge David, der den schwer bewaffneten Philister-Riesen Goliat mit einer Steinschleuder besiegte (1. Samuel 17, 50). Das dürfte sich, sollte es sich so zugetragen haben, 3000 Jahre zurückliegen.

Es war der erste Kampf zwischen einem Israeliten und einem Palästinenser. Denn Philister ist der aramäisierte Name für Palästinenser. Herodot, der Vater der Geschichtsschreibung, benutzte schon im fünften Jahrhundert vor Christus den Begriff „Palästina“, als er seine Reise von [Ägypten](#) entlang der Küste des östlichen Mittelmeers beschrieb. Beide waren sie in dieses Land eingewandert, das Volk Israel ebenso wie die Palästinenser. So sprechen altägyptische Quellen aus dem 13. Jahrhundert vor Christus von „Seevölkern“, die in die Region um das heutige Gaza eingewandert sind, und sie nennen sie „peleschdim“.

## Zweimal wurde das Volk Israel vertrieben

Zweimal wurde das Volk Israel aus dem Gelobten Land vertrieben. Die erste Katastrophe brach 587 vor Christus herein, als der babylonische König Nebukadnezar II. Jerusalem eroberte, den ersten Tempel zerstörte und den Großteil der Bevölkerung deportierte.



### Palästina zur Zeit Jesu

Reich Herodes des Großen

Bild: F.A.S.

Die babylonische Gefangenschaft dauerte bis 539 vor Christus, als der Perserkönig Kyros II. Babylon zerstörte. Folgeschwerer war das zweite, ungleich längere Exil. Herodes (vierzig bis vier vor Christus), den Rom als König für die Provinz Judäa eingesetzt hatte, war es noch gelungen, zwischen den Juden und der griechisch-römischen Welt eine Balance zu wahren.

Seine römischen Nachfolger hatten keine glückliche Hand mehr. Ein erster Aufstand brach im Jahr 66 aus. Die Aufständischen nahmen Jerusalem ein und vertrieben die römischen Garnisonstruppen. Mit harter Hand schlug Vespasian den Aufstand nieder und zerstörte im Jahr 70 den wieder aufgebauten Tempel. Viele Juden verließen das Gelobte Land. Nach einem weiteren Aufstand in den Jahren 132 bis 136 ordnete Kaiser Hadrian die Vertreibung aller Beschneitenen an, also der Juden und auch der zu Christen gewordenen Juden. Nur noch in Galiläa lebten nun Juden. Die Kultur Palästinas, wie die römische Provinz wieder hieß, war nun griechisch-römisch geprägt.

Was sich nach der Eroberung durch arabische Muslime ab 634 nur langsam änderte. Ein Intermezzo blieben die Kreuzritter, die 1099 Jerusalem eroberten; es endete 1291. Die osmanische Herrschaft, die 1516 begann, verlief zunächst ereignislos. Ermöglicht durch osmanische Reformen, setzte um 1850 ein Wirtschaftsaufschwung ein. Der Export von Agrarprodukten wuchs, es wurde Wohlstand geschaffen, eine Klasse palästinensischer Großgrundbesitzer entstand.

Und Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Palästina zum Spielball der Mächte. In Europa war wieder das Interesse am Heiligen Land erwacht. England und Preußen gründeten ein protestantisches Bistum Jerusalem, Russland erklärte sich zur Schutzmacht der orthodoxen Christen, Frankreich stand aufseiten der Katholiken. England beanspruchte die Schutzmachttrolle für alle Juden in Palästina. Nacheinander eröffneten diese Staaten in Jerusalem Konsulate.

In Europa bildete sich „die Überzeugung von einer Art ‚Besitzrecht‘ auf Palästina heraus“, schreibt der Historiker Alexander Schölch. Palästina sei als gemeinsames europäisches Erbe betrachtet worden. In Großbritannien hatte die Erwartung, dass der göttliche Heilsplan die baldige Ankunft des Königreichs

Christi vorsehe, ein Interesse am Heiligen Land und an einer jüdischen Präsenz dort geweckt. Unter den Katholiken Europas und den deutschen Protestanten war der Gedanke eines friedlichen Kreuzzugs verbreitet, man wollte das Heilige Land wieder für die Christenheit gewinnen. Unterdessen prosperierte Palästina, Grundlagen des Wohlstands waren Olivenkulturen und Zitrusplantagen.

## In Palästina wollten europäische Juden endlich in Frieden leben

In diese Dynamik hinein fiel die erste der sechs jüdischen Siedlungswellen, jeweils Alija genannt, der Rückkehr der Juden in ihr Gelobtes Land. Sie dauerte von 1882 bis 1903. Als die Welle begann, lebten in Palästina neben 440.000 muslimischen und christlichen Arabern 20.000 Juden. Hinzu kamen nun Juden, die vor den Pogromen in Russland und in Osteuropa flohen. Parallel nahm die Debatte um eine nationale Heimstätte für die Juden Fahrt auf. Geführt wurde sie von europäischen Juden, die Palästina als den Ort für eine sichere Heimstätte identifizierten. Dort wollten sie endlich in Frieden und im Einklang mit ihrer jüdischen Identität leben. Viele andere Juden lehnten diese Idee indessen ab.



Bild: F.A.S.

Treibende Kraft des jüdisch-zionistischen Nationalgedankens wurde Theodor Herzl. Er berief den ersten Zionistenkongress 1897 in Basel ein, der sich auf Palästina als nationale Heimstätte für das jüdische Volk festlegte. Herzl griff die Formel auf: „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“, wobei der erste Teil nicht der Wirklichkeit entsprach. Mit weiteren Einwanderungswellen stieg der Anteil der Juden an der Bevölkerung Palästinas von fünf Prozent im Jahr 1882 auf 33 Prozent im Jahr 1945. Weit mehr europäische Juden als nach Palästina sind in dem Zeitraum jedoch nach Nordamerika ausgewandert.

Herzls zionistische Bewegung suchte nach einem Staat, der sie unterstützen würde, sie fand ihn in Großbritannien. Das Ende des Osmanischen Reichs war abzusehen, und mithilfe eines Siegers im Ersten Weltkrieg konnten die Zionisten ihre Ziele vorantreiben. So kam es zu dem Brief des britischen Außenministers Arthur Balfour vom 2. November 1917 an Lionel Walter Rothschild, in dem er die Unterstützung der britischen Regierung für die Schaffung einer Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zusicherte.

Der Weg zu dieser Heimstätte sollte sich als steinig und blutig erweisen. Neue Organisationen wie der 1901 gegründete Jüdische Nationalfonds förderten die Einwanderung nach Palästina und den Kauf von Land durch jüdische Siedler. Arabische Kaufleute und Intellektuelle warnten früh vor den Folgen, 1921 kam es in Jaffa zu den ersten blutigen Zusammenstößen mit vielen Toten. Während sich die ersten

jüdischen Siedler noch in die bestehende Gesellschaft eingefügt hatten, war das bei den 35.000 Juden, die in der dritten Alija von 1919 bis 1923 aus Russland und Polen gekommen waren, nicht mehr der Fall.

Eine Wirtschaftskrise zwang palästinensische Bauern, ihr Land zu verkaufen, und in Jerusalem entzündete sich ein Kampf um die Heiligen Stätten. Durch die steigende Präsenz von Juden an der Klagemauer, dem letzten Rest des zweiten Tempels, sahen die Muslime ihr Heiligtum, den Felsendom und die Al-Aqsa-Moschee auf dem Plateau oberhalb der Klagemauer, bedroht. Bei den Unruhen vom August 1929 wurden 133 Juden und 116 Araber getötet. Der Führer des gewaltsamen Widerstands war Scheich Izz al-Din al-Qassam. Nach ihm sollte [die Hamas](#) 1991 ihren bewaffneten Flügel benennen.

Die britische Mandatsmacht setzte eine Kommission ein, welche die Ursachen der Gewalt untersuchen sollte. Die Shaw-Kommission empfahl, die jüdische Einwanderung, die zu einer Klasse von landlosen Bauern und zu Spannungen führen werde, zu begrenzen. Die Konflikte rissen nicht ab. 1936, auf dem Höhepunkt des Landverkaufs – der jüdische Landbesitz hatte sich seit 1890 verzehnfacht –, wurden 163 Menschen getötet, unter ihnen 38 Briten. Die nun eingesetzte Peel-Kommission empfahl, Palästina in zwei Staaten aufzuteilen. Die Gründung eines Staates Israel rückte in greifbare Nähe.

## Britische Truppen schlugen den Widerstand nieder



1947

Teilungsbeschluss der  
Vereinten Nationen  
● Arabischer Staat  
● Jüdischer Staat  
○ Internationalisiertes  
Gebiet

Bild: F.A.S.

Ein weiterer arabischer Aufstand, der sich gegen den Teilungsplan und die britische Mandatsmacht richtete, dauerte von 1936 bis 1939. Bei seiner Niederschlagung kooperierten die britischen Truppen mit der jüdischen paramilitärischen Hilfsorganisation Hagana, 1700 Araber wurden getötet.

Nun spaltete sich von der Hagana die jüdische Terrorgruppe Irgun unter Führung des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin ab. Sie nahm den Kampf gegen die britische Mandatsverwaltung auf und zerstörte am 22. Juli 1946 bei einem Anschlag deren Hauptverwaltung, den Südflügel des King David Hotels in Jerusalem.



**1949**

Waffenstillstand 1948/49

- Gazastreifen (unter ägyptischer Verwaltung)
- Westjordanland (von Jordanien besetzt, 1950 annektiert)
- Israel

Bild: F.A.S.

Entnervt von den Misserfolgen, gab das britische Kabinett am 18. Februar 1947 das Mandat für Palästina an die neu gegründeten Vereinten Nationen zurück. Eine UN-Kommission empfahl unter dem Eindruck des Holocausts die Teilung Palästinas. Auf den jüdischen Staat sollten 56 Prozent der Fläche entfallen, obwohl Juden erst ein Drittel der Bevölkerung ausmachten und sechs Prozent des Landes besaßen. Dem Plan stimmte die UN-Vollversammlung am 29. November 1947 zu.

Nun entbrannte der Kampf um das Land. Die neu gegründete Arabische Liga mobilisierte Freiwillige und nannte sie Arabische Befreiungsarmee. Besser organisiert war die jüdische Seite. Kampftruppen begannen Gebiete zu erobern, es kam zu Vertreibungen. Bei dem Massaker von Deir Yassin wurden mehr als 110 Personen getötet, eine Massenflucht aus den arabisch besiedelten Gebieten setzte ein. Als „Katastrophe“ (nakba) bezeichnen die Araber jedoch die Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948. Nun griffen die Armeen der arabischen Nachbarstaaten Israel an. Als 1949 eine Reihe von bilateralen Waffenstillstandsverträgen vereinbart wurden, waren 60 Prozent der Palästinenser, also 750.000, zu Flüchtlingen geworden.

Die arabischen Staaten erhoben die „Befreiung Palästinas“ zu ihrer wichtigsten Aufgabe. 1948, 1956, 1967 und 1973 kam es zu vier Kriegen mit Israel. Im Sechstagekrieg von 1967 eroberte Israel jedoch das Westjordanland mit Jerusalem, den Gazastreifen, die Golanhöhen und den Sinai. Dabei wurden bis zu 250.000 weitere Palästinenser zu Flüchtlingen. Danach waren es nicht staatliche Akteure, gegen die sich Israel verteidigte: 1978, 1982 und 2006 aus Libanon sowie 2008, 2012, 2014, 2021 und 2023 aus Gaza.

Zudem starteten palästinensische Gruppen einen Guerillakrieg gegen Israel, auf den Israel mit großer Härte antwortete. Die 1959 von Yassir Arafat in Kuwait gegründete „Bewegung zur Befreiung Palästinas“ (Fatah) wurde der größte Flügel der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Die rief den bewaffneten Kampf gegen Israel aus und startete eine Terrorwelle, mit Anschlägen auf Israels Infrastruktur, der Entführung von Passagierflugzeugen, dem Attentat am 5. September 1972 auf die israelischen Teilnehmer der Olympischen Spiele in München.

Nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 zog sich Israel vom 1967 eroberten Suezkanal zurück, und der ägyptische Präsident Anwar al-Sadat bot Israel bei seiner Reise 1977 nach Jerusalem als erster arabischer Staatsmann einen bilateralen Frieden an. Ägypten erhielt den Sinai zurück. Genauso wenig wie Ägypten und 1994 Jordanien knüpften alle weiteren Staaten, die seit 2019 ihre Beziehungen mit Israel normalisiert haben (Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Marokko und Sudan), diesen Schritt an eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Palästinenser. Frieden kehrte in Nahost nicht ein.

## Heute leben im Westjordanland 670.000 jüdische Siedler

Das größte Hindernis sind die jüdischen Siedlungen im Westjordanland. Bereits 1967 begannen jüdische Siedler, sich unter dem Schutz der israelischen Armee palästinensisches Land anzueignen. Heute leben im Westjordanland 2,8 Millionen Palästinenser und 670.000 jüdische Siedler. Die Voraussetzungen für einen palästinensischen Staat sind damit nicht mehr gegeben. Ein weiteres Hindernis sind die katastrophalen Lebensbedingungen im Gazastreifen, den Israel seit seinem Rückzug aus diesem 2005 sich selbst überlässt und von der Außenwelt weitgehend abriegelt. Die dort seit 2007 regierende Hamas proklamiert die Zerstörung Israels.



### Heute

- Gazastreifen (Palästinensische Autonomie)
- Israel
- Westjordanland:  
(Verwaltungsgebiete nach den Oslo-Verträgen 1995)
- A- und B-Gebiete (palästinensisch)
- C-Gebiete (von Israel besetzt)

Bild: F.A.S.

Seit die PLO und Arafat 1988 allen Formen des Terrors abgeschworen hatten, gab es verschiedene Anläufe, den Nahostkonflikt beizulegen. Keiner war von Erfolg gekrönt. Ein erster Anlauf war im Oktober 1991 die Konferenz von Madrid, zu der die USA eingeladen hatten und bei der Vertreter Israels und der Palästinenser in einem Raum waren.

Während sich in Madrid die Vertreter der Staaten nur wenig bewegten, einigten sich 1993 Israelis, die keine Regierungsverantwortung trugen, und Palästinenser in Oslo auf eine Prinzipienklärung, der die israelische Regierung und die PLO zustimmten. Am 13. September 1993 reichten sich im Beisein von Präsident Bill Clinton der israelische Ministerpräsident Izchak Rabin und PLO-Chef Arafat die Hand. Sie einigten sich auf einen Verhandlungsplan für eine dauerhafte Lösung des Konflikts. Ein weiteres



Abkommen, Oslo II, präzisierte die Schritte. Der vielversprechende Anlauf scheiterte aber: Denn die Siedlungsaktivitäten liefen weiter, palästinensische Extremisten verübten weiter Gewalt, und ein jüdischer Extremist ermordete am 4. November 1995 Rabin.

Im Juli 2000 unternahm Clinton einen weiteren Versuch. Er lud den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak und Arafat nach Camp David ein, sie verhandelten zwei Wochen hinter verschlossenen Türen. Eine Einigung schien in Reichweite. Sie scheiterte mutmaßlich an Arafat, dem die israelischen Zusagen nicht weit genug gingen. Die Stimmung kippte, als Oppositionsführer Ariel Scharon am 28. September 2000 in provozierender Absicht das Plateau des muslimischen Felsendoms besuchte und damit die zweite Intifada lostrat. Von da an gab es keine nennenswerten Friedensinitiativen mehr. Wellen der Gewalt setzten ein, die nicht mehr gestoppt werden konnten.

Auf israelischer Seite zeigte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, der mit kurzer Unterbrechung seit 2009 regiert, kein Interesse an einer politischen Lösung und förderte die Siedlungen. Auf palästinensischer Seite setzen die proiranischen Milizen Hamas und Hizbullah auf Gewalt und Terror gegen Israel.

In Israel regiert eine national-religiöse Koalition, unter den Palästinensern haben radikalislamische Bewegungen die Oberhand. Bei Israels Nationalreligiösen ist das Alte Testament die politische Leitschnur, bei den Palästinensern der aus dem Koran abgeleitete Anspruch auf Jerusalem. Heiliges lässt Kompromisse schwerlich zu.

7 novembre (The Guardian)

[We cannot turn away from suffering, but I can no longer watch the news coverage from Israel and Gaza | Simon Jenkins | The Guardian](#)

## We cannot turn away from suffering, but I can no longer watch the news coverage from Israel and Gaza

[Simon Jenkins](#)

Right now we have tabloid television, not broadcast news, offering a ghoulish voyeurism and simplified spectacle

Tue 7 Nov 2023 07.00 CET

**For the first time in my adult life I cannot watch – or read – the news. Its presentation makes me profoundly upset.** For over a week I have not read, heard or watched the news from Israel/Palestine. I am afraid doing this has made me feel better. I have asked around and many other people are doing the same.

**I would normally consider it shocking to not know what is going on elsewhere in the world.** We owe it to common humanity not to ignore inhumanity, wherever it occurs. We should listen and at least sympathise, even if to no concrete purpose. **The obligation on journalists is more specific; it is to supply the requisite information, which can be unpleasant to collect and convey.** I have visited war zones and found it harrowing. Unspeakable horrors are occurring somewhere on Earth all the time. **The media may have space for only so much. When did you last hear about Sudan, the Democratic Republic of Congo – or even Ukraine? But the effort must be made, not dodged.**

**Now we have the most intensive, 24/7 coverage of extreme violence that I can recall.** The evening news coyly says scenes are “too awful to show” and then that “viewers may find some scenes distressing”, as if to draw us from whatever else we are doing. **This is tabloid television, offering a ghoulish gloss on what news should be about, which is facts and their informed interpretation.** Yet it is assumed that we cannot handle this, and instead are given endless vox pops with people on the ground. We need something to stir the emotions. In this respect, television is in a different league from radio and the print press.

**Horror fuels a dangerous instinct, that of blame.** Since every vox pop from Gaza must be preceded or followed by one from Israel, viewers are drawn into arguments fuelled by heat not light. **There is no history or background. Tearful victims get more time than decision-makers or experts. And after the blame comes the overwhelming sense of impotence.** What can we do? Should we shout, march, write, shut up? Mostly we feel sad and return to our lives, pretending nothing has changed. Or at least most of us do.

**Psychologists tell us how to cope with bad news when it affects us personally.** They advise us to analyse it, assess the risk, seek a way forward and take action. But that is when it is personal and we have some agency over events.

**The evils of the outside world are in a different mental sphere.** We can do nothing directly about them and must remain spectators of other people’s agony. During Covid addictions to “doomsurfing” and “doomscrolling” soared. People obsessively monitored news of the disease by the hour. This led to sensations of fear, sadness and anger, and an increase in cases of depression and trauma. As with bad news generally, its appeal was said to be an evolutionary response to potential danger – **humans crave a warning.**

**There must be a limit.** It is one thing to be reminded occasionally of the suffering of others, and of our own impotence when it comes to changing the world around us. **I cannot see that relentless real-time depictions of horror is instilling any virtue. We – and our children – are expected to witness screaming, bleeding, angry people, night after night. This cannot increase public understanding of what is happening, only add to anger, discord and mental distress. I want to watch the news; what is being shown is something different.**

**Simon Jenkins is a Guardian columnist**

7 novembre (The Economist)

[Settlers are causing mayhem in the West Bank \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Israel's third front

## Settlers are causing mayhem in the West Bank

Palestinians are close to rebelling



image: afp

Nov 6th 2023 | NABLUS

Violence perpetrated by Jewish settlers in the Palestinians' [West Bank](#) has risen sharply since October 7th. The Israeli army and the settlers have, in total, killed at least 155 Palestinians in the territory, the core of a would-be Palestinian state, since Hamas committed its atrocities against Israel. This death toll is a fraction of the number killed by [Israel's bombardment](#) of Gaza in the same period. But it is rising dangerously fast. The occupied West Bank is getting closer to boiling over.

Last year was already the deadliest for Palestinians in the West Bank for 20 years. Settler groups have become bolder and the army has intensified its raids on Palestinian towns and cities. But since October 7th things have dramatically worsened. At the current rate, the four weeks following the Hamas attack will have been more deadly for Palestinians in the West Bank than the whole of last year.

In particular, the war in Gaza has aroused some of the more violent groups of West Bank settlers. Some are out for revenge for Hamas's atrocities. Others are simply taking advantage of the situation to lash out while Israel's army is busy elsewhere—in Gaza and on the northern front with Lebanon. As a result, the West Bank's Palestinians are feeling even more vulnerable than usual.

In Qusra, a village south-east of the city of Nablus, four Palestinians were killed by settlers on October 11th. The next day, during a funeral procession for them, two more were shot dead by settlers, according to Hani Awda Abu Alaa, the town's mayor. "[The army] assured us over the phone that the new route was secure," he said. "But they set a trap for us...We encountered a large number of settlers who attacked us with stones and bullets." The mayor accused Israeli soldiers of "protecting the settlers".

What has changed in the past few weeks is that elements of the army and those settlers who are bent on violence appear to have teamed up, according to Yonatan Kanonich of Yesh Din, an Israeli watchdog that monitors Jewish settlements in the West Bank. "People sometimes wear army trousers or shirts, they have weapons," he explains. "You don't understand if it's a settler or a soldier, you can't really tell. It's all the same now," he says. "If the soldiers stood back idly before, and didn't do anything, now they are joining the settlers in their attacks."

Some 500,000 Israelis live in settlements (excluding East Jerusalem) in the West Bank regarded as illegal by the UN and foreign governments, including America's. They are often cited as an obstacle in peace

talks and plainly undermine the territorial integrity of a future Palestinian state. The building of settlements has steadily increased since the Israeli-Palestinian peace accords signed in Oslo in 1993.

Since October 7th President Joe Biden has urged Binyamin Netanyahu, the Israeli prime minister, to rein in the settlers—in vain. Extreme right-wing settlers who hold key posts in Mr Netanyahu’s cabinet seem to have no wish to calm things down. Itamar Ben-Gvir, the national-security minister, grinned as he handed out rifles to Israelis to protect “settlements and the cities”. Mr Netanyahu’s current government has delighted the settlers by earmarking large sums for settler roads (from which Palestinians are generally barred) and by giving Bezalel Smotrich, an ultra-nationalist settler who is the finance minister, extra power over planning regulations in the West Bank, though the last word on this still lies with Mr Netanyahu and his defence minister.

On the ground, settlers are rarely punished for initiating the violence. In June they rampaged through Turmus Ayya, a Palestinian town, setting fire to homes and cars. One Israeli officer branded the settler attacks “nationalist terrorism”. But no serious consequences followed. Once labelled as rogue operators, violent settlers now have representation in Israel’s coalition government.

For years some Palestinian officials and foreign observers have been warning of a third intifada, or uprising—and now fear it is likely to break out. “It has already exploded,” says Tawfiq Tirawi, a former Palestinian security chief with strong ties to the West Bank’s refugee camps who fell out with Mr Abbas. “The people are brimming with anger and a revolutionary spirit,” he says.

So far unrest has been mainly limited to protests in Palestinian cities. The Israeli security forces, sometimes aided by the Palestinian authorities, have arrested thousands to keep a lid on things. Israeli checkpoints have been sharply curbing Palestinian movement.

Some Palestinian campaigners say the Israeli government, with the help of settlers, wants to depopulate the West Bank of its Palestinians. Near the big city of Hebron, 13 Palestinian villages, they claim, have been thinned out as a result of threats of settler violence. “It’s clear they are planning and organising...you are talking about an organised militia,” says Shawan Jabarin, a veteran human-rights activist in Ramallah, the Palestinians’ administrative headquarters. He says many Palestinians see the violence as part of a plan eventually to push them out of the West Bank altogether. “It’s about revenge,” adds Mr Kanonich.

When Hamas burst out of Gaza to murder Israeli communities across the border on October 7th, most of the Israeli soldiers stationed in the West Bank were regulars or conscripts. But in the next few days, as around 360,000 reservists were called up, most of the regular troops were deployed either to take part in a ground offensive into Gaza or to the northern border with Lebanon in case of war breaking out with Hizbullah, the Shia Muslim militia. Many Israeli reservists and a number of senior commanders are deeply hostile to the settlers and would like them to be restrained. But they fear that other groups of reservists left behind on the West Bank may be unable or unwilling to do this. Israel’s army and border police have rarely arrested settlers for violence, though one ringleader has been put into administrative detention without being formally charged.

The Palestinian Authority, which is supposed to administer chunks of the West Bank, is largely powerless to protect Palestinian civilians. Its senior officials are strongly against the prospect of another intifada, fearing that that would give Hamas an opportunity to become the dominant Palestinian force in the West Bank. In any case, much of the violence takes place in areas where the Palestinian security forces have no freedom of movement or jurisdiction. Palestinians reckon it is unthinkable that they would arrest or directly confront a settler.

One veteran Palestinian security official says he fears that a single incident may spark an intifada. “I smell blood in the West Bank,” he says. “I don’t know where it will be, but it is coming: the settlers are going to do something terrible.”

7 novembre (Le Monde)

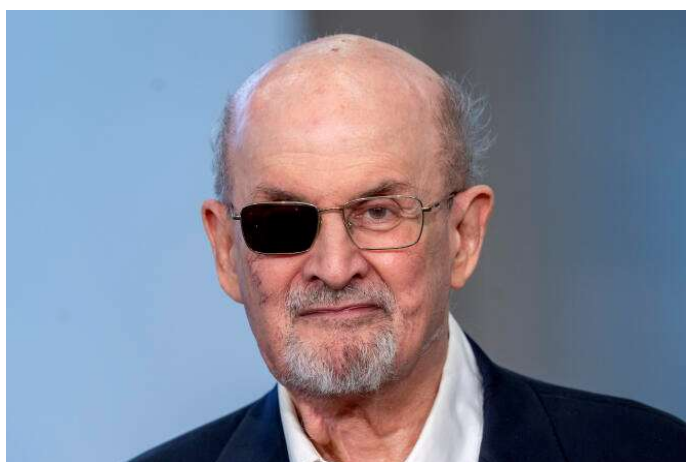
[https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/11/06/salman-rushdie-la-paix-en-ce-moment-precis-a-l-air-d-etre-un-fantasme-dans-le-reve-d-un-drogué\\_6198460\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/11/06/salman-rushdie-la-paix-en-ce-moment-precis-a-l-air-d-etre-un-fantasme-dans-le-reve-d-un-drogué_6198460_3232.html)

## Salman Rushdie : « La paix, en ce moment précis, a l'air d'être un fantasme dans le rêve d'un drogué »

« Le Monde » publie en exclusivité le discours de l'écrivain, prononcé le 22 octobre, lors de la remise du Prix de la paix à la Foire du livre de Francfort. L'occasion pour l'auteur des « Versets sataniques » de souligner, à l'heure de la guerre en Ukraine et du conflit israélo-palestinien, combien « il est difficile de faire la paix et aussi de la trouver ».

Par [Salman Rushdie](#)

Publié hier à 05h15, modifié hier à 13h09



Salman Rushdie, à Francfort (Allemagne), le 20 octobre 2023. MICHAEL PROBST / AP

*[Salman Rushdie a reçu le prestigieux Prix de la paix des libraires allemands, le 22 octobre, lors de la Foire du livre de Francfort. La cérémonie intervient quatorze mois après [la tentative d'assassinat de l'écrivain](#) lors d'un festival littéraire dans l'Etat de New York en août 2022. L'auteur des Versets sataniques avait fait l'objet [d'une fatwa de l'ayatollah Khomeyni](#), le Guide suprême iranien, en 1988.]*

**Document.** Pour commencer, permettez-moi de vous raconter une histoire. Il était une fois deux chacals, Karataka, dont le nom signifie « prudent », et Damanaka, qui veut dire « audacieux ». Ils occupaient le deuxième rang de la suite du roi lion Pingalaka, mais ils étaient ambitieux et rusés. Un jour le roi lion fut effrayé par un rugissement provenant de la forêt, dont les chacals savaient que c'était le cri d'un taureau fugitif, il n'y avait pas de quoi faire peur à un lion. Ils allèrent voir le taureau et le convinquirent de se présenter devant le lion pour lui déclarer son amitié. Le taureau avait très peur du lion, mais il accepta, le lion et le taureau devinrent amis et les chacals furent promus au premier rang par le monarque reconnaissant.

Malheureusement, le lion et le taureau passèrent tant de temps à converser ensemble que le lion cessa de chasser, provoquant la famine chez les animaux de sa suite. Les chacals parvinrent donc à persuader le lion que le taureau complotait contre lui et ils persuadèrent le taureau que le lion envisageait de le tuer, le lion et le taureau s'affrontèrent, le taureau fut tué et il y eut quantité de viande pour tous et les chacals montèrent encore d'un cran dans l'amitié du roi pour l'avoir mis en garde contre le complot et dans l'amitié de tous les autres habitants de la forêt, excepté, bien sûr, dans celle du pauvre taureau, mais c'était sans importance du moment qu'il était mort, et fournissait à tous un excellent repas.

Voilà, très approximativement, ce qui constitue le cadre de la première et de la plus longue partie du livre de fables animalières connu sous le nom de *Panchatantra*, et intitulée *De l'art de provoquer la discorde entre*

*amis*. La troisième partie, *Guerre et paix*, titre qui a servi plus tard à un autre livre bien connu, décrit le conflit entre les corbeaux et les hiboux au cours duquel la duplicité traîtresse d'un corbeau provoque la défaite et l'élimination des hiboux. J'ai repris une version de cette histoire dans [mon roman \*La Cité de la victoire\*](#) [*Actes Sud*, 336 pages, 23 euros].

Ce que j'ai toujours trouvé fascinant, ou véritablement séduisant, dans les histoires du *Panchatantra*, c'est que beaucoup d'entre elles ne proposent aucune morale. Elles ne plaident pas en faveur de la bonté, de la vertu, de la modestie, de l'honnêteté ou de la retenue. Ruses, manigances et amoralité viennent souvent à bout de toute opposition. Ce ne sont pas toujours les bons qui gagnent – il n'est même pas toujours évident de savoir qui sont les bons. C'est pourquoi elles semblent étrangement contemporaines au lecteur d'aujourd'hui parce que nous, lecteurs contemporains, nous vivons dans un monde d'amoralité, d'effronterie, de duplicité et de ruse, où ce sont souvent les méchants qui gagnent.

*D'où viennent les histoires ?* » demandait le jeune Haroun à son père, conteur, dans mon roman, *Haroun et la Mer des histoires* (Gallimard, 2010). Le point le plus important de sa réponse est qu'elles viennent d'autres histoires, de cet océan d'histoires sur lequel nous naviguons tous. Ce n'est pas leur seule origine : il y a aussi la propre expérience du conteur, l'idée qu'il se fait de la vie, et aussi l'époque dans laquelle il vit. Mais la plupart des histoires s'enracinent en quelque sorte dans d'autres histoires, peut-être dans de nombreuses histoires qui se mêlent, se rejoignent, se transforment, devenant ainsi des histoires nouvelles. Tel est le processus que nous appelons « l'imagination ».

J'ai toujours été inspiré par la mythologie, les contes populaires et les contes de fées, non parce qu'ils évoquent des miracles, des animaux qui parlent ou des poissons magiques, mais pour la vérité qu'ils contiennent. L'histoire d'Orphée et d'Eurydice, par exemple, qui a été une source d'inspiration importante pour mon roman *La Terre sous ses pieds* [Plon, 1999] peut être racontée en moins d'une centaine de mots. Pourtant, sous sa forme condensée, elle pose des questions très importantes sur la relation entre l'art, l'amour et la mort. Elle demande : avec l'aide de l'art, l'amour peut-il surmonter la mort ? Et peut-être répond-elle : n'est-ce pas plutôt la mort, en dépit de l'art, qui surmonte l'amour ? Ou encore elle nous apprend que l'art l'emporte sur la question de l'amour et de la mort, et la transcende en la transformant en histoires immortelles. Cette centaine de mots renferme assez de profondeur pour inspirer un millier de romans.

Le réservoir des mythes est vraiment très abondant. Les Grecs, bien sûr, mais aussi la mythologie nordique et l'*Edda poétique*, Esope, Homère, la *Chanson des Nibelungen*, les légendes celtiques et les trois grandes matières d'Europe, la matière de France, le corpus d'histoires autour de Charlemagne, la matière de Rome, tout ce qui concerne l'empire et la matière de Bretagne, les légendes autour du roi Arthur. Ici, en Allemagne, vous avez les contes populaires rassemblés par Jacob et Wilhelm Grimm. Mais, en Inde, avant que j'entende parler de ces histoires, j'ai grandi avec le *Panchatantra* et lorsque je me retrouve, comme c'est le cas en ce moment, entre deux projets d'écriture, c'est vers ces chacals et ces corbeaux rusés et perfides et tous leurs semblables que je reviens pour leur demander quelle histoire je devrais écrire. Jusqu'à présent, ils ne m'ont jamais laissé tomber. Tout ce que j'ai besoin de savoir de la bonté et de son contraire, de la liberté et de la captivité, et aussi du conflit, je le trouve dans ces histoires. En ce qui regarde l'amour, il faut chercher ailleurs.

Et me voici aujourd'hui devant vous pour recevoir un Prix de la paix et je me demande ce que le monde des fables peut nous apprendre au sujet de la paix.

Les nouvelles ne sont pas très bonnes. Homère nous dit que la paix survient après une décennie de guerre lorsque tous ceux à qui nous tenons sont morts et que Troie a été détruite. La mythologie nordique nous enseigne que la paix apparaît après le Ragnarök, le crépuscule des dieux, lorsque les dieux éliminent leurs ennemis traditionnels, mais sont aussi anéantis par eux. Le mot allemand qui désigne cet événement, *Götterdämmerung*, est plus exact que le mot anglais *twilight*. Le Mahabharata et le Ramayana nous disent aussi que la paix ne s'obtient qu'au prix du sang. Et le *Panchatantra* que la paix, la mort des hiboux et la victoire des corbeaux, ne se réalise qu'au prix d'une trahison.

Mais quittons un instant les légendes du passé pour nous intéresser aux légendes jumelles de cet été, je fais, bien sûr, référence à ce film à deux têtes connu sous le nom de « Barbenheimer ». Le film *Oppenheimer* nous rappelle que la paix ne s'instaure qu'après que deux bombes atomiques, Little Boy et Fat Man, ont été larguées

sur les populations d'Hiroshima et de Nagasaki, tandis que *Barbie*, ce monstre du box-office, montre clairement que la paix constante et le bonheur sans mélange, dans un monde où chaque journée est parfaite et chaque nuit une soirée entre filles, n'existent que sous la forme de plastique rose.

Nous sommes rassemblés ici pour parler de paix, alors qu'une guerre fait rage pas très loin – une guerre provoquée par la tyrannie d'un seul homme, sa soif de pouvoir et de conquête, une bien triste histoire qui évoquera peut-être quelque chose à un public allemand – et qu'un autre conflit violent a éclaté entre Israël et la bande de Gaza. La paix, en ce moment précis, a l'air d'être un fantasme dans le rêve d'un drogué. Même le sens de ce mot est un point sur lequel les adversaires ne peuvent se mettre d'accord. La paix pour l'Ukraine ne signifie pas seulement la cessation des hostilités. Elle signifie, et doit signifier, la restitution des territoires occupés et la garantie de leur souveraineté retrouvée. La paix pour l'ennemi de l'Ukraine signifie que l'Ukraine capitule et admette que les territoires perdus sont définitivement perdus. Le même mot et deux interprétations inconciliables. La paix pour Israël et les Palestiniens semble encore plus lointaine.

Il est difficile de faire la paix et aussi de la trouver.

Et pourtant, nous la désirons ardemment, pas seulement la grande paix qui survient à la fin d'une guerre, mais la paix plus réduite de notre vie privée, le désir de se sentir en paix avec notre propre vie et avec le petit monde qui nous entoure. Walt Whitman évoquait la paix comme le soleil qui nous éclaire chaque jour.

*O soleil de la paix véritable ! O lumière empressée !*

*O extase et liberté ! O ce que je veux faire advenir par mon gazouillis !*

*O le soleil du monde va se lever, éblouissant, et prendre tout son essor !*

*Comme toi aussi, ô mon idéal, tu vas le faire*

L'idéal de Whitman était la paix. Faisons-lui honneur, nous qui sommes réunis dans cet endroit magnifique. Aussi difficile qu'elle soit à trouver, aussi impossible qu'elle puisse sembler à maintenir, cette chose, si complexe à définir, est, en dépit de tout, une de nos grandes valeurs et doit être recherchée avec ardeur.

Mes parents pensaient ainsi quand ils ont décidé de m'appeler « Salman », un nom dont la racine est le mot *salamat*, qui veut dire « la paix ». De sorte que Salman veut dire « pacifique ». Et, de fait, j'étais un garçon extrêmement calme, sage, studieux, paisible par son nom, paisible par nature. Les turbulences sont arrivées plus tard, mais je me suis toujours perçu ainsi. Même si, dans ma vie d'adulte, j'ai eu d'autres idées.

Ma vie a été influencée par les fables, et il y a justement quelque chose de fabuleux dans l'idée d'un Prix de la paix. J'aime l'idée que la paix elle-même puisse être un prix, que ce jury ait quelque chose de magique et même de fantastique, un jury de sages bienfaiteurs qui dispose d'une telle puissance infinie que, une fois par an, et seulement une fois, il peut conférer à un individu, et un seulement, toute une année de paix. La paix en elle-même, véritable, bénie, parfaite, non pas un contentement banal, une « paix ordinaire », mais un grand cru de « pax frankfurtiana », une réserve suffisante pour une année entière, livrée à votre porte dans d'élégantes bouteilles. C'est une récompense que j'aurais été très heureux de recevoir. J'envisage même d'écrire quelque chose à ce sujet, « L'homme qui reçut la paix en guise de récompense ».

Je la vois bien se dérouler dans une petite ville de province, lors de la fête annuelle, par exemple. Il y a les concours habituels, celui de la meilleure tarte et du meilleur gâteau, celui de la plus grosse pastèque, des meilleurs légumes, celui qui consiste à deviner le poids du cochon du fermier, les concours de beauté, de chant, de danse. Arrive un colporteur, vêtu d'une redingote élimée à bord d'une roulotte tirée par un cheval et recouverte de peintures joyeuses. Il ressemble un peu au professeur Marvel, le charlatan itinérant du *Magicien d'Oz*, et il déclare que si on l'autorise à être l'arbitre des concours, il décernera les plus belles récompenses que l'on ait jamais vues. « *Les plus beaux lots !* » crie-t-il. « *Approchez, approchez !* » Ils s'approchent donc, les gens simples de la campagne, et le charlatan distribue des petits flacons aux divers gagnants, des flacons portant l'étiquette « vérité », « beauté », « liberté », « bonté » et « paix ».

Les villageois sont déçus. Ils auraient préféré de l'argent. Et, un an après la foire, il se produit des phénomènes étranges. Après avoir bu le contenu de son flacon, le gagnant du prix de la vérité commence à énerver tout le monde et à se fâcher avec les autres villageois en leur disant exactement ce qu'il pense vraiment d'eux. La beauté, après avoir bu sa récompense, devient encore plus belle, du moins de son propre avis, mais aussi insupportablement vaniteuse. Le comportement licencieux de la gagnante de la liberté choque bon nombre de ses compatriotes, qui en concluent que son flacon devait contenir quelque puissant produit toxique. Le lauréat de la bonté déclare qu'il est devenu un saint, après quoi tout le monde le trouve invivable. Quant à la paix, il est assis sous un arbre et sourit. Au moment où le village traverse tant de turbulences, ce sourire est extrêmement agaçant, lui aussi. Un an plus tard, quand vient l'époque de la fête, le colporteur revient, mais on le chasse de la ville. « *Va-t'en !*, lui crient les villageois. *Nous ne voulons pas de ce genre de récompenses. Un saucisson, un fromage, un jambon, un ruban rouge auquel est accrochée une médaille brillante..., voilà des lots normaux. Ce sont ceux-là que nous voulons.* »

J'écrirai peut-être cette histoire, ou peut-être pas. Elle peut tout du moins servir à éclairer avec humour une question sérieuse, à savoir que les concepts que nous considérons tous d'un commun accord comme des vertus peuvent devenir des vices, c'est une question de point de vue et cela dépend de leurs effets sur le monde réel. Dans le livre d'Italo Calvino *Le Vicomte pourfendu*, le héros est coupé en deux par un boulet de canon qui le frappe en plein milieu de la poitrine. Les deux moitiés survivent et leurs blessures sont recousues par un médecin expert, mais il apparaît ensuite que le vicomte pourfendu a été coupé en deux aussi bien moralement que physiquement ; une de ses deux moitiés est devenue incroyablement bonne, tandis que l'autre est désormais incroyablement méchante. De toute façon, l'une comme l'autre provoquent autant de dégâts dans le monde et il est aussi épouvantable d'avoir affaire à elles, jusqu'à ce qu'elles soient recousues ensemble par le même génie de la médecine, et que le vicomte redevienne physiquement singulier mais moralement pluriel, c'est-à-dire humain.

Mon sort, ces dernières années, a été de boire le flacon étiqueté « liberté », et donc d'écrire sans aucune retenue les livres qui me venaient à l'esprit. Aujourd'hui, sur le point de publier mon vingt-deuxième livre, je dois dire que, dans vingt et une occasions sur vingt-deux, l'élixir valait bien la peine d'être bu et m'a permis de mener une belle vie en accomplissant le seul travail que j'aie toujours voulu faire. En ce qui concerne l'occasion restante, à savoir la publication de mon quatrième roman, j'ai appris – nous avons été nombreux à apprendre – que la liberté peut provoquer une réaction de même force mais contradictoire de la part des forces de l'oppression, mais j'ai aussi appris à faire face aux conséquences de cette réaction et à continuer, de mon mieux, à être un artiste aussi libre que j'ai toujours voulu l'être. Et j'ai aussi appris que bien d'autres écrivains et artistes dans l'exercice de leur liberté ont été confrontés, eux aussi, aux forces de l'oppression, et que, en bref, la liberté pouvait être un vin dangereux à boire. Mais il n'en est que plus nécessaire, plus essentiel, plus important de la défendre et j'ai fait de mon mieux, avec beaucoup d'autres, pour la défendre. J'avoue qu'à certains moments j'aurais mieux fait de boire l'élixir de paix, et de passer ma vie assis sous un arbre. En affichant un sourire béat et bienheureux, mais ce n'était pas le flacon que m'avait tendu le colporteur.

Nous vivons une époque que je n'aurais jamais imaginé connaître au cours de ma vie, une époque dans laquelle la liberté, en particulier la liberté d'expression, sans laquelle le monde des livres ne pourrait exister, se trouve attaquée de toutes parts par des voix réactionnaires, autoritaires, populistes, démagogiques, incultes, narcissiques, superficielles ; où des lieux d'éducation et des bibliothèques sont la cible d'hostilité et de la censure, et où des extrémismes religieux et des idéologies sectaires ont commencé à s'immiscer dans des domaines de la vie où ils n'ont pas leur place. Et il y a aussi des voix progressistes qui s'élèvent en faveur d'une nouvelle sorte de censure « bien-pensante », qui semble vertueuse et que bien des gens, des jeunes en particulier, se sont mis à considérer comme une vertu.

La liberté est donc attaquée aussi bien par la gauche que par la droite, par les jeunes que par les vieux. C'est un phénomène nouveau, encore compliqué par nos nouveaux outils de communication : Internet, où l'on peut trouver des pages au graphisme impeccable, remplies de mensonges malveillants mis sur le même plan que la vérité, et il est difficile pour beaucoup de faire le tri ; nos réseaux sociaux, où l'idée même de liberté est chaque jour malmenée, afin que les milliardaires propriétaires de ces plates-formes puissent opérer une manipulation de masse, qu'ils semblent de plus en plus prompts à encourager – et dont ils tirent profit.



Que faire de la libre expression lorsqu'elle est si largement maltraitée ? Nous devons continuer à faire, avec une vigueur renouvelée, ce qui a toujours été nécessaire : répondre aux propos malveillants par de meilleurs propos, opposer aux récits mensongers de meilleurs récits, répondre à la haine par l'amour, et croire que la liberté peut toujours triompher, même à l'âge du mensonge. Nous devons la défendre corps et âme et lui donner la plus large définition possible de sorte que, évidemment, nous puissions défendre les discours qui nous offensent, car sinon nous ne défendons en rien la liberté d'expression. Les éditeurs sont parmi les gardiens les plus importants de la liberté. Merci de faire ce travail. Faites-le toujours mieux, et plus vaillamment, et permettez à mille et une voix de s'exprimer de mille et une façons différentes.

Pour reprendre l'expression de Cavafy [*Constantin, poète grec du XX<sup>e</sup> siècle*], « *les barbares seront là aujourd'hui* », ce que je sais avec certitude, c'est que la réponse aux philistins dans le domaine de l'art, aux barbares dans celui de la civilisation et à la guerre culturelle est peut-être que les artistes de toutes sortes, réalisateurs, acteurs, chanteurs et, bien sûr, professionnels du livre, ces gens qui se réunissent chaque année à Francfort pour fêter l'art ancien du livre, peuvent toujours, tous ensemble, repousser les barbares hors de nos murs.

Avant de conclure, je voudrais remercier tous ceux qui, en Allemagne et au-delà, ont élevé la voix pour exprimer leur solidarité et leur amitié après l'attaque dont j'ai été victime il y a environ quatorze mois. Ce soutien a beaucoup compté pour moi, personnellement et pour ma famille, et il montre à quel point la croyance en la liberté d'expression est vivace et répandue dans le monde entier. L'indignation qui s'est exprimée après l'attaque du 12 août était une marque de sympathie à mon égard, mais elle venait surtout de l'horreur des gens, de votre horreur, en découvrant que la valeur fondamentale d'une société libre avait été violemment et stupidement attaquée. Je suis très reconnaissant du flot d'amitié qui m'a été adressé et je ferai de mon mieux pour continuer le combat en faveur de ce dont vous avez tous pris la défense.

Cependant, en rapportant chez moi ce Prix de la paix, je prendrai aussi le temps de boire l'élixir et de m'asseoir paisiblement sous un arbre en affichant un sourire bienheureux et béat. Merci à vous tous.

**Copyright ©2023 - Salman Rushdie**

7 novembre (Le Figaro)

[Frédéric Encel : «Un mois après l'attaque du 7 octobre, le début de la fin du Hamas?» \(lefigaro.fr\)](#)

## Frédéric Encel : «Un mois après l'attaque du 7 octobre, le début de la fin du Hamas?»

Par [Frédéric Encel](#)

Publié il y a 1 heure



*Frédéric Encel. Fabien Clairefond*

**TRIBUNE - L'attaque du 7 octobre montre un changement de paradigme dans la stratégie du groupe terroriste, analyse le docteur en géopolitique. Cette opération, qui aura des répercussions majeures, isole, selon lui, le Hamas sur la scène internationale et pourrait signer sa destruction militaire partielle.**

*Frédéric Encel est docteur en géopolitique habilité à diriger des recherches, professeur à la Paris School of Business et maître de conférences à Sciences Po Paris, auteur des Voies de la puissance (prix du livre géopolitique, Odile Jacob, 2023).*

---

La déshumanisation des victimes, leur ciblage et leur dénomination par les bourreaux (« *J'ai tué dix Juifs !* ») : tout démontre un changement de paradigme. Le 7 octobre, le Hamas n'est pas allé « *plus loin* », comme on l'entend trop souvent, mais « ailleurs ». Son attentat n'a pas changé d'ampleur, mais de nature. Certes, il a été militairement plus efficace, mais il a surtout commis autre chose qu'une « simple » opération militaire.

Plutôt que de se « contenter » d'une opération qui lui aurait conféré prestige, crédibilité tactique et obtention d'échanges de prisonniers tout en humiliant le gouvernement israélien et - but ultime - en empêchant l'Arabie saoudite de reconnaître Israël, il s'est vautré dans l'orgie antisémite la plus meurtrière depuis les marches de la mort de 1945 en s'attirant (et en attirant sur les civils de Gaza, ses otages) un matraquage inouï et, sans doute, sa propre destruction militaire partielle. Comble : il n'est même pas du tout certain qu'après la guerre, à la faveur d'un nouveau processus de paix entre un gouvernement israélien modéré et l'Autorité palestinienne, Riyad ne reconnaisse pas Israël.

### Fanatiques mais pas stupides

Deux forces redoutables étaient censées soutenir le Hamas en menaçant Israël sur deux fronts : l'Iran d'une part, le Hezbollah d'autre part, son affidé instrumental libanais. Or son chef, Nasrallah, dans son discours pompeusement solennel du 3 novembre, a longuement fanfaronné pour annoncer - entre fakes et outrances sur le carnage antisémite du 7 octobre - que le Hezbollah pourrait fort bien faire la guerre à Israël, tout en indiquant qu'il ne le pouvait pas encore, à moins qu'il ne décide de la faire... Et,

comme pour conjurer les foudres de Tsahal, il a rendu le Hamas « 100 % » responsable de cette attaque ! Quant au mentor iranien, il a également menacé de l'enfer le « Satan sioniste » comme ad nauseam depuis 1979 et sans l'avoir jamais attaqué de front... De fait, les dirigeants respectifs de la République islamique et du Hezbollah sont fanatiques mais pas stupides ; ils connaissent les rapports de force et en jouent finement dans l'ensemble du Moyen-Orient et ailleurs, trafics d'armes et de drogue compris, confortant leur propre agenda. Ils ne se sacrifieront pas pour un Hamas sunnite et de toute façon condamné à l'étrillage par une armée rendue très redoutable par sa liberté d'action et son impérieux besoin de crédibilité.

### **Il est une leçon géopolitique éternelle : la politique du pire, quand elle est jouée trop activement trop longtemps, finit par se retourner contre son promoteur**

*Frédéric Encel*

Au-delà de cet axe chiite, le monde arabe serait « en ébullition » contre Israël. Vraiment ? Aucun des sept États de la Ligue en paix avec Israël (Égypte, Jordanie, Mauritanie, Émirats, Maroc, Bahreïn, Soudan) n'y a renoncé à ce jour, moyennant consultations d'ambassadeurs et logiques condamnations verbales. Mieux : les Émirats, puissance montante du Golfe, ont condamné le Hamas. La rue arabe ? On compte environ 200 millions de citoyens adultes dans 21 États arabes ; combien ont manifesté depuis le début des frappes sur Gaza ? Quelques centaines de milliers. Ce qui n'est pas négligeable, mais n'incarne pas un « raz-de-marée » et moins encore un printemps arabe ! Et le schéma prévaut aussi en proportion de l'ensemble du monde musulman.

Quid du reste du (concept paresseux de) « Sud global » ? L'Inde soutient Israël, une dizaine d'États africains et océaniques aussi, la Chine – comme à l'accoutumée – parle fort mais ne prend aucune mesure de rétorsion commerciale, et la Russie accueille les chefs du Hamas mais laisse Tsahal détruire l'aéroport principal de son allié militaire syrien... En face, la première puissance mondiale met en approche et en alerte deux groupes aéronavals, un groupe amphibie, et 2 000 commandos de marine, l'UE soutenant diplomatiquement (même avec des nuances) l'État juif. En termes de puissance globale, la comparaison ne tient pas.

Netanyahou a bâti, suite au scrutin de novembre 2022, une coalition composée pour partie non seulement d'extrémistes (Smotrich s'autoqualifie de fasciste et Ben Gvir est si fanatique que Tsahal avait refusé de l'intégrer comme conscrit !), mais, bien pire aux yeux des Israéliens traumatisés par le cataclysme du 7 octobre, d'incompétents. Outre ces deux matamores sans hauts faits d'armes, le ministre du tourisme vient d'évoquer « *la bombe nucléaire comme option* » à Gaza, les ministres ultraorthodoxes n'ayant pour leur part jamais porté armes ni uniformes.

Quant à Netanyahou, il a évidemment mésestimé la volonté et le fanatisme du Hamas, le considérant comme assagi (sinon, pourquoi d'aussi faibles moyens consacrés à sa surveillance active, et un blanc-seing à l'argent qatarien ?) et idéal pour affaiblir l'Autorité palestinienne. Or il est une leçon géopolitique éternelle : la politique du pire, quand elle est jouée trop activement trop longtemps, finit par se retourner contre son promoteur. Quelle que soit l'issue de la guerre, lui et son gouvernement indigne auront des comptes à rendre devant une commission d'enquête. Et ils tomberont, des prédécesseurs autrement prestigieux ayant déjà chuté suite à des failles aux conséquences autrement moins tragiques.

En définitive, un espoir existe à court ou moyen terme aux trois conditions conjuguées suivantes : la démilitarisation du Hamas ; une reprise en main par l'Autorité palestinienne de Gaza (d'où elle fut chassée par celui-ci en 2007), forte d'un soutien international massif ; le changement de gouvernement en Israël. Alors redeviendra possible un processus de paix avec pour perspective la solution à deux États. La meilleure, moralement et géopolitiquement.

7 novembre (Contrepoints)

[Israël-Palestine : l'évolution sinistroygre de l'antisémitisme français - Contrepoints](#)

## Israël-Palestine : l'évolution sinistroygre de l'antisémitisme français

[Jonathan Frickert](#)

Pour comprendre l'augmentation spectaculaire des actes antisémites en France depuis l'attaque terroriste du Hamas en Israël le 7 octobre 2023, il est utile de se plonger dans l'histoire et l'évolution de l'antisémitisme.



Source : Noah Holm sur Unsplash

Publié le 6 novembre 2023

Depuis les attaques du Hamas à l'encontre d'Israël le 7 octobre dernier, le nombre d'actes antisémites a explosé dans l'Hexagone. Lundi, le ministre de l'Intérieur Gérard Darmanin a évoqué le nombre de [857 actes depuis bientôt un mois](#), soit presque davantage que sur la totalité de l'année 2022.

C'est dans ce contexte particulièrement tendu que le lundi 23 octobre dernier, à l'occasion de son passage à l'émission « Les 4 Vérités » de France 2, le porte-parole du gouvernement Olivier Veran [a comparé l'antisémitisme de LFI et celui du RN](#), accusant les deux formations d'hémiplégie dans leur dénonciation respective de la haine des Juifs sans mener leur propre aggiornamento.

C'est l'occasion de s'interroger sur la nature de ces deux formes d'antisémitisme et sur leur articulation avec l'antisémitisme islamiste.

### Les origines de la notion d'antisémitisme

Étymologiquement, l'antisémitisme est la haine des [Sémites](#), descendants de Sem, un des trois fils de Noé, situés dans la péninsule arabique et une partie de la Corne africaine où se trouvent aujourd'hui les Falashas, Juifs d'Éthiopie.

Ce n'est qu'au XIX<sup>e</sup> siècle que le journaliste allemand anarchiste Wilhelm Marr crée le terme d'antisémitisme afin de donner un aspect scientifique à la judéophobie, terme utilisé jusqu'alors. Cet antisémitisme était déjà fondé sur des considérations sociales.

L'antisémitisme a su évoluer pour correspondre aux caractéristiques du stéréotype du moment.

« Le » Juif est ainsi à la fois perçu comme un déicide, un cosmopolite, un capitaliste cupide et, depuis 1948, un colonisateur. Chacun de ces quatre aspects correspond à une forme d'antisémitisme.

## L'antisémitisme chrétien : un Juif déicide

L'idée du Juif déicide remonte au II<sup>e</sup> siècle, lorsque certains théologiens catholiques ont émis l'idée que le peuple juif serait responsable de la mort du Christ.

Si elle survit dans certaines franges intégristes, la théorie du peuple déicide est aujourd'hui anecdotique.

## L'antisémitisme de droite : un Juif cosmopolite

L'antisémitisme de droite, de son côté, se fonde sur l'aspect cosmopolite du Juif fantasmé. Ce dernier met en péril la pureté de la nation, aussi bien sur le plan culturel qu'ethnique. C'est cette vision qui fonde les doctrines antisémites de l'extrême droite française et allemande, respectivement fondées sur l'idée des Juifs comme nation ou comme race.

Cet aspect se mélange à l'antisémitisme de gauche dans la rhétorique négationniste selon laquelle la Shoah aurait été « inventée » pour « faire de l'argent » sur la culpabilité des nations occidentales [\[i\]](#).

## L'antisémitisme de gauche : un Juif capitaliste puis colonisateur

À gauche, l'antisémitisme se fonde donc principalement sur des aspects économiques. Comme l'a rappelé Hannah Arendt en 1973, la gauche était antisémite jusqu'à Dreyfus [\[ii\]](#), moment où l'hostilité envers les Juifs de la droite catholique l'a poussé à devenir philosémite par esprit de contradiction.

Cet antisémitisme est une hostilité contre les Juifs, décrits comme banquiers ou plus généralement capitalistes. [On retrouve cette idée chez Proudhon](#), pour qui le Juif « est l'ennemi du genre humain », qu'il faudrait expulser, voire « exterminer ».

Avec l'émergence du conflit israélo-palestinien, l'antisémitisme de gauche s'est mêlé à des considérations altermondialistes, opposées à la domination du modèle occidental, dont l'État d'Israël serait une colonie.

L'idée du Juif capitaliste s'est transformée en celle du Juif colonisateur, toujours dans la même logique, teintée de marxisme, d'opposition entre oppresseur et opprimé. Qu'il soit capitaliste ou colonisateur, le Juif est un oppresseur, hier de l'ouvrier français, aujourd'hui du peuple palestinien.

Cette mutation a été documentée dès 2006 par l'Observatoire européen des phénomènes racistes et xénophobes (EUMC), qui constatait alors que les auteurs d'actes antisémites en Europe étaient de moins en moins d'extrême droite et [de plus en plus issus culturellement du monde musulman](#).

## Le difficile positionnement de l'islamisme

Demandez à quelqu'un de droite de positionner l'islamisme, il dira qu'il est de gauche. Posez la même question à quelqu'un de gauche, il vous dira que l'islamisme n'existe pas, et qu'il s'agit d'un simple mouvement de résistance.

Derrière la boutade, si l'imaginaire collectif tend à l'associer à la famille de pensée [qui l'a le plus favorisé électoralement](#), la face extrémiste et politique de la deuxième religion de France recouvre davantage d'aspects d'extrême droite que d'extrême gauche : théocratique, homophobe, réactionnaire et autoritaire.

En face, la lutte contre l'oppression et l'impérialisme occidental lui attirera la sympathie des mouvements marxistes et altermondialistes. Une sympathie qui sera au cœur de l'émergence de la pensée islamogauchiste [théorisée par Pierre-André Taguieff](#) lors de la seconde intifada.

## L'antisémitisme islamiste : une forme hybride

Seulement, ce positionnement ne préjuge absolument pas de la nature de l'antisémitisme islamiste, qui dispose aussi bien de traits racistes [issus de certaines interprétations du Coran](#) ou [d'influences occidentales](#), que de traits purement marxistes et anticoloniaux.

Les seconds sont généralement les portes d'entrée « acceptables » vers les premiers, avec un accent sur l'aspect humanitaire lié aux victimes civiles palestiniennes.

## Une caricature qui ne repose sur rien

L'antisémitisme a su évoluer avec son époque et les caractéristiques qu'il cherchait à donner à la communauté juive. Ces caractéristiques ne reposent toutefois sur aucune réalité.

La théorie du peuple déicide a été démentie par le concile de Trente en 1566. Si la communauté juive est une diaspora depuis le 1<sup>er</sup> siècle, [ses membres ne sont pas plus aisés](#), malgré [des études plus longues que le reste de la population](#).

Quant au mythe du Juif colonisateur, selon que l'on prenne une définition religieuse ou ethnique, [entre six et sept et Juifs sur dix](#) vivent ailleurs qu'en Israël.

## L'antisémitisme est aujourd'hui de gauche

Longtemps associé à l'extrême droite, l'antisémitisme se trouve aujourd'hui principalement à l'extrême gauche.

En effet, depuis 2010, la dédramatisation du FN / RN a amené Marine Le Pen à s'éloigner des thèses antisémites, notamment en reconnaissant la Shoah comme un acte abominable, et en excluant systématiquement les éléments les plus radicaux, [jusqu'à son propre père et fondateur du parti](#).

De son côté, LFI semble avoir fait la démarche inverse, sans doute pour ne pas s'attirer l'animosité [d'une part importante de son électorat](#).

En 2018, lors de la marche blanche en l'honneur de Mireille Knoll, [Jean-Luc Mélenchon et des élus LFI ont ainsi été sifflés](#), les contraignant à fuir la manifestation, après que le président du CRIF leur a demandé de ne pas s'y rendre.

Outre [les polémiques régulières de certains membres du parti](#), l'année suivante, une étude a révélé que [les préjugés antisémites étaient autant partagés au RN qu'à LFI](#). L'étude montrait également une corrélation importante entre antisionisme et préjugés antisémites, confirmant la nature de l'antisémitisme actuel.

[i] Pierre Vidal-Naquet, *Les Assassins de la mémoire : « Un Eichmann de papier »* et autres essais sur le révisionnisme, Paris, La Découverte, coll. « La Découverte Poche/Essais » (n° 201), mai 2005, 238 p.

[ii] Hannah Arendt, *Sur l'antisémitisme*, Seuil, 1984.

6 novembre (Le Monde)

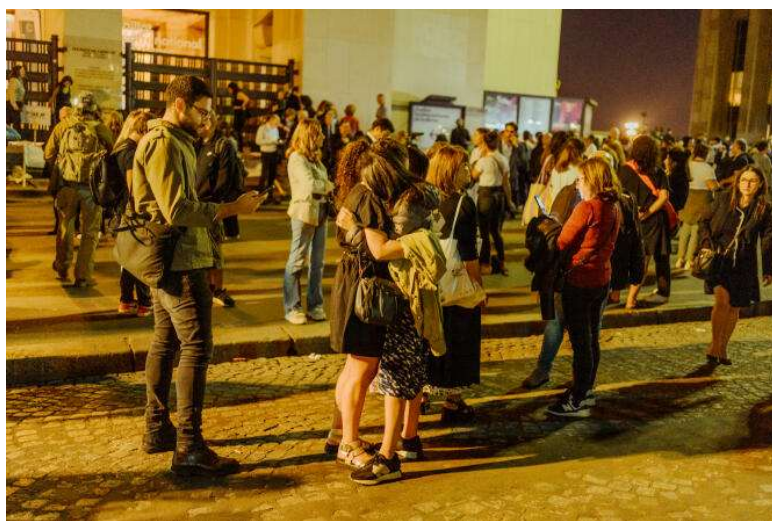
[https://www.lemonde.fr/societe/article/2023/11/06/chez-les-juifs-de-france-la-peur-et-le-sentiment-d-un-grand-isolement-il-n-y-a-pas-beaucoup-de-monde-pour-nous-soutenir\\_6198462\\_3224.html](https://www.lemonde.fr/societe/article/2023/11/06/chez-les-juifs-de-france-la-peur-et-le-sentiment-d-un-grand-isolement-il-n-y-a-pas-beaucoup-de-monde-pour-nous-soutenir_6198462_3224.html)

## Chez les juifs français, la peur et le sentiment d'un grand isolement : « Il n'y a pas beaucoup de monde pour nous soutenir »

Depuis le début des années 2000, les juifs français se sont souvent sentis abandonnés par l'Etat et par la société, face à la montée de l'antisémitisme. Une angoisse qui s'est accentuée depuis l'attaque du Hamas contre Israël, le 7 octobre.

Par [Christophe Ayad](#) et [Louise Couvelaire](#)

Publié aujourd'hui à 05h30, modifié à 14h30



La marche en soutien à Israël, à Paris, le 9 octobre 2023. AGNES DHERBEYS / MYOP POUR LE MONDE

Elle est là, debout, à l'écart de la foule, bras croisés, visage fermé, comme figée. Elle n'avance pas lorsque le cortège se met en marche. Ana (son prénom a été modifié, comme pour les personnes présentées par leur seul prénom) a 38 ans, c'est la première fois qu'elle participe à une manifestation. Nous sommes le 9 octobre 2023, à Paris, deux jours après le massacre commis par le Hamas en Israël. Plusieurs organisations ont appelé à marcher pour dénoncer le terrorisme et manifester leur soutien à l'Etat hébreu.

Ana a longtemps hésité avant de venir. Elle n'adhère pas à une partie du slogan d'appel à se rassembler, qu'elle juge trop politique : « *Solidarité avec Israël* ». Elle ne cautionne pas la politique menée par le gouvernement israélien, bien trop à droite pour elle. Mais elle aime Israël. Inconditionnellement. « *Et ça, j'ai l'impression que je n'ai pas le droit*, lâche-t-elle. *J'ai le sentiment de ne pas avoir le droit, ici, en France, de dire que je suis triste, personne autour de moi ne veut entendre ma peine, parce que partager ma peine, pour beaucoup, ce serait prendre position dans le conflit israélo-palestinien. C'est absurde.* » Comme si les victimes et les otages du Hamas n'étaient « *pas des êtres humains* », souffle-t-elle, mais « *uniquement des objets politiques* ».

Alors, pour se sentir « *moins seule* » et dire toute sa douleur, elle a fini par se décider à rejoindre la place Victor-Hugo, dans le 16<sup>e</sup> arrondissement de la capitale. « *Mais nous ne sommes pas si nombreux, et il n'y a que des juifs*, regrette-t-elle en balayant la foule du regard, *il n'y a pas beaucoup de monde pour nous soutenir.* » Il n'y avait « *que* » 16 000 personnes, selon les chiffres de la Préfecture de police de Paris, 20 000 selon le Conseil représentatif des institutions juives de France (CRIF).

« [Défaut de fraternité](#) »

Ce sentiment d'isolement habite de nombreux citoyens de confession juive. Seuls face à la haine, seuls face à la peur. « *Il s'est constitué un système homéostatique où les juifs de France ont compensé une confiance relative*

en la capacité de l'Etat français à les protéger de l'antisémitisme par une confiance absolue dans la capacité d'Israël à les accueillir en cas de problème, explique Danny Trom, directeur de recherches au CNRS, spécialiste du monde juif et cofondateur de la revue en ligne *K*. *C'est ça qui a été détruit le 7 octobre. Quand Israël est attaqué et qu'il y a une vague d'antisémitisme en France, les juifs se sentent attaqués par les deux bouts.* » Avec l'attaque du Hamas, l'« Etat refuge » que représentait Israël n'est plus une solution de repli.

Depuis le 7 octobre, plus de 1 000 actes antisémites ont été recensés en France et près de 500 personnes ont été interpellées, a annoncé Gérald Darmanin, le ministre de l'intérieur, dimanche 5 novembre sur France 2. Tandis que le président du Consistoire central, Elie Korchia, dénonce un manque de « *parole forte* » dans la société civile contre l'antisémitisme, notamment dans les milieux « *artistique* » et « *sportif* », le grand rabbin de France, Haïm Korsia, regrette « *un défaut de fraternité et d'empathie* ».

Pour lui, il y a d'un côté les auteurs d'actes antisémites, de l'autre les soutiens francs aux citoyens de confession juive – en particulier de la part des pouvoirs publics, souligne-t-il – et au milieu, ce qu'il appelle le « *marais* » pour désigner « *tous ceux qui ne s'engagent pas, comme si cela ne les concernait pas* ». « *Comme si, au fond, il y avait le sentiment dans une partie de la société que chacun était dans son rôle et que notre rôle à nous, c'était d'être agressés*, analyse-t-il. *Il y a beaucoup d'indifférence.* »

Comme le révèle [un sondage IFOP publié le 29 octobre, réalisé pour le CRIF](#) auprès d'un échantillon représentatif de 1 179 personnes (interviews réalisées par questionnaire auto-administré en ligne du 24 au 25 octobre 2023) et intitulé « *Le regard sur Israël et le conflit israélo-palestinien après les attaques terroristes du 7 octobre* », 34 % des Français affirment n'éprouver ni sympathie ni antipathie pour le Hamas. « *Les Juifs découvrent qu'ils ne font pas le poids, numériquement notamment. Ils sont dix fois moins nombreux que les musulmans en France, c'est ça qu'ils ressentent ; face à la mondialisation de la haine à leur égard, ils ne font pas le poids, même ici* », explique le philosophe Alain Finkielkraut.

Ce dont le grand rabbin de France se félicite, en revanche, c'est le nombre d'interpellations : près de 500. Une réponse rapide et ferme des pouvoirs publics qui « *marque le signe d'une prise de conscience* », partage Mario Stasi, le président de la Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme (Licra). Et qui tranche avec « *des décennies d'absence de prise de parole et d'actes forts du pouvoir politique face à l'antisémitisme* », poursuit-il.

### « *Avoir peur, tout le temps* »

Le sentiment d'être abandonné par les pouvoirs publics a longtemps habité la communauté, en dépit de la reconnaissance, en 1995, de la responsabilité de l'Etat français dans la rafle du Vél' d'Hiv par Jacques Chirac. « *Pendant des décennies, les ministres de l'intérieur se sont contentés de convoquer les représentants du culte et de faire une photo sur le perron de Beauvau, comme si ça n'était qu'une affaire de religion* », se souvient Mario Stasi. Il a fallu attendre le samedi 9 janvier 2016, soit un an après la prise d'otages de l'Hyper Cacher, et une déclaration de Manuel Valls, alors premier ministre – « *Sans les juifs de France, la France ne serait pas la France* » – pour que la communauté juive se sente réellement entendue et protégée par l'Etat, raconte Danny Trom, auteur de *La France sans les juifs* (PUF, 2019) et *L'Etat de l'exil* (PUF, 288 pages, 18 euros).

Deux ans plus tôt, en 2014, alors qu'il était ministre de l'intérieur, M. Valls avait déjà envoyé une circulaire aux préfets les autorisant à faire interdire le spectacle de Dieudonné contenant alors « *des propos antisémites et infamants à l'égard de plusieurs personnalités de confession juive (...) et des atteintes virulentes et choquantes à la mémoire des victimes de la Shoah* ». « *Qu'on l'apprécie ou non, c'est le premier à avoir agi et officiellement sanctionné des propos hors la loi qui se sont tenus pendant des années sans que personne ne fasse rien* », rappelle Mario Stasi. De nos jours, c'est le ministère de l'intérieur que Yonathan Arfi, le président du CRIF, a appelé dès qu'il a pris connaissance de l'attaque du Hamas, le 7 octobre. « *Ça en dit long sur le vécu des juifs de France* », soupire-t-il.

Sarah a 41 ans et le verbe facile. « *Etre juif en France, ça veut dire avoir peur, tout le temps, ça veut dire être sur le qui-vive, tout le temps, encore davantage depuis le 7 octobre* », dit-elle. Etre juif aussi, c'est être « *triste* », c'est « *mettre tout le monde mal à l'aise parce qu'il s'agit d'Israël et que personne ne veut laisser penser qu'il prend parti* ». Etre juif, c'est enfin « *être seul* », seul avec ses coreligionnaires à la marche du



9 octobre, seul au sein même de son cercle amical. Sarah pointe l'écran de son téléphone portable. Elle montre un message qu'elle a écrit à l'attention de certaines de ses amies non juives, parmi les plus proches. Aucune d'elles n'a pris de ses nouvelles depuis l'attaque du Hamas. « *Mes parents habitent là-bas et personne ne me demande rien, se désole-t-elle. Deux personnes seulement m'ont demandé si tout allait bien : deux Arabes.* »

Chaque poussée de fièvre du conflit israélo-palestinien, en 2000 puis en 2009, 2014 ou 2021, s'est traduite par une poussée d'antisémitisme au sein de la société française, qui a la particularité de compter en son sein les plus importantes communautés juive et arabe d'Europe. Les explications sont multiples : certains parlent d'« *importation du conflit* » sur le territoire français, d'autres dénoncent un « *amalgame entre juifs et Israéliens* », d'autres encore observent « *un phénomène d'identification des musulmans aux Palestiniens* ». « *Je fais partie de la génération qui s'est pris en pleine face la deuxième Intifada*, concède Yonathan Arfi, qui a pris la tête du CRIF en 2022 à l'âge de 42 ans seulement. *Je fais partie de cette génération qui a grandi avec la peur.* »

## Grande incompréhension

C'est en effet à partir de la seconde Intifada, en septembre 2000, que l'antisémitisme a connu un net regain. D'une centaine d'actes par an dans les années 1990 – 81 actes en 1998 et 82 l'année suivante –, on passe à 744 pour la seule année 2000, près de dix fois plus. En même temps que la peur, s'installe une grande incompréhension. Une bonne partie des juifs de France ne comprend pas que l'opinion publique prenne alors parti pour les Palestiniens, notamment sous l'effet de la mort tragique et en direct télévisé du petit Mohammed Al-Doura, le 30 septembre 2000, sous les balles, probablement, de l'armée israélienne. C'est un renversement, déjà en germe lors de la première Intifada (1987-1993), qui s'opère alors : Israël est devenu Goliath et les Palestiniens, David.

L'antisémitisme a depuis lors plusieurs visages. Celui, historique, de l'extrême droite, qui s'est décomplexée sous l'influence, entre autres, de pamphlétaires comme Renaud Camus et Alain Soral. L'on a vu également émerger, à l'autre bout du spectre, un antisémitisme d'extrême gauche, sous couvert, parfois, d'antisionisme. « *Dès le 7 octobre, nous avons anticipé que, même sous le coup de l'événement, des discours visant à relativiser surgiraient* », regrette Danny Trom. « *Ceux qui disent "les juifs l'ont bien cherché, les Palestiniens avaient de bonnes raisons [de commettre un massacre]" s'inscrivent dans une longue tradition d'antisémitisme* », renchérit Yonathan Arfi.

Ce positionnement antisioniste ambigu, nettement perceptible parmi les travaillistes britanniques à l'époque de Jeremy Corbyn ou [sur certains campus américains](#), est désormais attribué par une partie de la communauté et des associations antiracistes à La France insoumise, dont le leader, Jean-Luc Mélenchon, voue une vindicte tenace au CRIF, auquel il reproche de l'ostraciser. A l'origine de cette querelle : ses positions en faveur du boycott d'Israël.

« *Il est persuadé que les voix juives lui ont coûté l'accès au second tour de la présidentielle* », relate Yonathan Arfi. « *La question de l'antisémitisme n'est pas toujours claire dans une partie du monde associatif et de la gauche*, concède Dominique Sopo, président de SOS-Racisme. *Il y a une incapacité à gauche à penser l'antisémitisme. Tout ça participe à l'isolement de la communauté juive.* »

S'y est ajouté un antisémitisme en forte hausse parmi certaines populations immigrées subsahariennes et nord-africaines, attisé par le polémiste antisémite Dieudonné, qui a lié question palestinienne et responsabilités des juifs dans la traite esclavagiste. En 2006, une vingtaine de personnes se faisant appeler le « gang des barbares » et dirigé par Youssouf Fofana, enlève, séquestre et torture à mort un jeune juif, Ilan Halimi, pour soutirer de l'argent à sa famille au prétexte que « *les juifs sont riches* ». Fofana, qui se définit à son procès comme « *arabe, africain, islamiste, salafiste* » devient le visage de ce nouvel antisémitisme touchant en priorité la jeunesse musulmane de banlieue.

## « Alya intérieure »

Dans le même temps, la montée en puissance des Frères musulmans, incarnés par la figure de l'islamologue Tariq Ramadan, puis du salafisme s'est accompagnée d'une hausse de la rhétorique antisémite. Les attentats

commis par Mohammed Merah, visant l'école Ozar-Hatorah de Toulouse en 2012, et par Amedy Coulibaly, contre l'Hyper Cacher de la porte de Vincennes en 2015, ont illustré la force et la permanence de l'antisémitisme dans la sphère djihadiste. *« Si les juifs se sentent si isolés, c'est aussi parce qu'ils ont vu monter une nouvelle forme d'antisémitisme islamiste qu'une partie de l'opinion publique et des faiseurs d'opinion n'ont pas voulu prendre en compte pendant longtemps, explique Alain Finkielkraut. Le départ des juifs de certaines banlieues, un phénomène que l'on appelle l'“alya intérieure”, n'est pas la volonté des juifs, mais celle de ceux qui ne supportaient pas leur présence. »*

Ce phénomène en a induit un autre, qui conduit encore un peu plus à l'isolement : *« La disparition de certains points de contact des citoyens de confession juive avec le reste de la société civile, notamment dans les banlieues »,* selon Dominique Sopo, faisant référence au retrait des enfants juifs des écoles publiques à partir de la seconde Intifada, même si ce mouvement est difficilement quantifiable. *« Et les pouvoirs publics n'ont rien fait pour instaurer d'autres lieux de croisement, c'est lamentable »,* peste le président de SOS Racisme.

A la suite de l'attentat de Toulouse, François Hollande, alors président de la République, tient à rendre hommage aux victimes de l'école juive en invitant le premier ministre israélien, Benyamin Nétanyahou, à l'automne 2012. Mais ce geste est terni par la relative indifférence de la société civile. Trois ans plus tard, en 2015, l'attaque de l'Hyper Cacher de la porte de Vincennes, à Paris, plonge à nouveau la communauté juive dans l'effroi et le sentiment d'être oubliée, en particulier lors de l'immense manifestation, à Paris, en soutien aux victimes de l'attentat contre *Charlie Hebdo*. C'est par ailleurs entre 2012 et 2015 que l'alya de Français (le « retour » en terre d'Israël), ordinairement de l'ordre de 2 000 départs par an, culmine à 8 000.

Lorsque, en 2017, Sarah Halimi, une femme de 65 ans, est battue à mort et défenestrée par un voisin, Kobili Traoré, dans un accès de folie aux forts relents antijuifs, la lenteur de la justice à reconnaître la dimension de « crime de haine » du meurtre et sa décision de classer l'affaire pour irresponsabilité pénale de son auteur suscitent colère et tristesse dans la communauté juive. Emmanuel Macron promet alors une loi restreignant les conditions de l'irresponsabilité pénale.

Un an plus tard, Mireille Knoll, une rescapée de la Shoah âgée de 85 ans, est poignardée à mort et dévalisée par deux individus, Yacine Mihoub et Alex Carrimbacus, persuadés que la vieille dame, qui vit dans le dénuement, cache de l'argent quelque part chez elle. Cette fois-ci, le caractère antisémite est retenu par la justice. Cette fois-ci, les plus hauts représentants de l'Etat condamnent fermement la nature antisémite de l'assassinat. Une foule d'une vingtaine de milliers de personnes défile à Paris le 28 mars 2018.

### « Indignations sélectives »

L'historien Marc Knobel parle d'une « transversalité » de l'antisémitisme qui obéit à la règle des « trois A ». D'abord l'ancienneté des stéréotypes : *« Les juifs ont du pouvoir », « de l'argent », « ils contrôlent la finance et les médias »*. Ensuite l'actualisation, c'est-à-dire que le phénomène s'adapte à toutes les nouveautés : la crise financière de 2008 (*« c'est la finance juive »*), la pandémie de Covid-19 (*« ils gagnent de l'argent avec le Covid »*), le mouvement des « gilets jaunes » (ils s'en prennent à Emmanuel Macron, qui serait *« aux mains de la banque Rothschild »*). Enfin, il est porteur d'attractivité : le mot « juif » génère de l'audience sur les réseaux sociaux, *« c'est un mot-clé qui marche »*. Il faut *« que le peuple français redevienne un peuple politisé et qu'on ne laisse pas la place à l'hystérie et à l'ignorance haineuse ! »*, adjure Mario Stasi.

Comme le résume Patrick Baudouin, le président de la Ligue des droits de l'homme, *« les Israéliens bénéficient de la sympathie des Français, mais pas de leur empathie »*. Dans l'enquête de l'IFOP pour le CRIF, il apparaît que 37 % seulement des Français ont de la sympathie pour Israël. En revanche, ils sont 82 % à avoir de la sympathie pour le peuple israélien. Mais cette sympathie ne se traduit pas dans les actes.

*« Quelles sont les causes qui font descendre massivement les foules dans la rue aujourd'hui en France ? Aucune ! Dans le domaine des droits de l'homme et de l'antiracisme, plus personne ne descend dans les rues »,* fait remarquer Jean-François Quantin, coprésident du Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples (MRAP). Pour le grand rabbin de France, Haïm Korsia, *« s'engager pour des causes dans le monde fait partie de l'identité du citoyen français. Quand c'est pour l'Ukraine, tout le monde dit “bravo”. Quand un autre*

*peuple subit une attaque terroriste, ça ne dérange personne. Mais dès lors qu'il s'agit d'Israël, c'est non. Ce qui me gêne, ce sont les indignations sélectives ».*

La question du soutien ouvert à Israël traverse de nombreuses associations juives. « *Quand on est une voix juive française, quel positionnement doit-on avoir sur Israël ? Et doit-on se positionner ?*, s'interroge Samuel Lejoyeux, président de l'Union des étudiants juifs de France (UEJF). *Soutenir Israël, évidemment, se prononcer sur la politique menée par son gouvernement, pas forcément. Ce qu'il s'est passé le 7 octobre n'est pas seulement un acte terroriste contre Israël, c'est un acte antijuifs. Je suis allé en Israël en solidarité avec des juifs massacrés par des islamistes. »*

Lorsque l'association étudiante dresse, dimanche 22 octobre, une longue table et des dizaines de chaises vides en plein cœur de Paris, pour « *rendre hommage aux victimes du terrorisme* », elle prend soin de « *demande la libération de tous les otages, de toutes les nationalités* » et de faire figurer sur l'affiche tous les drapeaux, celui d'Israël n'étant pas plus visible que les autres. Pour ne pas risquer de faire fuir certains soutiens.

« *En même temps, ce n'est pas normal de prendre autant de précautions*, se désole Samuel Lejoyeux. *Le 11 septembre 2001, tout le monde était aux côtés des Etats-Unis, pas aux côtés de George W. Bush. La question ne se pose que pour Israël et c'est injuste !* » Quelque 2 000 personnes se sont déplacées, selon l'UEJF. « *Les juifs soutiennent Israël quand Israël est menacé dans son existence*, plaide le philosophe Alain Finkielkraut. *Oui, les juifs pensent qu'Israël a le droit d'exister : ce n'est pas si grave quand même !* »

### Confusion entre Israël et les juifs

A ceux qui reprochent au CRIF de représenter Israël autant que les juifs de France et d'entretenir ainsi un amalgame défavorable à ces derniers, Yonathan Arfi répond : « *Israël est l'Etat des juifs, c'est une réalité à laquelle je ne peux rien. On ne pourra jamais dissocier le destin des juifs de la diaspora de celui d'Israël.* » A 43 ans, Yonathan Arfi est le plus jeune président de cette institution historique, née d'abord dans la clandestinité en 1943 pour unir les forces de la communauté afin d'organiser le sauvetage des juifs, puis, officiellement, en 1944.

Dès ses débuts, le CRIF s'est voulu le représentant des associations juives de France. Longtemps resté inconnu et discret, il a mis plus de quarante ans avant d'exister sur la scène politique et médiatique. Notamment grâce à l'élection à sa présidence en 1983 du charismatique Théo Klein. Résistant, militant, avocat d'affaires, il a su incarner la parole de la communauté juive – même si des chercheurs comme Danny Trom contestent l'existence d'une communauté à proprement parler, tant elle est hétérogène – auprès des pouvoirs publics et des médias. Et du grand public. Qu'il connaisse ou non l'institution.

Aujourd'hui, le CRIF est l'interlocuteur privilégié du monde politique, même si la question de sa représentativité demeure. Les fantasmes antisémites se nourrissent de ses « *dîners* » annuels auxquels sont invités personnalités politiques et membres de l'establishment intellectuel, culturel et médiatique.

Théo Klein a aussi été le premier président à avoir la double nationalité franco-israélienne, entretenant encore un peu plus la confusion entre Israël et les juifs de France. Pour Jean-François Quantin, du MRAP, le CRIF cultive l'amalgame en « *assimilant les juifs à des soutiens du gouvernement israélien* ». « *Lorsqu'il y a confusion entre lutter contre l'antisémitisme en France et le conflit israélo-palestinien, là il y a un problème pour nous*, confie-t-il. *Nous sommes solidaires avec le peuple israélien, mais nous ne voulons pas que cela soit confondu avec un soutien aux politiques du pouvoir en place.* »

### Un tournant plus libéral pour le CRIF

Le MRAP n'était donc pas présent à la marche du 9 octobre jusqu'au Trocadéro, à Paris. Pas plus que la Ligue des droits de l'homme : « *Ce qui s'est passé le 7 octobre est horrible et nous l'avons condamné, mais cela reste compliqué de descendre dans la rue à l'appel du CRIF*, justifie Patrick Baudouin. *Il est trop longtemps resté collé à la droite israélienne.* »

Longtemps aligné sur la gauche travailliste israélienne, le CRIF a basculé à droite en 2001 avec l'élection à sa tête de Roger Cukierman, qui a interrompu le dialogue avec de nombreux politiques de gauche et des associations, accusés d'être hostiles à Israël. « *Une démarche qui a, de fait, participé à l'isolement des juifs* », juge Dominique Sopo, présent aux côtés du CRIF lors de la marche du 9 octobre. Progressivement, l'image du CRIF s'est dégradée et il a concentré sur lui tous les stéréotypes antisémites : « *Entre lobby étatique israélien et fantasme du lieu où se concentre le pouvoir des juifs* », résume Danny Trom.

Mais l'élection de Yonathan Arfi, issu de l'UEJF, a donné un tournant plus libéral à l'institution. Il n'a pas hésité à critiquer ouvertement, au printemps, la réforme constitutionnelle illibérale menée par le gouvernement Nétanyahou, ce qui lui a valu les foudres d'une partie de sa « base ». « *Quoi qu'il en soit, le CRIF est surtout une bonne excuse pour tous ceux qui ne veulent pas s'engager aux côtés des juifs* », estime Dominique Sopo. Il est loin le temps où près de 200 000 personnes défilaient dans Paris pour dénoncer, en 1990, la profanation des sépultures du cimetière juif de Carpentras (Vaucluse).

6 novembre (FAZ)

[Meinungen zum Nahost-Krieg und Israel: Deutschtürken aus Duisburg-Marxloh \(faz.net\)](#)

DUISBURG-MARXLOH:

## Ali mag die Juden nicht

In Duisburg-Marxloh leben viele Deutschtürken. Zum Nahostkonflikt haben sie eine klare Meinung. Sie reden ganz offen darüber.



In Duisburg-Marxloh heißen die Geschäfte Sultans Mode, Elite oder Prestije. Bild: Marcus Simaitis

VON [MORTEN FREIDEL](#), DUISBURG

-AKTUALISIERT AM 06.11.2023-13:48

Neulich bin ich nach Duisburg-Marxloh gefahren, um Migranten nach ihrer Meinung zum Nahostkonflikt zu fragen. In der Weseler Straße sind die Geschäfte türkisch, Brautmode, Herrenanzüge und Schmuck. In Hausnummer 142 sitzt ein junger türkischstämmiger Buchhändler mit Rauschebart und Wollpullover. Er sagt: „Ich find’s traurig, dass über die Kriegsverbrechen, die Israel begeht, überhaupt nicht diskutiert wird. Die stellen Strom und Treibstoff in Gaza ab. Und dann gibt’s ja noch die Behauptung von den Phosphorbomben.“ Er meint Brandbomben, deren Feuer man nicht löschen kann. [Israel](#) hat den Einsatz solcher Bomben in Gaza dementiert.

„Ich finde es auch traurig“, sagt der Mann, „dass Deutschland direkt eine Seite wählt, anstatt zu schlichten.“ Genauso wie die Berichte in den deutschen Medien, alles immer nur „pro-Israel“. Oder die Politiker, die nicht auf die Fragen nach den vermeintlichen Kriegsverbrechen der Israelis antworten. „Und dann heißt es immer, die haben das Recht, sich zu verteidigen.“ Oder die Israelis und wie sie mit Christen und Muslimen umgehen. „In Jerusalem, da wurden Deutsche von Juden bespuckt, das kannst du dir auf Videos anschauen.“ Es ist nicht so, dass er etwas gegen Juden hätte. „Keiner hat was gegen Juden, die hier leben.“

Der Mann ist 25 Jahre alt, seinen Namen will er nicht nennen. Er will lieber über die wenigen deutschen Politiker reden, die etwas gegen Israel sagen und dafür kritisiert werden. „Auch davon gibt es Videos“, sagt er und holt sein Handy raus. Man sieht [Norbert Blüm](#) von der CDU in einer Talkshow, er spricht von einer „Demütigung“ der Palästinenser, von einem „zerstückelten Land“. Es muss ein älterer Ausschnitt sein, Blüm ist seit einigen Jahren tot.

„Juden hatten keine Probleme in islamischen Ländern“

Dann ein anderes Video aus den sozialen Netzwerken, [Jürgen Möllemann](#) von der FDP, wieder in einer Talkshow. „Es stehen israelische Panzer in Palästina!“, sagt Möllemann, unterlegt mit orientalischer Musik. Man müsse Israel kritisieren dürfen, ohne gleich in die antisemitische Ecke geschoben zu werden.

Am Ende eine Meldung der Tagesschau, Möllemann sei nach einem Sprung aus dem Flugzeug gestorben, sein Fallschirm habe sich nicht geöffnet. Der Zusammchnitt wirkt, als gebe es zwischen seinen Aussagen über Israel und seinen Tod einen Zusammenhang.

Kurze Unterbrechung, eine Kundin kommt in den Laden. Sie braucht ein Buch für ihren Sohn, der in der Schule Schwierigkeiten hat mitzukommen. Deswegen soll er mehr lesen, am besten etwas, das ihn begeistert. Sie kauft „Die Geschichte der Propheten“, „Die Geschichte des Propheten Mohammed“ auf Türkisch und ein Quiz über die Propheten. Danach spricht der Buchhändler über den [Islam](#), leise und konzentriert. „Juden“, sagt er, „hatten keine Probleme in islamischen Ländern. Wer sich mit dem Islam auskennt, der weiß, wir Menschen sind alle gleich, es gibt kein höher oder tiefer.“ Dann verabschiede ich mich.



Die Weseler Straße in Duisburg-Marxloh am Abend :Bild: Morten Freidel

Draußen ist es kühl, Wolken hängen über der Stadt. Der Mann aus der Buchhandlung ruft „Moment!“, er will noch etwas sagen. Er steht jetzt auf dem Bürgersteig. „Deutschland hat 700 Millionen Euro an Israel gespendet“, sagt er. „Das Einkommen hier reicht für viele nicht, wir haben Probleme mit den Rentnern. Und da hauen wir dieses Geld einfach raus. Verstehst du, was ich meine?“

Ein paar Schritte weiter ist das türkische Modehaus Şeker, ein Haus aus der Gründerzeit, die Fassade bröckelt. Aber die Schaufenster leuchten, und drinnen auf den Stangen hängen Prinzessinnenkleider in knallbunten Farben. Der Ladenbesitzer trägt graue Sneaker, einen grauen Jogginganzug, er hat graue Haare und graue Bartstoppeln. Krieg sei nun mal brutal, sagt er, da sterben Menschen, „das ist normal“.

„Man sieht mir ja an, wo ich stehe“

Aber das mit dem Krankenhaus findet er „nicht normal“. Warum, fragt er in gebrochenem Deutsch, bombardiert Israel Krankenhäuser, warum Schulen? Tatsächlich schlug eine Rakete neben einem Krankenhaus in [Gaza](#) ein. Wahrscheinlich handelte es sich aber nicht um eine israelische, sondern um eine fehlgeleitete Rakete der Terrororganisation „Islamischer Dschihad“. Für Herrn Şeker ist trotzdem klar, dass es die Israelis waren, und auch, dass man ihnen das nicht durchgehen lassen darf. Deshalb geht er seit ein paar Wochen nicht mehr zu McDonalds und trinkt keine Coca-Cola mehr. Wie auch der Rest seiner Familie.

Das Wort Amerika fällt in seiner Rede nicht, aber man versteht auch so, dass die Vereinigten Staaten für ihn hinter allem stehen. Er hofft, dass sich dem Boykott noch mehr Leute anschließen, dann öffnet er seine Kasse und will fünf Euro herausholen, als Spende für die Menschen in Gaza. Ich, der Journalist, soll dafür sorgen, dass sie ankommt. „Die eine Seite“, sagt er zum Schluss, „wirft einfach nur Steine, aber die andere schießt mit Raketen auf Kinder.“ Kein Wort über das Massaker [der Hamas](#), über die getöteten Juden, die Kinder und Frauen.

Da, wo Herr Şeker sein Geschäft hat, ist der belebte Teil der Weseler Straße zu Ende, aber in der anderen Richtung gibt es noch viel mehr Modehäuser. Sie heißen Sultans Mode, Prestije oder Elite Moda, und überall kann man barocke Frauenkleider und schwere Anzüge kaufen. Ein bisschen erinnert die Straße an Istanbul, die Geschäfte protzen mit ihren Waren, an jeder Ecke stehen Mensentrauben, es ist laut, angenehm laut. Und wie in Istanbul hört das Gewusel plötzlich auf, wenn man in eine Seitenstraße läuft. Dann sind viele Häuser und Menschen grau.



Hier kann man alles für den Abend kaufen, barocke Kleider, schwere Anzüge. :Bild: Marcus Simaitis

Auf der Hauptstraße steht ein Brautmodengeschäft, goldene Lettern auf geklöppeltem Metall. Drinnen Marmorboden, eine geschwungene Treppe, die nach oben führt, zwei Plüschsessel. Hinter einem goldumrahmten Tresen steht eine Verkäuferin. Sie trägt goldene Ohrringe, eine goldene Gürtelschnalle von Calvin Klein, der Rest ihrer Kleidung ist schwarz, das Kopftuch, das Kleid, die Stiefel. **Sie lächelt, bis das Wort Gaza fällt. Sie will sich dazu eigentlich nicht äußern**, sagt sie entschuldigend, und es ist auch schwierig, denn Kunden kommen und gehen, fragen und feilschen. Irgendwann sagt die junge Frau doch: **„Man sieht mir ja an, wo ich stehe, also auf welcher Seite. Ich verstehe halt nicht, warum immer nur die Muslime so schlecht gemacht werden. Wir sind auch Menschen. Seit Jahren wird immer nur der Islam-Hass gesehen. Die wollen uns Muslime nirgendwo haben. Hier in Deutschland zum Beispiel.“ Auch nicht in Gaza? „Ganz genau.“**

**„Ihr Deutschen, ihr seid ja nur ‚Bild‘, RTL und ZDF“**

Sie stellt infrage, dass sich die Israelis verteidigen. **„Wodurch verteidigen die sich denn selber? Die wollen einfach nur Palästina kaputt machen. Das ganze Land ist voller Blut und Feuer. Die Hamas muss sich verteidigen, die Hamas muss in der Erde sitzen.“** Wieder kommen die Kunden und gehen, wieder fragen und feilschen sie, und dann wirken der Frau ihre eigenen Worte doch zu drastisch, sie will niemanden sterben sehen, weder Juden noch **Muslime**. Und doch, am schlimmsten sind für sie die toten Kinder in Gaza, sie hat zwei Cousinsen im selben Alter. Sie selbst ist 24 Jahre alt.

Draußen dämmt es, die Wolken verschwinden, dann kommen sie wieder, es beginnt zu regnen. Die Menschen flanieren weiter über die Straße, Mütter mit Kinderwagen, Jugendliche Arm in Arm. Zwei Polizeiautos kommen angerast, halten auf dem Gehweg, mehrere Polizisten steigen aus, aus den Funkgeräten knattern Ansagen. Die Menschen hier beachten es nicht. Die Polizisten steigen wieder in ihre Autos und fahren weg. Ein paar Schritte weiter ein Teppichgeschäft, eingeklemmt zwischen zwei anderen Läden. Ware von der Stange, nichts Handgeknüpftes. Hinten sitzt ein junger Mann mit wachem Blick, auf einem knallroten Gamersessel. **Mit einem Journalisten reden? Da lacht er. „Mit Journalisten reden ist immer so eine Sache.“ Aber draußen wird es dunkel, der Laden ist leer, also warum nicht.**

## Der Mann redet auch ohne Fragen

Na ja, das mit den Juden. „Die Römer haben die Juden ja da unten vertrieben. Dass die ihr Land zurückhaben wollen, kann ich einerseits verstehen, andererseits – laut Tora dürfen die ja kein eigenes Land haben. Ich hab die Tora nicht gelesen, ich hab das nur mal gehört. Deswegen protestieren die Orthodoxen ja dagegen.“ Jedenfalls, „es war schon ein abgekartetes Spiel mit den Amis und Briten 1948, dass die Juden da wieder reingestürmt sind. Aber das kriegst du ja nicht mit. Ich sag mal so: **Ihr Deutschen, ihr seid ja nur ‚Bild‘, RTL und ZDF. Wir haben ja wenigstens noch Al-Dschasira.** Übrigens gibts den auch auf Türkisch.“ Es ist eine Einladung, auf die andere Seite zu schauen, auf die Seite seiner Wahrheit.

Immer wieder fragt er, ob ich dieses oder jenes mitbekommen habe, dabei zieht er die Augenbrauen hoch. „**Hast du gesehen, dass Israel weißen Phosphor geschmissen hat auf die Zivilbevölkerung in Gaza? Seit fünf Tagen. Nein, hast du nicht mitbekommen. Darfst du ja gar nicht mitbekommen.**“ Zum Staat Israel fällt ihm noch ein Zitat der türkischen Partei MHP ein, „bei euch heißt es dann immer“ – er hebt die Hände und macht Gänsefüßchen in der Luft – „rechtsradikal. **Also die von der MHP sagen immer: England zeichnet den Plan, Israel bestätigt das, und Amerika greift militärisch ein, wenn es sein muss. Das ist schon alles ziemlich komisch. Genauso komisch, wie dass am 11. September damals keine Juden gearbeitet haben. Hast du mitbekommen, oder?**“ Was in Amerika geschieht, ist für ihn ebenfalls klar. „**Biden ist ja nur eine Marionette vom amerikanischen Senat, und wer da alles jüdische Vorfahren hat, das ist schon krass.**“

Er macht Tee in einer Abstellkammer und serviert ihn auf einer kleinen Leiter. Dann holt er eine E-Zigarette raus. „Frag noch, frag noch“, sagt er und pustet den Rauch in die Luft. „Ich dachte, du ballerst jetzt Fragen.“ **Aber er redet auch ohne Fragen. Er bezweifelt, dass die Hamas zuerst angegriffen hat.** „Der Mossad ist der beste Geheimdienst der Welt, oder? Und der kriegt nicht mit, dass die Leute von Hamas da reingekommen sind? Da ist schon was komisch. Wie damals, als Hitler in Polen einmarschiert ist, das war auch komisch. **Die Juden sind schon schlau, die stellen sich immer als Opfer dar.**“ **Ob sich die Israelis verteidigen? „Wenn ich jetzt blind, taub und stumm wäre, würde ich antworten: Die verteidigen sich.“** Trotzdem, er ist für die Zweistaatenlösung „oder wie das heißt, man kann da ja niemanden rausschmeißen“.

Noch ein Wort zu Erdoğan. **Gerade erst hat der eine Rede gehalten und gesagt, die Hamas sei keine Terrororganisation, sondern eine Befreiungsorganisation. „Erdoğan ist der einzige Präsident auf der Welt, der kein Zionist ist“, sagt der Teppichverkäufer jetzt.** „Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate ist Zionist, die Präsidenten von Europa sind Zionisten. Vielleicht Maduro nicht. Wobei, der ist auch Jude.“ Er meint den Staatspräsidenten Venezuelas.



In der Nähe der Weseler Straße steht die Ditib-Zentralmoschee. :Bild: Marcus Simaitis



„Nenn mich Ali“, sagt der Mann. Er ist ganz sachlich, nicht wütend. Er sagt einfach, was er denkt. Er redet nicht im Affekt, er hat sich das genau überlegt.

Nicht weit von der Weseler Straße hat **Claus Lindner von der SPD** seine Wohnung. Er ist **stellvertretender Bezirksbürgermeister in Hamborn** und engagiert sich seit Jahren in der Gegend. Er mag es hier, **er will hier nicht weg, und doch sieht er mit Sorge, wie Einwanderer über Israel reden**. Er hat das Gefühl, es hat sich etwas verändert. **„Du Jude“, das kann man wieder als Schimpfwort hören auf den Schulhöfen.**

„Das hat nicht einmal Hitler so schlimm gemacht“

„Es fängt immer mit Worten an, das war schon bei Lenin so. Es fängt ja nicht mit der großen Eskalation an.“ **Lindner empfiehlt, mit Yaşar Durmuş** zu reden. Durmuş ist **Mitglied der Bezirksvertretung Hamborn, außerdem ist er Vorsitzender einer Ditib-Moscheegemeinde in Bruckhausen. Er kann erklären, wie die türkischen Migranten über Israel denken.** Und da die Imame der Ditib von Ankara entsendet werden, hat Durmuş die offizielle Position des Landes im Blick. Lindner gibt mir seine Handynummer. Aber es antwortet nur die Mailbox.

Am nächsten Tag haben sich die Wolken verzogen. Die Yildirim-Beyazit-Moschee liegt nicht weit von Marxloh entfernt, man muss nur einmal durch das Industriegelände. Endlose Reihen von Schloten ragen in den Himmel. Die Moschee ist im Hinterhof eines Wohngebäudes, kein Minarett, keine Ornamente, nur ein nüchternes Schild und ein kleines Foto der heiligen Pilgerstätte in Mekka. Der Innenhof ist mit einem Zelt überdacht, türkische Wimpel flattern. Drei ältere Herren sitzen an einem Plastiktisch. „Ich suche Yaşar Durmuş“, sage ich auf Türkisch. Ein Mann antwortet mit akzentuiertem Deutsch: „Yaşar Durmuş ist nicht da.“ Ob man ihn anrufen könne? „Das wäre angebracht.“ Aber es springt wieder nur die Mailbox an.

**Ob nicht einer von ihnen hier mit mir über Gaza sprechen möchte, frage ich. Die Männer zögern. Schließlich sagt einer zu.** Wir setzen uns an den Plastiktisch, es gibt Tee, Zuckerwürfel in einer Plastikbox. **Der Mann heißt Cemalettin, ein Mitglied der Gemeinde. Er ist sechzig Jahre alt, Kraftfahrer, seit 1978 in Deutschland. Er hat drei Kinder, die hier geboren wurden, er schätzt das Land. Er trägt einen Schnauzer, eine randlose Brille, ein kariertes Hemd und Lederschuhe. Er ist ganz ruhig. Aber wenn er sich die vielen Bilder der Toten ansieht, dann wird er unruhig.**

Ein Jugendlicher kommt in den Innenhof, dann ein Vater mit seinem Jungen. Man spricht hier respektvoll miteinander, nickt sich zu. Auch mir nicken die Leute zu. In einem Raum hängt ein Flachbildfernseher an der Wand, es läuft ein türkisches Programm. Es geht um Gaza. „Da sind über dreitausend Kinder, die gestorben sind“, sagt Cemalettin. **„Wenn ich die Bilder ansehe, wie die verletzt sind, wie die zittern, geht es mir richtig dreckig. Die sind ja da eingesperrt, die Leute in Gaza. Das ist ein Gebiet so groß wie Duisburg, die sind da eingesperrt. Wie im offenen Vollzug leben die da.“ Die Angriffe der Hamas sind für ihn ein „großer Plan“ der israelischen Regierung. „Was die Israelis machen, ist ein hundertprozentiger Völkermord, wirklich. Das hat noch nicht einmal Hitler so schlimm gemacht.“ Und Amerika ist „der größte Terrorist, den es gibt. Keine Demokratie. Amerika ist ein Blutsauger. Mit England natürlich zusammen.“ Die Hamas hingegen ist „keine Terrororganisation. Hat Erdoğan recht, hundert Prozent.“**

**Aber sie hat doch mehr als tausend jüdische Zivilisten ermordet? „Nein, auf keinen Fall. Auf keinen Fall.“**

Ich verabschiede mich und schlendere durch die Stadt. Eine paar Stunden später klingelt mein Handy. Es ist Yaşar Durmuş, er stellt sich mit all seinen Titeln vor. Dann droht er mir mit einer Anzeige, sollte ich Fotos von der Moschee veröffentlichen oder schreiben, was dort gesagt wurde. Ich soll gefälligst in den Kirchen fragen, wie die Leute über Israel denken, und nicht in den Moscheen. Er legt auf.

Am Abend schickt mir der SPD-Politiker Lindner einen Screenshot von Durmuş' Facebookseite. „Gott verfluche Israel!“ steht da. Lindner schickt es nur zur Sicherheit, falls Durmuş es gelöscht haben sollte. Hat er aber nicht. Der Satz steht noch immer auf der Seite.

6 novembre (Le Figaro)

[L'Italie de Giorgia Meloni reste le maillon faible de la zone euro \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## L'Italie de Giorgia Meloni reste le maillon faible de la zone euro

Par [Florentin Collomp](#)

Publié hier à 19:00, mis à jour hier à 19:00



Stefano Carofei/Photographer/IPA via Reuters Connect

### **DÉCRYPTAGE - Le déficit de Rome ne cesse d'être révisé à la hausse par rapport aux prévisions.**

Jusqu'où grimpera la dette italienne? La question est dans la tête de tous les investisseurs sur les marchés obligataires et dans celles des dirigeants européens. **Un gouffre de 2800 milliards d'euros, qui n'est pas le plus gros en valeur absolue (c'est moins que les 3000 et quelques milliards de la France) ni même en proportion du PIB (140%, contre 171% pour la Grèce). Mais les doutes s'accroissent sur la soutenabilité de ce fardeau pour la troisième économie de la zone euro, alors que la croissance s'affaïsse, le coût des remboursements bondit et que le gouvernement fléchit dans sa volonté de maîtriser ses finances.**

**Le projet de budget présenté par Giorgia Meloni pour 2024 a électrisé les marchés.** Le taux des emprunts italiens à 10 ans a frisé les 5% mi-octobre, au plus haut depuis 2012, creusant l'écart avec ceux de l'Allemagne, qui font référence. Après avoir donné des gages de responsabilité budgétaire pendant sa première année au pouvoir, **la présidente du Conseil italien, d'extrême droite, tiraillée par sa coalition, lâche les cordons de la bourse. «Le gouvernement italien montre maintenant son vrai visage», commente Nicola Nobile, d'Oxford Economics. Selon lui, «retrouver une crédibilité en cas de nouvelles tensions financières sera plus coûteux».**

Le déficit de l'Italie ne cesse d'être révisé à la hausse par rapport aux prévisions. Après 8% en 2022, il devrait atteindre 5,3% cette année (au lieu de 4,5% prévus au début de l'année). Pour 2024, le gouvernement table désormais sur 4,3%, avec 14 milliards d'euros de dépenses supplémentaires pour soutenir les ménages, contre 3,6% initialement annoncés. Il ne repasserait sous la barre des 3% qu'en 2026, selon la trajectoire communiquée par le gouvernement à Bruxelles. De plus, ses prévisions pèchent par excès d'optimisme sur la croissance, qui a fait du surplace au troisième trimestre. Selon le FMI, elle n'atteindrait que 0,7% l'an prochain - loin du 1,2% prévu par le gouvernement de Rome.

Le «test» Moody's

**Ce laxisme inquiète, par son impact sur la dette et la capacité de l'Italie à se refinancer.** Faute d'un excédent budgétaire primaire (avant le service de la dette), le ratio d'endettement de 140% du PIB ne devrait pas diminuer dans les prochaines années. Pis, ce ratio «*a plus de chance de s'accroître dans les années à venir que de se réduire comme on le prévoyait*», estime Franziska Palmas, de Capital Economics, qui projette un taux de 150% à horizon 2050. **«La soutenabilité de la dette est très fragile**, souligne-t-elle. **Cela signifie que le risque de crise sur les marchés obligataires est élevé et que l'endettement italien restera l'une des sources majeures de vulnérabilité de l'union monétaire dans les décennies à venir.»**

Les premiers tests de cette fragilité ne vont pas se faire attendre. Plusieurs agences de notation doivent réviser leurs perspectives sur la dette italienne. **Moody's**, en particulier, dès le 17 novembre, pour qui elle est déjà notée juste un cran au-dessus du niveau «junk bonds» (littéralement, «obligations pourries»). Si l'agence dégradait sa note, cela pousserait de nombreux investisseurs institutionnels à se défaire de titres de dette italienne. Or les banques ont déjà commencé à s'en délester ces dernières semaines. Et dans le même temps, la Banque centrale européenne (BCE), qui a été l'un des principaux acquéreurs d'obligations d'État italiennes ces dernières années, est en train de réduire ses rachats d'actifs.

Nervosité grandissante sur les marchés

**Rome doit émettre au moins 300 milliards d'euros de nouvelle dette pour se refinancer l'an prochain.** Il va falloir trouver preneur. **«Tous les matins, je me réveille et j'ai un problème: je dois vendre de la dette publique et je dois convaincre les gens d'avoir confiance»**, avouait mi-septembre **Giancarlo Giorgetti**, ministre de l'Économie italien.

**La BCE** surveille les taux d'emprunts italiens comme le lait sur le feu. **Elle rachète encore de façon disproportionnée par rapport aux autres États membres de la zone euro des titres italiens dans les réinvestissements des obligations arrivées à échéance qu'elle détient.** Et elle a mis sur la table, à l'été 2022, un outil spécifique, l'instrument de protection de la transmission (**TPI**), pour pouvoir venir à la rescousse d'un État en manque de financement - à savoir l'Italie. **Mais, pour en bénéficier, le gouvernement devrait respecter les règles de la Commission européenne, ce que Rome ne fait pas.** **D'où la nervosité grandissante sur les marchés.** Même si l'on reste encore loin des tourmentes de la crise de la dette de la zone euro d'il y a dix ans. **«Soyons, clairs, nous n'attendons pas une restructuration ou un défaut»** sur la dette italienne, précise Capital Economics.

6 novembre (Le Figaro)

[«La France est cet étrange pays qui ne choisit le renouveau qu'après avoir touché le fond»: les ultimes leçons de Jacques Julliard \(lefigaro.fr\)](#)

## «La France est cet étrange pays qui ne choisit le renouveau qu'après avoir touché le fond»: les ultimes leçons de Jacques Julliard

Par [Jacques Julliard](#) et [Martin Bernier](#)



Jacques Julliard. *Fabien Clairefond*

**EXCLUSIF - Au mois de septembre dernier, Jacques Julliard nous quittait. Historien autant qu'éditorialiste, il a commenté de sa plume incisive et fine l'évolution de la vie politique, du monde et de ses bouleversements. Ses chroniques publiées dans *Marianne* et *Le Figaro* entre 2019 et 2023 sont rassemblées dans *Chronique du déclin français* (Albin Michel), agrémenté d'une introduction inédite dont nous vous dévoilons des extraits.**

Le déclin français est un phénomène assurément complexe, fruit d'un individualisme forcené et de la faillite des élites, de toutes les élites ; on ne peut continuer longtemps à vivre ainsi dans le précaire et le provisoire. Ce que nous venons de subir inopinément met en cause le contrat social lui-même. Une chose, une chose seulement, devrait nous rassurer: c'est que la France est cet étrange pays qui ne choisit le renouveau qu'après avoir touché le fond et vécu le désastre dans toute son ampleur.

### Tiers-mondisation de l'économie

Quand, dans une dizaine d'années, il sera devenu impossible d'ignorer plus longtemps le gâchis que nous avons laissé faire, ou, pis, auquel nous avons donné la main depuis le début du nouveau siècle, au point de transformer le plus beau pays du monde, celui dans lequel la planète entière avait envie de vivre, en un ensemble confus, inconstitué, où règnent l'appauvrissement, l'endettement, l'enlaidissement, l'abêtissement, et pour tout dire en un lieu où la civilisation paraissait avoir élu domicile, l'ensauvagement généralisé, peut-être se présentera-t-il une chance de renverser l'ordre des choses, et un homme indépendant des partis pour incarner un sursaut.

Ouvrons d'abord la boîte aux chiffres, qui est pour l'orgueil national une véritable boîte à gifles, surtout si on la compare à celle de notre voisine, notre alliée mais aussi notre rivale, l'Allemagne: à savoir la désindustrialisation insensée d'un pays qui fut naguère l'un des plus industrialisés de la planète.

Commençons par un chiffre qui a sa responsabilité dans presque tous les autres: la place de l'industrie, en pourcentage du produit intérieur brut, est passée de 18,9 % en 2000 à 13,1 % en 2022, soit une perte d'environ un tiers. Tous ces fleurons qui faisaient la fierté de la France gaullienne, tels Pechiney (aluminium), Arcelor (acier), Thomson (électricité), ont cédé la place aux banques, aux équipements

touristiques et culturels: une France sans industrie, car l'industrie était censée appartenir au passé. Pendant ce temps, la place de l'industrie en Allemagne était à peu près stable, passant de 26,6 % en 2000 à 24 % en 2022.

Je me suis très souvent inquiété, voire scandalisé du traitement négligent, condescendant même, de l'Allemagne à notre égard, d'Angela Merkel à Olaf Scholz, c'est-à-dire des chrétiens-démocrates aux sociaux-démocrates. Le fameux axe franco-allemand n'est plus qu'un souvenir, et perdue avec lui l'autonomie stratégique de l'Europe qu'Emmanuel Macron cherche à faire renaître à grands coups de déclarations d'intention non suivies d'effet.

Quant au chômage, que les autorités françaises se flattent d'avoir fait baisser jusqu'à 7 % de la population active, il est en Allemagne de 3 %, soit deux fois et demie plus faible. Une bonne partie de l'incompréhension qui s'est installée entre la masse de la population française et le président Macron tient à cette contradiction: comment peut-on envisager de faire travailler des actifs de plus en plus tard, quand ils ne sont plus que 23 millions à le faire à plein temps sur une population de 67 millions d'habitants? Et quand de surcroît on accueille une masse de plusieurs centaines de milliers d'immigrants chaque année? Où l'on voit que l'attitude à l'égard de l'immigration ne dépend pas de notre bon cœur, mais de notre situation de l'emploi. Les Danois, et maintenant les Suédois, naguère si accueillants à l'immigré, ont adopté une législation restrictive qui ferait crier en France à la xénophobie, voire au racisme, les bons apôtres de la gauche insoumise et de la gauche bobo (c'est souvent la même).

Ajoutons à ce tableau démoralisant le bilan de nos échanges commerciaux: 110 milliards de solde négatif en 2021 contre 181 milliards de solde positif en Allemagne. Quel joueur pourrait faire bonne figure dans le jeu diplomatique avec une main aussi faible? Pour couronner le tout, une dette qui s'élève à 113,4 % du PIB quand elle est de 66,6 % en Allemagne et qui nous met à la merci d'une brusque remontée des taux d'intérêt à l'échelle internationale. Conclusion: la tertiarisation de l'économie française, acceptée et même voulue par les économistes et entrepreneurs jobards du début du siècle, rime dangereusement avec sa tiers-mondisation.

## Crétinisme institutionnel

Sous Macron, et en partie seulement par la faute de ce dernier, la France est allée d'insuccès en échecs et d'échecs en désastres. Elle se doit de réagir avec vigueur mais, pour ce faire, elle a besoin de retrouver sa puissance et d'imposer le respect. (...).

La classe politique tout entière, de la droite à la gauche, de la majorité à l'opposition, sans parler des experts qui, dans le passé, se sont toujours trompés sur le diagnostic autant que sur les remèdes, propose de réformer les institutions, autrement dit de jeter bas le dernier pan de l'édifice que le général de Gaulle avait élevé pour nous rendre notre grandeur. Que nous prépare-t-on? Eh bien, sous les apparences d'une VI<sup>e</sup> République, le retour de la IV<sup>e</sup>. C'est-à-dire la sortie du présidentielisme et le retour du parlementarisme. Dans son for intérieur, la classe politique tout entière n'a jamais accepté la Constitution de la V<sup>e</sup> République, voulue par le général de Gaulle et la grande majorité des Français. Elle reste nostalgique de l'époque où le Parlement renversait tous les six à sept mois le gouvernement en place et organisait une rotation accélérée des postes ministériels.

A-t-on bien conscience de ce que l'on nous propose? Le retour à la toute-puissance d'une Assemblée nationale dont on a vu depuis son élection au printemps dernier ce dont elle était capable: un spectacle indigne, un effondrement intellectuel, l'absence d'une vision cohérente, des pitreries en guise d'opposition. Et, pour couronner le tout, pour être bien sûr que le pays restera ingouvernable, le retour de la représentation proportionnelle pour l'élection des députés. Cela part d'une logique imparable: puisque, accidentellement, aucune majorité ne s'est dégagée des dernières législatives; eh bien, institutionnalisons cette absence de majorité grâce à la représentation proportionnelle qui, à la fin de la IV<sup>e</sup> République, nous avait conduits aux portes de la guerre civile et de la dictature. Comme si c'était d'une énième Constitution dont nous avons besoin! Ce crétinisme institutionnel cache le refus de toute remise en question, et surtout de toute volonté de faire prévaloir l'intérêt général sur les intérêts

particuliers. Il y a bel et bien un problème systémique dans le fonctionnement des démocraties libérales, mais il n'est pas de nature institutionnelle, il concerne la répartition des opinions dans ces sociétés.

## Fin de l'idée socialiste

Or, depuis l'effondrement du système stalinien, c'est-à-dire d'une dictature impérialiste déguisée en socialisme, ce dernier n'est plus une référence capable d'aimer et de polariser les opinions de gauche, fussent-elles très modérées. Comprendons bien les enjeux du nouveau cours des choses. Jadis, la gauche n'était pas seulement l'une des deux branches de l'alternative gauche/droite qui dominait les choix politiques. À défaut d'être un programme, le socialisme était, pour la gauche tout entière, un horizon d'attente qui transformait le débat politique en choix de société.

Aujourd'hui, il n'y a plus de corrélation entre les régimes idéologiques et les régimes économiques, telle que Marx la décrivait dans ses écrits politiques, sinon que le libéralisme politique se retrouve désormais exclusivement dans les pays capitalistes, tandis que la dictature, voire le totalitarisme, accompagne presque systématiquement tous les pays continuant de se réclamer, contre tout sens commun, du socialisme et du communisme, comme la Chine. Le parallélisme économie/politique, qui fit longtemps la fortune de Marx dans les débats intellectuels, voire les choix électoraux, n'est plus. Même à l'extrême gauche, on ne se réclame plus du socialisme, mais de la «révolution» - Dieu sait laquelle - ou de «l'insoumission», qui décrit un trait de caractère plutôt qu'une option politique positive. De sorte que la gauche peut bien être un lieu de refuge pour quiconque entend exprimer son hostilité au capitalisme ou au libéralisme, elle n'a pas de contenu positif. D'où, en son sein, le primat du moralisme et l'absence de contenu programmatique, en dehors de grandes généralités.

Conséquence: sur vingt-sept pays qui composent l'Europe, vingt-quatre sont gouvernés par la droite, ou une coalition des droites. Dans un certain nombre de ces pays, la gauche a pratiquement disparu, comme en Italie. Et là où elle est encore au pouvoir, comme en Allemagne, en Espagne, au Danemark, au Portugal, elle est d'une modération extrême, reprenant souvent le programme de ses adversaires, notamment en matière d'immigration.

Le cas de la France est particulier, et laisse peu d'espoir à court terme à la gauche, dominée par son aile extrême et mélenchonienne, tandis que son aile modérée a du mal à prendre corps autour d'un leader incontestable. Or, plus encore que du temps de sa grandeur, la gauche n'a de chances d'accéder au pouvoir par la voie électorale que si sa fraction modérée est clairement dominante par rapport à sa fraction extrémiste. Cela est si vrai que les opinions de gauche ont tendance à se regrouper en dehors de toute option idéologique classique, par exemple autour de l'écologie, qui tient lieu de centre d'hébergement provisoire, ou autour des mots d'ordre populistes, qui sont la forme moderne de l'antipolitisme vulgaire, tel que jadis le poujadisme.

## La vocation historique de la France

Pour la première fois depuis longtemps, les grandes options politiques échappent au cadre traditionnel de l'alternative gauche/droite. La France est à la croisée des chemins: ou bien - cédant à la facilité, avec la complicité de tous les partis, de tous les corps constitués, mais aussi de tout le bon peuple - elle aura pour ultime ambition de devenir, à l'ombre de ses monuments historiques, quelque chose comme une grande Suisse pieusement écolo en marge de l'Histoire - soleil, tourisme et pourboires. Ou bien elle continuera contre vents et marées à se penser comme un destin. Ce n'est pas facile, un destin, surtout au début.

La pensée d'un grand peuple, disait Bernanos, n'est pas la somme des opinions contradictoires de ses intellectuels, au hasard de leurs humeurs. «*La pensée d'un grand peuple, c'est sa vocation historique.*» Elle ne se confond avec aucune autre. Il rejoignait ainsi Michelet qui voyait dans les nations «*des universaux, une sorte de moyen terme entre la vie vraie de l'individu et la vie vraie du genre humain*».

La vocation historique de la France, je l'ai dit, c'est l'universalisme. Il n'a de sens que si elle prend les moyens de continuer à exister à l'échelle planétaire.

Le sursaut, donc, plutôt que le camping. Qu'on n'attende pas ici un programme. Je n'en ai ni la place ni les moyens. Vit-on jamais d'ailleurs l'entreprise d'invention ou de réinvention de la France reposer sur un programme? Vit-on jamais Jeanne d'Arc, Louis XI, Henri IV, Louis XIV, Danton, Bonaparte, Clemenceau, de Gaulle, en porteurs de pancartes? De programmes, nulle trace. Mais un projet: l'unité et la puissance françaises. Je me permets à titre conservatoire d'en énumérer les modalités.

1. Il faut que la France redevienne une République, c'est-à-dire un lieu sûr pour ses citoyens, égaux en droits et en devoirs. Il est intolérable que la police ait recours à la violence. Il est non moins intolérable qu'on ait recours à la violence contre la police. À l'État de protéger ses citoyens et ses agents.

2. Il faut en outre que l'École redevienne, non un champ d'expérimentation pour pédagogistes en folie, mais le creuset de la nation. Jean-Michel Blanquer l'avait compris. Mais quel chantier!

3. Il faut que la France redevienne une puissance industrielle. Chevènement et Montebourg avaient raison. Les mondialisateurs se sont conduits comme des bradeurs. La réindustrialisation est la condition de la préservation et de la prospérité du pays, de son niveau de vie, de son emploi. C'est aussi la condition d'un partenariat efficace avec l'Allemagne. Aussi longtemps que la France continuera de décliner, tandis que l'Allemagne continuera de progresser, ce partenariat sera bancal et inefficace.

4. Il faut que la France redevienne une espérance, pour elle-même, mais aussi, si l'ambition n'est pas démesurée, pour les autres peuples. Le monde est de nouveau entré dans une zone de tempêtes et l'Europe à fondement franco-allemand est aujourd'hui le seul moyen de s'opposer à la folie croissante des impérialismes rivaux. On n'imagine pas le changement que constituerait le brusque surgissement d'une parole européenne à vocation universaliste dans ce monde de barbares.

On l'aura compris, je ne suis ni populiste, ni nationaliste, ni souverainiste. Certes non. Mais je suis patriote. Je souhaite de toute mon âme que la crise actuelle de la conscience républicaine débouche sur un renouveau de la cohésion et de l'ambition française.

Comment faire? Ni la droite, ni la gauche, ni le centre ne sont capables, ou à tout le moins désireux, de se lancer dans cette grande révolution patriotique. Le mieux que l'on puisse exiger d'eux, c'est qu'ils ne fassent pas obstacle au renouveau quand il surviendra.

Le chemin qui est esquissé ici n'a au départ pas plus d'une chance sur quatre de s'imposer à une nation pour le moment en plein désarroi. C'est plus que de Gaulle en juin 1940. À un moment donné, il y faudra une voix, une inspiration. Pour l'instant, je ne l'entends pas, non plus que vous, d'ailleurs. Il faut bien laisser sa part à la Providence.

JACQUES  
**JULLIARD**  
CHRONIQUE  
DU DÉCLIN  
FRANÇAIS



Chronique du déclin français, Jacques Julliard, *Albin Michel*, 368 p., 21,90 €

6 novembre (The Economist)

[The Gaza war has deepened Joe Biden's Iran nightmare \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Crisis in the Middle East

## The Gaza war has deepened Joe Biden's Iran nightmare

For America, Iran is part of a new “axis of evil” with Russia and China



image: afp

Nov 5th 2023 | WASHINGTON, DC

When president Joe Biden dispatched aircraft-carriers to the Middle East after Hamas's attack on Israel last month, he had one word for Iran and allies: “Don't”. Since then there have been rocket, drone and missile attacks on Israel and American troops from Iran's network of allied militias across the region, but no escalation into a regional conflagration—so far. On November 3rd Hassan Nasrallah, the leader of Hizbullah, the most powerful Iran-backed militia, made a speech in Lebanon which was full of bombast, but which also appeared to [step back from immediate escalation](#).

Yet amid the [bloody struggle](#) in Gaza between Israel and Hamas, a broader and potentially more dangerous rivalry with Iran is growing. Having abandoned the Trump-era approach of “maximum pressure” on Iran, in recent months the Biden administration had sought quietly to reduce tensions. Today, however, not only has Iran celebrated Hamas's attacks and through its proxies threatened American interests. It also appears to be acting with the tacit co-operation of Russia, and even China, in a loose grouping of autocracies. That raises grave questions about whether Mr Biden can refashion a new [strategy](#) for the Middle East.

Since October 7th Iran's [approach](#) has been to raise tensions without provoking an all-out confrontation. It says it had no direct involvement in planning or enacting Hamas's atrocities, a claim that American and Israeli public statements mostly corroborate. Sporadic attacks against Israel from pro-Iran Houthi fighters in Yemen, and drone attacks on American bases in Iraq and Syria by local militias there, have raised the temperature without reaching boiling point. Mr Nasrallah noted that Hizbullah's calibrated violence, mainly involving rocket attacks on northern Israel, had still hurt Israel's economy by forcing the evacuation of its communities on the Lebanese border and causing military uncertainty.

Iran is now busy trying to maximise the diplomatic dividend, as the world turns from the horror of Hamas's attack to the agony of Palestinians facing Israel's retribution. Iran's foreign minister, Hossein Amirabdollahian, has been as active as Mr Blinken in regional consultations. Many countries are urging Iran to intercede, whether to contain the conflict or help release hostages. Iran hopes to boost its own influence and spoil American-backed plans for closer links between America, Israel and the Gulf states under the [Abraham accords](#). It is watching with glee as the pro-American camp comes under growing strain. Israel and Arab states are withdrawing ambassadors from each others' capitals. Pro-Palestinian



demonstrations are growing in the West. Tens of thousands marched in Washington, dc, to call for a ceasefire.

Yet it is too soon for Iran to gloat. In America a rapid and potentially deep shift in policy towards Iran is under way. It has been a neuralgic problem since the overthrow of the Shah in 1979. Forty-four years ago this month, Islamist student activists took 52 people hostage at the American embassy in Tehran. Barack Obama sought to neutralise the most dangerous aspect of the us-Iran enmity—Iran's growing nuclear programme—through the Joint Comprehensive Plan of Action, negotiated in 2015, which sought to control Iran's weapons programme. The deal was abandoned in 2018 by Donald Trump, who instead began to apply sanctions.

Having tried and failed to restore the nuclear deal, the Biden administration opted for low-key diplomacy. Before October 7th there were [fragile understandings](#): Iran diluted the concentration of uranium being produced in its centrifuges, and America eased the enforcement of sanctions. Iranian oil exports have surged from about 380,000 barrels per day in 2020 to about 1.5m now, mostly to China via shadowy middlemen. A contentious [deal](#) that secured the release of five Americans detained in Iran in September involved the unfreezing of \$6bn in Iranian revenues in South Korea (which are now stranded in an escrow account in Qatar).

That approach by the White House is now impossible to sustain. One reason is that Iran is increasingly co-operating with Russia, and has closer economic ties with China. As Antony Blinken, America's secretary of state, told the Senate on October 31st, "To put it succinctly: for our adversaries, be they states or non-states, this is all one fight." He urged Congress to pass a \$106bn supplemental budget to help Israel, Ukraine and Taiwan.

He added that there were "profound connections" between America's autocratic foes. Iran supplies Russia with drones for use in Ukraine. The two co-operate in Syria, and Russia has hosted Hamas visitors in Moscow. The *Wall Street Journal* reported that Wagner, the Russian mercenary group, may supply anti-aircraft weapons to Hizbullah. These ties could develop further. After the expiration of long-standing un arms sanctions on Iran on October 18th, trade in ballistic-missile technology could increase, perhaps including Iranian supplies of missiles to Russia for use in Ukraine, according to Western officials.

How might America respond to all this? Congressional Republicans want the administration to get tougher. Lindsey Graham, a senator, has said America should set a clear red line by declaring that the killing of an American soldier by Iran or its allies would invite a direct American attack on Iran. Marco Rubio, a Republican senator, asked if America has the will to use its deployed forces in the Middle East to hit Iran. "At this moment we do not have a credible deterrent," he said. Lobbying groups are on the warpath, too: United Against a Nuclear Iran, a prominent one, has called for America to bomb Iran forthwith. "We have gone from maximum pressure to maximum deference to the regime," complained Mark Dubowitz of the Foundation for the Defence of Democracies, another think-tank.

So Mr Biden is on the defensive. He will probably impose further sanctions, even though Mr Trump's "maximum pressure" did not markedly change Iran's behaviour. The Iranian regime has survived years of economic isolation and, more recently, over 12 months of street protests. Yet he and his advisers also know that to pursue military action against Iran would be a huge gamble. Attacking its nuclear sites would at best delay the programme, and at worst push Iran to dash for the bomb—and probably ignite the regional war that America dreads.

As a result, diplomacy with Iran is the idea that will not die, if only because the alternatives seem even less palatable. "The nuclear issue seems immunised from all other pressures and all other considerations. I suspect this sort of arms-control approach will be with us for some time to come," says Ray Takeyh of the Council on Foreign Relations, an American think-tank. Indeed, there is one thing that would make the war in Gaza even more terrifying: if a nuclear-armed Iran were standing behind its "axis of resistance". Hamas's onslaught makes a us-Iranian deal seem more necessary than ever—and yet also more difficult than ever to imagine.

6 novembre (The Economist)

[Xi Jinping is trying to fuse the ideologies of Marx and Confucius \(economist.com\)](https://www.economist.com)

One leader, two philosophies

## Xi Jinping is trying to fuse the ideologies of Marx and Confucius

A new television show places them at the centre of Chinese culture



image: chloe cushman

Nov 2nd 2023

Karl Marx and Confucius may have lived 2,400 years apart, but on Chinese state television they stroll together through an ancient Chinese academy. In a sun-dappled bamboo grove, a group of student painters invite the two philosophers to be their models. As the young people paint, Marx and Confucius chat. They are impressed with China's high-speed trains, among other things. When the portraits are revealed, the thinkers are surprised. Marx is depicted in a Tang-dynasty robe; Confucius is portrayed in a Western suit and tie. But both are delighted. "I've been in China for more than a hundred years," says Marx (in Mandarin). "Actually, I have been Chinese for a long time." Confucius chuckles, stroking his beard. Long hair looks a bit strange with the suit, he says, but it makes sense to keep changing.

The scene is from "When Marx Met Confucius", a television series created by the propaganda department in Hunan province and released in October. It is not popular. On Douban, a film website, it has received only 100 or so reviews, most of them negative (eg, "makes me sick"). But for those who can stomach it, the show is a good way to understand Xi Jinping Thought on Culture, the latest branch of the Chinese leader's philosophy.

Other parts of Mr Xi's thinking emphasise tighter Communist Party control over such things as diplomacy, defence and the economy. Xi Jinping Thought on Culture, announced in October, attempts to fuse pride in Chinese tradition with loyalty to the party. Its most important tenet is the "two combines", party-speak for a decades-long process to make Marxism more Chinese. The first combine refers to early efforts to adapt Marxism to China's "specific reality". Such ideological flexibility allowed Deng Xiaoping, China's former leader, to pursue economic reforms in the 1980s. The second combine is Mr Xi's idea: to sinicise Marxism by melding it with traditional Chinese culture.

The effort represents the culmination of a radical turnaround for the party, which once considered tradition its enemy. During the Cultural Revolution of 1966-76, Mao Zedong's Red Guards destroyed Confucian temples, burnt Confucian texts and desecrated the sage's tomb. Young people denounced their elders, contradicting Confucianism's emphasis on filial piety. But after Mao's death in 1976 the party warmed to Confucius, or at least to a simplified version of his teachings that emphasises deference to authority. Deng allowed public celebrations of the philosopher's birthday. Jiang Zemin and Hu Jintao,

Deng's successors, appropriated Confucian ideas. In the early 2000s Chinese scholars debated whether Confucianism might even replace Marxism as China's guiding ideology.

Mr Xi is putting an end to that debate. Marxism is the "soul" and Confucianism the "root" of Chinese culture, he says. Neither ideology can be abandoned. Instead, they must be merged.

"When Marx Met Confucius" guides viewers through this new thinking. For much of the five episodes, the philosophers sit on a stage in front of students and a rotating cast of scholars and party officials. A young woman wearing *hanfu*, traditional robes, plucks a *guzheng*, or ancient zither, in the background. The philosophers converse with holograms of figures such as Vladimir Lenin and Mao, who explain how their thinking is compatible. The programme's hosts then explain how it all fits into Xi Jinping Thought.

The show glosses over big differences between Confucius, who believed hierarchies were necessary to maintain social order, and Marx, who called for a proletarian revolution. "You were trying to maintain stability and I was seeking the liberation of all mankind," says Marx. "But aren't we both seeking the greatest good for all humans?" When Marx mentions his vision of a classless society, Confucius says he has a comparable concept called *datong* (great unity). "So we have many similarities!" says Confucius. The students applaud.

The Cultural Revolution is mentioned—once. It did "great damage", says a host. But Mao doesn't get the blame. At one point his spirit appears, assuring Marx and Confucius that he was a faithful communist and defender of traditional Chinese culture. Confucius nods approvingly.

The show spends more time bashing the West. A host blames foreign bullying of China in the 19th century for a "long-term cultural inferiority complex" (exacerbated by Chinese intellectuals, who at the time claimed China's traditions made it weak). The early reform era of the 1980s is remembered as a dangerous period of "historical nihilism", when Western ideas misled Chinese people into criticising their society and government. "Can a country become strong if its economy develops but its spirit is lost?" asks the host, quoting Mr Xi.

No is the implicit answer. A good thing, then, that Mr Xi is restoring China's confidence, the show claims. Not only that, he and the party are pursuing the common good worldwide, in contrast to dastardly Western countries. America exports cluster bombs, while Japan dumps nuclear wastewater into the ocean, says a host. China, a "responsible great power", would never do such things, he adds. Marx is impressed. He congratulates China for revitalising socialism and fulfilling his vision.

"When Marx Met Confucius" is easy to ridicule, but parts of its message are worrying. In the last episode, a student asks Confucius for advice on Taiwan, the self-governing island that China claims. "We truly have a traditional culture of peace, but some Western countries only believe in the law of the jungle," says the student. "If they bully us or obstruct our national unification, should we still speak to them of peace?" Confucius furrows his brow. Goodness should be met with goodness, but hatred should be met with justice, he says. A host jumps in. China seeks peace, but if its dignity and interests are hurt, it will use military force to pursue national unification, he says. Images of fighter jets and warships fill the screen.

6 novembre (FAZ)

[Für den Klimaschutz: Kinder kriegen \(faz.net\)](#)

BABYS ALS SÜNDE?

## Kinder kriegen für den Klimaschutz

VON [JAN HAUSER](#)

-AKTUALISIERT AM 05.11.2023-20:46



Der Klimawandel macht Angst. Manche wollen auf Kinder verzichten, um den Temperaturanstieg abzubremesen. Das ist ein Irrweg. Oder sollen Freiheit und Hoffnung schwinden?

Schon der Beginn eines Lebens soll eine Sünde sein. Ein Kind könnte in seinem Leben das eine oder andere machen, was Treibhausgasemissionen verursacht. Davor schrecken manche nun zurück. Überhaupt: Klima, Krise, Kollaps – in was für einer Welt werden Kinder einmal leben? Ist die Erde in einigen Jahrzehnten in einem Zustand für ein angenehmes Leben? Nehmen die Krisen, Kämpfe und Kriege zu?

Um den Klimawandel einzudämmen, überlegen junge Menschen öfter, ohne Nachwuchs auszukommen. Das Prinzip dahinter lautet in etwa so: Jeder Mensch braucht Energie, Ressourcen und Treibhausgasemissionen. Wenn es weniger Menschen auf der Erde gäbe, könnten die Emissionen sinken – und der Klimawandel macht irgendwie Pause. Das muss aber nicht am Nachwuchs hängen. Genügend Gründe sprechen dagegen.

Für jüngere Menschen spielt der Klimawandel beim Kinderwunsch jedoch eine Rolle, wie Umfragen zeigen. Zuletzt nannte jeder dritte Befragte im Alter von 25 bis 29 Jahre den Klimawandel als Grund für Zweifel. Die Klimaforscher Seth Wynes und Kimberly Nicholas hatten in einer Studie im Jahr 2017 nahegelegt, dass die Entscheidung für eigene Kinder deutlich höhere Treibhausgasemissionen verursache, wobei sie auch Enkelkinder eingerechnet haben und manche Annahmen zweifelhaft sind. Die Autorin Verena Brunschweiler hat später in einem Buch den Verzicht auf Kinder gefordert, um den Klimawandel zu bremsen. Damit sind sie nicht allein.

### Die Geburten sinken

Bis zum Bundeswirtschaftsminister [Robert Habeck](#) (Grüne) hat sich das Thema herumgesprochen: Er sprach davon, dass Zwanzigjährige heute überlegen, ob sie überhaupt Kinder kriegen wollen. „Diese Debatte kenne ich aus meiner Jugend, 30 Jahre lang war sie verschwunden, jetzt ist sie wieder da“, sagte er am Jahresanfang dem „Spiegel“. „Verständlich, die Klimakrise ist Realität.“ Auf Nachfrage erläutert das Ministerium, dass Habeck die Zukunftssorgen junger Menschen wegen der Klimakrise wiedergibt. Für ihn sei das Anlass für eine konsequente Klimapolitik.

Die Entscheidung, wer Kinder bekommen möchte, ist individuell und persönlich. Sicher spielen mehr Gründe als der Klimawandel dafür eine Rolle. Das darf jeder für sich selbst und zusammen mit dem Partner bestimmen. Alles andere schränkt die Freiheit ein.

Tatsächlich gehen die Geburten in Deutschland zurück. Im vergangenen Jahr kamen 738.919 Kinder hierzulande auf die Welt, rund sieben Prozent weniger als im Jahr davor. Die Zahl der Gestorbenen stieg hingegen um rund 4 Prozent auf etwa 1,06 Millionen. Seit einem halben Jahrhundert überragen die Sterbefälle die Zahl der Geburten.

Ohne Einwanderung würde Deutschland längst schrumpfen. Stattdessen ist das Land auf mehr als 84 Millionen Menschen gewachsen. Bevölkerungsforscher Frank Swiaczny verweist auch auf die höhere Lebenserwartung. „Die Bevölkerung ist in Deutschland nicht zurückgegangen, da die Zuwanderung im Saldo seit 1972 in fast allen Jahren positiv war und in den vergangenen Jahren sogar sehr stark positiv“, sagt der Mitarbeiter am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Demographie.

## Folgen für die Sozialsysteme

In Deutschland sank die Geburtenziffer des Jahres 2022 um 8 Prozent auf 1,46 Kinder je Frau. Das geht schon in die Richtung derer, die sich weniger Geburten wünschen. Damit ein entwickeltes Land nicht schrumpft, braucht es rechnerisch etwa 2,1 Geburten je Frau – also in jedem Fall deutlich mehr als jetzt. Dass sich die Fertilitätsrate plötzlich stark ändert und etwa halbiert, beobachtet Swiaczny in der Regel nicht. Er erwähnt, dass die Geburtenrate kurz nach der Wiedervereinigung Deutschlands in den ostdeutschen Bundesländern deutlich gesunken war, was sich mittlerweile wieder angepasst hat.

Schrumpft erst die Zahl der Geburten und dann die der Bevölkerung, hat das Folgen für das Land – etwa für die Sozialsysteme. Für das deutsche Rentensystem dürften dann noch mehr junge Beitragszahler fehlen, die für die Renten aufkommen. Wenn doch für eine längere Zeit deutlich weniger Kinder in Deutschland geboren würden, würden die jüngeren Jahrgänge schmäler und der Stamm der Bevölkerungspyramide dünner. Der Effekt dürfte sein, dass die Nachfrage nach Kinderärzten, Kitas, Schulen und auch Universitäten mit der Zeit sinkt. „In dem Moment, in dem dann diese kleineren Jahrgänge in das Erwerbsleben rutschen, ist klar, dann hätten wir weniger Arbeitskräfte mit den ganzen Schwierigkeiten der Anpassung und dem Fachkräftemangel, den wir im Moment diskutieren“, sagt Swiaczny.

## „Wir werden einen hohen Lebensstandard aufrechterhalten können“

Der Umweltökonom Andreas Löschel sieht in der Frage nach dem Verzicht auf Kinder mehrere Facetten. Einerseits fragen sich jüngere Menschen, wie sich die Welt mit humanen Lebensbedingungen erhalten lässt. „Ich kann verstehen, dass sich junge Menschen große Gedanken machen“, sagt der Bochumer Professor. Das politische Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad sei schwer zu erreichen. Wahrscheinlich werde sich der Klimawandel deutlich auswirken und vor allem ärmere Menschen im Süden treffen. In Europa gebe es mehr Möglichkeiten und vor allem Kapital, um das Leben daran anzupassen.

Andererseits geht es bei der Diskussion auch darum, wie viele Menschen auf der Welt leben, die Nahrung und Energie benötigen. Dennoch zeigt sich Löschel zuversichtlich. „Mit mehr Wissen und technischem Fortschritt werden wir aller Voraussicht nach auch in Zukunft einen hohen Lebensstandard aufrechterhalten können“, sagt er, der die Regierung zur „Energie der Zukunft“ berät. Klimaneutralität bedeutet, die Wirtschaft komplett umzustellen. „Mehr Menschen machen – genauso wie ein starkes Wirtschaftswachstum – den Kampf gegen den Klimawandel schwerer.“ Die Schwierigkeit sei grundsätzlich aber unverändert.

## „Eine der unglücklichsten Konsequenzen“

Statt auf Wirtschaftswachstum zu verzichten oder sich gegen Kinder zu entscheiden, hält Löschel es aus ökonomischer Sicht für sinnvoller, das Energiesystem grün zu machen und den Energieverbrauch zu senken. Der Fokus sollte darauf liegen, Technologien zu entwickeln, die klimaverträgliches Wirtschaften sicherstellen und heute noch nicht wettbewerbsfähig sind.

Mehr Menschen führen nicht zwingend zu weniger Wohlstand je Kopf, sondern können zu mehr Innovationen und damit sogar zu mehr Wohlstand je Person führen. „Mehr Menschen bedeuten mehr Ideen und dadurch eine höhere Produktivität für alle.“ Löschel sieht den Verzicht auf Kinder auch schwierig, weil dadurch die Verantwortung für eine globale Herausforderung beim einzelnen Menschen abgeladen wird. Es sei gut, sich klimafreundlich zu verhalten. Das löse das Klimaproblem aber nicht. Wichtiger wäre es, gemeinschaftlich einen starken Rahmen für mehr Klimaschutz zu schaffen. „Von einer Moralisierung des Klimaschutzes würde ich die Finger lassen.“

Der Ökonom [Achim Wambach](#) findet keinen Grund, um für den Klimaschutz auf Kinder zu verzichten. Im Gegenteil. „Solche Entscheidungen halte ich für eine der unglücklichsten Konsequenzen der an sich schon schwierigen Tendenz, die Bekämpfung des Klimawandels zu individualisieren“, sagt der Präsident des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

## Viele Ideen sind gefragt

Er verweist dabei auf einen Emissionshandel, der eine bestimmte Jahresmenge an Treibhausgasemissionen wie Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) vorsieht und diese immer weiter senkt – bis hin zur Klimaneutralität. Mit umfassenden CO<sub>2</sub>-Zertifikaten wirkt sich dann eine Entscheidung für oder gegen eigene Kinder nicht auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus: Wenn die nicht geborenen Kinder die Zertifikate nicht brauchen, verwendet sie jemand anders, sagt Wambach. Selbst wenn das bisherige Handelssystem und die Zertifikatmärkte nicht vollständig wären und einzelne Bereiche ausklammern, ist das für ihn kein Argument dagegen. „Europa und Deutschland haben sich dazu verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu sein – mit oder ohne das zusätzliche Kind.“

Die Bundesregierung will Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral machen. In der Europäischen Union soll das spätestens 2050 der Fall sein. Sollte das eintreten, ist dann auch der ökologische Fußabdruck eines Kindes gering.

In diese Richtung führt kein Weg am Klimaschutz vorbei. Dafür sind viele Ideen gefragt: energieeffizientere Geräte, das Abscheiden von CO<sub>2</sub> aus der Luft und auch das, worüber heute noch nicht groß nachgedacht wird. Der Verzicht auf Kinder muss nicht dazugehören. Damit würden Zuversicht, Wachstum und Freiheit schwinden. Doch das braucht es auch gegen den Klimawandel.

6 novembre (NYT)

[Opinion | Joe Biden Is in Trouble - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

GUEST ESSAY

## Joe Biden Is in Trouble

Nov. 6, 2023, 1:00 a.m. ET



Credit...Amir Hamja/The New York Times

**By John Della Volpe**

Mr. Della Volpe is the director of polling at the Institute of Politics at Harvard Kennedy School and has overseen its youth poll since 2000. He was a pollster for Joe Biden's presidential campaign in 2020.

The savage terrorist attack on Israel and the ensuing war in Gaza are spurring many young Americans to engage with the political moment at a heightened intensity that could, ultimately, influence the 2024 presidential race. President Biden is offering fulsome support to Israel, though with [more words of caution recently](#). Yet **according to multiple recent polls, fewer than a quarter of young voters — who were crucial to Democratic victories in 2020 and overperformance in 2022 — approve of the way that the president is handling the response to the war between Israel and Hamas.**

**In an [Economist/YouGov survey of U.S. adults](#), more than a third of respondents ages 18 to 29 reported that the Israeli government's response to the Oct. 7 attacks that claimed 1,400 lives is "too harsh." Each day Israel bombards Gazans and the United States is not viewed as a peacemaker, **Mr. Biden's political position takes a hit with younger voters who see the war largely through the life-or-death prism of human rights.****

To be clear, [most](#) 20- and 30-somethings agree that Hamas committed war crimes in Israel. Most do not look at this as an either/or situation: They want America to help both the Israeli and the Palestinian people. But young progressives remain unconvinced of their government's commitment to safeguarding the innocent. **If that continues, the winning Biden 2020 coalition is at greater risk of fracturing — and in the process, making Donald Trump's return to the White House more likely.**

Many young voters have been reluctant to back Mr. Biden for some time now, despite record-setting levels of support from Gen Zers and millennials in 2020. The latest battleground state polls by The New York Times and Siena College show Mr. Biden holding a one-point lead over Mr. Trump among [registered voters](#) under 30 and a six-point lead among [likely voters](#) in the same age category. In 2020, [exit polls](#) showed Mr. Biden winning the youth vote cohort, 60 to 36 percent.

A vexing challenge for the administration has been connecting with the young, diverse electorate and persuading them to see its achievements. According to [the Pew Research Center](#), adults between the

ages 18 and 29 have been following current events less closely than when Mr. Trump was in office: Fewer than one-fifth of Americans under age 30 reported following the news regularly last year.

Whether it's due to faltering confidence in institutions like the government and the media or simply about protecting one's mental health from seemingly relentless cycles of bad news, the result is the same: In 16 focus groups I've led recently, young voters told me they are more aware of society's chaos and conflicts than they are of what the president argues is a record of progress, millions of good jobs and a robust G.D.P. Even as he has [canceled \\$127 billion in student debt](#) and made headway on the economy, climate, marijuana and gun safety goals, Mr. Biden finds himself playing more defense than offense with a demographic skeptical that he is doing enough to make their lives better or make the country a more just place.

When it comes to the war, many young Americans have experienced the violent conflict through videos uploaded by other young people to TikTok, YouTube and other social media, which have an intensity and immediacy that history lessons about geopolitics might lack. Just as young people were shocked into action after witnessing George Floyd's murder in 2020, many zoomers and millennials today cannot unsee the brutality of Oct. 7 — nor will they turn away from the plight of Palestinian women, children and older adults who have become Hamas's human shields.

To be sure, most young voters who seek a cease-fire do not condone the barbaric acts of Hamas. But according to [recent polling from CBS News](#), younger Americans are more likely than older generations to have roughly equal levels of sympathy for the Israeli people and the Palestinian people. At the same time, at this stage, [a majority of Gen Zers and millennials believe](#) that U.S. support for Israel makes the Middle East more dangerous.

It's important to place these opinions into the context of this unique American moment. If you spend enough time with young people, you will most likely hear them espouse what I call the modern trickle-down effect theory. This concept is a twist on the Reagan-era theory where wealth flowed from the top down. Today many young people see wars, problems and mistakes originating from the older generations in top positions of power and trickling down to harm those most vulnerable and least equipped to protect themselves. This is the fabric that connects so many young people today, regardless of ideology. This new generation of empowered voters is therefore asking across a host of issues: If not now, then when is the time for a new approach?

All of this is unfolding against the backdrop of the 2024 presidential campaign. Many young voters are already actively entertaining the alternative, independent candidacies of Robert F. Kennedy Jr. and Cornel West. According to a new [Quinnipiac University poll](#) last week, upwards of 40 percent of registered voters under 35 indicate they are supporting Mr. Kennedy and his anti-establishment message or Mr. West, the public intellectual and author, in a hypothetical matchup against Mr. Biden and Mr. Trump.

Young people are turning to social media and seeing the [noted conspiracy theorist](#) Mr. Kennedy railing against the elites and rallying “millennials and Gen Z” who have never felt at home in the two-party system and “are repelled by the toxicity, the pettiness and, more than anything else, by the dishonesty” of politics today. And they're seeing Mr. West demand “freedom across the board” and “equal dignity, equal rights and equal status for Palestinians and Israelis.” Messages like those are sticking with some of the young, independent-minded battleground state voters I have been talking with in focus groups.

Biden Democrats can take some solace in a few facts. Mr. Biden is competitive in polls; in the Quinnipiac poll showing strong youth interest in Mr. Kennedy and Mr. West, Mr. Biden led Mr. Trump narrowly. Also, many voters do not cast their ballots for president based primarily on foreign affairs, and many young progressive and antiwar voters live in blue states, so a vote for Mr. Kennedy or Mr. West — or a decision not to vote at all — would not necessarily hurt Mr. Biden.

Still, as Mr. Biden's team knows, there is little margin for error. He beat Mr. Trump [by less than 1 percent of the vote](#) in Georgia, Arizona and Wisconsin in 2020 and less than 3 percent in



Pennsylvania, Michigan and Nevada, in a campaign with no meaningful third-party competition. Mr. Trump appears formidable in early polls against Mr. Biden, and the president's approval ratings remain stubbornly low. And for many of these young Americans, even if they won't be voting on foreign policy, they will be voting on whether they feel Mr. Biden is in solidarity with them and their values of freedom, justice and human rights for everyone.

Most, if not all, of these progressive voters still won't embrace Mr. Trump, to be sure. But if they swing from being ardent Biden voters in 2020 to being skeptical, frustrated or forlorn voters in 2024, it's the president who will pay the bigger price, even if his standing improves among some centrists and Jewish voters.

Consider Michigan, a swing state that has been critical to the victory of Democratic presidential candidates. The politics in Michigan, where the president's standing should benefit from the recently announced tentative agreements between the union representing many autoworkers and their employers, is suddenly more challenging with an Arab American population of more than 300,000 and approximately half a million [college undergraduates](#) who are almost all eligible to vote next year. The Biden team must also be careful and shore up support with the student-rich populations of Wisconsin and Pennsylvania, both states Democrats rely on for [above-average youth participation](#) and support for their party.

Young Americans voted not just against Mr. Trump in 2020; millions believed in Mr. Biden's vision and shared his values. If and when Mr. Trump becomes the Republican nominee, these voters will be reminded on social media and elsewhere of the many, many things they dislike about the former president and also of their indispensable role in helping Mr. Biden usher in an era of progress that brought the first Black woman to the Supreme Court and the largest investment in climate action in U.S. history.

But unless Gen Zers and millennials believe that Mr. Biden has their backs — and the backs of the Jewish and Palestinian people wherever they live — I fear enough young people won't back him. Many may choose to take their politics offline instead or support an alternative who will do nothing more than open the door for Mr. Trump's return.

Now is not the time for a play-it-safe Rose Garden strategy. Many young Americans seek bold leadership that prioritizes caring for the most vulnerable, including making real progress toward a state of Palestine side by side with a strong, democratic Israel. Engaged by these urgent matters more than they have been in recent years, they seek an opportunity to feel good about their president, their country and their future again.

6 novembre (The Guardian)

[Pro-Palestine rallies aren't 'hate marches' – they're an expression of solidarity, helplessness and frustration | Nesrine Malik | The Guardian](#)

## Pro-Palestine rallies aren't 'hate marches' – they're an expression of solidarity, helplessness and frustration

[Nesrine Malik](#)

Some will understandably be wary of these marches, but people feel so strongly about this issue for many reasons

Mon 6 Nov 2023 07.00 CET

As the streets fill with ever-increasing numbers of pro-Palestine supporters – and with a large protest planned in central London next weekend – British politicians and commentators are coming up with new ways of describing what is happening: from “hate marches”, in the words of home secretary Suella Braverman, to empty displays of “virtue signalling”. The prime minister, Rishi Sunak, has already called next weekend’s march, which coincides with Armistice Day, “provocative and disrespectful”. But each attempt to cast this movement as menacing is really a refusal to try to understand what is going on. The truth is that a large number of people in Britain can feel strongly about the situation in Gaza while not being “obsessed” with Palestine or motivated by terrorist sympathies.

Some will be wary of these marches in good faith, and understandably so. Reported antisemitic hate incidents in Britain are rising, and Hamas’s 7 October atrocities have shaken a Jewish diaspora, which saw its mourning immediately eclipsed by sympathy for Gaza. Support for Palestine might seem suspect from a public that does not turn out for many other similar causes. Why does this one issue bring so many out on to the streets, when so many other injustices around the world are met with silence?

The answer is not entirely straightforward, but nor is it sinister. Palestine is not the world’s only injustice, but it is singularly resonant. There is a historical durability and consistency to the conflict – all those years of illegal occupation, displacement, dispossession and resettlement – that gives it a shape and place in the public mind that others lack. It is also an injustice that is endorsed and enabled by western governments, which arm Israel in conflict and refuse to condemn its actions. Protest is not just directed at Israel, but at domestic governments and politicians who are seen as having a hand not just in the subjugation of stateless Palestinians, but in crafting an entire moral framework for it. As the death toll in Gaza approaches an estimated 10,000, the claim that the loss of life is warranted by Israel’s open-ended “right to defend itself” becomes increasingly untenable.

The Palestinian cause has long been part of an interconnected struggle for self-determination and equality for the international left. But increasingly it also sits at the intersection of contemporary global and economic discontents – and has become incorporated into the movement for social and racial justice. In 2021, Black Lives Matter released a statement announcing “solidarity with Palestinians”; murals of George Floyd appear in Gaza and the West Bank. Social media has made this internationalism more accessible. The heavily armed soldier or policeman with his foot on someone’s neck, the checkpoints and segregated streets and neighbourhoods – these images resonate with the past and present of people who have experienced power behave with impunity, who sense in their own societies a disparity in the value of people’s lives.

There is a universal simplicity to the conflict that transcends political ideology – about the fundamental human right to full nationhood, to live in your home in safety and with dignity. As the journalist Ta-Nehisi Coates recently explained in an interview, after he visited the occupied territories, what he saw revealed to him “just how uncomplicated it actually is”. “You don’t need a PhD in Middle Eastern studies,” he said, “to understand the basic morality of holding a people in a situation where they don’t have basic rights.”

But these protests must also be understood as a legacy of the “war on terror”, which was justified on the basis of morality and security – the fate of women in Afghanistan, or the threat of annihilation – yet was exposed as little but vengeful wrath and the blundering projection of power. The legacy of those two decades has been a bitter harvest – millions dead, terrorist organisations exploiting destabilisation in the Middle East, Islamophobia, the curtailing of civil liberties, and a lingering sense that we cannot trust our leaders or the political system that ensured they faced no consequences. It should be no surprise that when you try to convince people that on the issue of Palestine they should trust their government, you are met with a sceptical reception.

Protest is a funny thing. It is a mixture of the rational, the emotional and the tribal. And far from it being a mark of aggression, it is often an expression of helplessness, frustration and a lack of influence in politics. You can try to identify outliers in order to tease out some nasty extremism or preening, ignorant vanity, but often what is at the heart of it all is a general feeling of something simply being not on, and that those telling you to go home and believe that they know best cannot be trusted. Perhaps there is another motivation, too – of comfort and reassurance in an atomised society, in finding others to walk with you and take your beliefs seriously, especially when they are not represented or taken seriously elsewhere.

The refusal to consider that there just might be something worth engaging with, when hundreds of thousands of people are taking to the streets, is not all about disagreement or fear of what might be unleashed. Protest in wartime is generally easy to sneer at because it broadly doesn't work, and is seen as frivolous and pointless at a moment when the stakes are high on the ground elsewhere. "During the Vietnam war," said Kurt Vonnegut, "every respectable artist in this country was against the war. It was like a laser beam. The power of this weapon turns out to be that of a custard pie dropped from a stepladder six feet high." But it does matter, even if the consequences aren't immediate. The fact that the immorality and recklessness of the Vietnam war was vocalised made its folly more concrete once it was over – it couldn't be dismissed as hindsight. The tragedies of the Iraq war were clearly foreseen by many people, and so their architects cannot style out their poor decisions as breezily as they would like.

That is why it is a bad idea to simplify or dismiss popular support for Palestine. It draws, consciously or not, on the lessons of the past and the frustrations of the present. They may not have a PhD in Middle Eastern studies, but in the long run, the instincts of those who have argued for restraint, compassion, adherence to international law and the bloody pointlessness of reprisal have been proved right. As parts of the Middle East looks to be destabilised, they might be yet again.

- Nesrine Malik is a Guardian columnist

6 novembre (The Guardian)

[Marine Le Pen's support of Israel seen as move away from party's antisemitic past | France | The Guardian](#)

## Marine Le Pen's support of Israel seen as move away from party's antisemitic past

National Rally has firmly supported Israel's right to defend itself and promised to protect French Jews



[Angelique Chrisafis](#) in Paris

Mon 6 Nov 2023 06.00 CET

The French far-right leader Marine Le Pen's support of Israel in the wake of the Hamas attacks is being seen as part of a long-running drive to move her National Rally party away from its toxic, antisemitic past before a run for the presidency in 2027.

National Rally, which is now the **biggest opposition party** in the French parliament and is **polling** ahead of Emmanuel Macron's centrists for next year's European elections, has firmly supported Israel's right to defend itself since the Hamas attacks on 7 October and the ensuing bombardment of Gaza.

In a speech in parliament condemning what she called the "pogroms on Israeli soil" and attacking Jean-Luc Mélenchon's leftwing La France Insoumise party for its "intolerable" stance in not classifying Hamas as a terror group, Le Pen was met with applause from parliamentarians from the traditional right and centre.

As she prepares to run for a fourth time for president in 2027, her anti-immigration party is promising to protect French Jews from what it calls the biggest danger: Islamism. Jordan Bardella, her party president, told French radio: "For lots of French Jews, the National Rally is a shield against Islamist ideology."

France is highly sensitive to the Middle East conflict, with a community of about half a million Jews – the largest outside Israel or the US – and more than **800 antisemitic incidents** recorded by police since October. France also has the biggest Muslim community in Europe.

Marine Le Pen's support of Israel has been seen by some commentators as a certain political opportunism. She has long sought to "normalise" her party and move it away from its jack-booted, antisemitic past, which was seen as a brake on the party's new political ambitions. In 2015, Le Pen expelled her father, Jean-Marie Le Pen, the party founder, after he reiterated comments belittling the Holocaust, for which he has **several convictions**. She later changed the party name from the National Front to National Rally.

In a highly symbolic move, several of Le Pen's parliamentarians attended a march in Paris in October led by Jewish groups in support of Israel. This was a radical change from previous years. In 2018, Le Pen attempted to take part in a march commemorating **Mireille Knoll**, a Jewish pensioner killed in an antisemitic murder, but had to move aside amid comments by some of **"Fascists out"**.

Although Le Pen did not personally attend the Israel march, several National Rally politicians who are members of the parliament's France-Israel friendship group quietly took part. Yonathan Arfi, head of the Crif, France's umbrella group of Jewish organisations, told **Le Monde** he would fight National Rally in the 2027 presidential election and had clearly not invited them or exchanged with them in a way that would legitimise them, but the street was open to everyone.

Jewish groups continue to express concerns about the anti-immigration, far-right party, including on policy questions such as a potential ban on ritual slaughter, including for kosher food, and whether or not Jewish people should be allowed to wear kippas in public.

The years of terrorist attacks in France, from the Toulouse panel-beater [Mohammed Merah's](#) attack on a Jewish school in 2012 to the 2015 Paris attacks, including on a kosher supermarket, have led Le Pen's party to focus increasingly on Islamism.

[skip past newsletter promotion](#)

Jean-Yves Camus, the director of the Observatory of Radical Politics at the Jean-Jaurès foundation in Paris, said the brutality of recent world events was serving Le Pen's normalisation drive as she positioned herself against Mélenchon's left and courted a new generation of voters.

“Her father's past is becoming more distant,” Camus said. “Jean-Marie Le Pen, born at the end of the 1920s, is now 95. Today, voters aged 18 to 24 – the range in which the National Rally has its best scores – never knew the [Jean-Marie Le Pen](#) era.

“The problem for Marine Le Pen is that she can never rid herself of the past – it has been written by historians and political scientists. The Front National, at its start, was an extreme-right party which had in its ranks people who were neofascists, neo-Nazis, negationists, antisemites. That is something she can never erase. But in contrast to a party like Britain's British National party, which stayed extreme and never knew how to become a political party, Le Pen's National Rally has for a long time been a party that is no longer on the margins. What we see today is Le Pen and her entourage's sense of tactical politics.”

Cécile Alduy, a professor at Stanford University and a specialist on Le Pen's party said: “The Front National has a long history of antisemitism: one of its founders was a Waffen SS [member] and Jean-Marie Le Pen has been convicted several times for denying or minimising the Holocaust, or for antisemitic slurs. Jean-Marie Le Pen also expressed sympathy for the Palestinian people in the 90s, and was against any alignment on the US's politics in the Middle East.

“But the party has always supported the existence of Israel – the young Jean-Marie Le Pen was an admirer of the Suez operation in 1956, and after September 11, 2001, the far right started to see Israel as an enclave of the west within the Arab world, in a war of civilisations.”

Alduy said Marine Le Pen had tried several times in recent years to go to Israel and meet officials, which had been denied. Louis Aliot, the National Rally mayor of Perpignan, whose mother's family has Jewish heritage, had particularly tried to build bridges with French-Israelis.

“The National Rally has started to target the supposed entrenched antisemitism of immigrants of Muslim heritage, and tried to buy a new virginity on that front by pretending to protect the Jewish community from them,” she said.

Alduy said: “Marine Le Pen is against a ceasefire, does not seem to support a humanitarian corridor, and her [MPs] have called Palestinian victims [“collateral damage”](#) necessary to entirely eliminate Hamas. This clearly signals a desire to contrast the National Rally's absolute support for Israel against Islamists, [and] against the ambiguous position of some on the far left. It certainly plays into the National Rally's narrative of normalisation.”

6 novembre (NZZ)

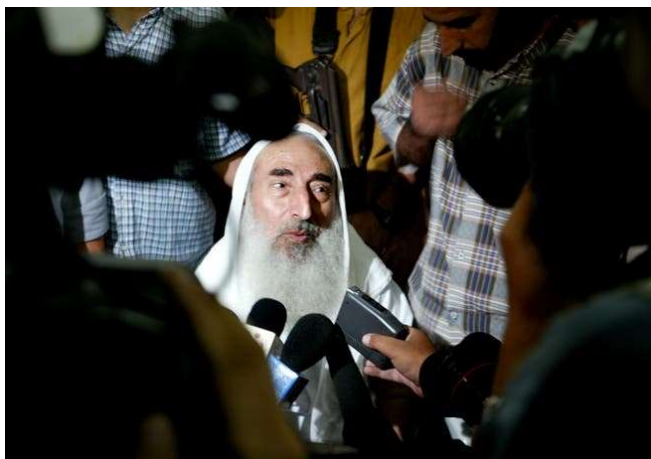
[«Die letzte Strafe wurde von Hitler vollzogen» – wie al-Jazeera Judenhass schürt \(nzz.ch\)](#)

## «Die letzte Strafe wurde von Hitler vollzogen» – al-Jazeera gilt als BBC des Morgenlandes. Dabei rechtfertigt der Sender seit Jahren den Terror gegen Juden

Seit dem Massaker vom 7. Oktober in Israel ergreift der einflussreiche arabische Sender al-Jazeera offen Partei für die Hamas. Medien wie SRF sind erstaunt. Warum erst jetzt?

Lucien Scherrer

06.11.2023, 05.30 Uhr 6 min



**«Sein Vermächtnis wird Tausende inspirieren», schrieb al-Jazeera: der Hamas-Führer Scheich Ahmad Yasin bei einem Interview in Gaza, 2003.**

Suhaib Salem / Reuters

**«Was ist die Hamas?», fragte der arabische Sender al-Jazeera, einen Tag nachdem Hamas-Terroristen in Israel rund 1400 Zivilisten erschossen, gefoltert, enthauptet und verbrannt hatten, unter ihnen Kinder und Babys. Die Antwort von al-Jazeera: Die Hamas ist eine Widerstandsorganisation, die das historische Palästina befreien will. Im Gazastreifen hilft sie Opfern der israelischen Besatzung mit sozialen Programmen. Sie wird von einigen westlichen Staaten beschuldigt, «terroristisch» (in Anführungszeichen) zu sein. Die Frage, ob die Hamas am 7. Oktober Zivilisten angegriffen hat, ist laut al-Jazeera umstritten: Organisationen wie Amnesty International bejahen es, die Hamas selber bestreitet es.**

Dazu zitiert al-Jazeera zwei Hamas-Sprecher, die behaupten, das Massaker vom 7. Oktober sei eine Reaktion auf israelische «Greuelthaten» gewesen. Sie habe sich bloss gegen israelische Siedler gerichtet, die Palästinenser angriffen – und die damit «legitime Ziele» gewesen seien. **Das war am 8. Oktober alles, was man gemäss der englischsprachigen Website von al-Jazeera über die Hamas und ihre «kühne» Aktion wissen musste. Kein Wort darüber, dass die islamistische Bewegung im Gazastreifen seit 2007 die eigene Bevölkerung terrorisiert, dass sie Homosexuelle verfolgt und zur Tötung von Juden aufruft.**

### SRF sorgt sich um den «guten Ruf» von al-Jazeera

Al-Jazeera ist 1996 in der katarischen Hauptstadt Doha lanciert worden, der Sender erreicht ein Millionenpublikum. Seine Berichte beeinflussen das Denken nicht nur in arabischen Staaten, sondern

auch in Afrika oder im Westen, wo unter anderem auf Englisch gesendet wird. Hier wird al-Jazeera von vielen Journalisten als eine Art BBC aus dem Morgenland wahrgenommen – objektiv, der Wahrheit verpflichtet, demokratisch. Diese Wahrnehmung ist seit dem 7. Oktober bei einigen ins Wanken geraten.

So meldete das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) einige Tage nach dem Hamas-Massaker verwundert, dass al-Jazeera derzeit «keine besonders gute Figur» mache. Der Sender berichte einseitig, «ohne dass die israelische Sichtweise oder israelische Opfer und Geiseln überhaupt vorkommen». «Die Hamas hingegen bekommt eine breite Plattform und wird nie als Terrororganisation bezeichnet. Hamas-Sprecher dürfen sogar dem gewalttätigen Widerstand das Wort reden.» Damit, so der SRF-Doyen Fredy Gsteiger, riskiere der Sender seinen guten Ruf als einer der führenden internationalen Nachrichtensender.

Fragen zur Unabhängigkeit des Senders habe es aufgrund der katarischen Besitzverhältnisse schon immer gegeben, berichtet Gsteiger. Aber das sei nicht schlimm gewesen, weil der Sender ja kaum über Katar berichtet habe. Wer sich heute um den guten Ruf von al-Jazeera sorgt, sollte sich allerdings fragen, was er in der Vergangenheit alles überhört hat. Denn al-Jazeera beeinflusst seine Zuschauer nicht erst seit dem 7. Oktober mit einer Mischung aus seriösem Journalismus, journalistisch verbrämter (Hamas-)Propaganda und offener Hassrede.

### **Wehmütige Erinnerungen an den Hamas-Scheich**

Acht Jahre nachdem al-Jazeera in Doha auf Sendung gegangen war, tötete Israel den Hamas-Gründer Scheich Ahmad Yasin mit einem Raketenangriff in Gaza. Yasin gehörte der antisemitischen Muslimbruderschaft an, die einen islamischen Gottesstaat anstrebt. In der Gründungsakte der Hamas liess sich der Scheich von Verschwörungstheorien wie den «Protokollen der Weisen von Zion» leiten, die auch Adolf Hitler inspirierten. Er selber war in Morde an Israeli und Palästinensern verwickelt und rief zu Selbstmordattentaten auf.

In den Nachrufen auf Yasin, die al-Jazeera im März 2004 auf Englisch veröffentlicht, ist nichts vom rabiaten Antisemitismus des Scheichs zu lesen. Stattdessen wird «sein Leben» gewürdigt, mit Sätzen wie: «Er verteidigte nachdrücklich das Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand gegen die Besatzung.» Der Al-Jazeera-Autor Faisal Bodi erinnert sich an «mein Treffen mit Scheich Yasin». Dieser möge für manche der Inbegriff des Bösen sein. «Aber der Mann, den ich traf, war die Verkörperung eines der ungleichsten Kämpfe unserer Zeit.»

Ein Kämpfer wider die Unterdrückung also, der im Gespräch mit al-Jazeera betont habe, die militaristische Gesellschaft Israels sei schuld, wenn die Hamas die Grenze zwischen Zivilisten und Soldaten verwische. Denn damit sei das gesamte israelische Volk als militärischer Feind zu betrachten. Yasin, so schreibt Bodi, habe davon geträumt, dass alle muslimischen Gläubigen auf der Welt erweckt würden, um den Jihad gegen Israel zu führen. Bodis Kommentar: «Sein Tod hat ihn dieser Freude beraubt, aber sein Vermächtnis des unbeugsamen Widerstands wird in den kommenden Jahren Tausende inspirieren.» Er sollte recht behalten.

### **Der Star von al-Jazeera – ein Hassprediger**

Die mangelnde journalistische Distanz zur Hamas ist kein Zufall. Der Staat Katar, der al-Jazeera finanziert, gehört zu den wichtigsten Förderern der Muslimbruderschaft und ihres Ablegers, der Hamas. Ein Teil der Elite dieser islamistischen Grossfamilie lebt, ziemlich luxuriös, in Katar. Ihr

kürzlich verstorbenes geistliches Oberhaupt, Jusuf al-Karadawi, war ebenfalls Exil-Katarer – und er gehörte nicht nur zu den ersten Mitarbeitern, sondern auch zu den grössten Stars von al-Jazeera.

1996 erhielt Karadawi dort seine eigene Sendung: «Die Scharia und das Leben». Mit seinen Botschaften erreichte der «globale Mufti» Millionen Muslime auf der ganzen Welt. Als Unterstützer der Hamas befürwortete Karadawi den heiligen Krieg gegen Israel, und Juden hatten seiner Meinung nach keine Existenzberechtigung, genauso wenig wie Homosexuelle und Glaubensabfällige. Im Januar 2009 erklärte er auf al-Jazeera: «Während der Geschichte hat Allah das jüdische Volk wegen seiner Verkommenheit gestraft. Die letzte Strafe wurde von Hitler vollzogen. (. . .) So Gott will, wird sie das nächste Mal durch die Hand der Gläubigen erfolgen.»

Ungeachtet von Protesten gegen al-Jazeera durfte Karadawi dort bis 2013 weiterwirken. Als er im Herbst 2022 stirbt, würdigt ihn al-Jazeera als international anerkannte Autorität und Vorkämpfer für die Demokratie. Er habe Schriften gegen illegitime Gewalt verfasst, und einige seiner Aussagen, etwa zu Israel, seien kontrovers gewesen. Von seinem Judenhass und seiner Bewunderung für Hitler erfährt man nichts. Man werde sich, so schreibt al-Jazeera, «wahrscheinlich am meisten an ihn erinnern, weil er sich für die palästinensische Sache und für islamisch geprägte demokratische Reformen im Nahen Osten einsetzte».

### **Die «Zionisten» bestimmen den Diskurs – sagt al-Jazeera**

Die Nähe zu antisemitischem und fundamentalistischem Gedankengut offenbarte al-Jazeera nicht nur durch hagiografische Porträts von Hamas-Scheichs und Stars wie Karadawi. 2019 veröffentlichte der Al-Jazeera-Sender AJ+ ein Video in arabischer Sprache, das sich mit dem Holocaust befasst. Darin hiess es, die Zahl der Opfer sei übertrieben und Israel sei der grösste Gewinner des Völkermords. Zwei Journalisten wurden nach Protesten suspendiert, der Sender gab Bekenntnisse zu Toleranz und «Diversity» ab, die verantwortliche Redaktorin durfte bleiben.

2017 retweetete der englischsprachige Account von al-Jazeera eine Zeichnung, auf der sich ein hakennasiger Jude grinsend die Hände reibt, weil der Klimawandel geleugnet wird und er seinen Plan zur Weltherrschaft fortsetzen kann. Solche Ausfälle sind in den englischsprachigen Beiträgen von al-Jazeera selten, denn hier bemüht sich der Sender um einen moderaten Auftritt. Aussagen von Fundamentalisten werden hier gerne mit einigen kritischen Stimmen konterkariert. Und islamistische Positionen verpackt man in jüngster Zeit in einen modischen antirassistischen Jargon.

Die aus Ägypten stammende amerikanische Professorin Sahar Aziz etwa liess sich nach dem Hamas-Massaker über westliche Demokratien aus, die Muslime angeblich systematisch diskriminieren. Mutige muslimische Mütter, die sich für die Palästinenser einsetzten, müssten ihre Kinder in den USA und anderen Ländern vor Belästigungen, Mobbing und Einschüchterungen von Zionisten schützen, die die Diskussion über Palästina «monopolisiert» hätten.

### **Im Westen regieren «Soziopathen in Anzügen»**

Eine Tatsachenverdrehung, die nicht nur den Opferdiskurs der Muslimbruderschaft übernimmt, sondern auch eine klassische antisemitische Verschwörungstheorie bedient. Ein anderer Autor setzt den Ausdruck westliche Demokratien in Anführungszeichen und behauptet, die USA und andere Länder würden von Soziopathen in Anzügen regiert, die einem Genozid Israels an den Palästinensern applaudierten.



Wie ist es möglich, dass al-Jazeera im Westen bis heute als «normaler» Sender verklärt wird? Dass dort Journalisten auch seriöse Arbeit leisten, kann kein Grund sein, die propagandistische Absicht hinter vielen Beiträgen zu übersehen. Lange schienen Beobachter im Westen glauben zu wollen, dass man es bei al-Jazeera durchgehend mit Leuten zu tun hat, die trotz Differenzen ähnliche Werte vertreten wie sie. Von dieser naiven westlichen Weltsicht profitiert selbst die Hamas.

Die «Tagesschau» der ARD sprach einmal von «Kommandeurinnen und Kommandeuren» der Hamas, als ob Frauen dort Führungspositionen hätten wie in der israelischen Armee. Die linke «TAZ» schrieb nach dem Anschlag eines 13-Jährigen, es sei falsch, im Nahen Osten von einer Terrorkultur zu sprechen, obwohl in Hamas-Sommercamps bereits Kindern Hass auf alle Juden eingepflegt wird. So überrascht es nicht, dass internationale Leitmedien kürzlich nach einer Explosion in einem Spital in Gaza behaupteten, das sei Israels Werk – gestützt auf Behauptungen der Hamas.

Al-Jazeera hielt noch Tage später an dieser Theorie fest, als andere Medien längst Zweifel äusserten. Das von al-Jazeera mitgeprägte Bild von den unmenschlichen Juden und den Freiheitskämpfern der Hamas hat sich längst verselbständigt. Am gleichen Tag, an dem Hamas-Terroristen Grenzsicherungen durchbrachen, um in Israel alte Leute zu kidnappen, Kinder zu foltern und Frauen zu vergewaltigen, sprach der Hamas-Führer Ismail Haniya auf dem arabischen Kanal von al-Jazeera. «Sehen Sie diesen Heroismus, diese Opfer, diesen Mut», sagte er, «wer sind diese Männer? Sie haben die Türen für den grossen Sieg geöffnet.»

6 novembre (NZZ)

[Nahost: Im Gaza-Krieg sitzen liberale Araber zwischen den Fronten \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Liberaler im Nahen Osten: «Hundert Jahre Finsternis»

Die grosse Mehrheit der Araber zeigt sich solidarisch mit den Palästinensern. Doch deren Sache wird heute vor allem von Islamisten und den Verbündeten Irans getragen. Das macht die Lage für viele Liberale schwer.

Daniel Böhm, Beirut

06.11.2023, 05.30 Uhr 6 min



**Anhänger der Hizbullah-Bewegung demonstrieren am Freitag vor einer Rede ihres Anführers Hassan Nasrallah in Beirut.**

Wael Hamzeh / EPA

Michel Helou war einmal Verleger. Vor einem Jahr hat er dann vergeblich für das libanesische Parlament kandidiert. Jetzt will er sein Land vor dem Krieg retten. «Wir wollen allen klarmachen: Libanon steht fest an der Seite der Palästinenser. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass unser Land wieder zum Kampfgebiet für den ganzen Nahen Osten wird.»

Der liberale Jungpolitiker sitzt in einem leeren Café in Beirut. Jazz rieselt aus den Boxen der Musikanlage. Helou trägt, wie immer, Hemd und Anzughose und spricht Französisch mit Schweizer Einschlag. Helou ist in Genf aufgewachsen und kam vor ein paar Jahren zurück in die alte Heimat, um Libanon besser zu machen. Stattdessen muss er jetzt mit ansehen, wie sein Land auf dem Weg in Richtung Hölle ist.

Denn während in Beirut eine Art Ruhe vor dem Sturm herrscht, wird in Südlibanon schon jetzt gekämpft. Inzwischen beschliessen sich die Hizbullah-Miliz und die israelische Armee mit einer derartigen Routine, dass die Sicherheits-Updates der ausländischen Botschaften in ihren täglichen Lageberichten bereits auf die Details verzichten. «Feuergefechte ohne Unterlass, den ganzen Tag», heisst es lapidar.

### **In der Zwickmühle**

Leute wie Helou bringt das in eine schier unmögliche Position. Denn eigentlich sehen sie die mächtige Schiitenmiliz Hizbullah, die Libanon beherrscht und von Iran gesponsert wird, als ihren Feind an. Sie machen die Truppe dafür verantwortlich, Libanon in einen kaputten, isolierten Vasallenstaat Teherans verwandelt zu haben.

Doch jetzt, da die israelische Luftwaffe Gaza bombardiert, geht scheinbar die ganze arabische Welt vereint im Zorn auf die Strasse. Und der Hizbullah, der bis eben noch in den Untiefen der libanesischen Innenpolitik feststeckte, kann sich wieder als mächtigster Verteidiger der palästinensischen Sache präsentieren.

Wer mit den beinhalten Unterstützern der islamistischen Bewegung im Süden spricht, spürt eine regelrechte Euphorie: Mussten sie sich in letzter Zeit noch anhören, wie sich ihr Chef Hassan Nasrallah an der LGBT-Gemeinde abarbeitete, so können sie sich jetzt endlich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren – den Kampf gegen Israel.

Helou und seine Mitstreiter stecken hingegen in einer Zwickmühle. Während sie immer wieder betonen, in vollster Solidarität hinter den Palästinensern zu stehen, müssen sie mit ansehen, wie der Hizbullah und die Hamas, deren Ansehen jüngst wegen ihrer Korruption und ihrem archaischen Gesellschaftsverständnis arg gelitten hat, an Profil gewinnen. «Das schmerzt», sagt Helou.

### **Iran hat den Kampf um Palästina an sich gerissen**

Diesen Organisationen, die sich unter iranischer Führung zu einer so genannten Achse des Widerstands zusammengeschlossen hatten, ist es gelungen, die Führerschaft im Kampf um Palästina an sich zu reißen. Zwar beschäftigt das Schicksal der Palästinenser bis heute so gut wie alle Araber zutiefst, quer durch alle Schichten und Konfessionen. Sie sehen darin eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und werfen dem Westen Arroganz und Doppelmoral vor.

Doch wenn es ums Militärische geht, haben die Linken, die Nationalisten und die Liberalen wenig zu sagen. Stattdessen sind es die Islamisten der Hamas oder die endzeitgläubigen Schiitenbrigaden des Hizbullah, die gegen das verhasste Israel in den Kampf ziehen. Die letzten Reste der libanesischen Linken hingegen schaffen es kaum mehr über die Bars des Beiruter Bezirks Hamra hinaus.



**Demonstranten verbrennen eine Israel-Fahne in Beirut. In der ersten Reihe stehen oft Islamisten und Anhänger Irans.**

Wael Hamzeh / EPA

Zudem dient der Palästina-Konflikt als Dampfablasser. So sehr er vielen Arabern ein Gefühl von Gemeinschaft und Solidarität vermittelt, so sehr verhindert er jeden Fortschritt und zementiert die herrschende Ordnung. Da hält beispielsweise die jordanische Königin bei CNN ein feuriges Plädoyer für die Rechte der Palästinenser, während die Polizei ihres Mannes zu Hause für Grabesruhe sorgt.

Gleichzeitig finden in Ländern wie Algerien, Iran oder Ägypten grosse Demonstrationen statt. Dabei wird dort sonst jeder, der sich mit politischen Parolen auf die Strasse wagt, verhaftet oder erschossen.

### **Den Liberalen stehen schwere Zeiten bevor**

«Es war ein Fehler des Westens, zu denken, die Palästina-Frage lasse sich unter den Tisch kehren», sagt der libanesischer Politologe Karim Emile Bitar. «Dafür weckt sie viel zu viele Emotionen.» Bitar ist derzeit immer wieder im französischen Fernsehen zu sehen, wo er engagiert und klug eine arabische Perspektive vertritt. Gerade ist er in Paris, er antwortet deshalb mit Sprachnachrichten.

Bitar sagt, besonders liberalen Libanesen stünden schwere Zeiten bevor. Alle Optionen seien schlecht. Ziehe der Hizbullah nicht in den Krieg, könne er gestärkt hervorgehen, weil er sich einmal mehr als Beschützer Libanons aufspiele. Komme es zum Krieg, riskiere das Land, in die Steinzeit zurückgebombt zu werden.

Zudem reisst der drohende Untergang alte Wunden auf. Die jungen Randalierer, die vergangene Woche mit Palästina-Fahnen durch Beirut fuhren, die amerikanische Botschaft attackierten und die altehrwürdige Amerikanische Universität Beirut angriffen, wecken gerade bei Christen finstere Erinnerungen. Schliesslich wüteten die Palästinensermilizen im libanesischen Bürgerkrieg der siebziger und achtziger Jahre besonders unter den Christen.

Die Palästinenser täten ihr schon leid, sagt eine ältere Dame in der mehrheitlich christlichen Stadt Jounieh, die den Krieg miterlebt hat – aber nur ein bisschen. Er habe kistenweise Munition gekauft, versichert ein christlicher Barbesitzer in Beirut, während er Longdrinks mischt. Nicht wenige warten auf den Tag der Abrechnung mit dem Hizbullah, sollte er geschwächt aus dem Kampf mit Israel hervorgehen.

### **Hassorgien gegen Israel**

Noch 2019 sind viele junge Libanesen gegen die Korruption, die konfessionelle Spaltung und den Stillstand in ihrem Land auf die Strasse gegangen. Jetzt sitzen sie in ihren Wohnungen, Whiskeygläser auf dem Tisch, und versuchen, im Rauch der vollen Aschenbecher einen Weg aus dem gefühlten Totalzusammenbruch zu finden.

Andere, die sich bis vor kurzem noch gemässigt gaben, ergehen sich angesichts der schrecklichen Bilder aus Gaza in regelrechten Hassorgien gegen Israel. Die Massaker der Hamas vom 7. Oktober haben in ihrer Welt so gut wie gar nicht stattgefunden, die reaktionäre islamistische Bewegung ist mit einem Mal eine Widerstandstruppe.

Die Krise ist jetzt schon ein Rückschlag für alle Liberalen im Nahen Osten. Freiheitliche Ideen hatten es dort in letzter Zeit sowieso schwer. Die Blutbäder, die vielerorts auf den Arabischen Frühling von 2011 folgten, liessen viele Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zerplatzen. Schon vor dem neuen Krieg in Gaza hielten viele Araber das westliche Gerede von Demokratie und Menschenrechten für pure Heuchelei.

Stattdessen blickten sie bewundernd auf die autoritären Golfstaaten, die scheinbar ein Gegenmodell anboten: Sicherheit plus Wohlstand, notfalls ohne Freiheit. Doch der vom saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman versprochene neue Nahe Osten mit Pop-Konzerten und israelischer Abhör-Software hat durch den Gewaltausbruch an der Levante ebenfalls Kratzer abbekommen.

## **Zwischen Islamisten und Autoritären**

Was bleibt? «Was soll ich über die Zukunft reden?», sagt Omar Shaban am Telefon. Der palästinensische Ökonom ist in Kairo. Er hat es in letzter Sekunde aus Gaza raus geschafft, Teile seiner Familie sind noch dort. Es gebe seit Beginn des Krieges keine Sicherheit in Gaza, sagt er, die israelischen Bomben träfen alles und jeden.

Schon 2014, während des letzten grossen Gaza-Krieges, hat Shaban in einem Essay den Zerfall aller Gemeinsamkeiten beklagt. In den neunziger Jahren hätten Israeli und Palästinenser einander noch als Menschen betrachtet, schreibt er darin. Nun lebten sie getrennt durch Mauern, hätten kaum Kontakt mehr zueinander.

Alle hätten gemeint, dass sich die Palästina-Frage ignorieren liesse, die Besatzung sei aber das Problem, sagt er. Man müsse, wenn das irgendwann vorbei sei, zusammensitzen. Es brauche einen neuen Friedensprozess. «Die Amerikaner müssen die Initiative ergreifen.» Doch angesichts der Tausende Toten seit dem 7. Oktober wirkt das wie ein frommer Wunsch.

«Gerade wird die Grundlage für hundert weitere Jahre Krieg und Finsternis geschaffen», sagt Shaban aus der Lobby seines Hotels in Kairo. «Wir stecken fest, zwischen Islamisten und Autoritären», sagt Bitar aus Paris. «Scheiss darauf!», sagen zwei Libanesinnen im mittleren Alter in einer Bar in Beirut, die erst vor kurzem aufgemacht hat, aber wegen der Krise leer ist, und bestellen eine ganze Batterie Wodka-Shots.

## **«Nein zum Krieg in Libanon»**

Michel Helou, der junge Politiker, bestellt hingegen einen Fruchtsalat. Man müsse gesund bleiben, im Körper und im Kopf, sagt er. Dann spricht er über eine Kampagne, die er mit Gleichgesinnten gestartet hat. «Solidarität mit den Palästinensern. Nein zum Krieg in Libanon», heisst sie. Ein paar Tage später teilen immer mehr Libanesen entsprechende Kacheln auf Instagram.

Ob das die finsternen Männer in den Bunkern, die derzeit über Leben und Tod entscheiden, beeindruckt wird? «Ich weiss es nicht», sagt Helou. «Aber wir müssen zeigen, dass es uns immer noch gibt.»

6 novembre (NZZ)

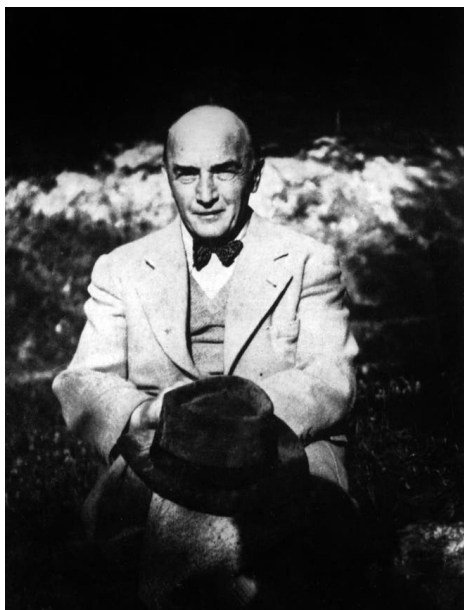
[Der Mann ohne Eigenschaften – Robert Musil in der Schweiz \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Robert Musil in der Schweiz: «Er und seine Frau sind zu hundert Prozent Arier»

1939 fliehen Robert und Martha Musil in die Schweiz. Er will an seinem Jahrhundertroman weiterarbeiten, sie beschafft Aufenthaltsbewilligungen. Ein Blick zurück.

Urs Hafner

06.11.2023, 05.30 Uhr 5 min



### Weiterschreiben am «Mann ohne Eigenschaften» im Schweizer Exil: Robert Musil in einer Aufnahme aus den 1930er Jahren.

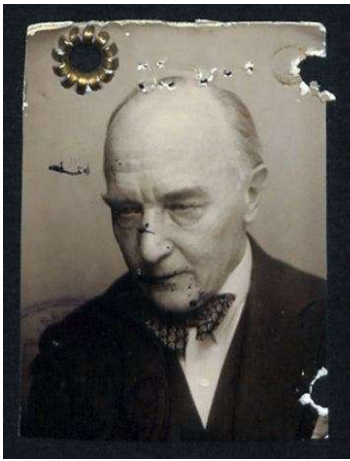
Getty

Martha Musil hat einen Traum. Sie liegt neben ihrem Mann Robert im Bett, die beiden reden angeregt miteinander. Als er das Licht löscht, sagt sie: Liegst du bequem? Von ihrem eigenem Satz geweckt, den sie laut spricht, wacht sie auf, greift nach Robert «und fand nichts – nur Leere». So schreibt es die Künstlerin in einem Brief an einen Freund.

Kurz zuvor, im April 1942, ist Robert Musil im Exil in Genf gestorben. Ein Hirnschlag streckt den 61-jährigen Autor des Jahrhundertwerks «Der Mann ohne Eigenschaften» nieder. Martha findet ihn leblos, lächelnd liegt er in der Badewanne. Vier Jahre vorher hat das gutbürgerliche Paar Wien verlassen, nachdem sich Österreich dem «Dritten Reich» angeschlossen hatte. Sie ist Jüdin, sein Werk wird von den Nationalsozialisten verboten, die Inflation hat ihr Erspartes aufgefressen. Sie müssen weg.

### «Dichturfürst» ohne Publikum

Erst fahren sie nach Italien, im August 1938 fliehen sie in die Schweiz. Diese gewährt Juden kein politisches Asyl. Als Flüchtlinge anerkennt sie hohe Beamte, bedeutende Linkspolitiker und bekannte Schriftsteller, sofern sie nachweisen können, dass sie persönlich verfolgt werden. Migranten sollen so schnell wie möglich weiterreisen. Die Musils erhalten eine provisorische Aufenthaltsbewilligung, die rund alle sechs Monate zu verlängern ist, und müssen eine Kautions hinterlegen. Robert bittet schweren Herzens den von ihm verachteten Thomas Mann an, der sich spendabel zeigt.



**Zeugnisse der Flucht: Passbilder von Robert und Martha Musil auf dem Deckblatt ihrer Akte im Staatsarchiv Genf, vermutlich ihren Pässen entnommen.**

Staatsarchiv Genf

Musil füllt die Formulare der Behörden nicht wahrheitsgetreu aus. Er gibt an, er lebe von Autorenhonoraren aus den USA, sei aus gesundheitlichen Gründen in die Schweiz gekommen und mit einer Protestantin verheiratet. Dass er seine schlechte körperliche Verfassung preisgibt (er hatte einen Schlaganfall und hat keine Gallenblase mehr), ist ungeschickt. Er hofft auf das Mitleid der Behörden, schürt jedoch ihr Misstrauen: Sie wollen keinen potenziellen Sozialfall im Land. Auf seinen Vorschlag, er könnte in der Armee dienen, gehen sie nicht ein.

Mit der Hilfe von Freunden findet das Paar in Zürich eine Unterkunft. Ein amerikanischer Mäzen schickt ihnen Geld. Die beiden beschliessen, dass sie sich zusammen umbringen werden, wenn sie gar keines mehr haben. Einer Erwerbsarbeit nachzugehen, ist ihnen verboten. Robert versucht, weiter am «Mann ohne Eigenschaften» zu schreiben, kommt aber nicht voran, weil er sich durch das Kindergeschrei vom nahe gelegenen Pausenplatz gestört fühlt. Der erste Band, der tausend Seiten zählt, ist zwar schon 1930 erschienen, aber Robert sieht noch lange kein Ende. Im Gepäck hat er weitere zwanzig Kapitel dabei, deren Überarbeitung ihn nicht mehr loslässt.

In Zürich will er zudem einen neuen Verlag finden, doch die Verhandlungen scheitern. An einer Lesung trägt der schwierige «Dichturfürst», wie ihn sein Zürcher Förderer Robert Lejeune nennt, der sozialistische Neumünsterpfarrer, aus dem «Mann ohne Eigenschaften» vor. Nur dreissig Zuhörer haben sich eingefunden. Musil schreibt Lejeune, die Schweiz halte den Toten die Treue, ob sie nun Gottfried Keller oder Rainer Maria Rilke hiessen, auch ihm werde es so ergehen, «aber erst auf seinen Tod warten zu müssen, um leben zu dürfen, ist doch ein rechtes ontologisches Kunststück».



## Hinter den Mauern der Pension Fortuna im Zürcher Quartier Riesbach finden Robert und Martha Musil nicht die ersehnte Ruhe.

Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich

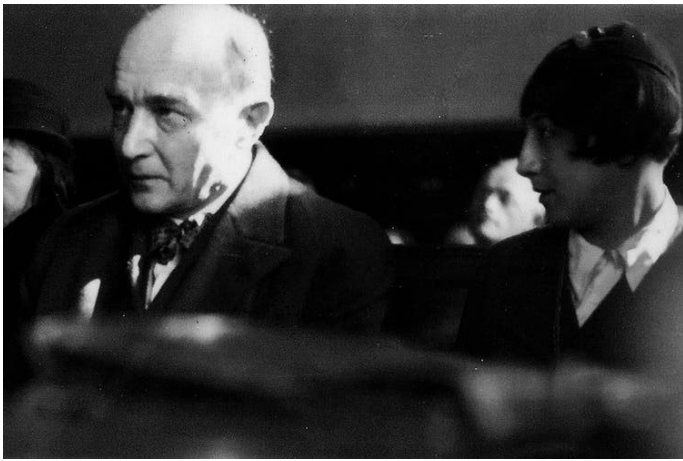
Musil tut sich schwer mit der Existenz im Exil. Er und seine Frau versuchen partout, den bürgerlichen Lebensstandard zu halten, den sie sich nicht mehr leisten können. In der chinesischen Botschaft ergattern sie ein Visum für Schanghai. Im Juli 1939 ziehen sie nach Genf, weil sie sich in der Nähe Frankreichs sicherer fühlen, wie der Literaturwissenschaftler Nanao Hayasaka in seinem neuen Buch über Musils letzte Jahre feststellt («Meinen Schweizer Aufenthalt wohlgefällig zu verbuchen . . .», Brill Fink, 2023). Das Paar befürchtet, die Deutschschweiz könnte sich Nazideutschland anschliessen.

### Übereifrige Beamte

Auch in Genf stagniert Musils Arbeit, der «Mann ohne Eigenschaften» bleibt unvollendet. Eine Lesung, die er in Winterthur hält, wird sogar nur von fünfzehn Leuten besucht. Er verliert sein Publikum, mehr und mehr gerät er in Vergessenheit. Das Paar wird nun vom konservativen Diplomaten Carl Jacob Burckhardt und vom freisinnigen Politiker Paul Lachenal unterstützt. Ohne die beiden Kunstliebhaber wären die Musils wohl des Landes verwiesen worden. 1940 bemerkt die Genfer Polizei, dass die Musils sich nicht am neuen Wohnort angemeldet haben, zudem droht ihre Aufenthaltsbewilligung wieder abzulaufen.

Burckhardt und Lachenal schreiben der Fremdenpolizei in Bern, dass «Herr von Musil» (sein Vater war einst in den Adelsstand erhoben worden) ein «angesehener Schriftsteller von hohem Ruf» sei. Bei der Beurteilung seines Falles sei zu betonen, «dass er und seine Frau der protestantischen Religion angehören und zu 100% Arier sind». An den Rand des Briefs kritzelt indes ein findiger Beamter: «Falsch, seine Frau ist J». Die Notiz bleibt folgenlos. Der von den Nazis in Zusammenarbeit mit der Schweiz 1938 eingeführte «Judenstempel», das rote «J», hätte in Marthas Pass stehen müssen. Er wäre ihr Verhängnis gewesen.





**Am 15. April 1942 verstarb Robert Musil 61-jährig in Genf an den Folgen eines Hirnschlags.**

Leo Rosenthal / Landesarchiv Berlin

Die Musils erhalten nun einen Ausländerausweis, doch ihr Status ist nach wie vor prekär. Als seine Staatsangehörigkeit gibt Robert «Ex-Österreicher» an. Er muss der Einwohnerkontrolle die Bestätigung schicken, «keine Anspielung auf politische Fragen in irgendeiner Veröffentlichung zu machen». Die Kautions bezahlt wiederum der amerikanische Mäzen. Martha schlägt sich unermüdlich mit der Fremdenpolizei herum und tragt Mal für Mal bei den Behörden an, stets von Angst erfüllt, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren und dem Tod ausgeliefert zu werden. Gegen Kriegsende verschärfen die Behörden die Kontrolle der in der Schweiz lebenden Ausländer noch.

1946, ihr Mann ist gestorben, und der Krieg ist vorbei, fährt Martha zu ihrer Tochter in die Vereinigten Staaten. Die Reise finanziert sie mit der Kautions, die sie und ihr Mann in der Schweiz hinterlegt haben. Die Genfer Einwohnerkontrolle erstattet ihr den Betrag erst nach mehrmaligem Insistieren zurück. Sie muss den kostenpflichtigen Nachweis erbringen, dass sie keiner einzigen Behörde Geld schuldet. Ein Jahr später will Martha nach Zürich fahren, um sich um die Gesamtausgabe der Werke ihres Mannes zu kümmern, dessen Totenmaske sie ständig begleitet, doch sie erhält von der Schweiz kein Einreisevisum.

Martha Musil, die früher Malerin war, diente ihrem Mann als Managerin und war zugleich seine intellektuelle Sparringspartnerin. Sie gestaltete sein Schreiben mit. Den «Mann ohne Eigenschaften», der neben Prousts und Joyces Werk steht, gäbe es nicht ohne sie, die Frau mit den vielen Eigenschaften.

6 novembre (Le Figaro)

[Jean-Pierre Robin: «L'indexation des pensions de retraite rallume la guerre des générations» \(lefigaro.fr\)](#)

## «L'indexation des pensions de retraite rallume la guerre des générations»

Par [Jean-Pierre Robin](#)



Les retraités sont moins touchés par la pauvreté (9,5% d'entre eux) que les jeunes âgés de 18 à 29 ans (19 %). *Svitlana - stock.adobe.com*

Le bonheur des uns suscite l'aigreur des autres. L'annonce d'une revalorisation des pensions - de 4,9 % le 1<sup>er</sup> novembre pour les retraites complémentaires Agirc-Arrco, puis de 5,2 % à compter du 1<sup>er</sup> janvier 2024 pour la retraite de la Sécurité sociale - ne fait pas que des heureux. Censées rattraper avec retard l'inflation passée (les 5,2 % de hausse des prix de l'année 2022), ces augmentations ont été accueillies par une volée de bois vert. Non pas dans les rangs des syndicats, plutôt satisfaits, mais chez de nombreux économistes et autres experts de la chose publique. Ils stigmatisent le traitement de faveur accordé aux inactifs: pourquoi permettre aux retraités l'indexation que l'on refuse aux salariés, sauf pour le smic?

«La hausse des retraites, une aberration économique et sociale», accuse une tribune collective publiée dans *Les Échos* du 5 octobre par un quarteron de jeunes économistes (Guillaume Bazot, Sylvain Catherine, Antoine Levy, Maxime Sbaihi, Erwann Tison). Le même jour, et dans *Le Figaro*, Hakim El Karoui, auteur d'un livre sur «La lutte des âges» et plume de Jean-Pierre Raffarin à Matignon, est tout aussi vindicatif vis-à-vis des «vieux», titrant son analyse: «Europe, dette, retraites: comment les «boomeurs» ont façonné la France d'aujourd'hui» (à leur seul profit).

Plus inattendu, le groupe parlementaire Horizons (le parti d'Édouard Philippe, partisan par ailleurs de la retraite à 67 ans) propose de n'augmenter que de 4,8 % les pensions les plus élevées. Ce qui constituerait, selon ces députés, «une contribution de solidarité intergénérationnelle».

En décidant de relever de 5,2 % la pension de base, le gouvernement d'Élisabeth Borne ne fait pourtant que se conformer à la loi qui édicte une telle indexation (pas toujours respectée ces dix dernières années!). Quant à l'Agirc-Arrco, il s'agit, chacun sait, d'un dispositif «à points», géré par les partenaires sociaux. Ces derniers valorisent le point en fonction de l'argent dans la caisse, laquelle est alimentée par les cotisations des salariés en emploi selon le principe de base du système «par répartition».

### Guerre des générations

Loin d'être considérées comme de simples applications de la loi et d'un mode de fonctionnement contractuel (pour les complémentaires), de telles revalorisations sont jugées inopportunes par ces experts, qui se veulent ni de droite ni de gauche. Ils n'en rallument pas moins la guerre des générations en se déployant sur deux fronts qu'il convient de bien distinguer.

Le premier axe consiste à comparer les revenus actuels en fonction de l'âge: *«le niveau de vie des retraités est supérieur à celui des actifs»*, tempête Hakim El Karoui, reprenant un constat bien connu du COR, le conseil d'orientation des retraites, qui se fonde sur les statistiques de l'Insee des revenus de l'année 2020. Effectivement les ressources des catégories âgées (revenu disponible après impôts directs, incluant les prestations sociales) sont supérieures à la moyenne nationale (25.700 euros l'an), tant pour les 65-74 ans (27.250 euros) que pour les 75 ans et plus (26.080 euros). **La seule classe d'âge dont les revenus dépassent ceux des retraités regroupe les 50-64 ans (29.020 euros)**. En revanche, les plus jeunes sont tous moins bien lotis, même les 40-49 ans, à la force de l'âge (25.900 euros pour chaque membre du foyer dont les enfants).

## La consommation a triplé

De même les retraités sont moins touchés par la pauvreté (9,5 % d'entre eux) que la moyenne, le seuil de pauvreté se définissant par des ressources inférieures à 60 % du revenu médian de la population du pays. Selon l'Insee, 14,6 % des Français vivent en deçà de ce seuil, 9,2 millions de personnes. **Le temps n'est plus où Pierre Laroque, le père fondateur de la Sécurité sociale, pouvait s'alarmer: «Aujourd'hui (1962, NDLR), vieillesse est synonyme de pauvreté.»** En 2023, c'est plutôt la jeunesse: **19 % des 18-29 ans sont catalogués «pauvres», conséquence de leur inactivité (un sur cinq des 25-29 ans n'est «ni en emploi, ni en études, ni en formation»)**.

Telle est la photographie actuelle des niveaux de vie sur laquelle **cohabitent au moins quatre générations**, selon la typologie des démographes américains pour l'Occident: **les «baby-boomeurs», les classes nombreuses nées entre 1946 et 1964, la génération X**, du reflux des naissances (1965-1979), **les millenials**, qui ont eu 20 ans à partir de 2000 (génération Y), et **la génération Z**, née après 2000, avec internet dans le berceau (les wokes?).

Et voilà **la vraie question** : au-delà du «cycle de vie», qui fait qu'on gagne habituellement plus avec l'âge, **ces quatre générations sont-elles foncièrement inégales dans leurs destins respectifs? Non**, estime l'économiste démographe Hippolyte d'Albis, qui a passé au peigne fin l'ensemble des cohortes nées entre 1901 et 1979. **Chaque génération a disposé d'un revenu supérieur à la précédente du fait de la croissance économique**, même ralentie (la consommation a triplé depuis 1960): **la cohorte née en 1946 a bénéficié d'un niveau de vie supérieur de 40 % à la cohorte 1926 et inférieure de 20 % à la cohorte 1976.**

## Image de «coq en pâte»

Les «boomeurs» n'en gardent pas moins une image de «coq en pâte»: ils n'ont pas connu le chômage à leur entrée dans la vie active, ont bénéficié des décennies de désinflation, acheté un logement à bon compte pour leur retraite... Et pourtant, depuis le choc pétrolier de 1973, on ne cesse de se lamenter, on vivrait une crise permanente protéiforme. À chaque génération ses défis, la transition énergétique et la révolution numérique aujourd'hui. **En fait, les inégalités sont plus intra - qu'intergénérationnelles: 32,5 % des familles monoparentales vivent sous le seuil de pauvreté et donc un enfant de moins de 18 ans sur cinq.**

5 novembre (FAZ)

[Die Linken sind in der Krise, aber geben trotzdem den Ton an \(faz.net\)](#)

KULTURELLE HEGEMONIE:

## Links in der Krise

EIN KOMMENTAR VON [JASPER VON ALTENBOCKUM](#)

-AKTUALISIERT AM 05.11.2023-12:41



Eine Frau legt eine rote Nelke zu den anderen Nelken an der Gedenkstätte der Sozialisten im Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde. Bild: dpa

**Eine Niederlage reiht sich an die andere. Aber die Linken geben trotzdem immer noch den Ton an: in den Medien, in der Politik, in der Literatur.**

**Das Dilemma des Konservatismus** wird gemeinhin damit umschrieben, dass er reagiert, nicht agiert, und das meist vergeblich. Denn wer bewahren will, stemmt sich gegen Veränderungen, die mitreißen, was es wert wäre, erhalten zu bleiben. **Konservative gelten deshalb vielen als die ewigen Verlierer der Geschichte. Die Linke hingegen, die sich gern mit dem Fortschritt identifiziert, scheint das Tempo vorzugeben, unaufhaltsam und stets überlegen.**

**Dass das nicht so stimmt, belegen die vergangenen Jahrzehnte. Aus heutiger Sicht reiht sich in dieser Zeit eine Niederlage nach der anderen – und zwar der Linken. In der Sicherheits-, Deutschland-, Sozial- und in der Migrationspolitik sind Ideen und Konzepte der Linken grandios gescheitert.**

Von der Nachrüstungsdebatte bis in die Russlandpolitik der Gegenwart lässt sich **eine Kontinuität illusorischer Friedenspolitik** ziehen. Die **Wiedervereinigung fand gegen den Widerstand der Linken statt**. Die Sozialpolitik scheiterte an den Grenzen ihres Wachstums und spaltete ihren wichtigsten linken Fürsprecher, die Sozialdemokratie.

### Die größte Niederlage in der Migrationspolitik

**In der Migrationspolitik spielt sich derzeit die vielleicht folgenschwerste Niederlage ab.** Aus Sicht der politischen Linken war und ist Migration der Gegenentwurf zum Nationalismus. Erst mussten dann aber multikulturelle Träume korrigiert, schließlich der Wert nationaler Grenzen anerkannt werden. **Die Vision einer „bunten“ Einwanderungsgesellschaft endet derzeit im Abwehrkampf gegen die Wiederkehr ebenjenes Nationalismus, der längst überwunden schien.**

Das korrespondiert mit dem Aufschwung von rechtsextremistischem Gedankengut, der allen Bemühungen Hohn spricht, aus der Vergangenheit zu lernen. Auch darin steckt eine Niederlage der Linken.

Nun droht ihr auch noch das Nachsehen in ihrem jüngsten Projekt, der gesellschaftspolitischen Umwidmung von Klima- und Energiepolitik. **Dass die deutsche Gesellschaft sich via erneuerbarer Energien vom Kapitalismus verabschiedet und in der Kreislaufwirtschaft eines großen Bürgerwindparks das Ende der Geschichte feiert, ist eine linke Traumvorstellung.**

Die Regierung, die sich den Durchbruch dafür auf die Fahnen geschrieben hatte, steht vor einem Scherbenhaufen. Selten wurden so viele fossile Heizungen in so kurzer Zeit installiert. Der Atomausstieg hat sich als Irrtum herausgestellt. **Deutschland ist nicht Vorbild, sondern Schreck.**

Debattenkultur im permanenten Moralmodus

Angesichts dieser Kette des Missgeschicks ist es **verwunderlich**, dass sich in derselben Zeit der Eindruck auf der Rechten wie der Linken festgesetzt hat, die kulturelle Hegemonie sei entschieden – zugunsten der Linken. **Sie gibt den Ton an, in den Medien, in der Politik, in der Literatur.**

Zeichen dieser Dominanz ist **eine Debattenkultur im permanenten Moralmodus, die jeden Ansatz von Realismus als zynisch bekämpft.** Die gefühlte Vorherrschaft geht so weit, dass die Linke nun ihrerseits, weil sie ihre Stellung behaupten muss, konservative Anwandlungen hat. Sie steht auf der Bremse, besonders in der Migrationspolitik.

Wie bedroht und herausgefordert sich die Linke sieht, ist an **ungewöhnlichen Abwehrreflexen** zu erkennen. **Manche „Kulturkämpfe“ will sie gar nicht geführt haben – es sind die Konservativen, die das ständig tun!**

**Dass es mit der Hegemonie nicht weit her ist, zeigt das fortwährende Beben in der politischen Landschaft.** Auf Landesebene erreichen SPD und Grüne zusammen gerade einmal die Liga der CDU. In Ostdeutschland reicht es dazu nicht einmal unter Einschluss der FDP.

Das Trauma heißt: neoliberal

Die Linkspartei verschwindet im Westen, schrumpft im Osten und könnte demnächst eine neue schillernde Konkurrenz bekommen, die das linke Spektrum weiter zerfasert. **Im Aufwind der AfD manifestiert sich das Paradox, dass gefühlte Hegemonie und tatsächliche Stimmung im Land nicht mehr viel miteinander zu tun haben.**

Im Bundestag regiert insofern eine Mehrheit, die nicht von ungefähr mit dem Vorwurf der Bevormundung zu kämpfen hat. **Die Ampelkoalition ist im Grunde eine Minderheitsregierung, der die FDP-Fraktion widerwillig zur Mehrheit verhilft.** Linkssein hieß ehemals, Mehrheiten durch die Dividende des Fortschritts zu überzeugen. Krieg, Sparzwänge und ein ausufernder Sozialstaat erinnern nun aber an Zeiten, da die Linke mit ihrem Latein am Ende war. Das Trauma wirkt bis heute im **Codewort für alles Böse** nach: **neoliberal.**

Versuche, sich daraus zu befreien, verführten linke Politiker zu neuen gesinnungsethischen Abenteuern. Die Linkspartei hat dadurch den Anschluss schon verpasst. **Auch Grüne und SPD drohen von Kräften überrollt zu werden, die nicht eine Vision, wohl aber eine realistische Vorstellung davon haben, was die Mehrheit bewegt.**

**Vorerst verfällt die Linke aber in ihren alten Fehler, zu glauben, sie wisse es besser.** Linkssein zwingt auf diese Weise dazu, das zu tun, was angeblich Konservativen vorbehalten ist: reagieren, und zwar mitunter recht verboht. Agieren tun andere.

5 novembre (The Economist)

[Is a two-state solution possible after the Gaza war? \(economist.com\)](#)

The day after

## Is a two-state solution possible after the Gaza war?

Joe Biden is calling for a new peace process



The city that dreams of peaceimage: getty images

Nov 1st 2023 | JERUSALEM

In trying to plan for the future, world leaders are looking to the past. “When this crisis is over, there has to be a vision of what comes next, and in our view it has to be a two-state solution,” said Joe Biden, [America's](#) president, in one of his many public statements about the nearly month-long war in Gaza. Rishi Sunak, the British prime minister, has made similar comments; so has Emmanuel Macron, the French president. An emergency meeting of the Arab League last month ended with a call for “serious negotiations” towards a two-state solution.

When Israel left [Gaza](#) in 2005, uprooting some 8,000 Jewish settlers from a territory it had controlled since 1967, no one knew quite what to make of the decision. Some hoped that Israel’s willingness to cede occupied territory would be a trend, a step towards a final settlement with the Palestinians. Others saw a canny ploy: relinquishing control of Gaza might help Israel entrench its control of the West Bank. The latter view turned out to be correct.

Similar confusion has emerged since October 7th, when Israel began planning a [ground invasion of Gaza](#) after Hamas, the militant Islamist group that controls the territory, massacred 1,400 Israelis. Palestinians fear the war will lead to a second *naqba* (“catastrophe”), referring to the mass displacement that accompanied Israel’s birth in 1948. Far-right Israeli ministers hope it will offer a chance to reassert control over Gaza and rebuild the dismantled Jewish settlements. A few hopeful sorts, among them Mr Biden, hope it will provide a chance to revive the comatose Israeli-Palestinian peace process.

For now, that is a far-off dream: Israeli generals expect months of fighting. But both they and many foreign powers hope eventually to transfer control of Gaza to the Palestinian Authority (pa), which governs parts of the West Bank, probably with a peacekeeping force brought in to help the transition. And they doubt that Mahmoud Abbas, the Palestinian president, would return to Gaza without a guarantee of meaningful talks about Palestinian statehood.

Any plan for the “day after” in Gaza, in other words, needs to consider the possibility of a two-state solution. The broad outline has not changed much for decades. A Palestinian state would be formed in Gaza and the West Bank; Israel would swap chunks of its territory for portions of the West Bank where it has built large settlements. Jerusalem would be divided, with some sort of joint control over the old city.

A small number of Palestinian refugees could return to Israel, while the rest would settle in either Palestine or their present homes elsewhere. Israel would expect a Palestinian state to be demilitarised.

After two decades of serious talks—from the hopeful era of the Oslo accords in the early 1990s, through a desultory attempt under Barack Obama—the peace process ground to a halt in 2014. There have been no serious negotiations since.

Negotiators cannot quite pick up where they left off. At the end of 2021 there were 465,400 Israeli settlers living in the West Bank, up from 116,300 when the Oslo accords were signed in 1993. They are a growing obstacle to peace. Most are concentrated in areas that would probably be ceded to Israel in an agreement, but their political clout (they would oppose surrendering even land that they do not live on) has increased along with their population.

### Context is everything

The regional picture is also more complicated. In 2002 the Arab League endorsed a Saudi proposal that promised Israel normal relations with Arab countries after a two-state solution: by ending its conflict with the Palestinians, Israel could end all its regional conflicts. The Arab Peace Initiative was meant to be a powerful inducement. Israel might be more willing to take its boot off the Palestinians if it felt that other threats would then dissipate.

But the region has changed since 2002. Some militias, from [Hizbullah](#) in Lebanon to the Houthis in Yemen, are now more powerful than the states they call home. It would not suffice for Arab governments to end their conflicts with Israel: non-state actors would have to agree to do so as well.

Other things could be easier. A two-state solution would be costly. Even before the war, the Palestinians would have expected help to rehabilitate Gaza; the bill will be much higher now. At the failed Camp David summit in 2000 negotiators discussed a \$30bn fund to compensate Palestinian refugees for lost property. Gulf states such as Saudi Arabia and the United Arab Emirates (uae), which have boosted ties with Israel in recent years, might be more willing to stump up the cash to show they have not abandoned the Palestinians.

The biggest problem, however, remains not the details of a solution but the political will to negotiate and implement one. There will be no serious peace process with [Binyamin Netanyahu's](#) coalition of far-right and religious politicians. That coalition is unlikely to survive long after the Gaza war, and Mr Netanyahu's opponents hope that the next government will be more amenable to talks with the Palestinians. "We learned a lesson that we need to separate from them in a good way," says one centrist Israeli lawmaker. "It's time to start that discussion." But Israeli politicians from the centre and left have avoided the issue in public for more than a decade.

On the Palestinian side, Hamas has always been eager to play spoiler. Its first suicide-bombings in the 1990s helped to scuttle the Oslo process, and the carnage it wrought during the second *intifada* ("uprising") from 2000 to 2005 turned a generation of Israelis against the idea of compromise. Perhaps Hamas will fade away after the war in Gaza—but another group could take its place.

Ordinary people on both sides have lost faith in the two-state solution. A poll in September 2022 by the Israel Democracy Institute, a non-partisan think-tank, found that only 32% of Israeli Jews would support one, down from 47% five years earlier. Israeli Arabs, who make up one-fifth of the population, still endorsed the idea, although their support has also dropped, from 87% in 2017 to 71% in 2022. A plurality of Israeli Jews preferred the status quo.

Support has plummeted even further among [Palestinians](#). A survey in June 2023 by the Palestinian Centre for Policy and Survey Research found that just 28% still support a two-state solution. Some 53% of them backed the idea ten years ago, though just 39% thought it feasible.

Optimists hope that these results are squishy: people are unlikely to support something they think impossible. A meaningful peace process could push the poll numbers back up. “I don’t think our people would reject a chance to end the occupation,” says one former Palestinian minister. But the events of recent weeks could just as well harden both sides against the idea of compromise.

As ever in Israel, some of the strongest supporters of ending the occupation are the men tasked with running it. In the wake of the Hamas attack, few Israelis are talking publicly about the two-state solution—or any other solution for the conflict. But defence officials are discussing it in closed rooms. That is partly because the desired end state of the war will shape the war itself and because the Netanyahu government is incapable of holding a serious debate on Israel’s long-term strategy.

Then there is the question of who will play mediator. Though Russia and China both aspire to a role in Middle East peacemaking, neither has much leverage or credibility to assume it. The European Union could position itself as an honest broker but it is not taken seriously.

That leaves America. Mr Biden spent the first three years of his presidency trying to ignore the conflict. He will have other things on his mind in 2024—and neither Israelis nor Palestinians are likely to embark on a peace process with a president who could soon be turfed out. If Mr Biden wins in 2024, he could try to lead efforts.

Donald Trump would be another story. In January 2020, after years of trailing a supposedly serious peace plan devised by Jared Kushner, his son-in-law, he finally unveiled it. The plan, almost laughably biased in favour of Israel, was dead on arrival. It would have given the Palestinians just 75% of the occupied West Bank, in three cantons linked by highways. Israel would have kept the Jordan valley, the breadbasket of the territory, and compensated the Palestinians for their loss by ceding a few patches of barren desert in the Negev. Palestine’s capital would have been limited to a few destitute suburbs of east Jerusalem. The Palestinians, unsurprisingly, refused even to discuss the proposal.



5 novembre (The Economist)

[The Gaza war could help set speech free again \(economist.com\)](https://www.economist.com/lexington/2023/11/05/the-gaza-war-could-help-set-speech-free-again)

Lexington

## The Gaza war could help set speech free again

Campus protesters for Palestine are lowering the bar for “hate speech”



image: kal

Nov 2nd 2023

It's always seemed a bit self-sabotaging: The leftist ideology rippling out from American college campuses this century has on the one hand favoured restricting speech, yet on the other posited that the implacable forces of capitalism and white privilege entrench right-wing power. Whose speech did these ideologues imagine would wind up getting suppressed?

This tension has not surfaced often on college campuses, at least not at the most exclusive schools. There, the forces of capitalism and white privilege—if not of tolerance and curiosity—were mostly routed. A dwindling minority of faculty members, as few as a tenth, identify as conservative. **Administrators, whose ranks have ballooned and who oversee the “bias-response teams” that police speech, are even more likely to identify with the left.**

Yet off campus, the forces of reaction began responding with strikingly symmetrical concerns about speech: conservative governors and legislatures across America have embraced the theory that certain ideas are too dangerous for all minds and certain views are too hurtful for particular ears. Bills proposed in states such as Texas seek to protect children from material that might cause “discomfort, guilt, anguish, or any other form of psychological distress on account of his or her race or sex”. But rather than aiming to safeguard the feelings of people from historically marginalised groups, such bills are meant to protect white children from the very ideas the left wants to promulgate.

**Now a hard yet potentially constructive moment in America’s battle over speech has arrived. On prestigious campuses, the war in Gaza has shaken the prevailing power relationships, for the moment.** Students attacking Israel for its response to the terrorism of Hamas have come under withering criticism, and worse: some have seen job offers rescinded or had their names and photos flashed on billboards paraded by trucks around their campuses.

**Some right-leaning advocates of free speech are relishing the spectacle. For years, leading lights of the left insisted there was no such thing as a glibly censorious “cancel culture”. They liked to speak instead of an “accountability culture”, or a “culture of consequence” that justly punished offensive speakers. Now, as the cancellers wring their hands about being cancelled, Schadenfreude hangs heavy in the air.**

Rather than try to punish or silence students, a wiser choice would be to pocket the permissive standard they are setting, for when the bias response team next comes knocking. **A recent Harvard/Harris poll showed 51% of Americans between 18 and 24 believed Hamas's rampage could be "justified" by Palestinians' grievances. Still, some may not realise, when they chant for a Palestine "from the river to the sea", that they are advocating ethnic cleansing.** But that is the message received by many Jews and others, and an argument of leftists uneasy with debate has been that the impact on the listener, rather than the intent of the speaker, should guide judgment of offensiveness. By that measure alone, it should be harder now for those sympathetic to pro-Palestine students to argue that any "hate speech" is off limits. University presidents are in effect embracing this standard by defending the right of these protesters to speak up. (They seem unlikely to advance the foul position that Jews are "white" and thus un-offendable.)

**Some presidents are in trouble over their own speech. Donors to Harvard and the University of Pennsylvania have closed their chequebooks because they thought the presidents temporised on antisemitism. Again, this could prove constructive: after years of taking positions on matters of moment—positions that happily aligned with those of staff and students—leaders may acquire an appreciation for promoting debate rather than prejudging it.**

**"My hope is that the rediscovery of freedom of speech, and the discovery of political neutrality or political restraint—not commenting on every event of the day—will be something schools adopt, and they'll stick with it,"** says Greg Lukianoff, co-author of a new book, **"The Cancellation of the American Mind"**. **"My fear is that this will be just like 9/11."** **Mr Lukianoff, who is president of the Foundation for Individual Rights and Expression,** a non-profit organisation, says that after the attacks by al-Qaeda universities rallied around professors vilified for criticising America. "When the threat is perceived as coming from off campus, they always rediscover freedom of speech and circle the wagons," he says. **"The test is going to be if they still feel that way when the threat comes from on campus, when it's students demanding a professor be fired."**

What Dartmouth can teach

**Amid the uproar—because of the uproar—there are signs of hope.** Despite some vile acts, protests have generally been peaceful, even when students with opposed positions have gathered near one another. Faculty views have not been homogeneous. Not all speech has taken the form of shouting, and there have even been instances reported of listening. Within hours of the Hamas massacre, professors at Dartmouth from Israel, Lebanon and Egypt decided to jointly host two public forums on the crisis, according to the *Forward*, a Jewish publication. They expected a dozen or so but drew hundreds; searching questions were asked.

At the second session, Susannah Heschel, a professor of Jewish Studies, observed that scholars learn "never to be satisfied with a simple narrative". **A fellow panellist, Ezzedine Fishere, an Egyptian novelist and former diplomat, then suggested the members of the audience ask themselves, "Are you trying to understand what is happening, or are you trying to find someone to blame?"** People had a right to be indignant, he continued, but students also had a chance **"to understand the complexity, which is often unpleasant because we come across things that we don't like"**.

**"You don't have to go to an Ivy League university in order to be indignant,"** he continued in the same kindly yet firm tone. **"The opportunity you have here is to learn."**

5 novembre (NYT)

[Opinion | In the West Bank, Losing Hope and Freedom - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

OPINION

NICHOLAS KRISTOF

## Losing Hope in the West Bank



A view of an Israeli settlement from an abandoned West Bank checkpoint. Credit...William Keo for The New York Times

By [Nicholas Kristof](#)

Photographs by William Keo

Opinion Columnist, reporting from the West Bank

Nov. 4, 2023

When I was a law student backpacking through the Middle East in 1982, I met two Palestinian university students on a local bus in the West Bank. We got to chatting and they invited me to their homes, so I jumped off the bus and spent a day with them in the jumbled alleys of the densely populated [Dheisheh Refugee Camp](#).

We had a good time together, for they told me about their Arabic studies at Bethlehem University, and I was then hatching a scheme to study Arabic myself in Cairo. We were all excited by education and full of youth and dreams. I wrote their names in my address book, but we never made contact again — until now.

After 41 years, I dug up my old address book and found their names. I wondered: Are they still alive? Have they moved abroad? At this grim moment, what do they think of Israel, Hamas and America?

With the help of a local reporter who called around at the Dheisheh camp, I was able to locate them: Saleh Molhem, now 63 and graying, and Mahmoud Qaraqei, now 60. One reason it was possible to track them down is that Palestinian refugees aren't very mobile. Both were still living in the same refugee camp. They remembered me and invited me to pay another visit.



Saleh Molhem and Mahmoud Qaraqei. Credit... William Keo for The New York Times

It was wonderful to see them again, but our reunion was also a window into Palestinian frustrations: The world has changed so much in four decades, but while I've traveled the world and had a fulfilling career, they remain stateless, stuck in a refugee camp and fearful of Israeli settlers and soldiers. Worse, they have much less freedom today than when I met them in 1982.

Back then, they could travel easily around Israel and find work there; on a weekend they could relax on Israeli beaches. "I used to drive to Tel Aviv for the day," Mahmoud told me.

Now they live under a stifling system of checkpoints and passes that make travel difficult even within the West Bank, and the Oct. 7 Hamas terror attack has made everything worse. Because of road closings by the Israeli authorities, I couldn't even get to their homes. We ended up meeting at a Bethlehem restaurant, but to get there I had to leave my Israeli car at a blocked road, clamber over a berm constructed by Israel and then catch a Palestinian taxi.

"I cannot go anywhere," Mahmoud told me. "I want to go to a doctor in Hebron," also in the West Bank, but he said that's now not possible because of road blockages.



A checkpoint at the West Bank wall, where a man sells grilled meats to people spending the day trying to pass through. Credit... William Keo for The New York Times

Israelis say that if Palestinians have less freedom, that's their own fault. They [note](#) that it was a rash of suicide bombings by Palestinians that led to the creation of barriers and checkpoints, here and in Gaza.

When I first met them, Saleh and Mahmoud were full of lofty goals for travel and careers; they seemed optimistic. Now they are embittered and quick to believe the worst of Israel.

"The only good Palestinian is a dead Palestinian," Saleh said, describing his take on Israeli attitudes.

Both had hoped to attend graduate school abroad — Saleh wanted to earn a Ph.D. in Arabic studies in Egypt, and Mahmoud hoped to earn a master’s in Spanish in Spain — but they say an Israeli crackdown made that impossible and their chances slipped away.

They both became West Bank secondary school teachers, but each said he was fired many years ago by Israeli authorities. Mahmoud said that Israeli officials dismissed him after he was jailed for 18 days for breaking curfew many years ago. Saleh said he was never arrested but was dismissed by Israeli officials for failing to keep students from throwing rocks at Israeli forces. They later found teaching jobs at United Nations-run schools for Palestinian refugees, and both are now retired.

I can’t verify their accounts, and Israel’s version may be different. The Middle East is full of alternative narratives, each real to those inhabiting it, and Israel’s is focused on threats from Palestinians.

Image



A refugee camp in Ramallah in the West Bank. Credit...William Keo for The New York Times

Gaza dominates the news these days, but at least 132 Palestinians have been killed in the West Bank since the Oct. 7 Hamas attack, including 41 children, the United Nations [says](#), along with one Israeli soldier killed by Palestinians. More than 900 Palestinians have been forced from their homes in that period.

These are longstanding problems, but they have [gotten worse](#) over the past few years and especially in the past few weeks.

“Settlers have been exploiting this war to violently expel shepherding communities,” said Rabbi Arik Ascherman, a human-rights activist in Israel. The United Nations [said](#) recently that there had been an average of seven settler attacks on West Bank Palestinians a day since Oct. 7, often with guns and frequently with the support of Israeli security forces.

When I’ve spoken to settlers in the past, they’ve argued that they are just protecting themselves from Palestinians and that in any case, God gave them the entire area. “This is the deed to our land,” Israel’s ambassador to the United Nations [told](#) fellow envoys in 2019, holding up a Bible and referring to the West Bank as well as Israel.

It was good to see President Biden on Oct. 25 denouncing “extremist settlers attacking Palestinians in the West Bank.” Settlers “have to be held accountable,” he [said](#). “And it has to stop now.”

Image



A Palestinian resident of Ramallah, in the West Bank, uses his garden to house a collection of munitions he said have been thrown at him and his neighbors. Credit... William Keo for The New York Times

Jessica Montell, who runs a human-rights group called HaMoked, said that there has also been a wave of arrests of West Bank Palestinians in the past few weeks.

One reason Palestinians feel threatened is that Israel's security minister, Itamar Ben-Gvir, is a [far-right figure](#) who was once convicted in an Israeli court of [supporting an Israeli terrorist](#) group and more recently displayed a portrait in his home of an extremist who murdered 29 Palestinians.

"It's not hyperbole to say the Israeli equivalent of the K.K.K. are sitting in this government," Montell said.

Perhaps for that reason, Saleh and Mahmoud were nervous about meeting me and cautious about what they said — a far cry from the way they had spoken freely when I first met them. They also asked not to have their faces photographed.

I asked if Israeli repression accounted for the increase in Hamas flags visible in the West Bank. They didn't want to talk about that at all.

When the conversation did touch on politics, we frustrated each other. They were certain that the explosion at Gaza's Al-Ahli Arab Hospital was a deliberate attack by Israel. Based on my own reporting, I tend to believe the U.S. intelligence assessment that the airstrike was not Israeli.  
Image



The view of a refugee camp from a grocery store and carwash in Ramallah. Credit... William Keo for The New York Times

The conversation became more tense when we got to the Hamas attack of Oct. 7. “People were happy all over the Arab world, not because of the killings and bloodshed, but because it was the first time the Gazans could achieve their dream” of leaving Gaza, Saleh said.

I pushed back and noted how brutal the Hamas terrorism had been and how many Israeli civilians had been killed or kidnapped. Saleh and Mahmoud said that they mourned the Israeli deaths, but wondered why the world wasn’t equally outraged that Palestinians have been killed in cumulatively greater numbers. They were disappointed by my focus on the Hamas barbarism, and I was disappointed by their reluctance to unequivocally condemn those attacks.

Mahmoud broke the mutual frustration. “We don’t hate anyone,” he said. “Jews, Christians, Buddhists, we don’t hate anyone, we are only seeking freedom to live our lives.”

They seemed to be trying to make me understand. “We are not troublemakers,” Saleh said. “We just want to live freely like everyone else in the world.”

Image



A refugee camp in Ramallah. Credit... William Keo for The New York Times

I asked whether the West Bank was at risk of exploding in anger at the killings in Gaza. The question worried them, but Saleh said, “People are suffocating, and because of that they go out to express their feelings.” He pointed to the soft drink in front of him. “It’s like this,” he said. “You shake it, and it will explode.”

After lunch, we said our goodbyes. I joked about meeting in another 41 years. They said darkly that they weren’t sure that they would survive even another few hours. There was a heavy silence.

We parted, all of us less spry than we had been the first time. They were fairly ordinary Palestinian men who had mostly kept their heads down; they had avoided politics and had not lost family members to the conflict. But they had lost freedom and dignity. There are untold numbers just like them who never make the headlines but are stewing inside.

I remembered two young men full of promise and warmth, animated by hope and inhabiting a world in which Israelis and Palestinians interacted regularly and didn’t much fear each other. It is wrenching to see such change. As Saleh and Mahmoud became dads and grandfathers, they were shorn of a future, of vitality, of hope.

And that, I think, is the core of the Palestinian problem.

**Nicholas Kristof joined The New York Times in 1984 and has been a columnist since 2001. He has won two Pulitzer Prizes, for his coverage of China and of the genocide in Darfur.**

5 novembre (NYT)

[Obama Urges Americans to Take in 'Whole Truth' of Israel-Gaza War - The New York Times \(nytimes.com\)](https://www.nytimes.com)

## Obama Urges Americans to Take in 'Whole Truth' of Israel-Gaza War

The former president said everyone was “complicit to some degree” in the current bloodshed and acknowledged the points of view on both sides of the conflict.



“What Hamas did was horrific, and there’s no justification for it,” former President Barack Obama said on Friday. “And what is also true is that the occupation and what’s happening to Palestinians is unbearable.” Credit...Nicole Craine for The New York Times

By [Lisa Lerer](#)

• Nov. 4, 2023

Barack Obama offered a complex analysis of the conflict between Israel and Gaza, telling thousands of former aides that they were all “complicit to some degree” in the current bloodshed.

“I look at this, and I think back, ‘What could I have done during my presidency to move this forward, as hard as I tried?’” he said in an interview conducted by his former staffers for their podcast, Pod Save America. “But there’s a part of me that’s still saying, ‘Well, was there something else I could have done?’”

Mr. Obama entered the White House convinced he could be the president who would resolve the decades-old conflict between Israelis and Palestinians. He left office after years of [friction and mistrust](#) with Prime Minister [Benjamin Netanyahu](#) of Israel, who was frustrated by the president’s masterminding of the Iran nuclear deal and by his demands that Israel suspend new settlements.

In his comments on Friday, delivered at a gathering of his former staff in Chicago, Mr. Obama acknowledged the strong emotions the war had raised, saying that “this is century-old stuff that’s coming to the fore.” He blamed social media for amplifying the divisions and reducing a thorny international dispute to what he viewed as sloganeering.

Yet he urged his former aides to “take in the whole truth,” seemingly attempting to strike a balance between the killings on both sides.

“What Hamas did was horrific, and there’s no justification for it,” Mr. Obama said. “And what is also true is that the occupation and what’s happening to Palestinians is unbearable.”

He continued: “And what is also true is that there is a history of the Jewish people that may be dismissed unless your grandparents or your great-grandparents, or your uncle or your aunt tell you stories about the madness of antisemitism. And what is true is that there are people right now who are dying, who have nothing to do with what Hamas did.”



Still, Mr. Obama appeared to acknowledge the limits of his musings about bridging divides and embracing complexity.

“Even what I just said, which sounds very persuasive, still doesn’t answer the fact of, all right, how do we prevent kids from being killed today?” he said. “But the problem is that if you are dug in on that, well, the other side is dug in remembering the videos that Hamas took or what they did on the 7th, and they’re dug in, too, which means we will not stop those kids from dying.”

[Lisa Lerer](#) is a national political correspondent, covering campaigns, elections and political power. [More about Lisa Lerer](#)

5 novembre (The Guardian)

[The Observer view on the war in Ukraine: the west can't afford to forget about it | Observer editorial | The Guardian](#)

## The Observer view on the war in Ukraine: the west can't afford to forget about it

### Observer editorial

Volodymyr Zelenskyy is in dire need of support as his counteroffensive against Russia stalls and the risk of stalemate looms



President Volodymyr Zelenskyy visits an artillery training centre at an undisclosed location in Ukraine. Photograph: Ukrainian Presidential Press Service/Reuters

Sat 4 Nov 2023 20.17 CET

Recent events in the Middle East have drawn international political and media attention away from the war in Ukraine at what looks like a critical juncture. This is understandable but nonetheless alarming. The principal beneficiary of this loss of focus is Russia's president, Vladimir Putin, who ordered an illegal, unprovoked full-scale invasion in February last year that has caused more than [27,000 civilian casualties](#) and appalling destruction. The UN believes that the true casualty figure is "considerably higher". Putin has been [accused of war crimes](#) by the international criminal court.

Ukraine's president, [Volodymyr Zelenskyy](#), and his western backers were optimistic earlier this year that Russian ground forces, badly led and often poorly equipped, could be ejected from occupied territory in eastern and southern Ukraine. But a much anticipated counteroffensive, using tanks, missiles and other modern weapons supplied by Nato states, was delayed. When it finally began five months ago, progress was disappointing, obstructed by minefields and entrenched Russian defences. There was no breakthrough.

In published remarks last week, Gen Valerii Zaluzhnyi, Ukraine's commander in chief, candidly [admitted that the counteroffensive had stalled](#). The war was heading for stalemate, he said, warning that a protracted, attritional conflict would favour Russia with its greater resources and manpower. More and better western weapons, including combat aircraft and drones, were needed if Ukraine was to regain the initiative. "We have reached the level of technology that puts us into a stalemate ... There will most likely be no deep and beautiful breakthrough," he said.

Ukrainian troops continue to fight with extraordinary courage and valour, but they risk exhaustion as a second winter of fighting looms. Estimates suggest that Moscow's forces have sustained huge losses in recent battles. Yet it is evident that Putin and his generals care little for the lives of their young conscripts. That was a key criticism levelled by the Wagner mercenary chief, Yevgeny Prigozhin, whose temerity [cost him his life](#). Instead, Putin is intensifying drone, artillery and missile attacks. Ukraine says it faced the [biggest bombardment of the year](#) last week. One aim is to destroy Ukraine's already battered energy infrastructure as winter approaches, increasing pressure on civilians.

Officially, both sides reject suggestions of stalemate. Putin and Zelenskiy each claim advances on the battlefield. Politically speaking, they have little choice, for there is at present no prospect of meaningful peace talks. When Alexander Lukashenko, Belarus's dictator, [suggested that Russian forces were bogged down](#), he was sharply contradicted by the Kremlin. Zelenskiy, frustrated at what he calls his allies' "unrealistic expectations", worries that US and European military aid may falter without faster, tangible progress. That is certainly a problem. Citing a lack of results and falling public support, rightwing Republicans in the US Congress last week effectively blocked a new aid package requested by President Joe Biden.

That is not the end of the story. The White House, backed by Senate Democrats, is determined to keep faith with Ukraine – for reasons beyond the immediate conflict. Lloyd Austin, the US defence secretary, was clear. "I can guarantee that without our support Putin will be successful," he told the Senate – and such an outcome would imperil Russia's other neighbours. Making Austin's point for him, Dmitry Medvedev, a former president and vociferous Putin stooge, warned Nato member Poland last week that Moscow viewed it as a "dangerous enemy" whose backing for Ukraine was risking "[the death of Polish statehood](#)".

With Putin apparently intent on "victory", whatever that means and whatever the cost, now is not the moment for the west to waver in its support for [Ukraine](#).

5 novembre ([The Guardian](#))

[Germany's bond with Israel has been admirable – but it is becoming a straitjacket | John Kampfner | The Guardian](#)

## Germany's bond with Israel has been admirable – but it is becoming a straitjacket

As the relationship is tested by the Israel-Hamas war, it's clear a more flexible dynamic is needed to help secure a lasting peace



A rally in solidarity with Israel in Munich, Germany, 29 October 2023. Photograph: Lukas Barth/AP

[John Kampfner](#)

Sat 4 Nov 2023 09.00 CET

With Gaza bombarded, with thousands dead and its infrastructure largely in ruins, is it ever acceptable for a German to criticise [Israel](#)? Almost the entire German political establishment and most of those in public life apparently think not.

Since 7 October, the day Hamas fighters inflicted carnage on a music festival and on kibbutzim inside Israel, all the main parties – the three making up the government, plus the Conservative CDU opposition and even the far-right AfD – have spoken with one voice, in solidarity with Israel. It is not lost on Germans that more Jews were killed on that one day than on any single day since the defeat of the Third Reich.

“I thought that after the Holocaust, after the extermination of 6 million Jews, we might have learned from history,” wrote Mathias Döpfner, CEO of the company that [owns the tabloid Bild](#), and one of the most influential people in the land. In a [comment piece](#) for last Sunday's Bild, entitled Not Again!, Döpfner wrote that two Jewish members of his staff had gone abroad because they didn't feel safe, while another, with a Jewish wife, had expressed his desire to take his child out of nursery school. Döpfner criticised the UN secretary general, António Guterres, and Greta Thunberg's Fridays for Future movement. When it comes to support for Israel, he contended, “there is no ‘yes but’”.

On Wednesday, the German vice chancellor, Robert Habeck, one of the Greens' most senior figures, [accused leftist protesters](#) of turning on Israel as part of a “great resistance narrative”. Habeck called on the police to clamp down hard, including deporting those without residence permits found guilty in the courts.

The consensus strengthened after a spate of antisemitic incidents, including the [firebombing of a synagogue](#) in central Berlin. The majority of pro-Palestinian protests have been banned – even a small Jewish protest criticising Israel's actions in Gaza was told to disperse. Even so, commentators on the right have accused the German government of going soft on these protests, while civil liberties groups have accused German police of censorship and heavy-handedness.

In [Germany](#) it is all particularly raw. Only this week, the family of Shani Louk, a 22-year-old German-Israeli woman believed to have been kidnapped by Hamas on 7 October, said her remains had been found. The

German chancellor, Olaf Scholz, was the first western leader to visit Israel after the attacks, declaring it had “every right to defend itself”. This dynamic has deep roots. Within a few years of the second world war, West German chancellor Konrad Adenauer and Israeli prime minister David Ben-Gurion had struck up a close relationship.

It reached its apogee with a [speech by Angela Merkel](#) before the Knesset in March 2008, marking the 60th anniversary of the founding of the Israeli state. She declared that support for Israel was part of the [Staatsräson](#), raison d’être, of the Federal Republic. Yet even these remarks were deemed unacceptable by some Israeli politicians, who denounced the very idea of the German language being spoken in their parliament.

With a few bumps along the way, the relationship has remained solid. Over the years, Germany has ventured exhortations to a two-state solution and a revival of the peace process. But on occasions when statements are hardened beyond that, such as criticism of the expansion of settlements in the West Bank, or the treatment of Palestinians more generally, they are invariably denounced as unacceptable.

Christoph Heusgen, a former chief foreign policy adviser and now head of the Munich Security Conference, recently defended the UN secretary general for stating that the events of the past few weeks should be seen in the context of “years of suffocating occupation” inflicted on Palestinians. Describing Guterres as a “very level-headed man”, Heusgen said in a television interview: “He was right to both condemn the Hamas action while also noting that it didn’t happen in a vacuum.” Heusgen could have chosen his words more felicitously. But he was denounced by politicians from several parties for “relativising” suffering.

Since 7 October, politicians in Berlin are more reluctant than ever to mention Benjamin Netanyahu’s record – the [corruption allegations](#), the populist clampdown on the courts and the extraordinary intelligence and security failings of the past month.

The notion of Vergangenheitsbewältigung, coming to terms with the past, is one of the great success stories of modern Germany. It provides a moral compass for state and society. But, longer term, it cannot act as a straitjacket or a stifler of difficult discussion.

The most pressing stories and debates for Europeans – from identity to economics to the environment

The next phase of the conflict should require a new dynamic, a determined diplomacy involving Israel, the US and Arab states to help find a long-term political solution to the Israeli-Palestinian impasse. The EU should make sure it is involved too. Germany, in spite of its terrible past – indeed because of it – could play a useful role. That will require sensitivity, nuance – and no little steel.

**John Kampfner’s latest book is *In Search of Berlin***

5 novembre (FAZ)

[Generation Z wünscht sich gutes Einkommen ohne zu viel Stress \(faz.net\)](#)

DIESE JUNGEN LEUTE:

## Generation Z wünscht sich gutes Einkommen ohne zu viel Stress

AKTUALISIERT AM 05.11.2023-07:32



Originell sind ihre Prioritäten für die Berufswahl nicht, aber durch den Fachkräftemangel haben die heute 15-25 Jährigen eher Chancen, sie zu verwirklichen. In Ausbildungsverhältnisse, vor allem im Handwerk, zieht es sie nicht.

„Arbeit ist das halbe Leben.“ Mit diesem alten Sprichwort kann die junge Generation heute nicht mehr viel anfangen. Das belegt eine repräsentative Umfrage der Wirtschaftsunioren Deutschland (WJD), die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Unter dem Dach der [Industrie- und Handelskammer](#) haben sich in dem Verband junge Unternehmer und Führungskräfte zusammengeschlossen.

Gute Verdienstmöglichkeiten sind für 81 Prozent der jungen Befragten im Alter von 15 bis 25 Jahren am wichtigsten. Dicht gefolgt sind diese von der Aussicht auf eine gute Work-Life-Balance, die 74 Prozent der Befragten sehr wichtig oder wichtig ist. Auf dem dritten Platz steht mit 71 Prozent die Aussicht auf abwechslungsreiche Tätigkeiten.

An der Online-Umfrage haben vom 5. bis zum 10. September 1012 Personen teilgenommen. Die Altersgruppe von 15 bis 25 Jahren gehört im weitesten Sinne der sogenannten Generation Z an, zu der in etwa die Geburtenjahrgänge ab 1995 gezählt werden.

### Sinn und Zweck weniger wichtig

Überraschend: Entgegen manchen Klischees ist ein hoher gesellschaftlicher Sinn und Zweck des Berufs lediglich für rund die Hälfte der Befragten essenziell. Das gilt auch für das positive Image des Berufs und die Möglichkeit, Führungsverantwortung zu übernehmen. Auf dem letzten Platz landet die Möglichkeit zur Gründung oder Selbstständigkeit, für nur 40 Prozent der jungen Menschen ist dies ausschlaggebend.

Der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Friedrich Hubert Esser, blickt ähnlich auf die Generation: „Für junge Menschen ist erst einmal die berufliche Perspektive wichtig.“ Der ideale Job müsse krisenfest und zukunftsorientiert sein.

Silke Anger, Leiterin des Forschungsbereichs Bildung, Qualifizierung und Erwerbsverläufe am [Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung](#) (IAB), hat die Generation Z anders kennengelernt. „Am wichtigsten ist jungen Menschen der Spaß an der Tätigkeit. Auf Platz zwei steht Sicherheit“, sagt sie. Ein hohes Einkommen liege bei den meisten lediglich im Mittelfeld.

Gen Z will Wertschätzung

Ob sich junge Menschen für eine Stelle entscheiden, hängt auch vom Chef ab. Laut der WJD-Umfrage wünscht sich mehr als die Hälfte Wertschätzung und Lob. Ein Vorgesetzter soll für 43 Prozent offen und bereit für Veränderung sein. Erst auf dem dritten Platz landet die fachliche Kompetenz (38 Prozent).

Ein fairer und wertschätzender Umgang sei unentbehrlich, stellt auch Julian Uehlecke, Jugendreferent beim [Deutschen Gewerkschaftsbund](#) (DGB), immer wieder fest. „Man könnte meinen, Tätigkeiten wie Kaffeekochen oder den Parkplatz fegen seien aus der Zeit gefallen, aber leider ist das für viele Auszubildende Realität.“ Ein Drittel der Azubis werde außerdem regelmäßig zu Überstunden verdonnert.

Viele Unternehmen reagieren. Sie würden nachhaltiger, diverser und digitaler, heißt es von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Grüne Ausbildungsberufe, die sich mit der ökologischen Transformation beschäftigen, würden beliebter, sagt Uehlecke.

## Handwerk hat kein gutes Image

Größere Probleme mit einem Mangel an Fachkräften haben handwerkliche Arbeitgeber: „Das Handwerk leidet mittlerweile, weil junge Menschen und deren Eltern mit sogenannten Weiße-Kragen-Berufen mehr Bildung verbinden als mit sogenannten Blaumann-Berufen“, warnt Esser. Der weiße Kragen („White Collar“) stehe für Bürojobs.

Das Handwerk sei mit Klischees behaftet, so Esser. Beim Gas- und Wasserinstallateur, heute Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, hätten viele das Schleppen von schweren Heizungen und Reparieren von verstopften Toiletten im Kopf. Das Berufsbild habe sich aber stark gewandelt. „Heute ist es ein ganz wichtiger und zum Teil digitaler Transformationsberuf.“

Dabei haben sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit die Berufswünsche junger Menschen in den vergangenen Jahren kaum geändert. Bei Frauen sind die Berufe der Medizinischen Fachangestellten, der Kauffrau für Büromanagement und Verkäuferin gefragt. Die Männer wollen am liebsten Kfz-Mechatroniker, Fachinformatiker oder Verkäufer werden.

Dem Berufswunsch stand in einigen Fällen aber Corona im Weg. Bei 30 Prozent der Befragten der WJD hatte die Pandemie einen Einfluss auf den Berufsweg. Auch Experte Esser hält fest: „Die Nachfrage nach Ausbildungen ist während der Corona-Pandemie zurückgegangen und hat sich seitdem nicht erholt.“

## Starke Verhandlungsposition

Aufgrund des demografischen Wandels ist die Generation Z in einer starken Verhandlungsposition. Hat sie dabei zu hohe Ansprüche oder ist sie einfach nur selbstbewusst? „Früher war man darauf bedacht, sich in Betrieben einzufinden und Leistung zu zeigen – weniger bereits vor dem ersten Arbeitstag mit eigenen Ansprüchen zu kommen, was man heute tut“, sagt Esser. Die Forderung nach einer Vier-Tage-Woche und mehr Freizeit könne denen, die aus einer anderen Generation stammen, erst einmal fremd vorkommen, wie auch Expertin Anger festhält. „Aber auf den zweiten Blick ist die eine oder andere Forderung vielleicht sinnvoll.“

5 novembre (Contrepoints)

[Faut-il ou non interdire les manifestations pro-palestiniennes sur le territoire français ? - Contrepoints](#)

## Faut-il ou non interdire les manifestations pro-palestiniennes sur le territoire français ?

[Alain Cohen-Dumouchel](#)

Faut-il privilégier la sécurité au détriment de la liberté d'expression ? La gestion des manifestations en France après les attentats soulève des questions sur le respect des principes libéraux dans des situations extrêmes.



Source : Manny Becerra sur Unsplash

Publié le 4 novembre 2023

Avant de développer les principes libéraux, il convient de rappeler la situation française.

Au lendemain des attentats terroristes du Hamas de nombreuses manifestations pro-palestiniennes ont été interdites en France comme dans de nombreux pays européens. D'autres manifestations ont pu avoir lieu dans plusieurs villes de France. Le gouvernement français ne se distingue donc pas fondamentalement des [autres pays](#), même si le ministre de l'Intérieur a, dans un premier temps, clairement dépassé ses prérogatives légales.

Gérald Darmanin souhaitait en effet interdire *toutes* les manifestations pro-palestiniennes et avait envoyé des instructions en ce sens aux préfets. Sa décision a été retoquée/validée par le [Conseil d'État](#) qui recommande des décisions au cas par cas.

Pourquoi à la fois retoquée et validée ?

Parce que, par une contorsion juridique assez impressionnante, le Conseil d'État a *débouté* l'association Comité Action Palestine de sa demande tout en ré-interprétant le télégramme envoyé aux préfets – qui était totalement illégal – pour lui faire dire ce qu'il ne disait pas, à savoir que cette interdiction était contextuelle et limitée.

En effet, comme le rappelle le cabinet Landot & associés dans [le blog juridique du monde public](#) : les principes, en matière de pouvoirs de police restent ceux posés par le commissaire du gouvernement Corneille (sur CE, 10 août 1917, n° 59855) :

***La liberté est la règle et la restriction de police l'exception.***

Il reste que l'interdiction est pour l'instant majoritaire. Elle est systématique lorsque les organisateurs ont montré des signes de sympathie ou de soutien au Hamas. Elle est accordée au cas par cas lorsque les organisateurs présentent des garanties suffisantes de respect de l'ordre public, sachant que le cortège peut toujours être infiltré par des éléments antisémites ou violents. Une manifestation à valeur de test a d'ailleurs été autorisée à Paris jeudi 2 novembre. Organisée par des élus LFI, des collectifs politiques et



syndicaux, la manifestation a réuni 2000 personnes sur la place de République en mode statique. Elle n'a donné lieu à aucun débordement et s'est dispersée dans le calme.

Alors, faut-il interdire pour limiter les troubles, la casse, et les débordements racistes, qui sont des atteintes à la propriété et à la sûreté chères aux libéraux, ou bien faut-il privilégier la liberté d'expression qui est aussi un grand principe libéral ?

**Le paradoxe de la tolérance de Karl Popper, nous donne des éléments de réponse :**

**« Une tolérance illimitée a pour conséquence fatale la disparition de la tolérance. Si l'on est d'une tolérance absolue, même envers les intolérants, et qu'on ne défende pas la société tolérante contre leurs assauts, les tolérants seront anéantis, et avec eux la tolérance.**

**Je ne veux pas dire par là qu'il faille toujours empêcher l'expression de théories intolérantes.**

Tant qu'il est possible de les contrer par des arguments logiques et de les contenir avec l'aide de l'opinion publique, on aurait tort de les interdire. Mais il faut revendiquer le *droit* de le faire, même par la force si cela devient nécessaire, car il se peut fort bien que les tenants de ces théories se refusent à toute discussion logique et ne répondent aux arguments que par la violence. Il faudrait alors considérer que, ce faisant, ils se placent hors la loi et que l'incitation à l'intolérance est criminelle au même titre que l'incitation au meurtre, par exemple. »

**La recommandation centrale ici, est de laisser s'exprimer les idées intolérantes – c'est l'autorisation qui est prédominante – mais de s'arroger le *droit* de les interdire, par la force s'il le faut, si la situation le commande.**

On ne peut donc pas en dernier recours laisser des manifestants crier leur haine des Juifs, ce qui est une incitation à la haine raciale et au meurtre, mais on doit le tolérer, en accepter le risque, pour pouvoir y répondre, et pour tenter de contrer par des arguments logiques ces débordements d'intolérance. **Car lorsque l'intolérance ne peut pas s'exprimer on ne peut pas y répondre.**

**Un cas d'école nous a été donné par l'interdiction des théories révisionnistes sur la Shoah et sur les chambres à gaz.**

Par exemple, la thèse de M. **Faurisson** s'appuie sur des éléments techniques et chimiques pour « prouver » l'impossibilité de l'existence des chambres à gaz. **Son argumentation a été littéralement démontée par ses pairs et par de vrais scientifiques. Malheureusement, tant que la thèse est invisible, sa réfutation l'est aussi, ce qui lui confère un statut de vérité cachée auprès d'un certain public.**

**Il en va de même avec les mensonges et les manipulations du Hamas et de ses sympathisants. Ils doivent pouvoir s'exprimer pour être dénoncés et réfutés, mais dans la limite où ils peuvent être contenus par une opinion publique attachée à la démocratie et à la tolérance.**

**Une fois n'est pas coutume, la ligne du gouvernement (après retoquage du Conseil d'État) ne paraît pas être très éloignée d'une ligne libérale classique : apprécier au cas par cas les risques de débordements violents, autoriser les manifestations legalistes de soutien au peuple palestinien, sachant très bien qu'il y aura des éléments extrémistes infiltrés, permettre à la société civile de répondre à ces débordements dans la limite où elle peut les absorber.**

**Bien sûr, on peut discuter du placement du curseur.** Faut-il augmenter la proportion de manifestations autorisées ou interdire pour concentrer les forces de police sur la prévention d'attentats islamistes ?

Y a-t-il eu trop d'interdiction durant les trois semaines suivant l'attaque du Hamas ? **Il semble en tout cas que ledit curseur se déplace actuellement vers la liberté de manifester. Nous verrons ce qui en ressortira.**

5 novembre (Libération)

[Crimes du Hamas : qu'y a-t-il dans la vidéo de 48 minutes d'horreur que montre Tsahal à la presse étrangère ? – Libération \(liberation.fr\)](#)

CheckNews

## Crimes du Hamas : qu'y a-t-il dans la vidéo de 48 minutes d'horreur que montre Tsahal à la presse étrangère ?

«Libération» a assisté à une des projections de la vidéo documentant les atrocités commises le 7 octobre lors de l'attaque terroriste du Hamas. Nous avons fait le choix de livrer le détail de ces séquences qui font l'objet de discussions en France comme à l'étranger depuis leur première diffusion mais dont le récit, exhaustif et factuel, n'est pas accessible au grand public.



Dans le kibboutz de Be'eri, le 20 octobre 2023. (William Keo/Magnum photo pour Libération)

par [Nicolas Rouger](#), correspondant à Tel-Aviv

publié le 2 novembre 2023 à 21h10

Pour témoigner des atrocités commises par les hommes [du Hamas le 7 octobre](#), les autorités israéliennes ont diffusé une compilation d'images montrant les massacres commis dans les localités israéliennes aux abords de Gaza. Cette vidéo de 48 minutes en est à sa dixième mouture. Elle a été projetée au moins cinq fois à destination du contingent de 2 050 journalistes étrangers qui a été accrédité par Israël depuis le début du conflit. Elle a été montrée au moins une fois aux Etats-Unis, et d'autres projections sont prévues ailleurs dans le monde. Elle a aussi été vue par des délégations de politiciens étrangers et, le mercredi 1er novembre, par des parlementaires israéliens à la Knesset. Tsahal aurait refusé de le montrer à ses propres soldats pour éviter «*l'esprit de vengeance*». Ces images sont, depuis la première projection le 23 octobre, évoquées dans de nombreux articles de presse en France comme à l'étranger et font l'objet de discussions, mais sans pour autant être accessibles au grand public. Elles font de ce fait l'objet, sur les réseaux sociaux, de nombreuses contre-vérités et spéculations quant à ce qui figure dans la vidéo. *Libération* a vu la vidéo et a donc décidé de rapporter de manière détaillée ce qu'on y voit.

Ces images sont depuis trois semaines le quotidien du monteur, Mattan Harel-Fisch, qui s'est reconverti dans la tech après une carrière dans le cinéma. Il a été appelé spécifiquement pour ce travail. «*J'ai vu plus d'une centaine d'heures de vidéos*, a-t-il déclaré lors de la projection du 1er novembre. *Nous sommes encore en train de collecter de la matière. Beaucoup d'images sont aujourd'hui disponibles en ligne, mais nous n'utilisons pas tout – nous avons une équipe qui examine et vérifie l'heure et le lieu des séquences. Si on n'est pas absolument sûrs que cela fait partie des massacres du 7 octobre, on ne l'utilise pas.*» «*Nous ne rendons pas la vidéo publique à cause des familles. Certaines n'ont pas encore été contactées, certaines ne veulent pas que les images soient diffusées*», ajoute-t-il. Cependant, pour le monteur, «*chacun a ses raisons de montrer cette vidéo. Moi, je le fais pour témoigner. Et j'essaie de vous donner à vous, les journalistes, les faits. Moi-même, sur ce que vous avez vu, j'ai compté 138 corps. Cela ne représente que 10 % du total des morts. Bien sûr que je suis touché. Mais ce n'est pas le moment, je gérerai cela plus tard*».

Lors de cette même projection, Masha Michelson, porte-parole de Tsahal, a également déclaré : «*Nous voulons montrer que la guerre que nous menons à Gaza, qu'on nous a imposée, n'est pas arrivée toute seule. Se focaliser sur ce qui se passe dans la Bande sans parler du 7 octobre, c'est comme montrer comment on est arrivé à une destination sans montrer qu'on est rentré dans la voiture d'abord.*»

Voici ce que donnent à voir les 48 minutes d'images de mort. Pour chaque séquence, nous avons spécifié l'origine des images – caméra «piéton» (bodycam), caméra de surveillance (CCTV), caméras embarquées à bord de voitures (dashcam) – et le lieu où elles ont été tournées quand cela était mentionné. Certaines de ces images avaient déjà été diffusées sur les réseaux sociaux. **Attention, les descriptions qui suivent sont choquantes.**

### **1ère séquence : environ 5 minutes**

Bodycam d'un assaillant du Hamas : Des hommes du Hamas quittant Gaza, excitation, cassent la clôture.

Dashcam d'une victime : Vu du côté conducteur, une voiture avance, roule sur la route 232, ralentit en voyant des soldats qui s'avèrent être des hommes du Hamas. Des tirs percutent le pare-brise.

Bodycam d'un assaillant du Hamas : Même scène du point de vue du Hamas. Plusieurs tirs vers la voiture, deux victimes clairement visibles.

Bodycam d'un assaillant du Hamas : L'homme du Hamas se précipite vers la voiture pour confirmer la mort des deux personnes. D'autres regardent à l'intérieur d'autres voitures.

Bodycam d'un assaillant du Hamas : Autre scène. Deux hommes du Hamas tirent sur quelqu'un qui a manifestement tenté de s'échapper de sa voiture. Ils l'achèvent dans un fossé.

Bodycam d'un assaillant du Hamas : Autre scène. Deux hommes du Hamas tuent deux personnes, achèvent l'une d'entre elles dans la voiture à bout portant.

Dashcam d'un assaillant du Hamas : Autre scène. Confrontation entre le Hamas et une voiture israélienne. Plusieurs pick-up du Hamas, dont un portant une mitrailleuse lourde à l'arrière, ainsi que plusieurs hommes à pied. Le conducteur de la voiture israélienne s'enfuit.

### **2e séquence : environ 3 minutes**

CCTV à Sdérot : Deux pick-up du Hamas passent un rond-point, transportant une dizaine d'hommes.

CCTV à Shaar HaNegev : Le Hamas attend à deux blocages routiers. Une voiture arrive à échapper au premier puis se retrouve prise sous un feu nourri au deuxième.

Vidéo issue des réseaux sociaux (secouristes) : Au même endroit, un secouriste fait état des victimes. Au moins quatre civils tués par balle, un homme du Hamas un peu plus loin. On entend derrière un drone et des tirs.

### **3e séquence : environ 5 minutes**

CCTV à Be'eri : Deux hommes du Hamas rentrent dans le kibboutz. L'un d'entre eux regarde sous le portail jaune, fermé, avant de s'introduire dans la guérite.

CCTV à Be'eri : Une berline s'approche doucement, le conducteur ouvre la fenêtre pour parler à ce qu'il croit être un garde. L'autre homme du Hamas, caché de l'autre côté de la route, se précipite vers la voiture. Il ouvre le feu, pendant que le portail s'ouvre. Les trois passagers de la voiture sont sans vie. La voiture roule lentement à l'intérieur du kibboutz pendant que les deux hommes du Hamas se précipitent à l'intérieur. L'un d'entre eux détruit la caméra de surveillance.

Bodycam d'un assaillant du Hamas à Be'eri : Un homme du Hamas marche dans Be'eri, la respiration lourde. Il tire sur les pneus d'une ambulance.

Bodycam d'un assaillant du Hamas à Be'eri : Des hommes du Hamas marchent dans les rues, vides. On entend des tirs.

Bodycam d'un assaillant du Hamas à Be'eri : Un chien noir vient à la rencontre d'un homme du Hamas. Il tire, l'abat.

Bodycam d'un assaillant du Hamas à Be'eri : Un homme du Hamas tire sur une maison. De l'autre côté d'une moustiquaire, un gémissement, un corps à peine visible s'affaisse.

Bodycam d'un assaillant du Hamas à Be'eri : Devant une maison, un homme du Hamas halète, entrouvre des volets fermés pour regarder par la fenêtre, essaie d'ouvrir la porte d'entrée. Un autre homme met le feu.

Bodycam d'un assaillant du Hamas à Be'eri : Un homme du Hamas tire sur une maison.

Bodycam d'un assaillant du Hamas à Be'eri : Un homme du Hamas rentre dans une maison par une porte de jardin. Sur la table, un téléphone sonne.

#### **4e séquence : environ 5 minutes**

CCTV à Netiv HaAsara : Intérieur d'une maison, dans une cuisine. Un père et ses deux jeunes garçons, tous en caleçons, tentent de fuir.

CCTV à Netiv HaAsara (sans son) : Extérieur de la maison. L'homme et les deux garçons courent vers ce qui semble être un abri. Quelques secondes plus tard, un homme du Hamas s'approche, lance une grenade. Le corps du père tombe, inerte. Un autre homme du Hamas arrive. Les deux enfants sortent, visiblement blessés.

CCTV à Netiv HaAsara : Intérieur de la maison, dans une cuisine. Les deux enfants rentrent. Ils pleurent. [Coupe] Il y a du sang partout. «*Papa ! Papa !*» crie le plus âgé. Un des hommes du Hamas demande de l'eau en arabe. «*Je veux ma maman*», lui répond le garçon. L'homme du Hamas ouvre le frigo, boit du soda au goulot. [Coupe] «*On va mourir*», dit le plus âgé. Quelques secondes plus tard il est sur les genoux, il dit : «*Pourquoi suis-je vivant ?*» Le plus jeune, blessé dans l'attaque, est aveugle d'un œil. Le plus âgé nettoie ses épaules maculées de sang avec une gourde.

CCTV à Netiv HaAsara (sans son) : Extérieur de la maison. Les deux enfants s'enfuient.

CCTV à Netiv HaAsara (sans son) : Extérieur de la maison. La mère arrive avec deux gardes de sécurité du kibboutz. Elle découvre son mari, s'effondre. Les deux gardes l'emmènent.

#### **5e séquence : environ 1 minute**

CCTV à Be'eri : Même voiture que la 3e séquence, de l'autre côté du portail. Deux hommes du Hamas sortent les corps de la voiture, et leurs effets. Ils montent dans la voiture, font demi-tour et partent.

#### **6e séquence : environ 2 minutes**

CCTV crèche, angle 1 : Une femme se cache derrière des coussins dans ce qui ressemble à une salle pour la sieste des enfants.

CCTV crèche, angle 2 : Deux hommes du Hamas rentrent, tirent à plusieurs reprises sur des cibles inconnues. Ils se dirigent finalement vers la salle où se cache la femme. Les assaillants tirent à plusieurs reprises.

CCTV Crèche, angle 1 : Corps de la femme inerte.

CCTV Crèche, angle 2 : Des hommes du Hamas vérifient que le reste de la crèche est vide.

CCTV Crèche, angle 1 : Un des hommes vérifie le pouls de la femme. Il prend son téléphone portable. Il met le corps inerte sur ses épaules et ils sortent tous les deux.

CCTV Crèche, à l'extérieur : Les hommes partent en emportant le corps de la femme.

### **7e séquence : environ 2 minutes**

Portable d'un homme du Hamas : Un homme du Hamas barbu se tient debout sur un corps mutilé dans une maison dévastée. Il tire à bout portant dans la tête de la victime. Les douilles ricochent contre le mur en faisant des étincelles.

Portable d'un homme du Hamas : Séquence de tentative de décapitation avec une pioche d'un homme asiatique.

Portable d'un homme du Hamas : Images de massacre dans un bunker.

Bodycam d'un assaillant du Hamas à Be'eri : Dans les rues, des maisons brûlent. Beaucoup d'hommes du Hamas courent dans toutes les directions. L'un d'entre eux a pris le contrôle d'un bulldozer. Un autre met le feu à une maison.

Portable d'un homme du Hamas : Quatre hommes du Hamas célèbrent leurs exactions.

### **8e séquence : environ 1 minute**

Portable d'un secouriste : Plusieurs corps sans vie.

Portable d'un secouriste : Les secouristes de Zaka se rassemblent autour d'un camion.

Portable d'un secouriste : Un secouriste filme une traînée de sang jusque dans la pièce qui semble avoir accueilli plusieurs victimes. Il y a des flaques de sang.

### **9e séquence : environ 3 minutes**

Photos : Corps brûlé, corps inerte, chien tué... Succession d'images de plusieurs personnes mortes.

Photo : Drapeau de Daech et armes.

Photos : Bébé tué, de la matière cervicale s'échappe de son crâne. Quatre corps d'enfants brûlés. Cinq corps d'enfants morts. Corps dans des sacs mortuaires.

### **10e séquence : environ 3 minutes**

Enregistrement audio : conversation entre Mahmoud, un homme du Hamas dans Mefalsim et ses parents dans la bande de Gaza.

«J'ai tué dix Juifs de mes propres mains, regardez sur WhatsApp. Soyez fier de moi.»

Mère : «Reviens Mahmoud, reviens à Gaza.»

«Il n'y a pas de retour, victoire ou martyr.»

### **11e séquence : environ 30 secondes**

Photos à [Sdérot](#), à côté d'un bunker et d'un arrêt de bus : Plusieurs victimes, visiblement des personnes âgées, tuées par balles sur le trottoir. Notamment un cadre serré de la tête d'un homme, les yeux ouverts, une partie de la tête arrachée par un impact de balle.

### **12e séquence : environ 5 minutes**

Bodycam d'un assaillant du Hamas : Des hommes du Hamas se battent dans un complexe militaire.

Vidéo issue des réseaux sociaux : De jeunes soldates de Tsahal (leur identité est confirmée en sous-titres) en pyjama, accroupies ou assises, serrées les unes contre les autres, terrifiées, se cachent sous un préau. On entend des tirs tout autour. Seul un homme en treillis semble armé.

Bodycam d'un assaillant du Hamas : Deux hommes du Hamas dans une base militaire israélienne. Il fait sombre. Ils ont des torches frontales. Une voix dans un haut-parleur sonne l'alerte en boucle. Une jeune femme est cachée sous une table dans ce qui semble être un bureau. On la voit sur la vidéo, mais visiblement pas les hommes du Hamas. Finalement l'un d'entre eux la trouve, tire plusieurs rafales. On ne voit pas son corps mais on entend des gémissements qui s'estompent. L'homme du Hamas l'achève, prend son arme.

Bodycam d'un assaillant du Hamas : Réjouissances d'hommes du Hamas. Ils marchent sur les têtes de plusieurs soldats israéliens tués (tous équipés, contrairement aux soldates de la séquence précédente).

Vidéo issue des réseaux sociaux (Hamas) : Nouvelles célébrations. On voit aussi le corps d'un soldat décapité.

Vidéo issue des réseaux sociaux (Hamas) : Scène de liesse populaire dans Gaza autour d'un véhicule dont on sort le corps sans vie d'un soldat de Tsahal.

Vidéo issue des réseaux sociaux (Hamas) : Scène de liesse populaire dans Gaza autour d'une Jeep militaire israélienne noire, dont on sort une jeune fille du coffre pour la mettre sur les sièges arrière.

### **13e séquence : environ 10 minutes**

Vidéo issue des réseaux sociaux (victime), festival Tribe of Nova : Festival, musique électronique, des gens dansent, un homme roule un joint.

Vidéo issue des réseaux sociaux (victime), festival Tribe of Nova : Les gens commencent à comprendre que quelque chose se passe. Ils se mettent à courir puis se cachent derrière des voitures. Les premiers tirs résonnent.

Dashcam d'un assaillant du Hamas, festival Tribe of Nova : Plusieurs pick-up du Hamas et au moins une douzaine d'hommes se pressent au milieu de ce qui semble être une petite route ou un parking. Au loin, une personne s'échappe en courant. Le mitrailleur sur un des pick-up ajuste sa visée, tire une lourde rafale. Un autre homme saute sur le capot d'une voiture, tire avec une arme automatique.

Bodycam d'un assaillant du Hamas, festival Tribe of Nova : Rangée de toilettes du festival. L'homme du Hamas tire une balle dans chaque.

Photo, festival Tribe of Nova : Vue d'une toilette ensanglantée.

Bodycam d'un assaillant du Hamas, festival Tribe of Nova : Des dizaines d'hommes du Hamas, bien armés, marchent sur la route 232, devant le parc où s'est tenue la rave. Il y a des corps de civils partout. On voit quelques personnes, visiblement des civils palestiniens, observer la scène.

## **Analyse**

Attaque du Hamas : en Israël, de la rave au cauchemar  
Moyen-Orient

8 oct. 2023 **abonnés**

Vidéo issue des réseaux sociaux (victime), festival Tribe of Nova : Une femme en chemisier à fleurs pleure, se cache. On entend des tirs.

Portable d'une victime, festival Tribe of Nova : Un groupe de personnes se cachent dans une benne à ordures.

Dashcam d'un civil, festival Tribe of Nova : Un homme du Hamas arrête un civil violemment, tire plusieurs fois à côté de sa tête. L'emmène. Quelques secondes plus tard, un autre homme arrive, tire plusieurs fois dans un corps sans vie à quelques mètres de là.

Bodycam d'un assaillant du Hamas, festival Tribe of Nova : Des hommes du Hamas sortent des corps sans vie d'une voiture.

Portable d'un assaillant du Hamas, festival Tribe of Nova : Un homme du Hamas à l'arrière d'une moto filme une scène sur la route, crie : «*Mustawtinin !*» («colons», en arabe). A côté, plusieurs corps inertes. L'un d'entre eux est en train de brûler.

Portable d'une victime, festival Tribe of Nova : Un groupe, plutôt des jeunes, se cache dans ce qui semble être un bunker. Beaucoup sont blessés, ils sont tous couverts de sang. L'homme qui filme retourne brièvement la caméra, on voit ses yeux emplis de panique. On entend quelqu'un crier : «*Ezra, ezra !*» («aide», en hébreu).

Portable d'un assaillant du Hamas, festival Tribe of Nova : Cela semble être le même endroit. Tout le monde est mort dans le bunker.

Portable d'un assaillant Hamas, festival Tribe of Nova : Plusieurs Israéliens, au moins l'un d'entre eux est blessé. Ils sont poussés à l'intérieur d'un pick-up.

Bodycam d'un assaillant du Hamas, festival Tribe of Nova : Un pick-up prend la route, on comprend qu'il retourne vers Gaza.

Vidéo issue des réseaux sociaux (Hamas), festival Tribe of Nova : Scène similaire, des hommes du Hamas en liesse conduisent à toute vitesse sur des routes de terre.

Vidéo issue des réseaux sociaux (Hamas), festival Tribe of Nova : Vidéo du corps de [la jeune Germano-Israélienne Shani Louk](#), inerte, dans un pick-up.

Images de drone (secouristes), festival Tribe of Nova : Scène de dévastation, voitures brûlées.

### **14e séquence : environ 3 minutes**

Portable de secouriste : Voiture brûlée, plusieurs corps à l'intérieur.

Portable de secouriste : Vestiges d'un incendie. Le secouriste compte huit corps.

Portable de secouriste : Scène similaire, au moins neuf corps calcinés, dit l'un des secouristes.

Portable d'un proche d'une victime : Corps d'une jeune femme, en partie brûlé, dents apparentes, bras éparés. On voit quelqu'un d'autre filmer de près. Elle ne porte pas de sous-vêtements sous sa robe.

Photos : Douze corps de femmes mortes dans des sacs mortuaires ouverts. Dix corps brûlés, défigurés. Une benne à l'arrière d'un camion, remplie de corps carbonisés.